Deutscher Bundestag **Drucksache 18/107**
18. Wahlperiode 21.11.2013

Unterrichtung
durch die Bundesregierung

Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2013

Inhaltsverzeichnis

Zugeleitet mit Schreiben des Bundesministeriums des Innern vom 20. November 2013 gemäß Beschluss vom 28. Mai 2009 (Bundestagsdrucksache 16/13121).

Seite

Teil A Bericht

I. Lebensverhältnisse in Deutschland gleichwertig gestalten

Die Politik der Bundesregierung ist dem grundgesetzlich verankerten Ziel verpflichtet, gleichwertige Lebensverhältnisse im Bundesgebiet herzustellen. Gleichwertige Lebensverhältnisse können erzielt werden, indem die Verhältnisse angeglichen bzw. regionale Disparitäten abgebaut und spezifische regionale Potenziale in der Regionalentwicklung ausgebaut oder genutzt werden.

Der Auftrag des Deutschen Bundestages an die Bundesregierung zur regelmäßigen Berichterstattung zum Stand der Deutschen Einheit ist breit angelegt. Gegenstand der Berichterstattung ist, „ihre Politik zur Angleichung der sozialen, ökonomischen, politischen und kulturellen Lebensbedingungen der Menschen im vereinten Deutschland“[1] darzustellen. Im Einklang mit ihrer nationalen Nachhaltigkeitsstrategie[2] nimmt die Bundesregierung im Jahresbericht 2013 verstärkt über ökonomische Aspekte hinaus andere Aspekte in den Blick, die Einfluss auf die Lebensverhältnisse haben. Sie trägt damit dem Umstand Rechnung, dass Lebensverhältnisse viele Dimensionen aufweisen, die für die Lebensqualität und Lebenszufriedenheit maßgeblich sein können. Dazu gehören z.B. auch Verteilungsfragen, Bildung, demokratische Teilhabe, Natur und Kultur. Diese und ähnliche Fragen sind in der 17. Legislaturperiode unter anderem auch in der Enquetekommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“[3] des Deutschen Bundestages erörtert worden. Diese Debatte prägt die im Jahresbericht 2013 gewählten Schwerpunkte.

Fast eine Generation nach der Wiedervereinigung haben sich die ökonomischen Lebensverhältnisse in den ost- und westdeutschen Bundesländern, insbesondere der materielle Wohlstand, deutlich verbessert. Die Basis für den erreichten materiellen Wohlstand bildet eine zunehmend auch international wettbewerbsfähige Wirtschaft. Der Osten hat heute eine moderne Infrastruktur mit gut ausgebauten Verkehrswegen und hoch leistungsfähigen Energienetzen sowie eine hervorragende öffentliche Wissenschaftsinfrastruktur, die aus einem dichten Netz von Hochschulen und Forschungseinrichtungen besteht. Der Angleichungsprozess an das Wirtschaftsniveau in Westdeutschland hat sich in den letzten Jahren allerdings deutlich verlangsamt.

Zwischen Ost- und Westdeutschland bestehen noch spürbare Unterschiede in der Wirtschaftskraft je Einwohner, den Löhnen und Gehältern fort. Gleiches gilt auch für das Steueraufkommen je Einwohner. Die Arbeitslosenquote liegt immer noch deutlich über dem Niveau Westdeutschlands. Sie ist aber selbst in der Wirtschafts- und Finanzkrise weiter gesunken. Die Arbeitslosenquote hat seit 2005 von 18,7 Prozent stetig auf 10,7 Prozent abgenommen. Auch der Anteil der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung ist erneut gestiegen, und zwar seit 2005 um 9,9 Prozent.

Die Haushaltskonsolidierung in den ostdeutschen Flächenländern ist in den vergangenen Jahren vorangeschritten. Seit 2011 erzielen die neuen Länder erfreulicherweise wieder Haushaltsüberschüsse. Den Konsolidierungskurs gilt es in den kommenden Jahren fortzusetzen, um die Schuldenbremse auch angesichts rückgängiger Mittel aus dem Solidarpakt II einzuhalten.

Für die heutigen Höchstfördergebiete der EU-Strukturförderung in den neuen Ländern hat die Bundesregierung ab dem Jahr 2014, dem Beginn der nächsten Förderperiode, erfolgreich ein so genanntes Sicherheitsnetz erreichen können, das ihnen 64 Prozent der Finanzmittel der bis Ende 2013 noch laufenden Förderperiode sichert.

Neben dem erreichten materiellen Wohlstandsniveau werden die Lebensverhältnisse maßgeblich durch weitere nicht-materielle Aspekte bestimmt. Wohlstand in diesem weit verstandenen Sinn kann sich unter anderem in den Teilbereichen Bildung, Gesundheit, Freiheit und demokratische Teilhabe widerspiegeln und hier über einzelne Leitindikatoren für diese Bereiche zumindest partiell erfasst werden.

Die Bildungsabschlüsse junger Menschen zeichnen ein ambivalentes Bild in den neuen Ländern. In der Rangfolge der Bildungsabschlüsse im Sekundarbereich II bei den 20 bis 24-Jährigen in Deutschland werden die ersten drei Plätze von ostdeutschen Ländern belegt. Zugleich liegen aber auch die drei Länder mit den meisten Schulabgängerinnen und Schulabgängern ohne Hauptschulabschluss in den ostdeutschen Ländern.

Die Lebenserwartung hat sich nach der Wende bis heute in beiden Teilen des Landes fast angeglichen.

---

[1] Bundestagsdrucksache 13/3643.

[2] Vgl. Fortschrittsbericht zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie 2012, S. 50.

[3] Siehe Schlussbericht der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft, Bundestagsdrucksache 17/13300.

Deutschland hat mit seiner freiheitlich demokratischen Grundordnung ein Staatsystem, das demokratische und gesellschaftliche Teilhabe voraussetzt. Es ist daher von besonderer Bedeutung, Bürgerinnen und Bürger für eine Beteiligung am demokratischen Prozess zu gewinnen.

Eine wichtige Rolle im Sinne einer „Schule der Demokratie“ spielt hierbei das bürgerschaftliche Engagement in Bürgerbündnissen, Vereinen und Verbänden, die sich für das Gemeinwohl einsetzen. Das bürgerschaftliche Engagement hat in beiden Landesteilen eine große Bedeutung. Insgesamt steigt der Anteil der ehrenamtlich aktiven Menschen kontinuierlich. Er ist aber in den östlichen Bundesländern noch niedriger als in den westdeutschen Bundesländern, wobei hier jedoch die Wahrnehmung der eigenen Einflussmöglichkeiten steigt und sich anteilig mehr Menschen durch regelmäßiges Helfen bei Freunden oder Verwandten engagieren.

Freiheit und Demokratie sind mit Blick auf die deutsche Geschichte und im internationalen Vergleich keine Selbstverständlichkeit. Verharmlosung, Verklärung der SED-Diktatur und Nichtwissen über die DDR kann nur entgegengewirkt werden, wenn auch weiterhin eine Auseinandersetzung mit dem historischen Erbe des vereinigten Deutschlands erfolgt. Die Aufarbeitung des SED-Unrechts bleibt daher auch fast 25 Jahre nach der Wiedervereinigung eine aktuelle gesellschaftspolitische Aufgabe.

Keine Frage des Angleichungsprozesses, aber der Verantwortung der Bundesregierung für die Lebensverhältnisse in allen Teilen des Landes ist es, dass auch die Schäden durch die Folgen des Hochwassers in den neuen Ländern in diesem Jahr aufgefangen, Soforthilfe bereitgestellt und der Aufbau unterstützt wird. Die Hochwasserkatastrophe vom Juni 2013 hat für viele Menschen in Deutschland gravierende Auswirkungen. Insbesondere große Gebiete in den neuen Ländern sind hiervon betroffen. Die Beteiligung vieler freiwilliger Fluthelfer, Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr, Feuerwehrleute, Helferinnen und Helfer des Technischen Hilfswerks, Beamtinnen und Beamte der Bundespolizei, Unternehmen und Vertreter von Hilfsorganisationen, hat wesentlich dazu beigetragen, dass sich die Menschen in den betroffen Regionen nicht allein gelassen fühlen. Da der Wiederaufbau die Kräfte der einzelnen Länder übersteigt, beteiligen sich der Bund und die Ländergesamtheit an den Kosten über den mit acht Milliarden Euro ausgestatteten nationalen Fonds „Aufbauhilfe“.

Die Förderung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse umfasst auch, die vorhandenen Potenziale in den Regionen gezielt zu heben. Die ostdeutschen Bundesländer verfügen mit ihren zahlreichen Schutzgebieten und von der UNESCO als Weltkulturerbe anerkannte Stätten über ein reiches, für die touristische Entwicklung relevantes Natur- und Kulturkapital. Die neuen Länder nutzen dieses Potenzial, zum Beispiel als Impulsgeber einer aktiven Naturschutzpolitik. Die Bundesregierung unterstützt diese Politik und fördert auch die Kultur in den neuen Ländern seit der Wiedervereinigung.

Kaum eine europäische Region wird in den nächsten Jahren so sehr vom Rückgang und von der Alterung der Bevölkerung betroffen sein wie die ostdeutschen Flächenländer. Das gilt insbesondere für die strukturschwächeren ländlichen Regionen. Die Regionen in den neuen Ländern können damit aber auch neue Wege in der Daseinsvorsorge einschlagen, erproben und dadurch auch eine Vorreiterrolle für Gesamtdeutschland übernehmen.

II. Gleichwertige Lebensverhältnisse herstellen - regionale Potenziale erkennen, nutzen - Daseinsvorsorge sichern

1. Ökonomische Situation der Bevölkerung

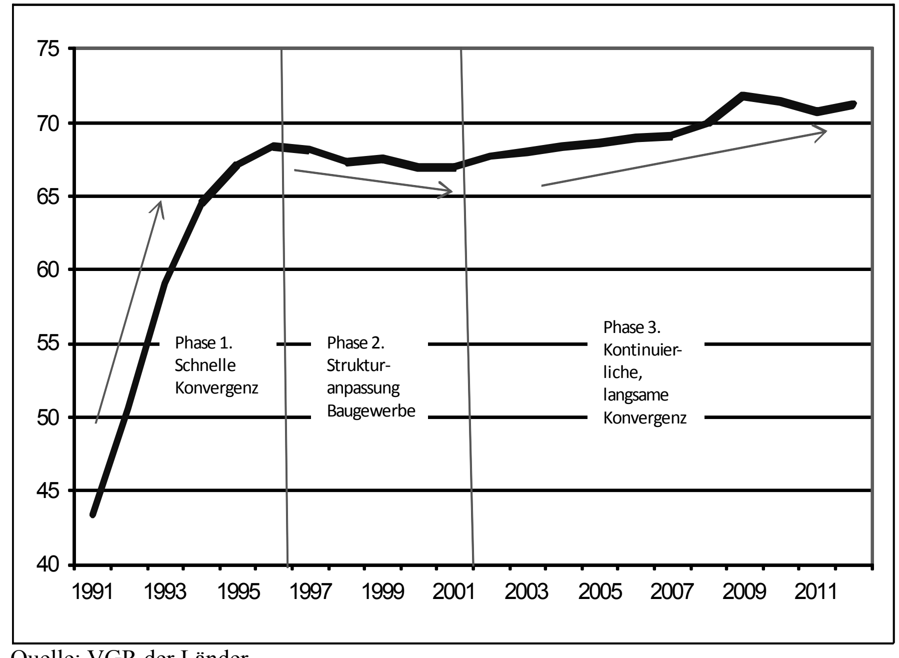
Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Einwohner

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Einwohner[4] misst die durchschnittliche, pro Einwohner erwirtschaftete Leistung. Es ist damit ein Indikator für den materiellen Wohlstand. Im Ost-West-Vergleich stellen die neuen Bundesländer einschließlich Berlin knapp 20 Prozent der gesamtdeutschen Bevölkerung, erwirtschafteten aber bislang erst 15 Prozent der gesamtdeutschen Wirtschaftsleistung. Berlin eingeschlossen legte das BIP pro Einwohner in den neuen Bundesländern im Jahr 2012 auf 24.372 Euro zu, eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr von 0,5 Prozent (Deutschland: 32.281 Euro und 0,7 Prozent). Ohne das in Bezug auf die Osthälfte Deutschlands vergleichsweise wirtschaftsstarke Berlin kommen die ostdeutschen Flächenländer auf einen durchschnittlichen Wert von 22.972 Euro, das entspricht 71 Prozent des durchschnittlichen Niveaus in Deutschland. Insgesamt ist festzustellen, dass sich die Werte dieser Länder in einem engen Korridor befinden, deutliche Unterschiede in der Wirtschaftskraft pro Einwohner sind somit auf Länderebene nicht erkennbar.

Derzeit findet eine anhaltende, wenn auch langsame Konvergenz der Wirtschaftskraft pro Einwohner zwischen Ost- und Westdeutschland statt. Im wirtschaftlichen Konvergenzprozess zwischen Ost- und Westdeutschland sind drei Phasen erkennbar, eine Phase der rapiden Konvergenz (bis 1996), eine Phase der erneuten Divergenz, insbesondere in Folge der Strukturanpassung im Baugewerbe (bis 2001) und eine Phase der kontinuierlichen, aber langsamen Konvergenz (seit 2001). Seitdem verringert sich alle drei Jahre dieser Abstand um einen Prozentpunkt. Unterbrochen wurde diese Entwicklung lediglich in den Jahren der Wirtschaftskrise aufgrund des besonderes starken BIP-Rückgangs und der anschließenden stärkeren Erholung in Westdeutschland. Zwischen 2004 und 2012 stieg damit das ostdeutsche BIP je Einwohner (einschließlich Berlin) von 68 Prozent auf 71 Prozent des Westniveaus (34.244 Euro). Ob diese positive Entwicklung auch in den kommenden Jahren anhalten wird, bleibt abzuwarten. Dies hängt insbesondere von vielen strukturellen Faktoren ab. Die Politik für Ostdeutschland muss auch in den kommenden Jahren konsequent fortgesetzt werden.

Abbildung 1

BIP je Einwohner in Ostdeutschland im Vergleich zu Westdeutschland in Prozent
(Westdeutschland = 100)



Quelle: VGR der Länder

---

[4] Berechnet in den jeweiligen Preisen, jeweilige Preise sind die in der aktuellen Berichtsperiode beziehungsweise am Berichtszeitpunkt geltenden (Markt-) Preise.

Zu Westdeutschland, das ein durchschnittliches Pro-Kopf-BIP von 34.244 Euro aufweist, besteht ein nach wie vor großer Abstand. Zwar hat es in den letzten Jahren beim BIP pro Einwohner und weiteren wichtigen ökonomischen Kennzahlen eine weitere verhaltene Angleichung von Ost und West gegeben. Dieser Prozess hat sich gegenüber der ersten Hälfte der 90er Jahren jedoch deutlich verlangsamt, so dass eine vollständige Angleichung – zumindest was die wirtschaftlichen Verhältnisse und Leistungsfähigkeit anbelangt – noch Zeit benötigt. Die Gründe für den bestehenden Rückstand der neuen Bundesländer wurden in der Wirtschaftsforschung bereits eingehend untersucht und benannt. Es sind vor allem strukturelle Gründe, die die wirtschaftliche Entwicklung Ostdeutschlands im Vergleich zum Westen hemmen: die ostdeutsche Wirtschaftsstruktur ist immer noch durch Kleinteiligkeit und einen Mangel an wertschöpfungsintensiven Konzernzentralen geprägt, ebenso wie durch die vorwiegend auf Zulieferprodukte ausgerichtete Industrie sowie eine geringere unternehmensgetragene Forschungsstruktur.

Einkommen privater Haushalte

Während das Bruttoinlandsprodukt einen Eindruck von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit einer Region vermittelt, stehen die „verfügbaren Einkommen“ für die Einkommen, die den privaten Haushalten zufließen. Bei den verfügbaren Einkommen sind Sozialtransfers und Steuern berücksichtigt. 2011 entfielen auf die neuen Bundesländer einschließlich Berlin 17 Prozent des verfügbaren Einkommens in Deutschland. Pro Einwohner ergab sich in den neuen Bundesländern und Berlin ein verfügbares Einkommen von 16.989 Euro und in den alten Bundesländern von 20.670 Euro, was Zuwächsen von 2,3 Prozent bzw. 3,4 Prozent gegenüber dem Vorjahresstand entspricht. Das verfügbare Einkommen pro Einwohner in Ostdeutschland (einschließlich Berlin) erreichte rund 82 Prozent des Niveaus in Westdeutschland (85,2 Prozent des Niveaus in Deutschland).

Löhne und Gehälter

Die Löhne und Gehälter haben sich im Berichtszeitraum nur leicht erhöht. Die repräsentativen Daten des Betriebspanels des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung weisen eine Steigerung in 2012 auf durchschnittlich 2.390 Euro pro Monat (umgerechnet auf Vollzeitäquivalente) aus. Die Relation gegenüber Westdeutschland hat sich demnach mit etwa 80 Prozent seit Mitte der 90er Jahre nicht wesentlich verändert. Allerdings gibt es signifikante Unterschiede bei einzelnen Branchen, sowohl bezogen auf die absolute Höhe als auch auf die Dynamik der Lohnangleichung. Am höchsten sind die Bruttodurchschnittslöhne im Finanz- und Versicherungsgewerbe (3.310 Euro), im Bereich Bergbau/Energie/Wasser/Abfall (3.030 Euro) sowie in der öffentlichen Verwaltung (2.990 Euro). Demgegenüber verdienen die Beschäftigten in den übrigen personengebundenen Dienstleistungen (1.810 Euro) und in der Land- und Forstwirtschaft (1.900 Euro) am wenigsten. Die Angleichung (ebenfalls umgerechnet auf Vollzeitäquivalente) ist in der öffentlichen Verwaltung mit 97 Prozent am weitesten vorangeschritten, gefolgt von Erziehung und Unterricht (95 Prozent) und der Landwirtschaft (92 Prozent). Die Angleichung ist insbesondere in den Branchen Verarbeitendes Gewerbe (67 Prozent), Handel und Reparatur (75 Prozent) sowie Baugewerbe (76 Prozent) unterdurchschnittlich. Die höchsten Löhne werden in Betrieben erzielt, in denen 250 und mehr Beschäftigte arbeiten. In solchen Betrieben liegt die Relation bei 85 Prozent.

Verdienstunterschiede zwischen Männern und Frauen

Die Verdienstunterschiede zwischen Männern und Frauen sind in Ostdeutschland geringer als in Westdeutschland. Die Fortschreibung des unbereinigten Gender Pay Gap für 2012 durch das Statistische Bundesamt weist einen Einkommensunterschied von rund 8 Prozent aus, wohingegen der westdeutsche Durchschnitt seit einigen Jahren konstant bei 24 Prozent liegt. Bereinigt man das Gender Pay Gap um strukturelle Faktoren wie zum Beispiel die Auswirkung von geschlechterspezifischer Berufswahl, dann nähern sich die Werte für West- und Ostdeutschland an und betragen 7 bzw. 9 Prozent. Innerhalb Ostdeutschlands wäre damit sogar rein rechnerisch ein leicht höherer Durchschnittsverdienst von Frauen gegenüber Männern gerechtfertigt. Dies hängt damit zusammen, dass ostdeutsche Frauen u.a. über ein höheres Qualifikations- und Tätigkeitsprofil verfügen als ostdeutsche Männer.[5]

[5] Statistisches Bundesamt, STAT-Magazin „Frauenverdienste - Männerverdienste: Wie groß ist der Abstand wirklich?“ vom 19.03.2013.

Tarifbindung und Mindestlöhne

Kaum Änderungen ergeben sich im Berichtszeitraum hinsichtlich der Tarifbindung ostdeutscher Betriebe. Rund die Hälfte aller Beschäftigten wird hier auf der Grundlage eines Branchen- bzw. Haustarifvertrags entlohnt, in Westdeutschland sind dies rund 60 Prozent. Eine Angleichung zwischen Ost- und Westdeutschland ist hier nicht zu beobachten, vielmehr zeigt sich bei langfristiger Betrachtung für beide Regionen eine eher fallende Tendenz.

Darüber hinaus hat die Bundesregierung auch in den vergangenen Monaten die rechtlichen Möglichkeiten genutzt, um branchenspezifische Mindestlöhne festzusetzen. Das Arbeitnehmer- Entsendegesetz (AEntG) bietet den Rechtsrahmen, um Mindestlöhne für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einer Branche verbindlich zu machen; zudem bietet das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) die Möglichkeit, eine Lohnuntergrenze für Leiharbeitnehmerinnen und Leiharbeitnehmer festzusetzen. Diese Mindestlöhne gelten für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einer Branche, unabhängig davon, ob der Arbeitgeber seinen Sitz im In- oder Ausland hat. In einigen Branchen ist der allgemeinverbindliche Mindestlohn bundesweit einheitlich, andere Branchenmindestlöhne sehen eine Ost-West- bzw. weitergehende regionale Differenzierung vor. Im Oktober 2013 bestanden in zwölf Branchen tarifliche Mindestlöhne auf der Basis des AEntG bzw. des AÜG. In der überwiegenden Zahl der Branchen ist der Mindestlohn nach Ost- und Westdeutschland differenziert. In Ostdeutschland variiert die Lohnhöhe zwischen 7,50 Euro und 11,25 Euro. Zu Beginn oder im Laufe des Jahres 2013 traten in den meisten Branchen Erhöhungen der Mindestlöhne in Kraft.

Einkommensverteilung

Da das Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner und die durchschnittlichen Löhne und Gehälter keine Aussage über die Verteilung der Einkommen zulassen, wird hierfür als ergänzender Indikator die Armutsrisikoquote herangezogen. Sie ist Kennziffer für eine relativ niedrige Position in der Einkommensverteilung und ist kein Gradmesser für individuelle Bedürftigkeit. Gemessen wird hierbei der Anteil der Personen, die über ein geringeres Einkommen verfügen als 60 Prozent des mittleren Nettoäquivalenzeinkommens. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes lag die Armutsrisikoquote 2012 in Ostdeutschland bei 19,7 Prozent und in Westdeutschland bei 14,0 Prozent. Die Armutsrisikoquote ist hier berechnet mit einem für ganz Deutschland einheitlichen Nettoäquivalenzeinkommen. Die Armutsrisikoquoten zeigen, dass in Ostdeutschland mehr Personen ein Einkommen unter diesem gesamtdeutschen Durchschnittswert beziehen als in Westdeutschland. Sie bestätigen insoweit die Ergebnisse, die bereits oben mit Hilfe des Bruttoinlandsprodukt und des verfügbaren Einkommens gewonnen wurden. Daraus kann aber nicht auf eine ungünstigere Einkommensverteilung in Ostdeutschland geschlossen werden. Legt man die jeweiligen ostdeutschen und westdeutschen Nettoäquivalenzeinkommen zugrunde, dann ergibt sich für die neuen Bundesländer mit 13,2 Prozent eine niedrigere Armutsrisikoquote als mit 15,6 Prozent für die alten Bundesländer.

Ergänzend kommen Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) auf der Grundlage des sozioökonomischen Panels für das Jahr 2011 zu der Aussage, dass die Einkommensungleichheit in Ostdeutschland, gemessen mit dem so genannten Gini-Koeffizienten, in den vergangenen Jahren stagniert hat, während sie in Westdeutschland zurückgegangen ist. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland nach wie vor signifikant höher ist und der Anteil der Personen, die über ein regelmäßiges Markteinkommen verfügen, geringer ist als in Westdeutschland. Die genannten Werte haben sich jedoch in den vergangenen Jahren stabilisiert, was wiederum darauf hindeutet, dass Ostdeutschland die Finanz- und Wirtschaftskrise gut gemeistert hat.

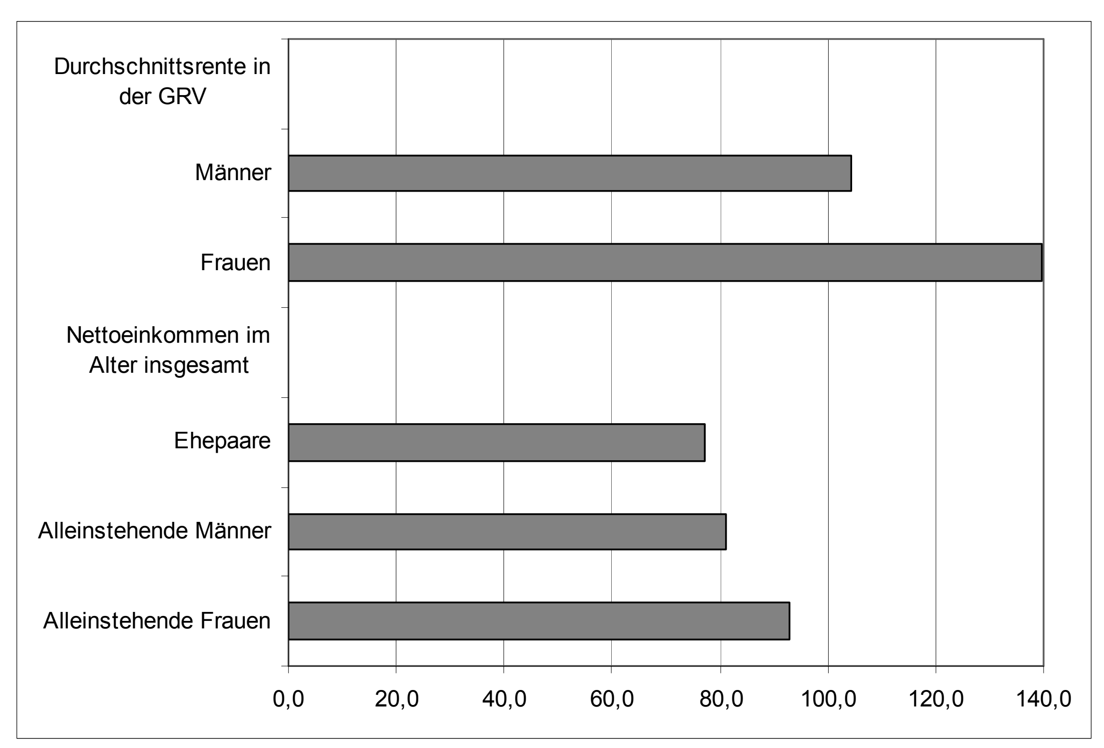
Alterssicherung

Die gesetzliche Rentenversicherung ist als wichtigste Säule der Alterssicherung in den neuen Ländern von großer Bedeutung, weil sie die wesentliche Einkommensquelle im Alter ist. Die durchschnittlich ausgezahlten Versichertenrenten im Osten liegen sowohl bei den Männern mit rund 1.021 Euro monatlich als auch bei den Frauen mit rund 727 Euro pro Monat über denen im Westen (Stand: 31. Dezember 2012). Die verfügbaren Durchschnittsrenten der Männer sind in Ostdeutschland um rund 4 Prozent höher als im Westen. Die verfügbaren Durchschnittsrenten der Frauen liegen rund 40 Prozent über den Renten der Frauen im Westen. Diese Relation zu Gunsten von Ostdeutschland resultiert vor allem aus den geschlossenen Versicherungsbiografien der Betroffenen. Hinzu kommt, dass in den Renten in den neuen Ländern auch Rentenbestandteile im Zusammenhang mit der Überführung der Zusatz- und Sonderversorgungssysteme der ehemaligen DDR in die gesetzliche Rentenversicherung enthalten sind. Damit erhalten z.B. auch Berufsgruppen mit günstiger Einkommenssituation, die in Westdeutschland berufsständischen Versorgungswerken oder der Beamtenversorgung angehören, Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung, was die statistisch ausgewiesenen Renten Ost höher ausfallen lässt.

Die strukturellen Spezifika der Erwerbsbiografien der Rentnerinnen und Rentner im Westen verstärken den Unterschied der durchschnittlichen Rentenhöhen. So liegt der Anteil der Rentnerinnen und Rentner in Westdeutschland, die im Laufe ihrer Erwerbsbiografie selbständig tätig oder verbeamtet waren, über dem in den ostdeutschen Ländern. Sie haben daher grundsätzlich geringere Anwartschaften in der gesetzlichen Rentenversicherung aufgebaut, aber in der Regel neben ihren Anwartschaften in der Rentenversicherung als Beamte Pensionsansprüche erwerben bzw. privat vorsorgen können. Auch deswegen fallen die durchschnittlichen Rentenzahlbeträge in den neuen Ländern relativ höher bzw. in den alten Ländern relativ geringer aus. Im Ergebnis werden die Alterseinkommen in Ostdeutschland im Wesentlichen durch die gesetzliche Rente bestimmt, während in Westdeutschland in größerem Umfang weitere Einkommensquellen hinzukommen.

Abbildung 2

Durchschnittliche Versichertenrenten in der gesetzlichen Rentenversicherung zum Stichtag 31. Dezember 2012 und Nettoeinkommen im Alter im Jahr 2011 in Ostdeutschland
(Westdeutschland = 100)



Quelle: Deutsche Rentenversicherung, Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

Für die Höhe der Renten gilt weiterhin der Grundsatz, dass die Renten in den neuen wie in den alten Ländern der Lohnentwicklung folgen. Rentnerinnen und Rentner sollen an der wirtschaftlichen Entwicklung teilhaben, wie sie in der Lohnentwicklung zum Ausdruck kommt. Die Rentenwerte Ost und West nähern sich dabei in dem Maß an, wie sich die Löhne der Beschäftigten in den neuen Ländern an diejenigen in den alten Ländern annähern.

Der im Einigungsvertrag angelegte Anpassungsmechanismus der Renten hat den Rentnerinnen und Rentnern in den neuen Bundesländern über viele Jahre erhebliche Rentenzuwächse gebracht, denn das Verhältnis der verfügbaren Nettostandardrente Ost zur vergleichbaren Westrente lag 1990 noch bei rund 40 Prozent und hat sich seitdem erheblich verbessert. Nach einer anfangs sehr zügigen Lohndynamik in den neuen Ländern hat sich der Angleichungsprozess seit Mitte der 90er Jahre zwar deutlich verlangsamt. Mit der Rentenanpassung zum 1. Juli 2013 stieg der aktuelle Rentenwert (Ost) aber von 24,92 Euro auf 25,74 Euro (+ 3,3 Prozent). Dies bedeutet eine Steigerung von zuletzt rund 89 Prozent auf nunmehr 91,5 Prozent des aktuellen Rentenwerts von 28,14 Euro in den alten Ländern.

2. Wettbewerbsfähige Wirtschaft

2.1 Wirtschaftskraft

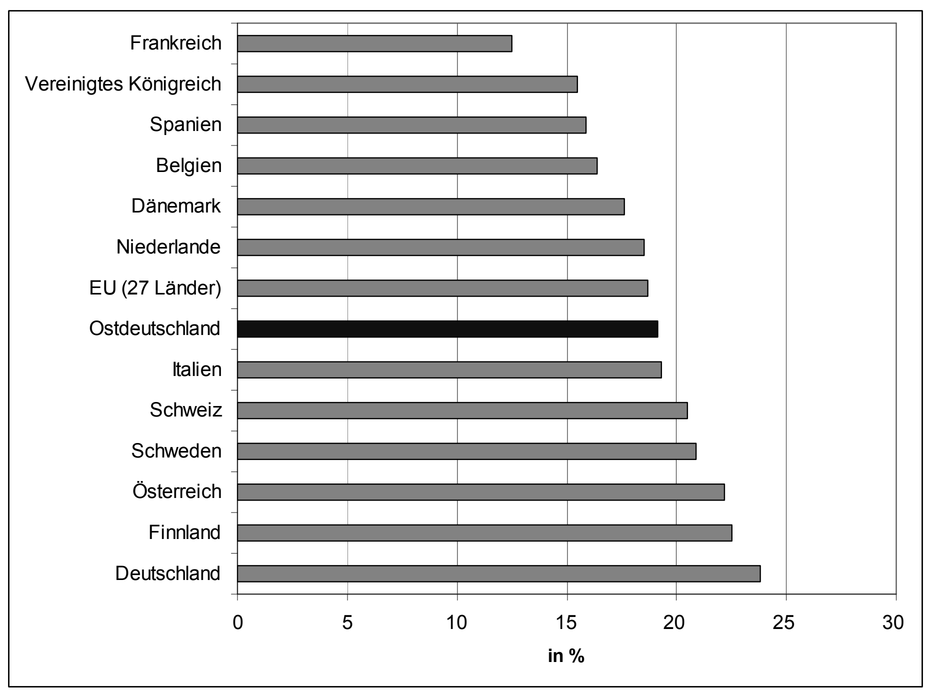
Ostdeutschland hat sich als entwickelte Wirtschaftsregion in Europa etabliert. In den vergangenen Jahren ist aus der einstigen Planwirtschaft eine wissensbasierte Industrieregion mit zunehmend wettbewerbsfähigen Unternehmen geworden. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in Euro, liegt die Wirtschaftskraft hier 2010 mit rund 95 Prozent nur noch wenig unter dem EU-Durchschnitt und gleicht sich diesem zusehends an. Das wirtschaftsstärkste osteuropäische Land, Slowenien, erreicht gerade rund 71 Prozent des EU-Durchschnitts.

Von Anfang an waren Bund und Länder bestrebt, die Wettbewerbsfähigkeit der neuen Länder und insbesondere die industrielle Basis zu stärken und dadurch die Grundlage für eine exportstarke Wirtschaft zu legen. Im Zuge der Transformation von einer Planwirtschaft in eine Marktwirtschaft waren zunächst zahlreiche Industriearbeitsplätze verloren gegangen, um dann in den Folgejahren durch neue Arbeitsplätze in Industrie und Dienstleistungen teilweise ersetzt zu werden. Es ist seither zu einer auch im europäischen Vergleich beeindruckenden Reindustrialisierung Ostdeutschlands gekommen.

Der Anteil des verarbeitenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung liegt mittlerweile in Ostdeutschland wieder bei knapp 18 Prozent gegenüber 24 Prozent in Westdeutschland. Im internationalen Vergleich liegt Ostdeutschland über dem Durchschnitt der Europäischen Union und weit vor Frankreich oder Großbritannien.

Abbildung 3

Beitrag der Industrie zur Bruttowertschöpfung im Jahr 2010
(Industrie: Rohstoffindustrie, Herstellung von Waren, Energie, Wasser; Daten für FRA beziehen sich auf 2009



Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen.

Gleichzeitig gibt es ein überproportionales Wachstum, das sich auch nach dem Jahr 2000 fortgesetzt hat. Seither hat die Bruttowertschöpfung in der ostdeutschen Industrie real um knapp 42 Prozent und in der westdeutschen Industrie um 17 Prozent zugenommen.

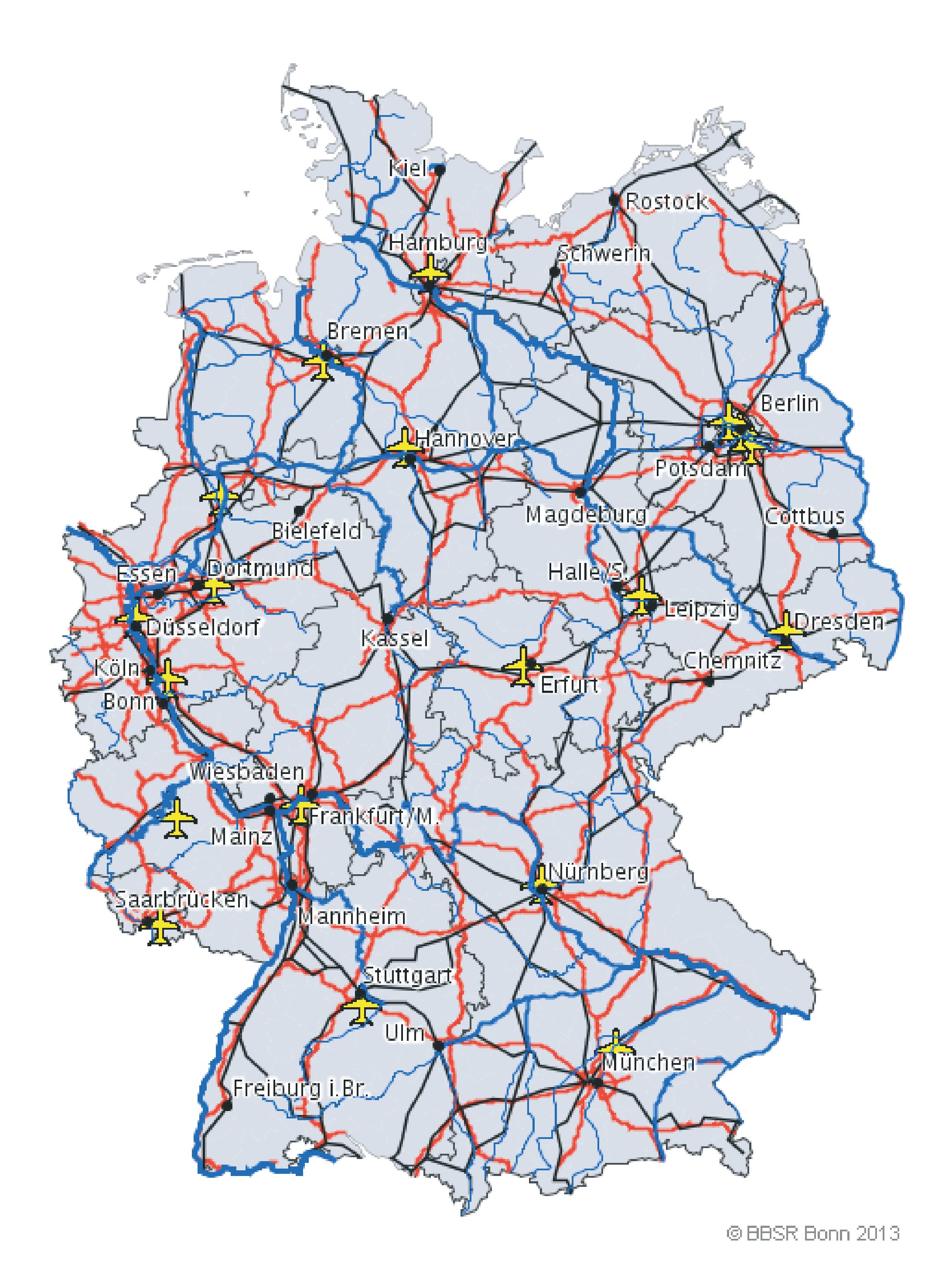
Die Wirtschaftsstruktur hat sich hierbei gewandelt. Das verarbeitende Gewerbe wird heute neben den Zweigniederlassungen großer Konzerne durch kleine und mittlere Unternehmen geprägt, die in der Regel stärker auf regionalen Märkten präsent sind. Doch inzwischen spielen Europa und der internationale Markt auch in der ostdeutschen Wirtschaft eine zunehmend wichtige Rolle.

2.2 Verkehrsinfrastruktur, Telekommunikationsnetze, Energienetze

Ostdeutschland ist zu einem international wettbewerbsfähigen Standort geworden, der viele Stärken hat. Diese Entwicklung basiert maßgeblich auf der guten Infrastruktur (vgl. Abbildung 4). Bei den Verkehrswegen, also bei Schienen, Straßen und Wasserstraßen ist es gelungen, weitgehend das Niveau Westdeutschlands zu erreichen. Deutschland nimmt bei der Verkehrsinfrastruktur weltweit einen Spitzenplatz ein.

Abbildung 4

Bundesverkehrswege in Deutschland
(Bundesautobahnen, Bundesschienenwege und Bundeswasserstraßen)



Um die erarbeiteten Standortvorteile zu sichern und die Infrastruktur wettbewerbsorientiert weiterzuentwickeln, ist der Ausbau des ostdeutschen Verkehrsnetzes auch im vergangenen Jahr vorangetrieben worden. Hierzu leisteten auch die von der Bundesregierung 2012 und 2013 zusätzlich aufgelegten Infrastrukturbeschleunigungsprogramme mit einem Volumen vom insgesamt 1,75 Milliarden Euro einen wichtigen Beitrag. Auch in Ostdeutschland gewinnen zunehmend Erhaltungsmaßnahmen an Bedeutung.

Die letzten noch nicht fertig gestellten Abschnitte der Verkehrsprojekte Deutsche Einheit (VDE), die ein Gesamtvolumen von rund 39,4 Milliarden Euro umfassen, sind im Bau. Insgesamt wurden bis Ende 2012 rund 33,9 Milliarden Euro investiert. Neun Projekte sind vollständig fertig gestellt. Bei den anderen acht Projekten sind bereits viele Streckenabschnitte in Betrieb genommen worden: Bis Ende 2012 wurden mehr als 1.890 Kilometer neu- und ausgebaute Bundesautobahnen im Rahmen der VDE dem Verkehr übergeben. Weitere rund 60 Kilometer sind im Bau. Damit sind rund 97 Prozent des Projektvolumens für die Straßenbauprojekte realisiert oder in der Umsetzungsphase.

Der Ausbau der auch im europäischen Kontext prioritären Nord-Süd Schienenverbindung (Vorrangiges TEN-Vorhaben Nr. 1) von Berlin in Richtung Süd-/Südosteuropa wurde fortgesetzt.

Eingebunden in wichtige europäische Verkehrskorridore hat sich Ostdeutschland zu einer Drehscheibe für Ost-West- und Nord-Süd-Verkehre entwickelt. Es hat sich als Logistikstandort im Seehafenhinterlandverkehr profiliert. Ostdeutschland gehört mit modernen Umschlaganlagen, leistungsfähigen Binnen- und Seehäfen sowie europäischen Logistikzentren und Drehkreuzen namhafter Unternehmen zu den dynamischsten Standorten für Logistikleistungen innerhalb Europas. So sind hier bislang zwanzig Güterverkehrszentren und Umschlaganlagen des Kombinierten Verkehrs entstanden. Für letztere hat der Bund seit Beginn der Förderung im Jahr 1998 Fördermittel von über 100 Millionen Euro bereitgestellt. Schätzungen zufolge sind mittlerweile rund acht Prozent der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten in Ostdeutschland in logistikaffinen Branchen tätig.

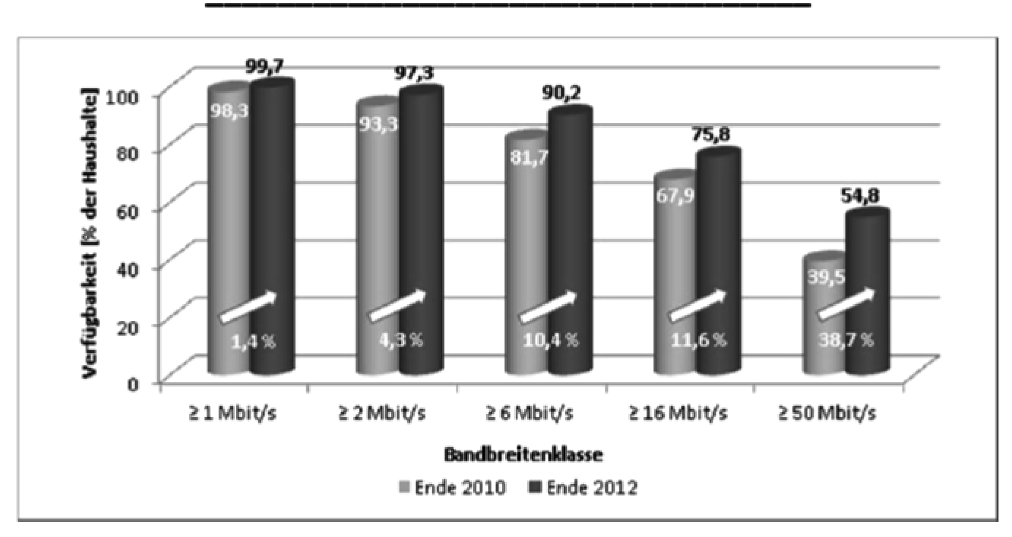
Im weltweiten Vergleich nimmt Deutschland nicht nur bei der Verkehrsinfrastruktur, sondern auch bei den Telekommunikationsnetzen (Telefon, Mobilfunk und Internetknoten) einen Platz in der Spitzengruppe ein. Nachdem schon seit den 90er Jahren die Telefonnetze intensiv modernisiert wurden, ist in den vergangenen Jahren der Ausbau der Hochgeschwindigkeitsnetze (leitungsgebunden und mobil) deutlich vorangekommen.

Leistungsfähige Breitbandnetze ermöglichen schnellen Datenaustausch und sind damit mehr denn je ein wesentlicher Grundpfeiler einer modernen und leistungsfähigen Infrastruktur. Sie sind eine der elementaren Voraussetzungen für einen wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort. Perspektivisch gewinnen Dienste und Anwendungen, die mit großen Datenmengen einhergehen, wie beispielsweise in der Telemedizin, hochwertige Videodienste oder online gesteuerte Energiesysteme, deutlich an Bedeutung. Die Verfügbarkeit von Hochleistungsnetzen ist deshalb gerade auch bei der Standortwahl von Unternehmen ein erfolgskritischer und bestimmender Faktor. Insbesondere ländliche Regionen können ihre Attraktivität für Unternehmen und auch Private durch den Zugang zu leistungsfähigen Breitbandnetzen steigern.

Zum Jahresende 2012 verfügten 99,7 Prozent aller bundesdeutschen Haushalte über einen Breitbandanschluss mit mindestens einem Megabit pro Sekunde (Mbit/s). Damit ist inzwischen flächendeckend eine Breitbandgrundversorgung erreicht. Ende 2012 hatten zudem rund 55 Prozent aller Haushalte in Deutschland Zugang zu einem Hochgeschwindigkeitsanschluss, der Datenübertragungsgeschwindigkeiten von mindestens 50 Mbit/s ermöglicht (vgl. Abbildung 5). Nach der Breitbandstrategie der Bundesregierung sollen – technologieneutral – bis zum Jahr 2014 für 75 Prozent aller Haushalte Bandbreiten von mindestens 50 Mbit/s zur Verfügung stehen. Bis Ende 2018 wird eine flächendeckende Verfügbarkeit angestrebt.

Abbildung 5

Entwicklung der Breitbandverfügbarkeit in Deutschland



Quelle: Aktuelle Breitbandverfügbarkeit in Deutschland, Stand Ende 2012,
Erhebung des TÜV Rheinland im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft

Eine Aufschlüsselung der Breitbandverfügbarkeit von mind. 50 Mbit/s nach Bundesländern zum Stand Ende 2012 enthält Tabelle 1.

Tabelle 1

Breitbandanschluss von mindestens 50 Mbit/s in den Bundesländern in Prozent

Bundesland	Breitbandverfügbarkeit ≥ 50 Mbit/s über alle Technologien	Bundesland	Breitbandverfügbarkeit ≥ 50 Mbit/s über alle Technologien
Baden-Württemberg	76,6	Niedersachsen	43,9
Bayern	43,7	Nordrhein-Westfalen	69,1
Berlin	88,5	Rheinland-Pfalz	36,6
Brandenburg	21,4	Saarland	33,7
Bremen	87,4	Sachsen	29,9
Hamburg	90,9	Sachsen-Anhalt	10,3
Hessen	63,8	Schleswig-Holstein	54,0
Mecklenburg-Vorpommern	27,3	Thüringen	21,2

Quelle: Bericht zum Breitbandatlas Ende 2012, TÜV Rheinland/BMWi, 2012

Die östlichen Flächenländer weisen im Vergleich zu den westlichen Flächenländern noch unterdurchschnittliche Erschließungsraten bei leitungsgebundenen Hochgeschwindigkeitsanschlüssen auf. Um gleiche Entwicklungschancen in Ost und West sicherzustellen, müssen die Bemühungen zum Ausbau eines leistungsfähigen Breitbandnetzes in Ostdeutschland intensiviert werden. Hinsichtlich der Verfügbarkeit der Mobilfunktechnologie

LTE[6], die eine Komplementärtechnologie zu leitungsgebundenen Netzen darstellt, zeigt sich im Vergleich von Ost und West bereits ein recht homogenes Bild. Diese Technologie kann einen wichtigen Beitrag zur Erreichung einer flächendeckenden Breitbandversorgung leisten.

Ein hohes Niveau besteht auch im Bereich der Energieversorgungsnetze: von den Höchstspannungsleitungen bis zum Hausanschluss wurde vieles modernisiert. Insgesamt ist Ostdeutschland damit im Bereich Infrastruktur in all seinen Facetten international gut aufgestellt.

2.3 Wissenschaftsinfrastruktur

Ostdeutschland hat den Weg hin zu einer wissensbasierten Industriestruktur eingeschlagen. In der ständigen Innovation liegt ein Schlüssel, um auf den internationalen Märkten langfristig erfolgreich sein zu können. Dafür braucht es ein geeignetes Umfeld. Hier liegt eine besondere Stärke der neuen Bundesländer. Seit der Wiedervereinigung hat sich in Ostdeutschland eine hervorragende öffentliche Wissenschaftsinfrastruktur herausgebildet. Mit seinen 24 staatlichen Universitäten, 53 staatlichen Fachhochschulen und fast 200 außeruniversitären Forschungseinrichtungen verfügt Ostdeutschland über ein gutes Netz von Bildungs- und Forschungseinrichtungen. Diese hohe Dichte an Hochschulen, Forschungseinrichtungen und innovativen Netzwerken ist eine gute Basis für eine wissensbasierte Wirtschaft, da sie die Möglichkeit einer engen Verzahnung mit den Unternehmen zu einem wissensintensiven Geflecht bietet. Das zeigt sich beispielsweise an Erfolgen bei der Einwerbung von Drittmitteln aus der nationalen öffentlichen Programmförderung[7]. Insbesondere bei den für die regionale Wirtschaft wichtigen Fachhochschulen konnten pro Professor 29.500 Euro eingeworben werden, 31,7 Prozent mehr pro Professor als für ihre westdeutschen Kollegen, die im Schnitt 22.400 Euro Drittmittel einwerben konnten.

Diese gute Infrastruktur schlägt sich auch in der Qualität der Forschungsergebnisse nieder, in denen Ostdeutschland dem Westen in nichts nachsteht: Von den insgesamt 15 im Rahmen der Hightech-Strategie der Bundesregierung geförderten Spitzenclustern - Cluster sind räumliche Ballungen eng miteinander verflochtener kooperierender Unternehmen und Forschungseinrichtungen - liegen drei in Ostdeutschland (das Mikroelektronik-Cluster Cool Silicon in Dresden; das Photovoltaik-Cluster in Mitteldeutschland und das Cluster BioEconomy in Leuna).

Auch im Rahmen der Förderinitiative der Bundesregierung „Forschungscampus - öffentlich-private Partnerschaft für Innovationen“ konnte sich Ostdeutschland behaupten: fünf der zehn geförderten Forschungscampi sind in Ostdeutschland angesiedelt (der Forschungscampus Connected Technologies zu Technologien der nächsten Generation des Smart Home, der Forschungscampus EUREF mit dem Thema Mobility2Grid und der Forschungscampus MODAL zur Prozessoptimierung in Berlin, der medizintechnische Forschungscampus STIMULATE in Magdeburg und der Forschungscampus INFECTOGNOSTICS zu neuen Methoden der Diagnose von Infektionen in Jena).

Forschung und Entwicklung in den neuen Bundesländern befinden sich international auf hohem Niveau. Der Anteil der FuE-Ausgaben am BIP ist in Ostdeutschland hoch. Mit 2,5 Prozent des BIP liegt er deutlich höher als in der EU-27 und reicht fast an das Anteilsniveau der USA heran (vgl. Abbildung 6). Die ostdeutsche FuE wird jedoch im Unterschied zu allen Vergleichsländern nur zu einem geringen Teil durch die Wirtschaft und zu einem erheblichen Teil durch den öffentlichen Sektor getragen:

- Das Verhältnis von privater und öffentlicher FuE beträgt im Osten 40 zu 60. Die EU strebt dagegen ein Verhältnis von 66 zu 34 an.
- Die FuE-Intensität der Wirtschaft beträgt nur die Hälfte des Vergleichswertes Westdeutschlands.
- Die FuE wird in Ostdeutschland zu einem großen Teil durch die öffentlichen Haushalte finanziert, die in den nächsten Jahren voraussichtlich unter großem Konsolidierungsdruck stehen werden.

Niveau und Struktur der FuE-Ausgaben unterscheiden sich zwischen den Bundesländern erheblich. In Baden-Württemberg liegen die FuE-Aufwendungen relativ zum BIP mehr als dreimal höher als in Schleswig-Holstein. Unter den acht Ländern mit dem höchsten Anteil an FuE-Aufwendungen am BIP befinden sich drei ostdeutsche Länder: Berlin, Sachsen und Thüringen. Es gibt auch west- und norddeutsche Länder mit relativ zum BIP geringen FuE-Aufwendungen. Nordrhein-Westfalen liegt auf dem Niveau Mecklenburg-Vorpommerns, wobei allerdings der öffentlich finanzierte Anteil in Mecklenburg-Vorpommern im Gegensatz zu dem von der Wirtschaft finanzierten Anteil deutlich höher ist als in Nordrhein-Westfalen.

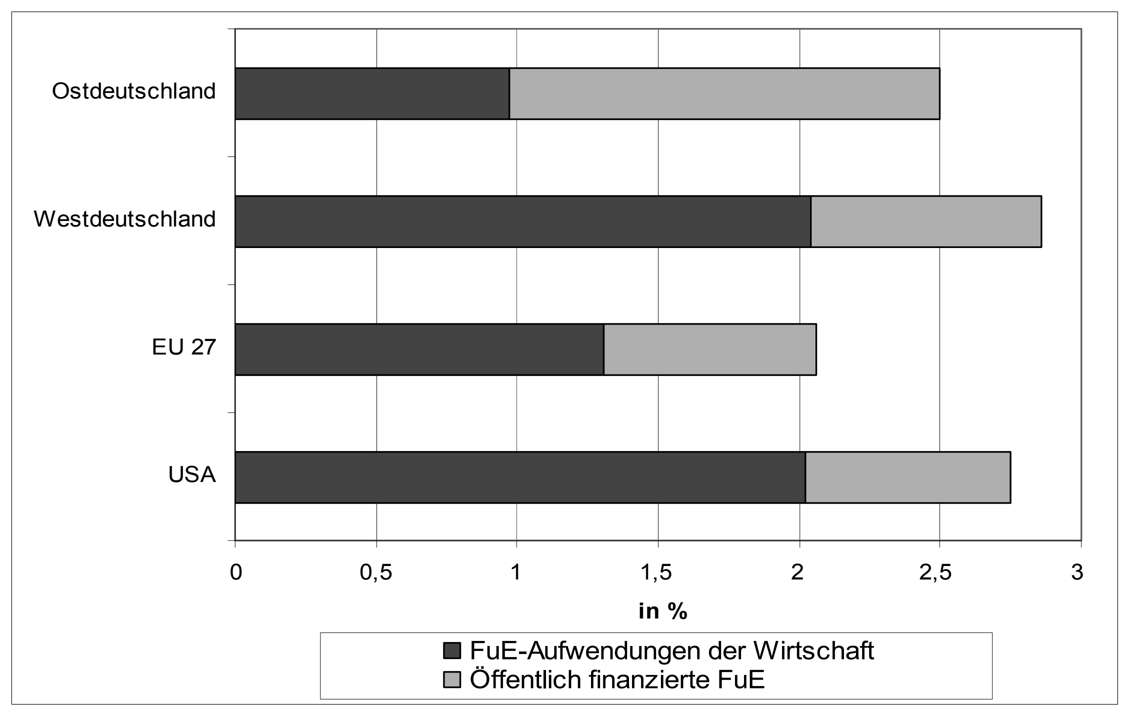
---

[6] Long Term Evolution.

[7] Quelle: Ländercheck Stifterverband 2011.

Abbildung 6

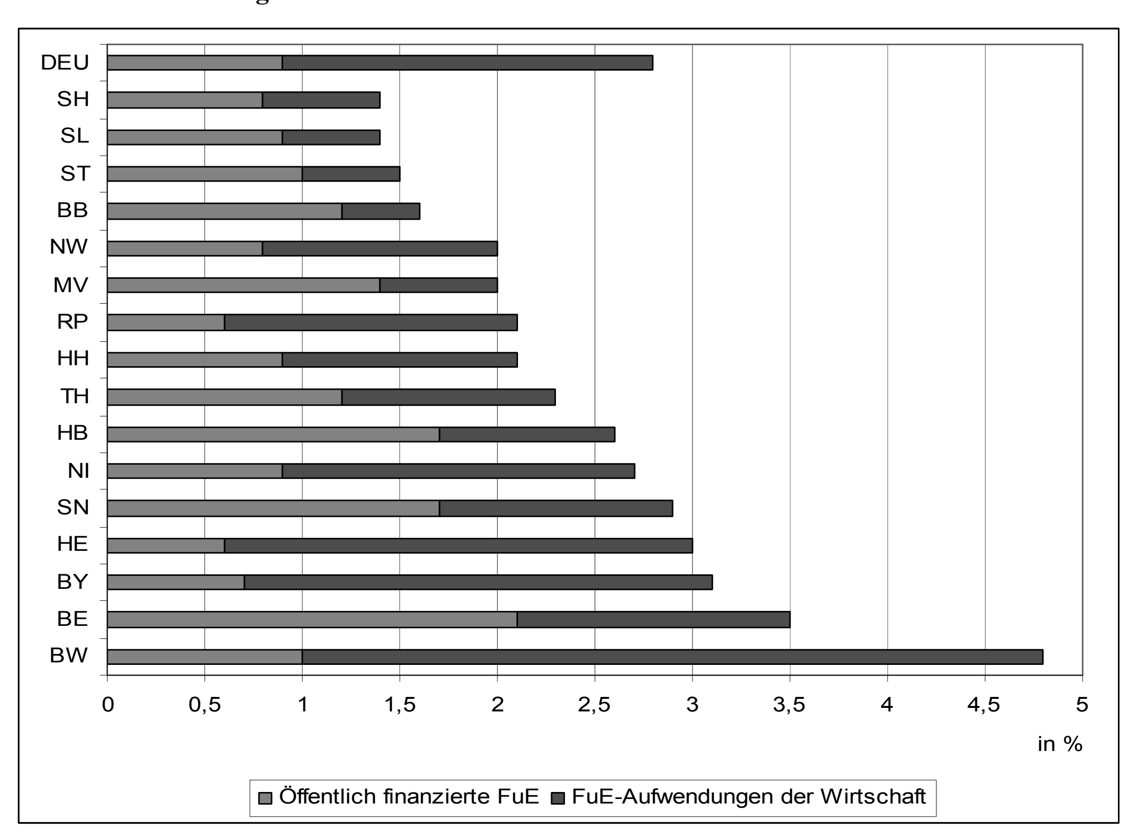
FuE-Ausgaben in Prozent des BIP im Jahr 2010



Quelle: Statistisches Bundesamt, Eurostat, Stifterverband der Wissenschaftsstatistik.

Abbildung 7

FuE-Ausgaben in den Bundesländern in Prozent des BIP im Jahr 2010



Quelle: Statistisches Bundesamt, Stifterverband Wissenschaftsstatistik, Arbeitskreis VGR der Länder

2.4 Weitere Standortfaktoren

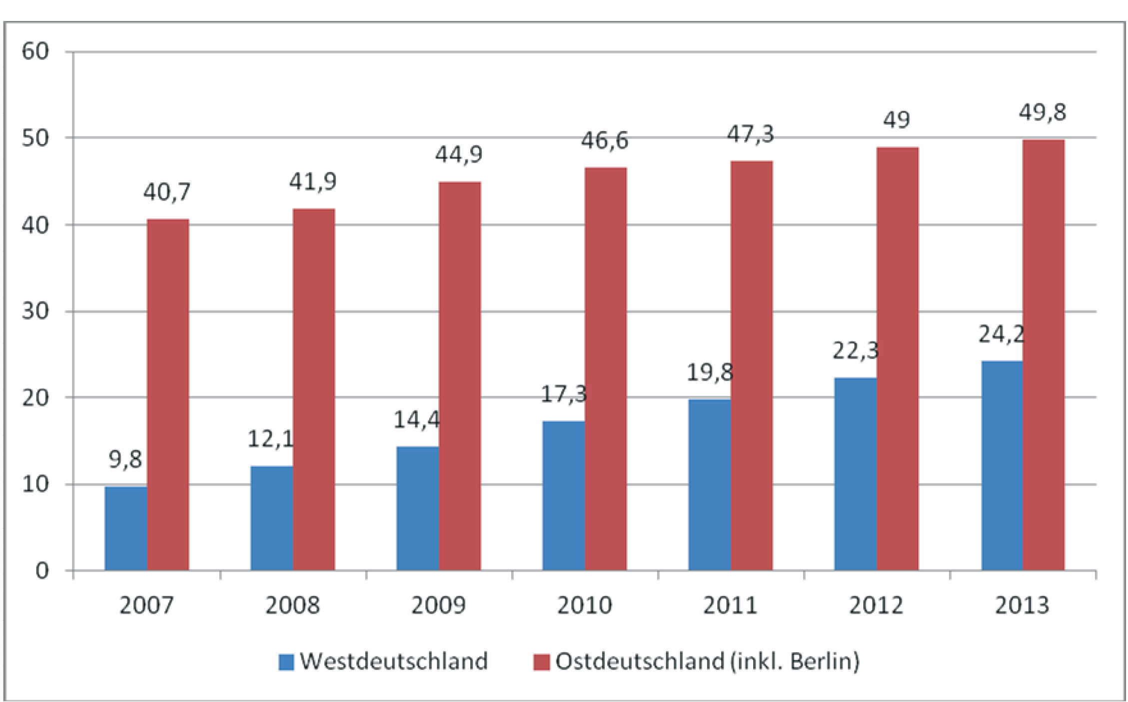
Für manche Investoren ist über diese Standortfaktoren hinaus besonders die zentrale Lage in Europa von entscheidender Bedeutung, für andere die attraktive Mischung einerseits im wirtschaftsstärksten Land Europas zu investieren und andererseits von den im innerdeutschen Vergleich noch niedrigeren Grundstücks- und Lohnkosten zu profitieren.

Ostdeutschland hat nach Befragungen von Unternehmen darüber hinaus eine besondere Ressource, die für die Ansiedlung eines Unternehmens spricht: Ostdeutsche Arbeitnehmer gehören im Hinblick auf Qualifikation, Engagement und Flexibilität zur weltweiten Spitzengruppe. Ein Plus, das gerade in hoch flexiblen und wissensbasierten Produktionsprozessen von unschätzbarem Wert ist.

Zu den weiteren positiven Standortfaktoren zählen auch Rahmenbedingungen wie ein attraktives Lebens- und Arbeitsumfeld, ein bedarfsgerechtes Kinderbetreuungsangebot und eine gute Schulinfrastruktur. Sie sind mittlerweile von entscheidender Bedeutung für die Gewinnung von Fachkräften. Gerade im Bereich der Kinderbetreuung stehen die ostdeutschen Länder an der Spitze in Deutschland. Die traditionell gut ausgebaute und angenommene Infrastruktur für die Kinderbetreuung fördert in den ostdeutschen Ländern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und damit auch die hohe Erwerbsbeteiligung von Frauen. Dazu hat auch der Ausbau der U3-Kindertagesbetreuung einschließlich der Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität beigetragen, die der Bund finanziell erheblich unterstützt.[8]

Abbildung 8

Betreuungsquote von Kindern unter 3 Jahren[9]



Quelle: Statistisches Bundesamt.

---

8 Mit den beiden Investitionsprogrammen und den Betriebskostenzuschüssen stellt der Bund für den U3-Ausbau 2008 bis 2014 insgesamt 5,4 Milliarden Euro zur Verfügung, hiervon allein für die Neuen Länder 1,06 Milliarden Euro (inkl. Berlin). Anschließend erhalten die Länder für den Betrieb der Kitas und Tagespflegestellen vom Bund jährlich 845 Millionen Euro Betriebskostenzuschüsse, hiervon beträgt der Anteil für die Neuen Länder 176,5 Millionen Euro.

9 Kinder in Kindertageseinrichtungen zuzüglich der Kinder in öffentlich geförderter Kindertagespflege, die nicht zusätzlich eine Kindertageseinrichtung oder eine Ganztagsschule besuchen.

Nachteilig für Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit ist, dass sich in den neuen Ländern nur sehr wenige große Unternehmen mit eigenen Unternehmenszentralen etabliert haben. In Ostdeutschland ist kein einziges Dax-Unternehmen ansässig. Es wird darin deutlich, dass Ostdeutschland insbesondere bei großen Unternehmen eine deutlich geringere Unternehmensdichte aufweist als Westdeutschland. Hierin zeigt sich die vielfach erwähnte Kleinteiligkeit der ostdeutschen Wirtschaft.

Auch die bereits beschriebenen Strukturunterschiede im Bereich von Forschung und Innovation sind eine Folge der Kleinteiligkeit. Am FuE-Aufwand der deutschen Wirtschaft hatte Ostdeutschland im Jahr 2012 mit 5,2 Milliarden Euro lediglich einen Anteil von 8,1 Prozent. Der Anteil der Beschäftigten im Forschungs- und Entwicklungsbereich (FuE) je 1000 Einwohner lag im Jahr 2012 in Ostdeutschland bei 5,1 Beschäftigten[10], während der gesamtdeutsche Durchschnitt (2011) mit 9,1 Beschäftigten in diesem Bereich fast doppelt so hoch lag.

Ursächlich hierfür ist, dass rund 90 Prozent der Forschungsaufwendungen der deutschen Wirtschaft im Jahr 2010 in Unternehmen mit mehr als 250 Mitarbeitern aufgebracht wurden. Die geringe Zahl großer Unternehmen in Ostdeutschland trägt zu dem im Vergleich zu Westdeutschland geringen FuE-Aufwand bei. Kleine Unternehmen können größere FuE-Projekte oftmals nicht finanzieren. Daneben spielt auch die Branchenstruktur in Ostdeutschland eine Rolle. Ostdeutschland weist im Vergleich zu Westdeutschland eine weniger technologieorientierte Zusammensetzung des verarbeitenden Gewerbes auf[11.]

Positiv fällt allerdings auf, dass kleine Betriebe in Ostdeutschland bei der Entwicklung von Marktneuheiten häufiger erfolgreich sind als vergleichbare Unternehmen in den alten Ländern[12.] Da Innovationen in Form neuer Produkte und Produktionsprozesse in fortgeschrittenen Volkswirtschaften der entscheidende Treiber der wirtschaftlichen Entwicklung sind, besteht in Ostdeutschland insofern ein besonderes Potenzial.

Ein Teil der relativen Forschungsschwäche der ostdeutschen Wirtschaft kann durch die im Verhältnis zum BIP im innerdeutschen wie auch im internationalen Vergleich gute und überproportionale Ausstattung mit öffentlicher Forschung kompensiert werden (vgl. Abbildung 6). In den mittel- und osteuropäischen Staaten liegt die Forschungsintensität noch deutlich niedriger. Insgesamt hat sich das Innovationssystem in Ostdeutschland daher gut entwickelt.

2.5 Energiewirtschaft und erneuerbare Energien

Ostdeutschland ist „Energieland“. Im Zuge des Einigungsprozesses wurde besonders in den 90er Jahre in sehr großem Umfang in die Erneuerung der Strom- und Wärmeversorgung mit Blick auf Energieeffizienz, Luftreinhaltung und Klimaschutz investiert. In den 2000er Jahren wurde – getrieben vom Erneuerbare-Energien-Gesetz – die regenerative Stromerzeugung in Ostdeutschland besonders rasch ausgebaut. Im Hinblick auf die Umsetzung der Energiewende nimmt Ostdeutschland eine Vorreiterrolle ein. In vielen Regionen stellt die Energiewirtschaft eine wichtige Quelle von Wertschöpfung und Beschäftigung dar. Der Anteil der erneuerbaren Energien an der Bruttostromerzeugung lag im Jahr 2012 bei 29 Prozent mit steigender Tendenz, während er in Westdeutschland rund 20 Prozent betrug.[13] Da es in den neuen Bundesländern keine Kernkraftwerke gibt, wirkt sich der Beschluss der Bundesregierung im Jahr 2011 zum Atomausstieg in Ostdeutschland nicht direkt auf die Erzeugungskapazität vor Ort aus. Die Braunkohle als grundlastfähiger Energieträger mit langer Tradition in Ostdeutschland ist nach wie vor ein wichtiger Faktor im Energieerzeugungsmix.

Innerhalb der neuen Bundesländer gibt es erhebliche Unterschiede in der Stromerzeugungsstruktur (vgl. Abbildung 9):

---

[10] Quelle: Euronorm Endbericht FuE-Potenzialstudie, 2013, S. 7.

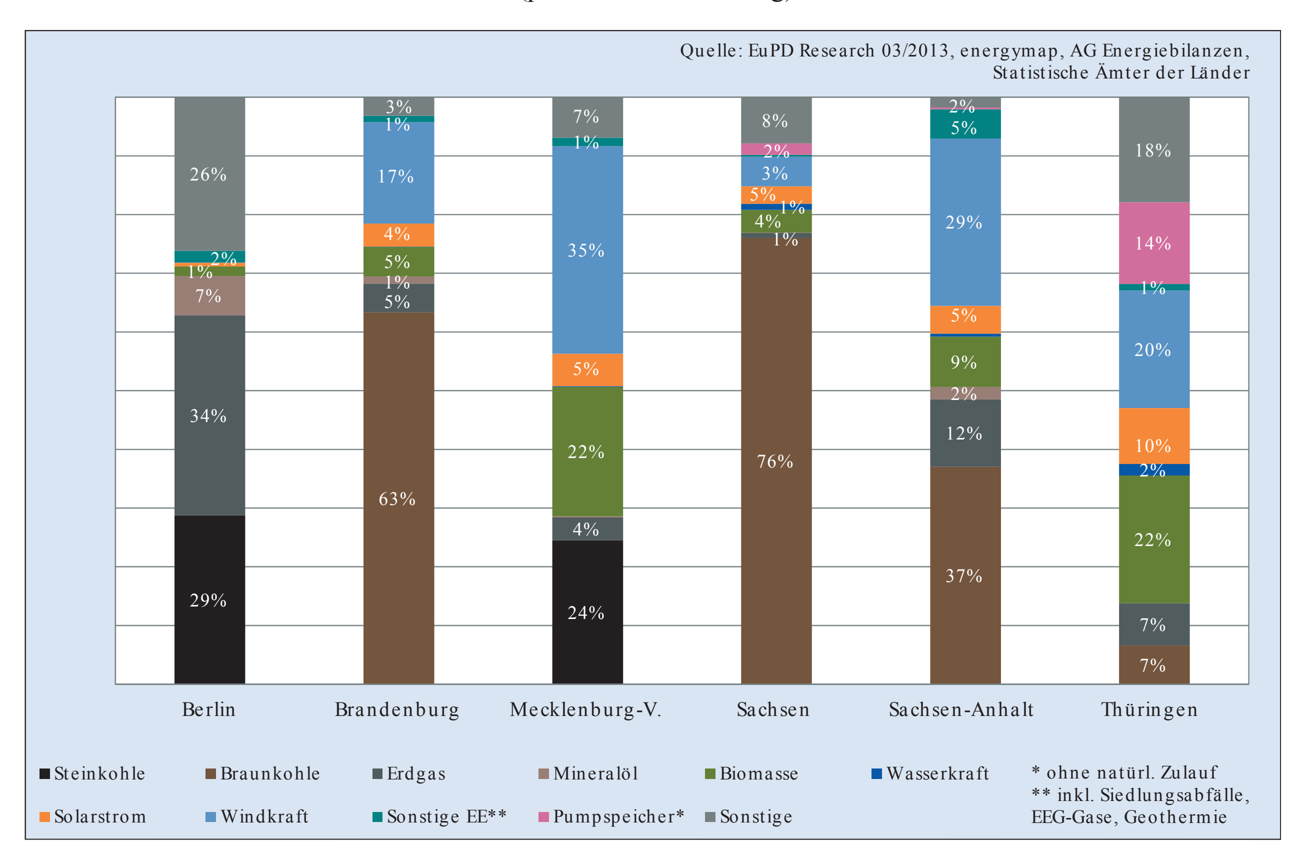
[11] Stifterverband, FuE Datenreport 2012.

[12] IWH, Wirtschaft im Wandel, 2011, S. 278.

[13] Quelle: Studie „Auswirkungen der Energiewende auf Ostdeutschland“ von EuPD Research und DCTI im Auftrag des Bundesministeriums des Innern, 2013.

Abbildung 9

Stromerzeugung in den neuen Bundesländern
(prozentuale Verteilung)



Brandenburg ist beispielsweise Spitzenreiter bei der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien. Mit einer Strommenge von rund 12 Terawattstunden (TWh) im Jahr 2012 ist es das Bundesland mit der höchsten Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien in Ostdeutschland. An zweiter und dritter Stelle in Ostdeutschland folgen Sachsen-Anhalt (8 TWh) und Mecklenburg-Vorpommern (5 TWh). Das Schlusslicht der östlichen Bundesländer bildet strukturell bedingt die Bundeshauptstadt Berlin mit 0,3 TWh.

Die Erzeugungsstruktur der konventionellen Energieträger ist in den ostdeutschen Bundesländern heterogen. Den höchsten Anteil der Braunkohle an der Bruttostromerzeugung besitzt das Land Sachsen. Dort wurden im Jahr 2012 circa 76 Prozent des Stroms aus Braunkohle erzeugt. Auch für Brandenburg spielt die Braunkohle mit einem Anteil von etwa 63 Prozent eine bedeutendere Rolle für die Stromerzeugung als in den übrigen Bundesländern. Die Stromerzeugung aus Gaskraftwerken ist besonders in Berlin mit fast 3 TWh relativ hoch. Ein Drittel des in Ostdeutschland mit Erdgas erzeugten Stroms wird in Berlin generiert. Auch durch den hohen Steinkohleanteil unterscheidet sich der Berliner Energiemix deutlich von den übrigen neuen Bundesländern.

Aufgrund des bereits hohen Anteils erneuerbarer Energien am Energiemix produziert Ostdeutschland insgesamt mehr Strom als vor Ort nachgefragt wird und liefert überschüssigen Strom nach Westdeutschland bzw. in die Nachbarländer Polen und Tschechien. Circa 34 TWh exportierte Ostdeutschland im Jahr 2011 in andere Netze (Import 16 TWh), ist also Nettostromexporteur und wird dies in Zukunft voraussichtlich auch bleiben. Der Netzausbau, insbesondere des Übertragungsnetzes, und das Engpassmanagement der Netzbetreiber gewinnen daher immer mehr an Bedeutung.

Da die Kosten für die Modernisierung der Energienetze über die Netzentgelte bezahlt werden müssen, sind die Stromkosten in Ostdeutschland tendenziell etwas höher als in vielen Gebieten der alten Bundesländer. Der zunehmende Ausbau erneuerbarer Energien in Ostdeutschland verstärkt diesen Effekt, da zum Teil ein Ausbau der Netze erforderlich ist, um den produzierten Strom abzutransportieren. Dieser zusätzliche Ausbau wird ebenfalls über die Netzentgelte finanziert. Gerade für Unternehmen im produzierenden Gewerbe sind die Stromkosten jedoch ein wichtiger Standortaspekt und die Energiekosten damit ein kritischer Faktor.

2.6. Wirtschaftsfaktor Tourismus

Der Tourismus ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, der zu Wachstum und Beschäftigung beiträgt. Rund 4,4 Prozent der Bruttowertschöpfung werden in Deutschland im Tourismus erbracht. Seinen Stellenwert auch für Ostdeutschland belegt u. a. das jährliche „Sparkassen-Tourismusbarometer“ des Ostdeutschen Sparkassenverbandes.

Wie in fast allen Bundesländern stieg im Jahr 2012 das Tourismusaufkommen auch in Ostdeutschland erfreulich stark an. Mit einem Nachfragewachstum von 3,3 Prozent lag Ostdeutschland knapp unter dem Bundesdurchschnitt von vier Prozent. Wachstumsmotor war häufig der Tourismus aus dem Ausland. Untersuchungen zufolge können ostdeutsche Regionen von dem Trend zu häufigeren Kurzreisen mit abnehmender Verweildauer profitieren. Die Aussichten für den Tourismus in Ostdeutschland bleiben positiv. Bei Hotels und Hotels garnis nahmen die Übernachtungen zu; für Pensionen und Gasthöfe zeichnet sich ein positiver Trend ab. Laut Tourismusbarometer hat eine zurückhaltende Kapazitätsentwicklung im Beherbergungsgewerbe die Auslastungssituation gestärkt.

Die Deutsche Zentrale für Tourismus e.V. (DZT) plant, das Jubiläum "25 Jahre Mauerfall/Deutsche Einheit" für zwei Jahre in den Mittelpunkt ihrer Kommunikation zu stellen. Die DZT bewirbt Deutschland als Reiseland im Auftrag der Bundesregierung im Ausland. Die Kampagne soll ins Blickfeld rücken, was den Markenkern des Reiselandes Deutschland 25 Jahre nach dem Mauerfall auszeichnet. Der offizielle Start der zweijährigen DZT-Kampagne ist zur Internationalen Tourismusbörse Berlin im Frühjahr 2014 geplant.

2.7 Landwirtschaft und Privatisierung von agrarwirtschaftlichen Flächen

Für viele ländliche Regionen Ostdeutschlands haben die Betriebe der Land- und Forstwirtschaft eine wichtige Bedeutung. Die Agrarwirtschaft trägt zum Erhalt der Arbeitsplätze bei und formt maßgeblich den ländlichen Charakter der Regionen. Diese Bedeutung steigt oftmals mit zunehmender Zentrumsferne. Viele ostdeutsche Betriebe weisen im innerdeutschen und europäischen Vergleich eine hohe Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit auf. Diese Potenziale gilt es zu nutzen und weiter auszubauen. Die EU-Direktzahlungen geben den Betrieben eine wirtschaftliche Grundlage zur Abfederung von Risiken und zur Erfüllung gesellschaftlicher Leistungen. Gleichwohl bedarf es weiterer Anstrengungen, um die wirtschaftliche Entwicklung in den ländlichen Regionen zu unterstützen. Die dazu notwendigen Maßnahmen werden von Ländern, Bund und EU mit maßgeschneiderten Programmen wie zum Beispiel die Förderung der ländlichen Entwicklung mit Hilfe des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) und der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK) unterstützt. Ziel ist die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit landwirtschaftlicher unternehmen, die Erhaltung sicherer Arbeitsplätze, hoher Wertschöpfung und hoher Lebensqualität im ländlichen Raum.

Die Privatisierung ehemals volkseigener land- und forstwirtschaftlicher Flächen schreitet weiter voran. Im Jahr 2012 wurden insgesamt 40.385 ha landwirtschaftliche und 12.161 ha forstwirtschaftliche Flächen veräußert, davon 15.314 ha bzw. 8.823 ha nach dem Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz (EALG). Seit dem 1. Juli 1992 wurden damit insgesamt rund 745.198 ha landwirtschaftliche und rund 554.486 ha forstwirtschaftliche Flächen veräußert. Um den seit der Verabschiedung der Privatisierungsgrundsätze 2010 veränderten Rahmenbedingungen besser Rechnung tragen zu können, wurden im 2. Quartal 2013 Ergänzungen der Privatisierungsgrundsätze beschlossen. So wird bei Ausschreibungen die Losgröße im Regelfall statt wie bislang auf 50 ha nun auf max. 25 ha beschränkt. Neben arbeitsintensiven und ökologisch wirtschaftenden Betrieben wird zukünftig auch Junglandwirten die Teilnahme an so genannten beschränkten Ausschreibungen ermöglicht sowie in diesem Zusammenhang der Umfang der beschränkt ausgeschriebenen Flächen von bisher jährlich 5.000 ha auf 7.500 ha erweitert. Zum Stichtag 31. Dezember 2012 befanden sich noch rund 267.501 ha landwirtschaftliche und rund 48.680 ha forstwirtschaftliche Flächen im Bestand der Bodenverwertungs- und verwaltungs GmbH (BVVG).

2.8 Bedeutung der Bundeswehr für die Wirtschaft

Besondere Bedeutung für die Wirtschaft in den neuen Ländern hat auch die Bundeswehr. Gemessen an der Bevölkerungszahl wird die Bundeswehr nach Umbau des gesamten Personalkörpers im Jahr 2017 in der Zielstruktur als Arbeitgeber in den ostdeutschen Bundesländern besonders stark vertreten sein; so kommen beispielsweise in Mecklenburg-Vorpommern künftig 6,4 Bundeswehrangehörige auf 1.000 Einwohner. Heute leisten insgesamt rund 29.000 der circa 185.000 Soldatinnen und Soldaten ihren Dienst in den neuen Bundesländern; weitere 11.000 der circa 71.000 zivilen Bundeswehrangehörigen arbeiten in den dortigen Bundeswehrdienststellen.

Damit trägt die Bundeswehr erheblich zur Sicherung und Stärkung der regionalen Wirtschaftskraft bei. Aufgrund ihrer flächendeckenden Präsenz bietet die Bundeswehr auch zukünftig jährlich mehr als circa. 32.300 Menschen eine berufliche Perspektive in den neuen Bundesländern; hinzu kommen noch die rund 480 zivilen Berufsausbildungsplätze in den vier eigenen Ausbildungswerkstätten und 45 Ausbildungsstätten.

Die Bundeswehr begegnet dem demografischen Wandel in Ostdeutschland mit der Etablierung eines „Binnenarbeitsmarktes Bundeswehr". Das vorhandene Personal wird dabei noch zielgerichteter und vor allen Dingen langfristig an den Arbeitgeber Bundeswehr gebunden, indem verstärkt planbare und vielfältige berufliche Perspektiven angeboten werden. Mit diesen Maßnahmen reduziert die Bundeswehr die fortschreitende Abwanderung, insbesondere auch junger Menschen, in den betroffenen Regionen. Auch die weitgehende zivilberufliche Anerkennung der militärischen Erfahrungen und Kenntnisse im engen Austausch mit der regionalen Wirtschaft wird dieses Ziel unterstützen.

2.9 Investitions- und Innovationsförderung

2.9.1 Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur"

Der wirtschaftliche Aufholprozess der neuen Länder ist noch nicht abgeschlossen und verlangt weiterhin eine flankierende Strukturpolitik. Wichtiges Element ist dabei die Investitionsförderung, die betriebliche Investitionen fördert und damit Wachstum unterstützt. Da die steuerliche Investitionszulage Ende 2013 ausläuft, wird die Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRW) künftig das zentrale Instrument der nationalen regionalen Wirtschaftsförderung. Im Rahmen der GRW unterstützen Bund und Länder strukturschwache Regionen finanziell dabei, den Strukturwandel und besondere regionale Herausforderungen zu bewältigen.

Die primäre regionalpolitische Intention der GRW besteht darin, Standortnachteile strukturschwacher Regionen auszugleichen und regionale Disparitäten abzubauen. Mit der Förderung von gewerblichen Investitionen, Investitionen in die kommunale wirtschaftsnahe Infrastruktur sowie Maßnahmen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen aktiviert die GRW das regionale Wachstum und trägt damit zur Schaffung bzw. Sicherung dauerhaft wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze in strukturschwachen Regionen bei. Sie leistet damit einen Beitrag zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet.

Darüber hinaus kommt der Gemeinschaftsaufgabe in den neuen Bundesländern eine immer wichtigere Rolle bei der Bewältigung demografischer Herausforderungen in strukturschwachen ländlichen Regionen zu (vgl. Abschnitt II Nr. 7).

Die Fördermöglichkeiten und -höchstsätze der GRW orientieren sich eng an der Strukturschwäche bzw. Bedürftigkeit der jeweiligen Region. Zudem ist der durch die europäischen Regionalbeihilferegeln vorgegebene (Subventions-) Rahmen einzuhalten. Antragsberechtigt sind Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft und des Fremdenverkehrsgewerbes bei volkswirtschaftlich besonders förderungswürdigen Investitionsvorhaben sowie Gemeinden bei wirtschaftsnahen Infrastrukturmaßnahmen. Die Förderung erfolgt in der Regel in Form eines nicht zurückzahlbaren Zuschusses und flankierend mit Bürgschaften. Welche Investitionen gefördert werden, entscheiden ausschließlich die zuständigen Stellen in den Ländern. Der Bund stellt gemeinsam mit den Ländern feste Regeln für die Förderung (Koordinierungsrahmen) auf, um Wettbewerbsverzerrungen zu minimieren und einen Subventionswettlauf zu verhindern.

Im Jahr 2012 wurden Ostdeutschland GRW-Mittel (Bundes- und Landesmittel einschließlich EFRE Kofinanzierung) in Höhe von 1,221 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Im Rahmen der gewerblichen Investitionsförderung konnten dadurch fast 17.000 Arbeitsplätze geschaffen und weitere 47.000 gesichert werden.

Das damit in den ostdeutschen Ländern in Gang gesetzte Investitionsvolumen belief sich auf ca. 6,5 Milliarden Euro.

Im kommenden Jahr stehen für die Regionalförderung bedeutsame Veränderungen an. Am 1. Juli 2014 treten die neuen Leitlinien der EU-Kommission für Regionalbeihilfen in Kraft, die für die Förderperiode bis 2020 gelten. Auf Basis dieser Regionalleitlinien ist das deutsche Fördergebiet anhand eines GRW-Ranking der Strukturschwäche für die neue Periode abzugrenzen. Die wichtigste Änderung gegenüber der laufenden Förderperiode ist, dass die bisher als Höchstfördergebiete (A-Fördergebiete) ausgewiesenen neuen Bundesländer künftig nur noch den C-Fördergebietsstatus erhalten. Dies verdeutlicht auch, dass sich die neuen Länder in ihrer Wirtschaftskraft weiter an den europäischen Durchschnitt angenähert haben. Gleichwohl bleiben sie als Zielgebiet in die gesamtdeutsche Regionalförderung durch die GRW eingebettet.

2.9.2 Innovationsförderung

Die unter der Dachmarke „Unternehmen Region“ zusammengefasste Förderung in sechs Programmen der Bundesregierung setzt an unterschiedlichen Stellen des Innovationsprozesses an, um den strukturellen Besonderheiten in der ostdeutschen Forschungslandschaft (viele innovationsaffine KMU, wenig Großunternehmen mit eigenen FuE-Abteilungen, anerkannte Forschungsstandorte in teilweise strukturschwachen Gebieten) zu entsprechen:

- Mit den „Innovationsforen“ wird der Aufbau bzw. die Neuausrichtung regionaler Innovationsnetzwerke gefördert. Bislang wurden bzw. werden über 145 Innovationsforen mit bis zu 85.000 Euro gefördert.
- Ziel des Programms „Innovative regionale Wachstumskerne bzw. Wachstumskern-Potenzial“ ist die Stärkung unternehmerisch handelnder regionaler Bündnisse mit gemeinsamer Technologie- oder Problemlösungsplattform mit Alleinstellungsmerkmal. Gefördert werden 43 Wachstumskerne mit über 1.000 Einzelvorhaben und 29 Wachstumskern-Potenziale mit über 135 Einzelvorhaben.
- Das Programm „Zentren für Innovationskompetenz. Exzellenz schaffen – Talente sichern“ zielt auf die Etablierung von international leistungsstarken Forschungszentren, die durch exzellente Forschung, unternehmerische Strategie und innovative Ansätze zur Nachwuchsförderung Maßstäbe setzen. Mittlerweile ziehen 14 Zentren talentierte Forscherinnen und Forscher aus dem In- und Ausland an.
- Mit dem Programm „InnoProfile bzw. InnoProfile-Transfer“ soll die Innovationsfähigkeit in den ostdeutschen Regionen durch die Kooperation von Nachwuchsforscherinnen und –forschern mit regionalen Unternehmen gestärkt werden. Für 42 Nachwuchsforschergruppen stehen 157 Millionen Euro zur Verfügung. 2012 startete das Programm InnoProfile-Transfer, mit dem die regionalen Unternehmen über eine stärkere finanzielle Beteiligung enger an die Forschungsgruppen gebunden werden sollen.
- Mit dem Programm „ForMaT“ setzt die Bundesregierung Impulse, um die Trennung zwischen marktgetriebener industrieller Forschung und erkenntnisgetriebener öffentlicher Forschung zu überwinden. Für bislang drei Förderrunden standen 60 Millionen Euro bis 2012 zur Verfügung.
- Mit dem im Jahr 2012 gestarteten Programm „Zwanzig20 – Partnerschaft für Innovation“ sollen die in den neuen Ländern aufgebauten herausragenden wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Kompetenzen durch überregionale und interdisziplinäre Kooperationen systematisch für die Zukunft ausgebaut werden. Mit bis zu 500 Millionen Euro fördert die Bundesregierung zehn Ini-tialkonsortien, die die Kompetenzen von Wissenschaft und Wirtschaft zusammen bringen und die im Rahmen eines Wettbewerbes durch eine Jury ausgewählt werden. Dabei ist ein wesentlicher Aspekt, dass die Konsortien über Branchen- und Landesgrenzen hinweg gemeinsam an Lösungen für wichtige Zukunftsprobleme arbeiten, um so die an verschiedenen Stellen bestehenden Kompetenzen zu einer Aufgabenstellung zu bündeln.

Mit der Fördermaßnahme „Spitzenforschung und Innovation in den Neuen Ländern“ gibt die Bundesregierung zusätzlich seit 2008 einen weiteren Impuls, um die Innovationskraft in den neuen Ländern zu stärken, langfristig angelegte Forschungskooperationen aufzubauen und Universitäten in ihrer Profilbildung zu unterstützen. Dazu werden organisationsübergreifende, themenorientierte Netzwerke aus Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen gefördert. Bisher wurden 17 Initiativen ausgewählt.

Mit dem „Zentralen Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM)“ werden anspruchsvolle technische Forschungs- und Entwicklungsprojekte von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) gefördert, die zu neuen Produkten, Verfahren oder technischen Dienstleistungen führen. Die Entwicklungsarbeiten können entweder im Betrieb mit eigenem Personal (ZIM-SOLO) oder in Kooperation mit anderen Unternehmen oder Forschungseinrichtungen, wie Universitäten oder Fraunhofer-Instituten, oder als Kooperationsnetzwerke als Einheit von FuE-Projekten und Netzwerkmanagements (ZIM-KOOP) durchgeführt werden. Die Unterstützung aus dem ZIM erleichtert mittelständischen Unternehmen die Finanzierung von Forschungsvorhaben und intensiviert damit das Engagement in die Entwicklung neuer Produkte und effizienterer Prozesse. Durch die Zusammenarbeit in Netzwerken können vielfach größenbedingte Nachteile ausgeglichen werden.

Seit Mitte 2008 ergingen rund 24.000 Förderzusagen in Höhe von mehr als 3 Milliarden Euro, mit denen Investitionen in Forschung und Entwicklung von mehr als 6,1 Milliarden Euro angestoßen wurden. 12.000 Unternehmen wurden erreicht, die Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen hat sich verdreifacht, und 2.000 Unternehmen agieren in Netzwerken. Für 2013 und 2014 sind im Bundeshaushalt für das ZIM jeweils Mittel in Höhe von rund 500 Millionen Euro vorgesehen. Damit werden zusätzliche FuE-Investitionen in der Wirtschaft angestoßen und mittel- bis langfristige positive Markt- und Beschäftigungswirkungen erzeugt.

Dieses nachfrageorientierte Programm, an dem Ostdeutschland mit einem Anteil von 40 Prozent überproportional partizipiert, ist technologie- und branchenoffen. Die meisten Projekte führen die KMU in den Produktions- und Werkstofftechnologien durch. Aber auch Gesundheitsforschung oder Elektromobilität haben einen beachtlichen Anteil an der Förderung. Damit stärken die vermehrten Forschungsaktivitäten nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, sondern beschleunigen auch die Lösung technologischer Herausforderungen. Die am meisten nachgefragte Projektform der Unternehmen ist die Kooperation mit Forschungseinrichtungen. Damit trägt das ZIM maßgeblich zu einer vertieften Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft und einem Technologie-Transfer bei.

Die gut 60 externen gemeinnützigen Industrieforschungseinrichtungen (IFE) haben eine große Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung Ostdeutschlands. Die dort überwiegend vorzufindenden kleinen und kleinsten Unternehmen sind oft nicht in der Lage, die für neue Produkte und Dienstleistungen erforderliche Forschung und Entwicklung selber zu leisten, weil die Finanzkraft oder personellen Ressourcen nicht ausreichen. Genau in diese Lücken stoßen die IFE. Sie bereiten die von Hochschulen und anderen Forschungseinrichtungen sowie selbst erarbeiteten neuen Erkenntnisse für die KMU so auf, dass diese dort in konkrete Anwendungen überführt werden können. Zugleich sind sie oft Initiator von und Treiber in Netzwerken. Als verlässlicher und innovativer Partner der Unternehmen können sie praxisnah Anforderungen der KMU an die wissenschaftlichen Einrichtungen weitergeben. Von ihrer Forschungs- und Anwendungskompetenz profitieren daher vor allem die Unternehmen, aber auch die Hochschulen und Forschungseinrichtungen.

Das technologieoffene Programm „Innovationskompetenz Ost (INNO-KOM-Ost)“ der Bundesregierung zielt darauf, den wirtschaftlichen Aufholprozess in Ostdeutschland zu stimulieren, in dem Forschung und Entwicklung der gemeinnützigen externen Industrieforschungseinrichtungen unterstützt werden. Das Programm richtet sich strikt auf die Umsetzung der geförderten FuE-Ergebnisse am Markt aus. Gleichzeitig wird der wissenschaftliche Vorlauf[14] der geförderten Einrichtungen gesichert. Gefördert werden Ausgaben für die Durchführung von

- Vorhaben der Vorlaufforschung, soweit sie sich mit Ergebnissen und Erkenntnissen der Grundlagenforschung auseinandersetzen, die industrielle oder kommerzielle Anwendungsbereiche haben und breite Applikationsmöglichkeiten für die mittelständische Wirtschaft erwarten lassen;
- marktorientierten FuE-Vorhaben von der Detailkonzeption bis zur Fertigungsreife mit dem Ziel, neue oder weiterentwickelte Erzeugnisse, Verfahren oder Dienstleistungen zu gewinnen. Gefördert werden auch Aktivitäten zum Transfer von anwendungsreifen Forschungsergebnissen.

Ergänzt wurde das Programm um den Programmteil „Investitionszuschuss technische Infrastruktur“, der seit 2009 zunächst als Modellvorhaben erprobt wurde und seit 2012 reguläres Element dieses Programmes ist. Damit sollen die wissenschaftlich-technische Infrastruktur dieser Einrichtungen substanziell verbessert und deren Wettbewerbsfähigkeit gestärkt werden. Von Anfang 2009 bis Oktober 2013 wurden 1.000 Projekte mit Mitteln in Höhe von 285 Millionen Euro gefördert. Die ursprünglich bis Ende 2013 laufende Förderrichtlinie wurde in diesem Jahr bis Ende 2014 verlängert, um den Einrichtungen Planungssicherheit zu geben.

2.9.3 EU-Strukturpolitik

Die Wirtschaftsstruktur zu verbessern und damit Wachstum und Wohlstand zu schaffen ist nicht nur ein Anliegen der Bundesregierung, sondern auch ein europäisches Ziel. Die Strukturfonds, im Wesentlichen der Europäische Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) und der Europäische Sozialfonds (ESF), dienen genau dieser Zielsetzung. Mit Hilfe des EFRE werden in der nächsten Förderperiode 2014 bis 2020 vorrangig Unternehmensinvestitionen (KMU), Innovationen sowie Maßnahmen zur Senkung von CO2-Emissionen in allen Bereichen der Wirtschaft gefördert. Mit Mitteln des ESF werden Maßnahmen zur Förderung der Beschäftigung und Unterstützung der Mobilität der Arbeitskräfte, der sozialen Eingliederung und Armutsbekämpfung sowie von Investitionen in Bildung, Kompetenzen und lebenslanges Lernen finanziert. Die genauen Fördermaßnahmen ergeben sich aus den Operationellen Programmen, die der Bund und die Länder jeweils für die beiden Fonds aufstellen. In der kommenden Förderperiode (von 2014 bis 2020) wird es allerdings kein EFRE-Bundesprogramm Verkehr mehr geben, da eine besondere Förderung des Ausbaus der Verkehrsinfrastruktur in Ostdeutschland nicht mehr erforderlich ist.

---

[14] Auseinandersetzung mit Ergebnissen und Erkenntnissen der Grundlagenforschung im Hinblick auf mögliche industrielle Anwendungsbereiche, die nicht fokussiert ist auf vorbestimmte Projekte oder Produktgruppen, sondern die Grundlagen für spätere Innovationen liefert.

Da in der auslaufenden Förderperiode 2007-2013 die Wirtschaftskraft in Ostdeutschland gegenüber dem EU-Durchschnitt gestiegen ist, gehören die ostdeutschen Regionen in der kommenden Periode 2014-2020 nicht mehr zu den „schwach entwickelten Regionen". Dazu hat die Unterstützung der meisten ostdeutschen Regionen als Höchstfördergebiete mit rund 16 Milliarden Euro beigetragen. Um einen abrupten Mittelrückgang zu vermeiden und die wirtschaftlichen Erfolge nicht zu gefährden, ist es der Bundesregierung gelungen, bei den Verhandlungen für die kommende Strukturfondsperiode ein regionales Sicherheitsnetz für die bisherigen ostdeutschen Höchstfördergebiete durchzusetzen. Diese Regionen zählen ab 2014 zu den so genannten „Übergangsregionen" und erhalten eine Mittelausstattung in Höhe von 60 Prozent der Mittel der laufenden Periode. Hinzu kommen Sonderzahlungen, so dass sich für diese Regionen in konstanten Preisen eine faktische Mittelausstattung von etwa 64 Prozent ihrer derzeitigen Mittelausstattung ergibt. Die ostdeutschen Länder profitieren zudem von erhöhten Kofinanzierungssätzen.

Eine besondere Situation ergibt sich für die Regionen Brandenburg-Südwest und Leipzig. Da diese Regionen bereits in der laufenden Periode gut entwickelt sind, profitieren sie nicht vom regionalen Sicherheitsnetz. Die Region Leipzig, die knapp über 90 Prozent des in Kaufkraftparitäten gemessenen BIP pro Einwohner der EU (2007-2009, EU27) liegt und damit zu den „ stärker entwickelten Regionen" zählt, erhält ebenfalls eine EU-Sonderzahlung. Die Mittelausstattung von Brandenburg-Südwest, das künftig zu den Übergangsregionen gehört, ist Gegenstand noch laufender Gespräche der ostdeutschen Länder zur innerdeutschen Mittelverteilung. Die Gespräche zur innerdeutschen Mittelverteilung insgesamt sind sowohl beim EFRE als auch beim ESF noch nicht abgeschlossen.

2.9.4 Förderung der Landwirtschaft

Die europäische Landwirtschaft und die ländlichen Räume werden in der laufenden Förderperiode 2007 bis 2013 vor allem aus zwei EU-Fonds finanziert:

- dem Europäischen Garantiefonds für Landwirtschaft – EGFL – für Direktzahlungen und Marktmaßnahmen – so genannte erste Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). Die Direktzahlungen betrugen im Jahr 2011 EU-weit rund 40 Milliarden Euro, darunter circa 5,4 Milliarden Euro für Deutschland (Anteil neue Bundesländer ein Drittel). Der Anteil der Direktzahlungen am Einkommen der Landwirte beträgt im Bundesdurchschnitt circa 40 Prozent.
- dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung ländlicher Räume (ELER), der so genannten zweiten Säule der GAP. Deutschland erhält für die Förderperiode 2007 bis 2013 von der GAP über ELER circa 9,1 Milliarden Euro. Davon erhalten die ostdeutschen Länder circa 4,7 Milliarden Euro, das heißt circa 52 Prozent der ELER-Mittel.
- Ein wesentlicher Teil der obligatorischen Kofinanzierung der ELER-Mittel erfolgt von Bund und Ländern im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (GAK). Zusammen mit weiteren nationalen Mitteln stehen im Zeitraum 2007-2013 insgesamt rund 18,4 Milliarden Euro in der 2. Säule zur Verfügung. Hiervon entfallen auf die ostdeutschen Länder rund 6,7 Milliarden Euro.

Die Europäische Kommission hat im Rahmen der Weiterentwicklung der GAP u. a. die obligatorische Einführung einer Degression und Kappung von Direktzahlungen in großen Betrieben vorgeschlagen. Dies hätte einseitig die im bundesweiten Vergleich großen Betriebe in den neuen Bundesländern belastet.

Die Bundesregierung hat im Herbst 2013 ihren Vorschlag in den EU-Gremien durchsetzen können. Der Vorschlag sieht vor, allen Betrieben für einen begrenzten Umfang ihrer Flächen eine Zusatzförderung zu gewähren statt einseitig bei den großen Betrieben zu kürzen. Die neuen Gestaltungsspielräume ermöglichen es den Mitgliedstaaten, bei der nationalen Umsetzung der besonderen Rolle der bäuerlichen Familienbetriebe entsprechend den jeweiligen Bedingungen vor Ort gerecht zu werden.

Für das Jahr 2014 wird es Übergangsregelungen geben, die – unter Berücksichtigung der finanziellen Obergrenzen aus dem Mehrjährigen Finanzrahmen 2014 bis 2020 - eine Fortschreibung der bisherigen Regelungen darstellen werden.

Die ostdeutschen Länder scheiden ab 2014 aus der EU-Höchstförderung (Ziel 1- Förderung) aus. Die Bundesregierung hat sich deshalb bei den Verhandlungen über den künftigen MFR auch hier für Übergangsregelungen in den neuen Bundesländern eingesetzt. Sie konnte im Beschluss der Staats- und Regierungschefs vom 8. Februar 2013 und in den anschließenden Verhandlungen zu den Strukturfondsverordnungen durchsetzen, dass die Fördermaßnahmen in der 2. Säule im „Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen

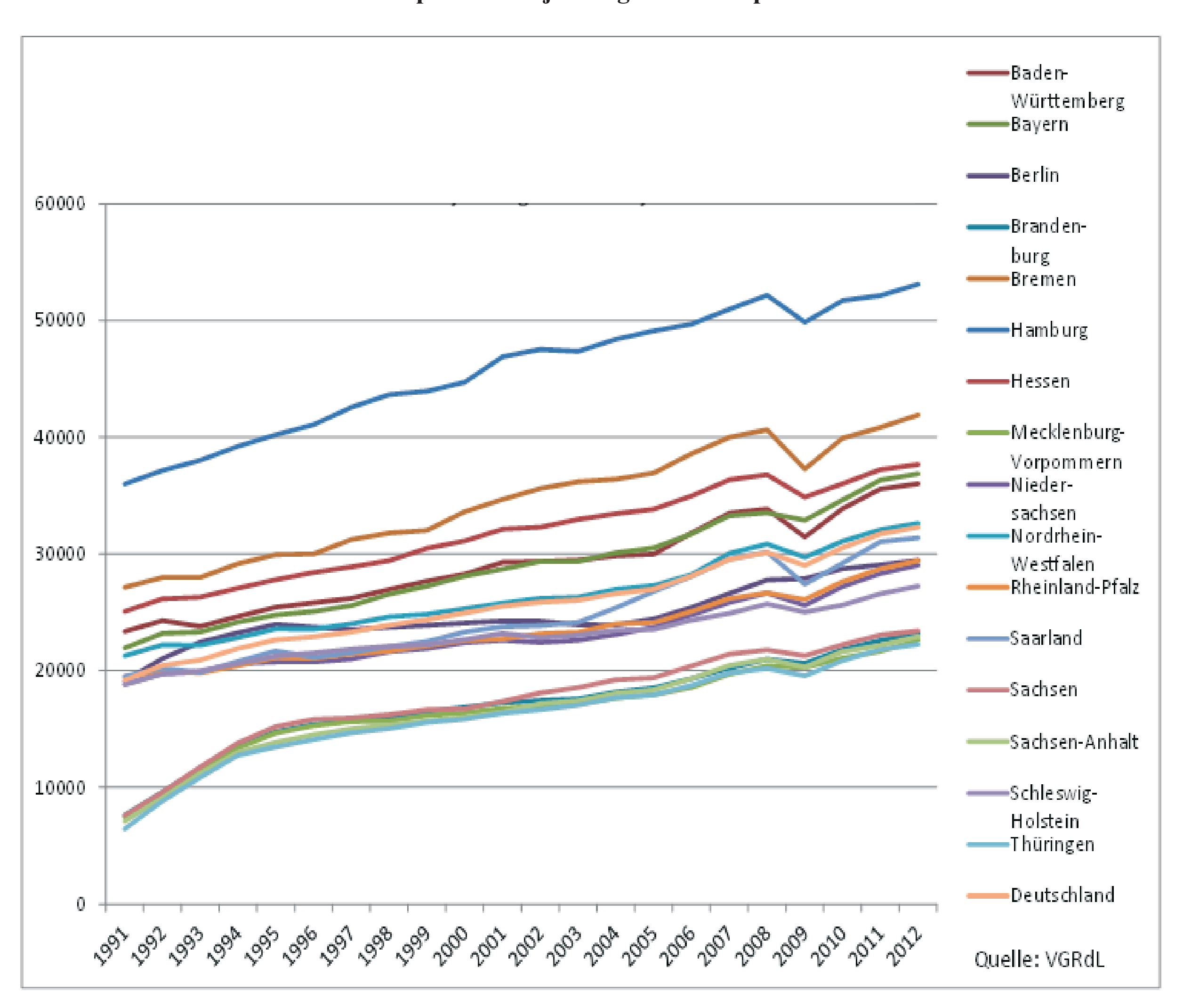
Raums“ (ELER) in den ehemaligen Konvergenzgebieten ab 2014 mit 75 Prozent und in anderen Übergangsregionen mit 63 Prozent EU-Beteiligung durchgeführt werden können.

2.10 Profil des Standorts Ostdeutschland und Cluster

Die Wirtschaftskraft der ostdeutschen Länder ist auch mehr als zwanzig Jahre nach der Deutschen Einheit von den Eckdaten her weitaus weniger differenziert, als dies in Westdeutschland der Fall ist: Während der Abstand in der Wirtschaftskraft zwischen dem stärksten ostdeutschen Flächenland, Sachsen, zu dem schwächsten, Thüringen, gerade mal 4,5 Prozentbeträgt, ist die Spanne im Vergleich der westdeutschen Flächenländer mit 27,7 Prozent für Hessen zu Schleswig-Holstein weitaus größer. Zwischen Sachsen und Schleswig-Holstein fällt der Abstand mit 14,0 Prozent geringer, aber immer noch deutlich aus (vgl. Abbildung 10).

Abbildung 10

Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen pro Einwohner



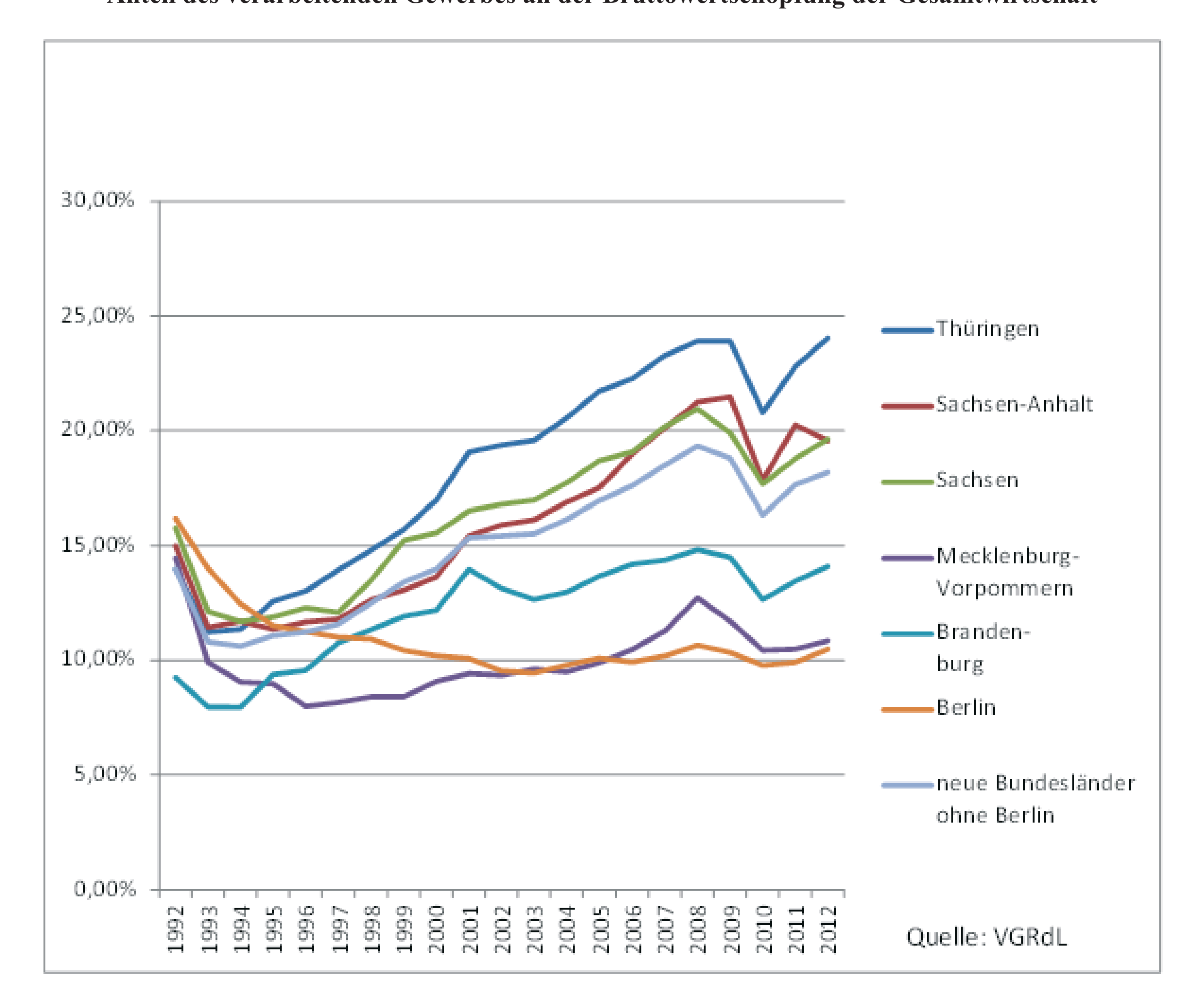
Dies ist insofern bemerkenswert, als die Länder durchaus recht unterschiedliche sektorale Schwerpunkte haben: über touristische und andere Dienstleistungen bis hin zu industriellen Kapazitäten. Insgesamt wird in allen ostdeutschen Ländern ein besonderes Gewicht auf den Aufbau der Industrie gelegt. Sie ist besonders innovationsfreudig, bietet damit ständig neue Wertschöpfungs- und Beschäftigungsperspektiven und holt über ihren Zugang zu internationalen Absatzmärkten Erträge und Kapital in die ostdeutschen Regionen. Die Wirtschaftsförderung von Bund und Ländern ist daher stark auf die Unterstützung von Industrie und produktionsnahen Dienstleistungen ausgerichtet.

Die nachstehende Grafik zum „Anteil des verarbeitenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung der Gesamtwirtschaft“ zeigt anschaulich, wie sich in Ostdeutschland die Bedeutung der Industrie deutlich verändert hat.

Eng an die Wirtschaftsstruktur gekoppelt sind zudem weitere wirtschaftliche Eckdaten, wie die Exportquote oder der Innovationsgrad.

Abbildung 11

Anteil des verarbeitenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung der Gesamtwirtschaft



Dabei verlief der Weg zum Erfolg oft auf den Pfaden traditioneller Branchen. Viele Unternehmen in Ostdeutschland, die heute erfolgreich sind, knüpfen an diese industriellen Traditionen in ihrer Region an, die teilweise weit vor der deutschen Teilung entstanden sind. Vielfach haben sich spezifische Cluster gebildet.

Cluster können sich positiv auf die Entwicklung von Regionen auswirken, da sie zum einen Unternehmensgründungen und -ansiedlungen stimulieren und zum anderen zu einer erhöhten unternehmerischen Produktivität sowie Innovation beitragen. Cluster sind dabei weniger als Ergebnis von Zufälligkeiten als vielmehr als Resultat eines historischen Entwicklungspfades zu interpretieren. Auch in zahlreichen Regionen Ostdeutschlands existieren Clusterstrukturen oder erste Ansätze einer Clusterbildung sowohl im Hightech-Bereich als auch in traditionellen Industrien.

Die nach wie vor bestehenden strukturellen Unterschiede der ostdeutschen Wirtschaft, die sich vor allem in ihrer Kleinteiligkeit äußern, wirken sich oft nachteilig auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit, die Exportfähigkeit und die Innovations- und Forschungskraft der Unternehmen aus. Durch die Einbettung der ostdeutschen Betriebe in regionale Netzwerke verwandter Firmen oder Branchen, Forschungs- und Bildungseinrichtungen sowie Fördereinrichtungen als strategisches Element können diese Nachteile zumindest teilweise ausgeglichen und die besonderen regionalen Potenziale gehoben werden. Der Markt verlangt häufig komplette Lösungen und Angebote, die ein kleines Unternehmen nicht allein abdecken kann. Kooperationen auf der Produktionsebene (Produktionszellen), Kooperationen mit technologischen Spezialisten und wissenschaftlichen Einrichtungen (innovative Netzwerke), Nutzung von spezifischen Kompetenzen und Technologien und branchen-

übergreifenden Ideen vor Ort sowie Kooperationen im Marketing und im Zulieferbereich stehen hier daher im Fokus. Diese Elemente schließen ausdrücklich auch die Vernetzung von Leistungen entlang von Wertschöpfungsketten ein. Die Erkenntnis ist deshalb, dass nicht nur die „Kleinheit“ eines Unternehmens ein entscheidender Wettbewerbsnachteil ist, sondern auch seine „Einsamkeit“.

Die Clusterförderung beruht unter anderen auf verschiedenen länderspezifischen, bundeslandübergreifenden und bundesweiten Maßnahmen. Die Förderpolitik der Bundesregierung fokussiert dabei insbesondere auf die Unterstützung von Netzwerken und die Steigerung von deren Innovationsfähigkeit. Unterstützt werden ostdeutsche Cluster unter anderem durch die GRW und weitere Förderprogramme der Bundesregierung, wie die Innovationsinitiative „Unternehmen Region“ oder die Programme „Innovative Regionale Wachstumskerne“ oder „Zwanzig20 – Partnerschaft für Innovation“, die unter der Dachmarke „Unternehmen Region“ mit Fokus auf die neuen Bundesländer vereint sind. Darüber hinaus erfolgt eine Förderung auch über die technologieoffenen Programme der Bundesregierung, wie das ZIM oder INNO-KOM-Ost. Die ostdeutschen Cluster sind im Spitzencluster-Wettbewerb der Bundesregierung erfolgreich.

In Ostdeutschland hat sich inzwischen eine ganze Reihe erfolgreicher Netzwerke und Cluster gebildet, von denen wichtige Impulse für die jeweiligen Branchen ausgehen. In Abhängigkeit von der jeweiligen Definition und Abgrenzung schwankt die Zahl der ostdeutschen Cluster nicht unerheblich. Im Rahmen verschiedener Studien wurden bereits Anzahl und Ausrichtung der in Ostdeutschland angesiedelten Cluster eingehend untersucht. Unabhängig vom konkreten Untersuchungshintergrund zeigt sich eine auffällige räumliche Ungleichverteilung der Unternehmensballungen in Ostdeutschland. Eine hohe Dichte an Clustern ist im Großraum Berlin gegeben; hier konzentrieren sich Unternehmen beispielsweise in den Bereichen Medienwirtschaft, Maschinenbau und Biotechnologie. Auch im südlichen Mitteldeutschland (Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen) existieren zahlreiche Cluster, unter anderem in der chemischen Industrie, in der Mikro- und Nanoelektronik, in der Bahntechnik, in der Medizintechnik und im Automobilbau. Ein Technologiefeld, das in den letzten Jahren eine besonders große Dynamik bei der Entwicklung regionaler Clusterstrukturen erkennen ließ, ist in Mitteldeutschland die Biotechnologie. Weite Teile Mecklenburg-Vorpommerns, des nördlichen Sachsen-Anhalts sowie Brandenburgs weisen dagegen nur eine sehr geringe Zahl von Clustern auf.

Mit dem Ziel, Synergien zwischen räumlich konzentrierten Unternehmen zu entwickeln bzw. weiter zu stärken, wurden in den einzelnen Bundesländern und über Bundeslandgrenzen hinweg in bestimmten Branchen und Technologiefeldern so genannte Clusterinitiativen ins Leben gerufen. Trotz erheblicher Anstrengungen durch die Regionalpolitik erreicht der Unternehmensbestand vielerorts noch nicht die für die Ausbildung eines funktionierenden Clusters erforderliche kritische Masse. Auch in bereits existierenden Netzwerken besteht vielfach noch Handlungsbedarf in Hinblick auf den Transfer von Ergebnissen aus der Forschung in die wirtschaftliche Praxis sowie bei der Berücksichtigung und Integration von regionsexternem Wissen. Um diese Defizite abzubauen, bedarf es in Zukunft im Rahmen der geltenden Finanzplanung eines verstärkten Ausbaus von Gründungsinitiativen, insbesondere an Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie einer Verstärkung von Kooperations- und Netzwerkaktivitäten, auch mit überregionalen Partnern.

Bei aller Vielfalt in den ostdeutschen Ländern zeigt sich eindrücklich, dass es eben keinen richtigen oder falschen Weg für die Entwicklung der ostdeutschen Wirtschaft gibt. Vielmehr ist wichtig, dass jedes Land seinen individuellen Weg geht, um sein Potenzial auszuschöpfen. Dies kann in einem Fall das Verarbeitende Gewerbe und in einem anderen Fall der Tourismus sein: Beides kann dauerhaft den wirtschaftlichen Wohlstand sichern.

2.11 Bedeutung internationaler Märkte und der Investorenwerbung

Eine vertiefte Internationalisierung der Wirtschaftsstruktur in den östlichen Bundesländern ist eine wichtige Quelle für weiteres Wachstum und eine wesentliche Voraussetzung für die Etablierung einer selbsttragenden wirtschaftlichen Entwicklung in den neuen Ländern. Auch für die Steigerung der Innovationskraft bietet die Einbindung internationaler Unternehmen durch Investitionen in den neuen Ländern und Kooperationen mit ostdeutschen Unternehmen große Chancen. Im Fokus einer Internationalisierungsstrategie stehen sowohl die großen westeuropäischen Märkte als auch die Märkte Mittel- und Osteuropas ohne die dynamischen Märkte Asiens, Lateinamerikas und vor allem der USA zu vernachlässigen. Ungefähr ein Drittel des Umsatzes erzielt das Verarbeitende Gewerbe in Ostdeutschland im Ausland. Sowohl in den Märkten Westeuropas und Amerikas als auch in Osteuropa und den aufstrebenden Schwellenmärkten bestehen Möglichkeiten, die Exporte auszuweiten.

Die Bundesregierung unterstützt mit gezielten Maßnahmen die weitere Internationalisierung der KMU in der Wirtschaft. Unternehmen aus Ostdeutschland steht das gesamte außenwirtschaftliche Instrumentarium der Bun-

desregierung zur Verfügung. Bei der Förderung wirken die Auslandshandelskammern, Auslandsvertretungen und die Bundesgesellschaft Germany Trade and Invest (GTAI) eng zusammen. Das neue Programm zur Erschließung von Auslandsmärkten („Maßnahmen zur Erschließung von Auslandsmärkten für kleine und mittlere Unternehmen des produzierenden Gewerbes und für Dienstleister") ist im Januar 2012 gestartet. Daneben hilft die Bundesregierung mit speziellen Projektangeboten deutschen Unternehmen spezifischer Branchen beim Markteintritt im Ausland.

Ein weiterer Weg zur Vertiefung der Internationalisierung der ostdeutschen Wirtschaft ist die Vermarktung des Investitionsstandortes Ostdeutschland und die Ansprache von potenziellen Investoren. Beim Standortmarketing der Bundesrepublik Deutschland spielt die GTAI eine zentrale Rolle.

GTAI hat zudem besondere Aufgaben in der Investorenwerbung mit dem besonderen Fokus Ostdeutschland. Die Ansprache potenzieller Investoren sowie die Vermarktung der ostdeutschen Investitionsstandorte und ihrer Stärken bilden wichtige Tätigkeitsschwerpunkte der GTAI. Um Ostdeutschland in den wichtigsten Wirtschaftsnationen der Welt als modernen und besonders leistungsfähigen Standort zu präsentieren, hat die GTAI die Dachmarke „Powerhouse Eastern Germany“ entwickelt und weltweit bekannt gemacht.

Der Beauftragte der Bundesregierung für die Neuen Bundesländer unterstützt diese besonderen Aktivitäten für Ostdeutschland durch einen erheblichen zusätzlichen Finanzierungsbeitrag an der Gesamtfinanzierung der Gesellschaft in Höhe von 5 Millionen Euro pro Jahr. Die Wirtschaftsfördergesellschaften der neuen Bundesländer sind auf Einladung von der GTAI bei einer Vielzahl der von der GTAI organisierten Veranstaltungen vor Ort mit eigenen Mitarbeitern dabei und profitieren somit bei der Anbahnung eigener Kontakte und Anwerbung von Investoren direkt von den verschiedenen Plattformen, die die GTAI ihnen auf diese Weise zur Verfügung stellt.

Die Erfolge der Investorenwerbung für Ostdeutschland bilden sich in der Akquisitionsstatistik der Bundesgesellschaft GTAI deutlich ab. Im Jahr 2012 übergab die GTAI 33 Investitionsvorhaben an die Wirtschaftsförderungsgesellschaft der Neuen Länder, mit denen 1911 Arbeitsplätze geschaffen werden sollen. Damit ging auch im Jahr 2012 ein deutlich überproportionaler Anteil des von der GTAI eingeworbenen geplanten Investitionsvolumens internationaler Unternehmen in die östlichen Bundesländer.

Ergänzend zur institutionellen Förderung der GTAI unterstützt der Beauftragte der Bundesregierung für die Neuen Bundesländer zusätzlich Projekte zur Ansprache von Investoren bzw. zur Unterstützung des Eintritts ostdeutscher Unternehmen in zentrale internationale Absatzmärkte. Hierfür stehen pro Jahr eine Million Euro zur Verfügung, mit denen u.a. Maßnahmen der Wirtschaftsförderungsgesellschaften der ostdeutschen Länder anteilig finanziert werden. Dabei handelt es sich um zusätzliche Schwerpunktmaßnahmen, die ohne eine Förderung des Bundes nicht zustande kommen würden. In den vergangenen Jahren haben zudem Projekte, mit denen ostdeutsche Unternehmen beim Eintritt in wichtige internationale Märkte unterstützt werden, an Bedeutung gewonnen.

3. Entwicklung am Arbeitsmarkt

3.1 Entwicklung von Arbeitsmarkt und Beschäftigung

Der Arbeitsmarkt in Deutschland zeigte sich im Jahr 2012 insgesamt trotz europäischer Schuldenkrise und einer schwächeren konjunkturellen Entwicklung in einer soliden Grundverfassung. Dies spiegelt sich auch in der ostdeutschen Entwicklung wider. So hat sich die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Ostdeutschland im Jahr 2012 gegenüber dem Vorjahr (jeweils Stichtag 30.06.) weiter erhöht, aber etwas schwächer als im Vorjahr. Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung sind jahresdurchschnittlich weiter gesunken. Die Arbeitskräftenachfrage liegt insgesamt noch auf hohem Niveau.

Die Arbeitslosigkeit hat im Jahresdurchschnitt 2012 in Ostdeutschland stärker abgenommen als in Westdeutschland; sie verringerte sich um 5,5 Prozent bzw. knapp 53.000 auf rund 897.000 Personen, den niedrigsten Stand seit 1991 (Westdeutschland: -1,3 Prozent bzw. etwa 26.000 auf rund 2 Millionen). Die Arbeitslosenquote - bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen - lag jedoch auch im Jahresdurchschnitt 2012 mit 10,7 Prozent fast doppelt so hoch wie in Westdeutschland mit 5,9 Prozent (2011: Ostdeutschland: 11,3 Prozent, Westdeutschland: 6,0 Prozent). Dabei lagen die Arbeitslosenquoten in den ostdeutschen Bundesländern alle über denen in den westdeutschen Bundesländern, mit Ausnahme von Bremen (11,2 Prozent).

Von den im Jahr 2012 in Ostdeutschland gemeldeten Arbeitslosen wurden rund 242.000 im Rechtskreis SGB III (Arbeitslosenversicherung) von den Agenturen für Arbeit und rund 655.000 im Rechtskreis SGB II (Grundsicherung für Arbeitsuchende) von den Jobcentern betreut. Gegenüber dem Vorjahr ging ihre Zahl im Rechtskreis

SGB II um 7,1 Prozent zurück, während sie im Rechtskreis SGB III nur sehr leicht zurückging bzw. stagnierte (-0,9 Prozent).

Die Zahl der Arbeitslosen, die länger als 12 Monate arbeitslos gemeldet waren, ist weiter rückläufig. Sie betrug im Jahresdurchschnitt 2012 in Ostdeutschland etwa 324.000 Personen (36,1 Prozent der ostdeutschen Arbeitslosen insgesamt).

Die Zahl der ostdeutschen, weiblichen Arbeitslosen ging im Jahresdurchschnitt 2012 mit -6,2 Prozent etwas stärker zurück als die der männlichen Arbeitslosen (-5,0 Prozent). Die Arbeitslosenquote der Frauen lag mit 10,2 Prozent - wie auch in den letzten Jahren - unter der der Männer (11,0 Prozent).

Jüngere Arbeitslose in Ostdeutschland im Alter zwischen 15 und unter 25 Jahren konnten bei Betrachtung der absoluten Zahlen auch im Jahr 2012 einen überdurchschnittlichen Rückgang gegenüber dem Vorjahr verzeichnen, wenn er auch mit -8,4 Prozent nicht mehr ganz so stark ausfiel wie noch im Jahr 2011 (-13,6 Prozent). Die Arbeitslosenquote, d.h. der Anteil der Arbeitslosen an den zivilen Erwerbspersonen dieser Personengruppe, lag relativ konstant bei 10,0 Prozent (2011: 10,1 Prozent).

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit Älterer (50 Jahre und älter) fiel mit -2,3 Prozent vergleichsweise schwach aus. Die Arbeitslosenquote der 50 bis unter 65-Jährigen ging im Vergleich zum Vorjahr um 0,8 Prozentpunkte auf 11,9 Prozent zurück.

Die höchste Arbeitslosenquote aller Bundesländer wurde in den Jahren 2011 und 2012 in Berlin verzeichnet. Mit 12,3 Prozent lag die Quote deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 6,8 Prozent. Das ostdeutsche Bundesland mit der niedrigsten Arbeitslosenquote im Jahr 2012 war Thüringen (8,5 Prozent). Zum Vergleich: Die niedrigste Quote der westdeutschen Bundesländer wurde in Bayern mit 3,7 Prozent verzeichnet.

Nicht zu übersehen sind jedoch regionale Unterschiede. Während in manchen Städten und Kreisen die Quote zum Teil deutlich unter 10 Prozent liegt (beispielsweise Sonneberg 4,5 Prozent, Hildburghausen 5,5 Prozent, Wartburgkreis 6,1 Prozent), liegen die Quoten anderorts bei bis zu 16 Prozent (beispielsweise Uckermark 16,4 Prozent, Stendal 14,2 Prozent, Mansfeld-Südharz 14,2 Prozent).

Für die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten konnten in Ostdeutschland seit 2006 (jeweils Stichtag 30.06.) Zuwächse in Höhe von 0,8 bis 2,1 Prozent festgestellt werden. Dies entspricht bis zum 30. Juni 2012 einem Zuwachs von insgesamt rund 450.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Einzig im Juli 2009 stagnierte die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten - in Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise - auf dem Vorjahresniveau (rund -2.000 bzw. -0,05 Prozent gegenüber Juni 2008), entwickelte sich aber seitdem trotz der anhaltenden Rezession im Euroraum wieder positiv. Im Juni 2012 fiel der Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in Ostdeutschland etwas schwächer aus als in Westdeutschland. So nahm die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung von Juni 2011 auf Juni 2012 im Westen um 2,0 Prozent auf etwa 23,46 Millionen und im Osten um 1,3 Prozent auf etwa 5,46 Millionen zu. Der Beschäftigungsanstieg erfolgte im Jahr 2012 in fast allen Bundesländern und über nahezu alle Branchen hinweg: In der Differenzierung nach Bundesländern zeigen sich fast überall Zunahmen. Am stärksten erhöhte sich die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Berlin (+3,4 Prozent), Niedersachsen (+2,7 Prozent) und Bayern (+2,6 Prozent). Einen Rückgang gab es nur in Sachsen-Anhalt (-0,2 Prozent). Der Zuwachs wurde im Wesentlichen vom Gesundheits- und Sozialwesen sowie vom verarbeitenden Gewerbe getragen. Somit nähert sich die ostdeutsche Wirtschaftsstruktur weiter der westdeutschen an. Insgesamt weist jedoch das verarbeitende Gewerbe in Ostdeutschland einen nach wie vor geringeren Beschäftigtenanteil auf. Darüber hinaus zeigt sich eine im Vergleich zu Westdeutschland weiterhin hohe Konzentration der Beschäftigten auf Kleinstbetriebe mit bis zu 5 Beschäftigten sowie eine geringere Beschäftigtenzahl von Großbetrieben.

Die Zahl der in Deutschland erwerbstätigen Personen stieg im Jahr 2012 insgesamt um 1,1 Prozent auf 41,6 Millionen. In den neuen Bundesländern (mit Berlin) erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen um 0,6 Prozent auf 7,6 Millionen; in den alten Bundesländern stieg die Zahl der Erwerbstätigen etwas stärker um 1,2 Prozent auf 34,0 Millionen im Jahresdurchschnitt 2012. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg insgesamt in den neuen Bundesländern seit 2006 kontinuierlich an. Selbst im Krisenjahr 2009 konnte hier ein leichter Zuwachs von 0,3 Prozent verzeichnet werden.

Ebenso wie in Westdeutschland ist der Großteil der abhängig Beschäftigten in den ostdeutschen Ländern in Normalarbeitsverhältnissen tätig, d.h. in unbefristeten Vollzeitstellen oder Teilzeitstellen oberhalb von 20 Wochenstunden.[15] Der Anteil an atypischen Beschäftigungsverhältnissen an allen abhängig Beschäftigten lag hier laut Daten des Mikrozensus im Jahr 2012 bei 21,1 Prozent (Westdeutschland 25,4 Prozent). Im Vorjahr betrug dieser Anteil noch 21,7 Prozent (Westdeutschland: 26,2 Prozent). Damit ist die Anzahl atypischer Beschäftigungsverhältnisse in den ostdeutschen Ländern im Vorjahresvergleich um 29.000 gesunken, während gleichzeitig die Zahl der Normalarbeitsverhältnisse um 56.000 anstieg (Westdeutschland: -116.000; + 449.000).

Den größten Teil der atypischen Beschäftigung machen in Ostdeutschland Befristungen und Teilzeitarbeit bis zu 20 Wochenstunden aus. Jeweils fast 50 Prozent der atypisch Beschäftigten hat einen befristeten Arbeitsvertrag (48 Prozent) bzw. ist in Teilzeit beschäftigt (47 Prozent). Dagegen dominiert in den westdeutschen Ländern die Teilzeitarbeit, 67 Prozent der atypisch Beschäftigten arbeiten hier in Teilzeit. Ein großer Teil der atypisch Beschäftigten in Westdeutschland ist zudem in geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen wie Minijobs (33 Prozent) tätig. Der Anteil der befristetet Beschäftigten an allen atypisch Beschäftigten liegt bei 32 Prozent.[16] Insbesondere der Dienstleistungssektor weist einen hohen Anteil an atypischer Beschäftigung auf.

Maßnahmen zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt und zukünftige Herausforderungen an die Arbeitsmarktpolitik

Im Jahresdurchschnitt 2012 belief sich die Zahl der Teilnehmer an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen in Ostdeutschland auf rund 296.000. Das sind etwa 31 Prozent der Teilnahmen an Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik insgesamt (rund 957.000). Aufgrund der insgesamt stabilen Entwicklung am Arbeitsmarkt und des Rückgangs der Arbeitslosigkeit war auch ein Rückgang des Fördereinsatzes zu verzeichnen. So ging die Zahl der Teilnahmen in Ostdeutschland um 17,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr zurück und war damit etwas schwächer als in Westdeutschland (-20,0 Prozent). Insgesamt wurden in Ostdeutschland im Jahre 2012 etwa 1,5 Millionen Eintritte in Maßnahmen (inklusive Einmalleistungen) erfasst. Bezogen auf die bundesweiten Zugänge in Maßnahmen (rund 4,2 Millionen) waren dies 35,6 Prozent. Gegenüber dem Vorjahr ging die Zahl der Eintritte in Maßnahmen um 16,8 Prozent (Westdeutschland: -16,7 Prozent) zurück.

Die Schwerpunkte des Förderinstrumentariums lagen in den ostdeutschen Bundesländern auf:

Beschäftigung schaffenden Maßnahmen (wie Arbeitsgelegenheiten und die Beschäftigungsphase bei der Bürgerarbeit mit insgesamt rund. 83.000 Teilnehmenden im Jahresdurchschnitt 2012),

Maßnahmen zur Aufnahme einer abhängigen oder selbständigen Erwerbstätigkeit (beispielsweise Eingliederungszuschuss: rund 32.000 Teilnahmen; Gründungszuschuss: rund 17.000 Teilnahmen im Jahresdurchschnitt 2012),

der Förderung der beruflichen Weiterbildung (rund 43.000 Teilnahmen),

der Förderung der Berufswahl und Berufsausbildung (beispielsweise außerbetrieblichen Berufsausbildung mit rund 16.000 Teilnahmen) sowie

Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung (rund 34.000 Teilnahmen).

Die Entwicklungen der letzten Jahre in Deutschland zeigen nachdrücklich, dass Arbeitsmarktpolitik erfolgreich Beiträge zur Sicherung und Erhöhung von Beschäftigung und zum Abbau von Arbeitslosigkeit leisten kann.

Trotz der positiven Entwicklung des Arbeitsmarktes in den letzten Jahren gibt es auch in Zukunft große Herausforderungen. So ist der weitere Abbau der Arbeitslosigkeit angesichts des hohen Anteils von gering qualifizierten Arbeitslosen und Langzeitarbeitslosen eine Aufgabe mit wachsender Bedeutung.

Mit dem Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt hat die Bundesregierung im Jahr 2012 daher die Voraussetzungen dafür geschaffen, die Vermittlungsprozesse zu beschleunigen, die Entscheidungskompetenzen und Flexibilität vor Ort zu stärken und die Förderinstrumente zielgerichteter als bisher zu

---

[15] Statistisches Bundesamt (Ergebnisse des Mikrozensus): Ein Normalarbeitnehmer arbeitet zudem direkt in dem Unternehmen, mit dem er einen Arbeitsvertrag hat. Zeitarbeitsverhältnisse fallen daher nicht hierunter. Zu den atypisch Beschäftigten werden dementsprechend befristet Beschäftigte, Teilzeitbeschäftigte mit bis zu 20 Wochenstunden, geringfügig Beschäftigte und Zeitarbeiter gezählt. Die Berichterstattung zu den Erwerbsformen (beispielsweise Normalarbeitsverhältnis) Erwerbstätiger erfolgt auf Basis der Gruppe der Kernerwerbstätigen. Dazu zählen alle Erwerbstätigen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren ohne Personen in Bildung oder Ausbildung und ohne Personen im freiwilligen Wehrdienst oder Bundesfreiwilligendienst.

[16] Mikrozensus 2012. Zwischen den einzelnen Formen atypischer Beschäftigung sind Überschneidungen möglich - beispielsweise kann eine Person gleichzeitig befristet und teilzeitbeschäftigt sein. Die Summe der Personen in den einzelnen Formen atypischer Beschäftigung ist somit größer als die Gesamtzahl der atypisch Beschäftigten.

nutzen. Im Mittelpunkt steht die Integration in den ersten Arbeitsmarkt, insbesondere in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Für Langzeitarbeitslose mit spezifischen und mehreren Vermittlungshemmnissen werden dabei professionelle Beratung auch über die Vermittlung hinaus, ein unterstützender Arbeitgeberservice, intelligent verzahnte Eingliederungsleistungen als Brücke in die Arbeitswelt und gemeinsame Aktionen in Netzwerken zur Durchbrechung der Langzeitarbeitslosigkeit in der Zielperspektive immer wichtiger.

Im Fokus stehen auch diejenigen jungen Menschen, die Schwierigkeiten beim Übergang von der Schule in die Berufsausbildung haben und großen Bedarf an individueller Förderung oder Begleitung aufweisen. Hinzu kommen junge Erwachsene zwischen 25 und 34 Jahren, die bislang noch keine Berufsausbildung absolviert haben. Die Förderaktivitäten sind passgenau auf diese Zielgruppen auszurichten, um eine dauerhafte Integration in den ersten Arbeitsmarkt zu erreichen.

3.2 Entwicklung des Fachkräftebedarfs

Die Personalnachfrage der Betriebe bewegte sich auch im Jahr 2012 auf anhaltend hohem Niveau. Bei den der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten Arbeitsstellen gab es in Ostdeutschland einen jahresdurchschnittlichen Anstieg um rund 8.700 oder 11,7 Prozent auf knapp 83.700 (Westdeutschland: rund +7.300 bzw. 1,9 Prozent auf rund 389.400). Der Anteil der Stellen für Beschäftigungsverhältnisse, die sofort zu besetzen waren, lag jahresdurchschnittlich in Ostdeutschland mit 81 Prozent unter dem Wert für Westdeutschland mit 91 Prozent.

Das gesamtwirtschaftliche Stellenangebot, das zusätzlich Stellen erfasst, die nicht den Arbeitsagenturen gemeldet sind, lag in Ostdeutschland im vierten Quartal 2012 bei rund 174.500 Stellen. Gegenüber dem Vorjahresquartal ist das Stellenangebot in Ostdeutschland um rund 7.400 bzw. 4,4 Prozent gestiegen, während es in Westdeutschland um rund 100.700 bzw. 10,4 Prozent auf etwa 863.000 Stellen zurückging.

Die Unternehmensbefragung des IAB-Betriebspanels zeigt zudem, dass nach einem Rückgang des betrieblichen Arbeitskräftebedarfs im Krisenjahr 2009 die betriebliche Nachfrage an Fachkräften in Ostdeutschland im Jahr 2011 wieder über das Niveau des Jahres 2009 anstieg. In der ersten Jahreshälfte 2012 wurden über 300.000 Neueinstellungen vorgenommen. Jeder vierte Betrieb stellte neues Personal ein. Auch wenn der Großteil der ausgeschriebenen Stellen besetzt werden konnte, zeigten sich erneut auch Schwierigkeiten bei der Stellenbesetzung: Bei rund einem Drittel aller Betriebe mit Stellenangeboten für Fachkräfte waren bis Juni 2012 freie Stellen noch nicht besetzt. Dies waren insgesamt mehr als 100.000 Stellen, was einer Nichtbesetzungsquote von 25 Prozent entspricht (Westdeutschland ebenfalls 25 Prozent).[17] Besonders betroffen waren die unternehmensnahen Dienstleistungen. In allen Branchen jedoch hat es in den letzten Jahren Zuwächse bei unbesetzten Stellen gegeben. Wieder sind es vor allem Kleinstbetriebe, die die größten Besetzungsprobleme aufweisen, zunehmend sind aber auch größere Betriebe betroffen.

Dem gesamtdeutschen Trend folgend zeigen sich seit einigen Jahren in Ostdeutschland ein steigender Anteil von qualifizierten Beschäftigungen und ein sinkender Anteil von einfachen Tätigkeiten. Nach wie vor wird bei knapp zwei Dritteln aller ostdeutschen Arbeitsplätze eine Berufsausbildung und bei 13 Prozent ein Hochschulstudium vorausgesetzt. Der Anteil der Beschäftigten mit Berufsausbildung (2012: Ost: 62 Prozent, West: 58 Prozent) sowie mit einem akademischen Abschluss (2012: Ost: 17 Prozent, West: 13 Prozent) liegt in den ostdeutschen Ländern höher als in den westdeutschen.[18]

Auch für die Zukunft ist anzunehmen, dass infolge der demografisch bedingt rückläufigen Zahl erwerbsfähiger Personen die Schwierigkeiten bei der Stellenbesetzung sowohl in West- als auch in Ostdeutschland fortbestehen werden. In den ostdeutschen Ländern wird diese Entwicklung infolge des Geburteneinbruchs und der Abwanderungsbewegungen in den Jahren nach der Wiedervereinigung sowie durch anstehende altersbedingte Abgänge in höherem Umfang beschleunigt.

Die Bundesregierung hat daher auch im Jahr 2012 weitere Maßnahmen zur Sicherung des Fachkräfteangebotes ergriffen. Diese sind ausführlich im Fortschrittsbericht zum Fachkräftekonzept der Bundesregierung dargestellt, das eine Vielzahl von Maßnahmen zur Erschließung von Fachkräftepotenzialen vorsieht und das seit Juni 2012 durch die Fachkräfte-Offensive ergänzt wird. Diese Kampagne informiert und sensibilisiert zum Thema Fachkräftesicherung, bündelt Beratungs- und Unterstützungsangebote der beteiligten Partner und zeigt, wie Potenziale im In- und Ausland besser aktiviert werden können. Das mehrsprachige Willkommensportal (www.make-it-in-germany.com) für internationale Fachkräfte ist ein Element dieser Offensive.

---

[17] IAB Betriebspanel 2012, 17. Welle, Bericht Ostdeutschland.

[18] IAB Betriebspanel 2012, 17. Welle, Bericht Ostdeutschland.

Im Rahmen der Demografiestrategie „Jedes Alter zählt“ wurden zudem gemeinsam mit weiteren Partnern aus Politik, Verbänden, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft Ansätze entwickelt, um insbesondere junge Menschen mit Startschwierigkeiten zu unterstützen, gering Qualifizierte weiterzubilden, die Beschäftigungspotenziale von Frauen und Älteren besser zu nutzen sowie das ausländische Arbeitskräftepotenzial stärker zu aktivieren und die Willkommenskultur für ausländische Fachkräfte zu verbessern.

Da kleine und mittlere Unternehmen stärker von Fachkräfteengpässen bedroht sind, auch weil sie häufig außerhalb von Metropolen angesiedelt sind und selten über eine eigene Personalabteilung verfügen, unterstützt die Bundesregierung KMU mit dem Kompetenzzentrum Fachkräftesicherung (www.kompetenzzentrumfachkraeftesicherung.de) KMU in ihrer Personalarbeit.

Aufgrund der besonderen Herausforderungen in Ostdeutschland hat die Bundesregierung eine „Zukunftsinitiative Fachkräftesicherung in Ostdeutschland“ durchgeführt. Mit einer Dialogreihe und der Förderung innovativer Ansätze wurden hier regionalspezifische Ansätze der Fachkräftesicherung entwickelt. Die Dialogreihe beschäftigte sich in den vergangenen drei Jahren mit den Themen Weiterbildung in kleineren und mittleren Unternehmen, Berufsmarketing sowie „Willkommenskultur“ Maßnahmen zur Werbung und Unterstützung ausländischer Fachkräfte bei der betrieblichen und gesellschaftlichen Integration.

Lage auf dem Ausbildungsmarkt und Arbeitslosigkeit von Jugendlichen

Die Arbeitslosenquote von Personen von 15 bis unter 25 Jahren lag im Jahr 2012 deutschlandweit bei 5,9 Prozent. Dabei lag die Arbeitslosenquote in Westdeutschland bei 5 Prozent und in Ostdeutschland bei 10 Prozent.

Die Situation hat sich auch im Laufe des Jahres 2013 nicht verändert: Die Arbeitslosenquote der Personen unter 25 Jahren lag im August 2013 in Ostdeutschland bei 10,5 Prozent. Auch wenn die Arbeitslosenquote von Jugendlichen in Ostdeutschland damit im Vergleich zu Westdeutschland (August 2013: 6,2 Prozent) noch fast doppelt so hoch ausfällt, liegen, angesichts der dramatischen Lage auf dem europäischen Arbeitsmarkt, die Arbeitslosenquoten von Jugendlichen in Deutschland (August 2013: 6,9 Prozent) auf einem vergleichsweise niedrigem Niveau.

Im Jahr 2012 betrug die durchschnittliche Jugenderwerbslosenquote für Personen im Alter von 15 bis 24 Jahren in der EU27 22,9 Prozent (Berechnung nach ILO-Konzept).[19] Die niedrigsten durchschnittlichen Jugenderwerbslosenquoten im Jahr 2012 verzeichneten Deutschland (8,1 Prozent), Österreich (8,7 Prozent) und die Niederlande (9,5 Prozent), die höchsten Quoten meldeten Griechenland (55,3 Prozent, Spanien (53,2 Prozent) und Portugal (37,7 Prozent). Die Zahlen belegen, dass Deutschland eine besondere Stellung in Europa einnimmt und auch weiterhin auf dem Arbeitsmarkt stabil ist.

Die Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt stellt sich in Ostdeutschland zum Ende des Berufsausbildungsjahres 2011/2012 (30. September 2012) wie folgt dar: Die gemeldeten Berufsausbildungsstellen sind im Vergleich zum Vorjahr um 6,7 Prozent und damit um 6.300 auf 88.100 gesunken. Dies ist jedoch ausschließlich auf den Rückgang der außerbetrieblichen Ausbildung zurückzuführen. Während die betrieblichen Ausbildungsstellen auf 77.900 anstiegen, sank im Gegenzug die Zahl der außerbetrieblichen auf insgesamt 10.200. Bereits seit einigen Jahren werden außerbetriebliche Ausbildungsstellen aufgrund der stabilen wirtschaftlichen Lage und des demografiebedingten Bewerberrückgangs gezielt reduziert. Aus diesem Grund läuft auch das Ausbildungsplatzprogramm Ost wie mit den Ländern vereinbart in 2013 aus.

Die Zahl der gemeldeten Bewerber ist jedoch zeitgleich in Ostdeutschland um 1,9 Prozent auf 92.400 Bewerber gestiegen. Der Trend rückläufiger Bewerberzahlen aufgrund der demografischen Entwicklung wurde durch doppelte Abiturjahrgänge im Osten wie auch im Westen Deutschlands (2012: Baden-Württemberg, Berlin, Bremen, Brandenburg, Hessen teilweise; 2013: NRW, Hessen teilweise) aufgehoben. Zusätzlich dürfte die Intensivierung des Übergangsmanagements von Schule in Ausbildung und das Aussetzen der Wehrpflicht die Bewerberzahlen erhöht haben. Im abgelaufenen Berufsberatungsjahr 2011/2012 standen in Ostdeutschland den 92.400 Bewerbern insgesamt 88.110 gemeldete Stellen gegenüber. Somit übersteigt die Zahl der gemeldeten Bewerber die Zahl der gemeldeten Ausbildungsstellen um 4.300. Auf eine betriebliche Stelle (insgesamt rund 77.900) kommen in Ostdeutschland rechnerisch rund 1,19 Bewerber. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum (1,18) ist das Verhältnis gleichbleibend.

[19] Eurostat - Pressemitteilung 78/2013 - vom 22. Mai 2013.

Erwerbspotenziale von Frauen

In Deutschland waren im Jahr 2012 insgesamt 71,4 Prozent (2011: 69,6 Prozent) der 20- bis 64-jährigen Frauen erwerbstätig.[20] Damit setzte sich die seit Jahren positiv verlaufende Entwicklung der Erwerbstätigkeit von Frauen auch in diesem Jahr fort.

Die Entwicklungen in Ost- und Westdeutschland sind unterschiedlich. In den ostdeutschen Ländern ging die Erwerbstätigenquote von Frauen zu Beginn der 90er Jahre innerhalb weniger Jahre deutlich zurück. Seit 2005 gab es jedoch eine Kehrtwende, so dass sie bis zum Jahr 2012 auf 71,8 Prozent (2011: 70,8 Prozent) stieg – der höchste Wert für ostdeutsche Frauen im gesamten Beobachtungszeitraum seit der Wiedervereinigung.

Auffällig ist ebenso, dass die geschlechtsspezifischen Unterschiede bei den Erwerbstätigenquoten in Ostdeutschland über den gesamten Zeitraum deutlich geringer ausfielen als in Westdeutschland[21]. Der Grund für diese Situation liegt auf der einen Seite in der höheren Erwerbsbeteiligung von Frauen in Ostdeutschland. Auf der anderen Seite führt die etwas schlechtere Lage auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt dazu, dass die Erwerbstätigenquote von Männern geringer ausfällt.

Vor dem Hintergrund sich heute schon abzeichnender Fachkräfteengpässe in einigen Regionen Deutschlands ist es bedeutsam, dass durch den demografischen Wandel bis zum Jahr 2030 rund 6 Millionen weniger Personen im erwerbsfähigen Alter zur Verfügung stehen könnten als im Jahr 2010. Gleichzeitig nehmen knapp drei Millionen qualifizierte Frauen im Alter von 20 bis 64 Jahren nicht am Erwerbsleben teil; viele von ihnen haben Berufserfahrung[22] .Zudem gehen nur 55 Prozent der erwerbstätigen Frauen einer Vollzeitbeschäftigung nach. In Deutschland arbeitet fast jede zweite Frau im Alter zwischen 20 und 64 Jahren (45,3 Prozent) in Teilzeit. Jedoch sind auch hier deutliche Ost-West-Unterschiede erkennbar: Teilzeit hat in Westdeutschland ein wesentlich größeres Gewicht (48,1 Prozent) als in Ostdeutschland (34,2 Prozent). Als Hauptgrund für die Teilzeittätigkeit wurde im Jahr 2012 zu 57,8 Prozent in Westdeutschland die Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen oder andere familiäre oder persönliche Pflichten genannt (Ostdeutschland: 26,9 Prozent), während in Ostdeutschland 39,7 Prozent in Teilzeit arbeiteten, weil sie keinen Vollzeitarbeitsplatz finden konnten (Westdeutschland: 10 Prozent); sie arbeiten „unfreiwillig“ in Teilzeit.[23]

Insgesamt sind in Ostdeutschland die Teilzeitquoten in den letzten 20 Jahren stark angewachsen. Bei den erwerbstätigen Frauen kam es zwischen 1991 und 2012 fast zu einer Verdopplung (1991: 19,7 Prozent; 2012 34,2 Prozent) des Anteils von in Teilzeit arbeitenden Frauen[24].

Erwerbspotenziale von älteren Beschäftigten

In Deutschland wird die Bevölkerung immer älter. Der sogenannte Altenquotient, der das Verhältnis von Einwohnern über 65 zu 20- bis unter 65 Jährigen ausweist, beträgt heute 33,6 Prozent und wird sich laut Projektionen des Statistischen Bundesamtes bis 2060 nahezu verdoppeln. Innerhalb der nächsten Jahre wird der Altenquotient deutlich ansteigen und nach 2020 mit dem Eintritt der geburtenstarken Jahrgänge (Mitte 1950er- bis Ende 1960er-Jahre) in das Rentenalter nach oben schnellen[25.] In Deutschland hat die zunehmende Alterung der Bevölkerung auch zu einer Neuausrichtung der Renten- und Beschäftigungspolitik geführt. Insbesondere hat der Deutsche Bundestag im Jahr 2007 beschlossen, die Regelaltersgrenze der gesetzlichen Rentenversicherung von 2012 bis 2029 schrittweise von 65 Jahren auf 67 Jahre anzuheben. Im Jahr 2014 wird die Regelaltersgrenze auf 65 Jahre und drei Monate ansteigen.

Ältere sind in einem höheren Ausmaß erwerbstätig als noch vor wenigen Jahren. So stieg der Anteil der 55- bis 65-jährigen Erwerbstätigen an der Bevölkerung in diesem Alter von 2005 bis 2012 kontinuierlich von 39,6 Pro-

---

[20] Statistisches Bundesamt, Ergebnisse des Mikrozensus, Frauen im Alter von 20 bis 64 Jahren nach ausgewählten Strukturmerkmalen (Erwerbstätigenquote, Vollzeit- u. Teilzeitquote, 2013.

[21] Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut, Erwerbstätigkeit 01, Frauen holen bei der Erwerbsbeteiligung auf, S. 3.

[22] Statistisches Bundesamt, Ergebnisse des Mikrozensus 2010, bezogen auf die Nichterwerbspersonen ohne Personen im Ruhestand.

[23] Statistisches Bundesamt, Ergebnisse der Arbeitskräfteerhebung 2012, Personen in Privathaushalten im Alter von 20 bis 64 Jahren.

[24] Statistisches Bundesamt, Ergebnisse des Mikrozensus, Frauen im Alter von 20 bis 64 Jahren nach ausgewählten Strukturmerkmalen, (Erwerbstätigenquote, Voll- und Teilzeitquote, 2013).

[25] Statistisches Bundesamt, Lange Reihen: Bevölkerung nach Altersgruppen, 12. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung: Variante 1-W2 Obergrenze der „mittleren“ Bevölkerung - Bevölkerung Deutschlands bis 2060.

zent auf 59,4 Prozent an. Parallel dazu stieg dieser Anteil in Westdeutschland im gleichen Zeitraum von 46,9 Prozent auf 61,7 Prozent an[26].

Um Ältere gesund, motiviert und qualifiziert in Beschäftigung zu halten, sollte die Arbeitswelt daher zunehmend alters- und alternsgerecht ausgerichtet werden. Es geht um Arbeitsplatzgestaltung, Arbeitsorganisation, Gesundheitsförderung und die Einbeziehung Älterer in die betriebliche Qualifizierung und Weiterbildung. Was am besten geeignet ist, muss jedes Unternehmen für sich entscheiden. Einzelne Maßnahmen sind erfolgreicher, wenn sie ineinander greifen.

Noch lange nicht alle Unternehmen haben sich bereits umfassend auf diese Herausforderungen eingestellt. Vor allem bei mittelständischen und Kleinbetrieben, die in Ostdeutschland überdurchschnittlich stark vertreten sind, gibt es Nachholbedarf. Das IAB-Betriebspanel, im Rahmen dessen auch Daten über betriebliche Personalmaßnahmen für Ältere erhoben werden, zeigt: Etwa jeder vierte Betrieb hat im Jahre 2012 sich dem Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewidmet.[27] Allerdings lässt sich jetzt schon erkennen, dass es trotz des wachsenden Anteils der älteren Beschäftigten noch zu wenig passgenaue Angebote der Betriebe gibt. So führten wie in Westdeutschland lediglich 27 Prozent der Betriebe in Ostdeutschland zusätzliche Maßnahmen zum Schutz und zur Förderung der Gesundheit ihrer Beschäftigten durch oder beteiligten sich finanziell daran.[28] In 12 Prozent der ostdeutschen Betriebe wurden Mitarbeiterbefragungen durchgeführt, in 10 Prozent Krankenstandsbefragungen vorgenommen und 8 Prozent der Betriebe griffen auf innerbetriebliche Aktivitäten zurück.[29] Die Verwirklichung einer alters- und alternsgerechten Arbeitswelt steht damit in Ost wie in West noch vor erheblichen Herausforderungen.

Erwerbspotenziale ausländischer Fachkräfte

Neben der Ausschöpfung des inländischen Arbeitskräftepotenzials ist die deutsche Wirtschaft auch auf die Gewinnung qualifizierter Fachkräfte aus dem Ausland angewiesen, insbesondere auch aus Drittstaaten, da andere EU-Länder vor ähnlichen demografischen Entwicklungen stehen wie Deutschland. Die Bundesregierung hat daher eine Reihe von Maßnahmen zur Erleichterung des Fachkräftezuzugs ergriffen, die 2012 bzw. 2013 in Kraft traten und die bereits erste Wirkungen zeigen.

So wurde zum 1. August 2012 der deutsche Arbeitsmarkt für Drittstaatsangehörige mit der Blauen Karte EU, dem Visum zur Arbeitsplatzsuche und zum 1. Juli 2013 mit der Änderung der Beschäftigungsverordnung für qualifizierte Fachkräfte weitestgehend geöffnet und gleichzeitig entbürokratisiert.

Ein Jahr nach Inkrafttreten des Gesetzes zur Umsetzung der Hochqualifizierten-Richtlinie erfreut sich die Blaue Karte EU großer Akzeptanz. Innerhalb des ersten Jahres wurden rund 10.000 Blaue Karten EU erteilt. Davon entfielen 4.352 Blaue Karten EU auf Mangelberufe (MINT-Berufe und Ärzte), 5.468 Blaue Karten EU wurden an Akademiker in Regelberufen erteilt. In den neuen Ländern ohne Berlin hielten sich zum 31. Mai 2013 779 Inhaber von Blauen Karten EU auf, 382 Hochqualifizierte in Regelberufen und 397 in Mangelberufen.

Die Zuwanderung von beruflich qualifizierten Fachkräften ist seit Juli 2013 durch die oben genannte Änderung in der Beschäftigungsverordnung in Mangelberufen, die in einer „Positivliste“ der Bundesagentur für Arbeit enthalten sind, möglich. Voraussetzung ist, dass ein Ausbildungsabschluss vorliegt, der mit einem deutschen Abschluss als gleichwertig anerkannt worden ist.

Die Zahlen zeigen, dass die ostdeutschen Länder ihre Attraktivität für ausländische Fachkräfte weiter herausstellen und spezifische Angebote unterbreiten sollten. Ein Beitrag ist hier das Vorhaben „Study and Work“, mit dem ausländische Studierende an ostdeutschen Hochschulen über berufliche Perspektiven in den neuen Bundesländern informiert und beim Übergang von der Hochschule in den Arbeitsmarkt unterstützt werden. Im Fokus stehen Maßnahmen zum Aufbau von Unternehmenskooperationen, zur Positionierung der Hochschule in Hinblick auf Willkommenskultur und spezifische Angebote für die Studierenden und Absolventen.

Das Willkommensportal „Make it in Germany“, Element der Fachkräfte-Offensive der Bundesregierung informiert Fachkräfte aus dem Ausland über Beschäftigungsmöglichkeiten in Deutschland. Ziel ist, internationale Fachkräfte für Deutschland zu begeistern und die Attraktivität Deutschlands im Wettbewerb um kluge Köpfe zu steigern – insbesondere im Vergleich zu den klassischen Einwanderungsländern. Das Portal informiert umfas-

---

[26] Statistisches Bundesamt, Bevölkerung nach Altersgruppen, Beteiligung am Erwerbsleben und Erwerbstätige nach Stellung im Beruf, Deutschland und Neue Länder einschließlich Berlin, 2005 bis 2012.

[27] IAB-Betriebspanel Ostdeutschland, Ergebnisse der sechzehnten Welle 2013, S. 56, 2013.

[28] IAB-Betriebspanel Ostdeutschland, Ergebnisse der sechzehnten Welle 2013, S. 55, 2013.

[29] Ebenda, S. 56.

send zum Thema Leben und Arbeiten in Deutschland und bündelt bestehende Serviceangebote. Das Portal besteht seit Juni 2012 und zählt bereits mehr als 2,2 Millionen Besucher (Stand: Anfang September 2013).

Zur Unterstützung der Ziele des Willkommensportals wurden im Januar 2013 Pilotprojekte in Indien, Indonesien und Vietnam gestartet. Die Projekte werden von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) in Zusammenarbeit mit der Zentralen Fach- und Auslandsvermittlung (ZAV) der Bundesagentur für Arbeit durchgeführt. „Make it in Germany"-Beraterinnen und Berater informieren interessierte Fachkräfte vor Ort über die neuen rechtlichen Rahmenbedingungen (u.a. Blaue Karte EU), bewerben vor Ort das Portal für zuwanderungsinteressierte Fachkräfte vor allem im MINT-Bereich und unterstützen bei der Arbeitssuche und Ausreisevorbereitung. Bislang wurden bereits über 8000 Anfragen gestellt. Ein Großteil der Interessierten erfüllt jedoch nicht die Qualifikationsvoraussetzungen für die Zuwanderung nach Deutschland.

Auch im Rahmen des Gipfelprozesses zur Demografiestrategie der Bundesregierung beschäftigt sich eine Arbeitsgruppe mit der Erschließung von ausländischem Arbeitskräftepotenzial und der Schaffung einer Willkommenskultur für ausländische Fachkräfte. Hier gilt es, vor allem die Bereitschaft von kleinen und mittleren Unternehmen zu steigern, internationale Fachkräfte, aber auch Studierende oder Jugendliche aus dem Ausland, die in Deutschland ausgebildet werden, zu gewinnen und sie erfolgreich zu integrieren.

Darüber hinaus unterstützt das Förderprogramm „Passgenaue Vermittlung von Auszubildenden an ausbildungswillige Unternehmen" KMU dabei, passende Auszubildende zu finden. Das Programm „Förderung der beruflichen Mobilität von ausbildungsinteressierten Jugendlichen und arbeitslosen jungen Fachkräften aus Europa" zielt auf die Verbesserung der betrieblichen Willkommenskultur und der fachlichen und gesellschaftlichen Integration europäischer Jugendlicher in KMU.

Mit dem „Gesetz zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen" wurde ein Rechtsanspruch auf ein Bewertungsverfahren eingeführt und mit dem Anerkennungsportal umfangreiche Informationen bereitgestellt. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes wurden im ersten Jahr seit Inkrafttreten am 1. April 2012 von den gemeldeten rund 11.000 Verfahren zum Stichtag 31. Dezember 2012 bereits nahezu Dreiviertel (rund 8.000) entschieden. Der überwiegende Teil (82 Prozent) davon wurde mit einer vollen Anerkennung der im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen beendet. Die Ablehnungsquote lag insgesamt bei nur 6,5 Prozent. Für Berufe im Zuständigkeitsbereich der Länder erlassen derzeit die Bundesländer entsprechende Anerkennungsgesetze.

4. Länderfinanzen

4.1 Öffentliche Haushalte und Status der Haushaltskonsolidierung in Ostdeutschland

Die Haushaltskonsolidierung in den ostdeutschen Flächenländern ist in den vergangenen Jahren weit vorangekommen. Die ostdeutschen Flächenländer und ihre Gemeinden konnten insgesamt nach einem geringen Defizit im Jahr 2010 in den Jahren 2011 und 2012 wieder Haushaltsüberschüsse erzielen, im Jahr 2012 rund 1,6 Milliarden Euro bzw. rund 127 Euro je Einwohner.

Der Schuldenstand wird seit 2005 - mit Ausnahme 2010 - abgebaut. Im Jahr 2012 weisen die ostdeutschen Flächenländer und Gemeinden Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich in Höhe von insgesamt rund 83 Milliarden. Euro (Wertpapierschulden und Kredite) bzw. rund 6.602 Euro je Einwohner gegenüber 9.450 Euro je Einwohner in den westdeutschen Vergleichsländern[30] aus.[31]

Insbesondere aufgrund des weiterhin bestehenden infrastrukturellen Nachholbedarfs liegen die Ausgaben der ostdeutschen Flächenländer und Gemeinden im Jahr 2012 mit 5.227 Euro je Einwohner jedoch deutlich höher als in westdeutschen Vergleichsländern (4.860 Euro je Einwohner). Allein der Anteil der investiven Ausgaben an den Ausgaben insgesamt liegt in den ostdeutschen Flächenländern mit rund 15 Prozent höher als in den westdeutschen Vergleichsländern mit rund 11 Prozent.

[30] Als Vergleichsländer wird die Ländergruppe bestehend aus Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, dem Saarland und Schleswig-Holstein herangezogen. Es handelt sich um strukturschwache westdeutsche Flächenländer; sie sind deshalb ein geeigneter Vergleichsmaßstab zu den ostdeutschen Flächenländern

[31] Destatis, Schuldenstand der Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände zusammen nach Arten und Ländern; Fachserie 14 Reihe 5, 2012, Tabelle 1.3.1, eigene Berechnungen. Einwohnerzahl zum Stichtag 30.06. auf Basis des Zensus 2011.

4.2 Einnahmesituation der ostdeutschen Haushalte

Die Einnahmen der ostdeutschen Flächenländer und Gemeinden betragen 5.506 Euro je Einwohner im Jahr 2011 und 5.638 Euro in 2012. Vor allem aufgrund des Solidarpakts stehen den ostdeutschen Flächenländern noch deutlich mehr Mittel je Einwohner zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben, insbesondere zur Finanzierung des weiterhin bestehenden infrastrukturellen Nachholbedarfs zur Verfügung als den vergleichbaren westdeutschen Ländern. Im Jahr 2011 betrug dieser Unterschied noch 20 Prozent der jedoch in 2012 auf 13 Prozent abnahm (vergleichbare Flächenländer West 2011: 4.585 Euro je Einwohner; 2012: 4880 Euro je Einwohner.

Die ostdeutschen Länder erhalten im Rahmen des Solidarpakts Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen zur Deckung von teilungsbedingten Sonderlasten für den bestehenden starken infrastrukturellen Nachholbedarf und zum Ausgleich unterproportionaler kommunaler Finanzkraft. Insgesamt werden im Zeitraum von 2005 bis 2019 Mittel in Höhe von rund 105 Milliarden Euro (so genannte Korb I Mittel) bereitgestellt. Für 2012 handelt es sich um ein Volumen in Höhe von 7,26 Milliarden Euro. Die Bedeutung dieser Mittel für die ostdeutschen Flächenländer zeigt sich darin, dass die Länder zwischen 10 (Brandenburg) und 12 (Thüringen) Prozent ihrer Gesamtausgaben mit Korb I-Mitteln decken können. Darüber hinaus hat sich die Bundesregierung im Solidarpakt verpflichtet, im gleichen Zeitraum als Zielgröße weitere rund 51 Milliarden Euro in Form von überproportionalen Leistungen für den Aufbau Ost einzusetzen (so genannte Korb II- Mittel). Im Jahr 2012 betrugen diese circa 4,6 Milliarden Euro. Im bisherigen Solidarpakt II-Zeitraum von 2005 bis 2012 wurden für den Korb II insgesamt 40,3 Milliarden Euro geleistet. Damit hat der Bund bereits circa 78 Prozent seiner Verpflichtungen aus dem Korb II des Solidarpakts II erbracht.

Die Einnahmeentwicklung der ostdeutschen Länder ist durch gegenläufige Tendenzen gekennzeichnet. Während bei wichtigen Einnahmequellen der Haushalte eine weitere Steigerung und Angleichung an das Niveau der westdeutschen Vergleichsländer absehbar ist, weisen andere wichtigen Einnahmequellen eine deutliche Reduzierung auf:

So hat sich das Steueraufkommen der ostdeutschen Flächenländer in 2012 auf 937 Euro je Einwohner leicht erhöht. Bei den westdeutschen Ländern insgesamt hat es sich bis 2012 auf 1.700 Euro/Einwohner gesteigert, das der finanzschwachen Flächenländer West stieg auf 1.555 Euro/Einwohner. Die Flächenländer Ost haben 2012 damit ihr Niveau im Verhältnis zu den finanzschwachen Flächenländern West auf nunmehr 54 Prozent gesteigert. Im Jahr 2000 lag es noch bei 33 Prozent.

Die Finanzkraft der Flächenländer Ost und auch von Berlin hat über die Jahre zugenommen und ist höher als vor der Finanz- und Wirtschaftskrise. Allerdings liegt das Niveau der ostdeutschen Flächenländer auch im Jahr 2012 noch deutlich unter der der finanzschwachen westdeutschen Vergleichsländer. Auch Berlin liegt noch unter den finanzschwachen Flächenländern West. Dies spiegelt die - bedingt durch die wirtschaftlichen Verhältnisse - nach wie vor geringe Steuerkraft in Ostdeutschland wider.

Die Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen im Rahmen des Solidarpaktes II sind klar degressiv ausgestaltet und werden bis 2019 auf knapp über zwei Milliarden Euro sinken. Die EU-Strukturfondsmittel in der nächsten Förderperiode 2014 bis 2020 werden für die ostdeutschen Länder (Volumen in laufender Förderperiode rund 16 Milliarden Euro) auf knapp 9 Milliarden Euro zurückgehen, auch da alle ostdeutschen Regionen dank ihrer wirtschaftlichen Entwicklung und aufgrund des statistischen Effektes nicht mehr Höchstfördergebiete sein werden. Allerdings werden insbesondere die heutigen Höchstfördergebiete in den neuen Ländern dank eines Sicherheitsnetzes 64 Prozent ihrer Finanzmittel der noch laufenden Förderperiode bis 2013 erhalten.

Die demografische Entwicklung wirkt sich in vielfältiger Weise auf die Haushalte der ostdeutschen Länder aus. So basiert die Bemessung der Finanzausgleichsströme auch auf den jeweiligen Einwohnerzahlen der Länder. Da diese in Ostdeutschland tendenziell schneller sinken werden als in Westdeutschland, bremst dieser Prozess ebenfalls die dortige Einnahmeentwicklung.

4.3 Konsolidierungserfordernisse aus dieser Entwicklung

Die ostdeutschen Länder stehen in den nächsten Jahren vor schwierigen und komplexen Aufgaben. Grundvoraussetzung für die erfolgreiche Konsolidierung ist eine maßvolle Ausgabenpolitik. Außerdem müssen die neuen Länder bis Ende 2019 mit den Solidarpaktmitteln den Aufholprozess im Hinblick auf den teilungsbedingten infrastrukturellen Nachholbedarf abschließen. Die verfassungsrechtlichen Regelungen zur Schuldenbremse schreiben den Ländern vor, dass ab dem Jahr 2020 die Haushalte grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen sind. Um die Schuldenbremse einzuhalten und in Verbindung mit den genannten planmäßigen Reduzierungen wichtiger Einnahmequellen, müssen die ostdeutschen Länder und Gemeinden in den nächsten

Jahren ihren Konsolidierungskurs fortsetzen. Einige Länder sehen in ihrer Finanzplanung vor, die Ausgaben zu verringern. Für die kommenden Jahre planen die Länder Finanzierungsüberschüsse und Nettotilgungen.

5. Bildung, Gesundheit, Freiheit, demokratische Teilhabe und bürgerschaftliches Engagement

Die Lebensverhältnisse in Ostdeutschland werden neben den für das materielle Wohlstandsniveau relevanten Aspekten maßgeblich durch weitere nicht-materielle Faktoren gestaltet, die die Bereiche Bildung, Gesundheit, Freiheit und demokratische Teilhabe sowie Natur betreffen. Hier sind deutlich positive Entwicklungen erkennbar, durch die sich das Wohlstandsniveau in Ostdeutschland verbessert hat.

5.1 Bildungsabschlüsse und Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern[32]

Bildung und Kompetenz junger Menschen sind besonders bedeutsame Faktoren für den Innovations- und Wirtschaftsstandort Ostdeutschland auf dem Weg zur Wissensgesellschaft. Eine qualifizierte Ausbildung mit guten Schlüsselkompetenzen ist eine gesellschaftliche Notwendigkeit für nachhaltiges Wirtschaftswachstum. Sie ist eine zentrale Voraussetzung für individuellen beruflichen Erfolg in einem sich dynamisch wandelnden Arbeitsmarkt. Bildung und Kompetenz tragen so zum Wohlstand des Einzelnen wie der Gesellschaft bei.

Die ostdeutschen Länder weisen hinsichtlich der Bildungsabschlüsse und Bildungskompetenzen junger Menschen unter anderem folgende Merkmale auf:

Bildungsabschlüsse

In internationalen Studien wird immer wieder auf die Bedeutung des Erwerbs eines Abschlusses im Sekundarbereich II und höher für die Integration in die Wissensgesellschaft hingewiesen. Betrachtet man diesen Indikator für die Bevölkerung im Alter von 20 bis 24 Jahren mit Blick auf die neuen Länder (Abbildung 12), so ist auffällig, dass sämtliche ostdeutschen Länder über dem Bundesdurchschnitt (Deutschland 74 Prozent) liegen. In der Rangfolge der 16 Länder belegen die ostdeutschen Länder folgende Plätze:

Platz 1: Sachsen, 83 Prozent

Platz 2: Thüringen, 82 Prozent

Platz 3: Mecklenburg-Vorpommern, 81 Prozent

Platz 5: Brandenburg, 78 Prozent

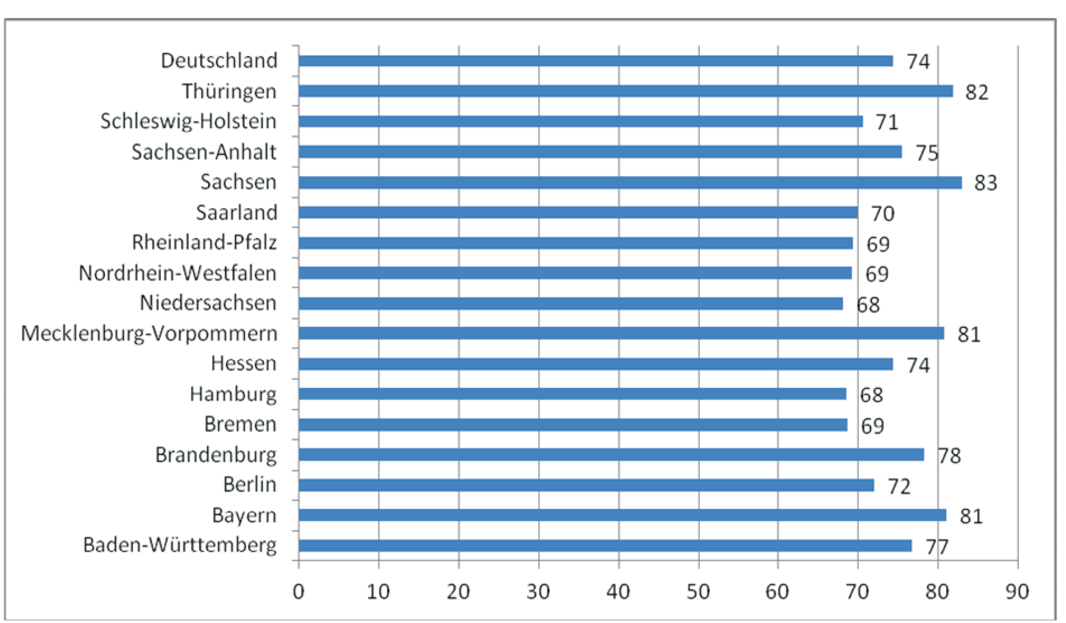
Platz 7: Sachsen-Anhalt, 75 Prozent.

Mit Blick auf die Bildungsabschlüsse lässt sich also von einer ambivalenten Situation in den neuen Ländern sprechen: Einerseits verfügen im Vergleich zum Bundesdurchschnitt überdurchschnittlich viele junge Menschen im Alter von 20 bis 24 Jahren mindestens über einen Abschluss im Sekundarbereich II, andererseits ist der Anteil der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss in den neuen Ländern ebenfalls überdurchschnittlich hoch. Diese Ambivalenz zeigt sich auch bei den Kompetenzen von Schülern im Ländervergleich.

[32] Aufgrund der föderalen Staatsstruktur liegen insbesondere die Kompetenzen für die allgemeine und damit die schulische Bildung bei den Ländern.

Abbildung 12

Bevölkerung im Alter von 20 bis 24 Jahren mit mindestens einem Abschluss des Sekundarbereichs II in Prozent (2010)

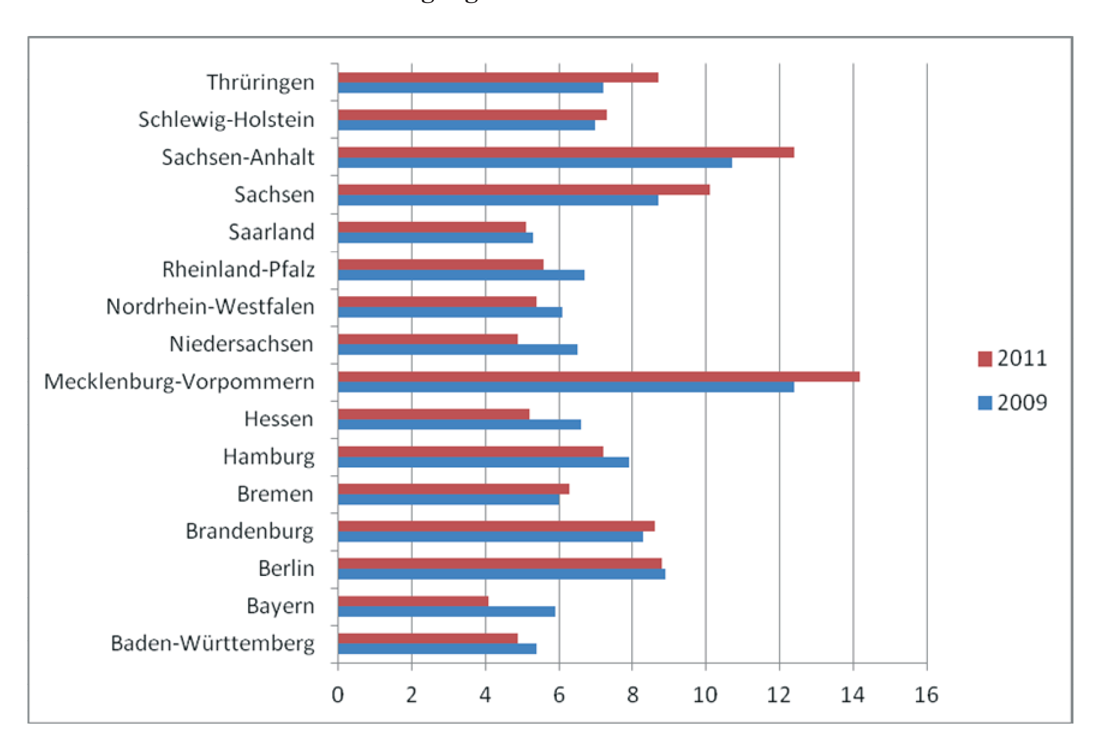


Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich

Wie in der nachstehenden Abbildung verdeutlicht, liegt andererseits aber der Anteil der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss in den neuen Ländern höher als der Anteil in den alten Ländern.

Abbildung 13

Anteil Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss (in Prozent) an allen Absolventen/Abgängern in den Jahren 2009 und 2011



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Regionalatlas

Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern

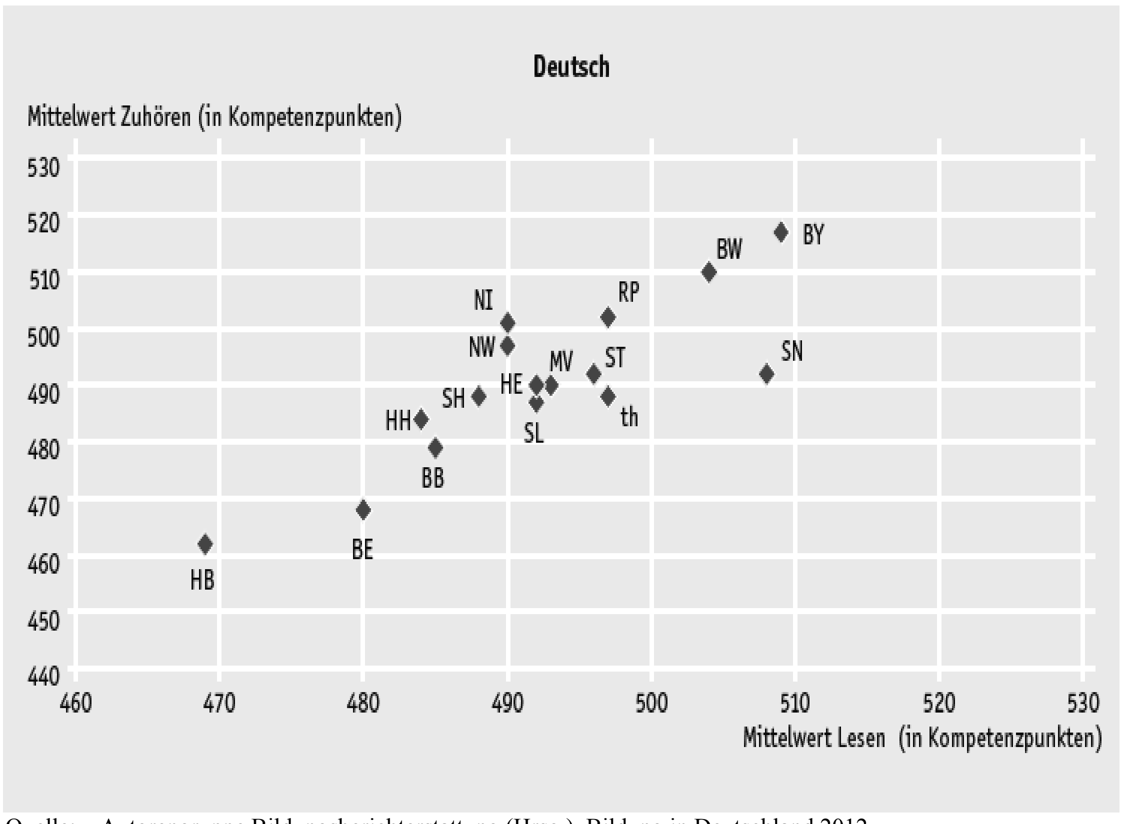
Ländervergleiche zu den Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern werden vom Institut für Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) durchgeführt. Grundlage dieser Vergleiche sind die von der Kultusministerkonferenz definierten Bildungsstandards. Bislang liegen der Ländervergleich zu den Sprachkompetenzen in der Sekundarstufe I aus den Jahren 2008/2009 sowie der Ländervergleich zu den Kompetenzen in Deutsch und Mathematik von Schülerinnen und Schülern der vierten Jahrgangsstufe aus dem Jahr 2011 sowie der Ländervergleich der mathematischen und naturwissenschaftlichen Kompetenzen am Ende der Sekundarstufe II vor. Mit Blick auf die ostdeutschen Länder weisen diese Vergleichsstudien folgende Auffälligkeiten auf:

Bei dem im Jahr 2009 durchgeführten Ländervergleich zu den Lese- und Hörkompetenzen in Deutsch rangiert Brandenburg auf dem letzten Platz der Flächenstaaten (Abbildung 14). Lediglich für die Stadtstaaten werden ähnliche Ergebnisse ausgewiesen. Bezüglich des Lese- und Hörverstehens in Englisch in der neunten Jahrgangsstufe rangieren die ostdeutschen Länder auf den hinteren Plätzen, vergleichbare Werte weisen die Hansestadt Bremen und das Saarland auf (Abbildung 15).

Deutlich besser schneiden die ostdeutschen Länder hingegen beim IQB -Ländervergleich der Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern am Ende der vierten Jahrgangsstufe in den Fächern Deutsch und Mathematik im Jahr 2011 ab. So liegt Thüringen in allen drei gemessenen Kompetenzen (Lesen bzw. Zuhören in Deutsch, Mathematik) über dem deutschen Mittelwert, Sachsen und Sachsen-Anhalt rangieren jeweils in zwei Kompetenzbereichen über dem Mittelwert, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern knapp unter dem Mittelwert, wobei lediglich der Wert für Mathematik in Brandenburg signifikant unter dem Mittelwert rangiert (Abbildung 16).

Abbildung 14

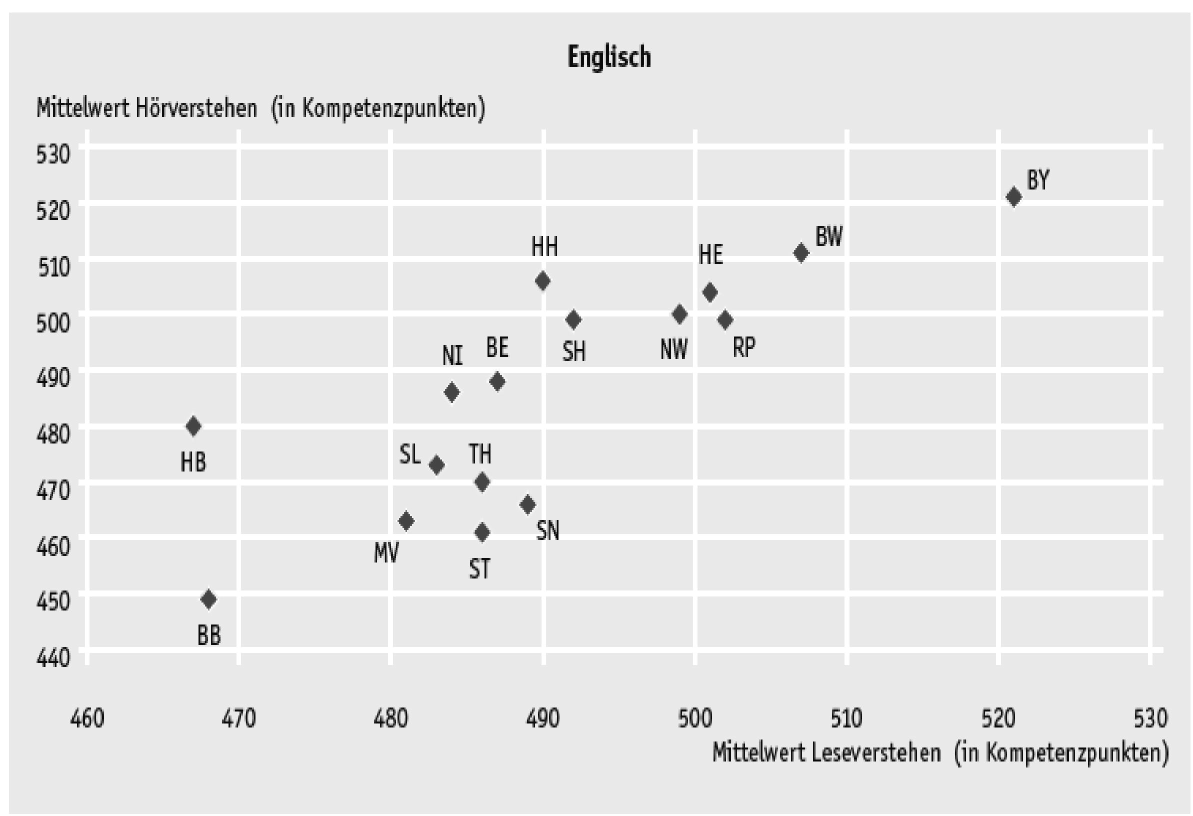
Kompetenzen in Deutsch (Lesen, Hören) in der neunten Jahrgangstufe 2009 nach Ländern



Quelle: Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hrsg.), Bildung in Deutschland 2012, Ein indikatorengestützter Bericht mit der Analyse zur kulturellen Bildung im Lebenslauf, Bielefeld 2012, S. 93.

Abbildung 15

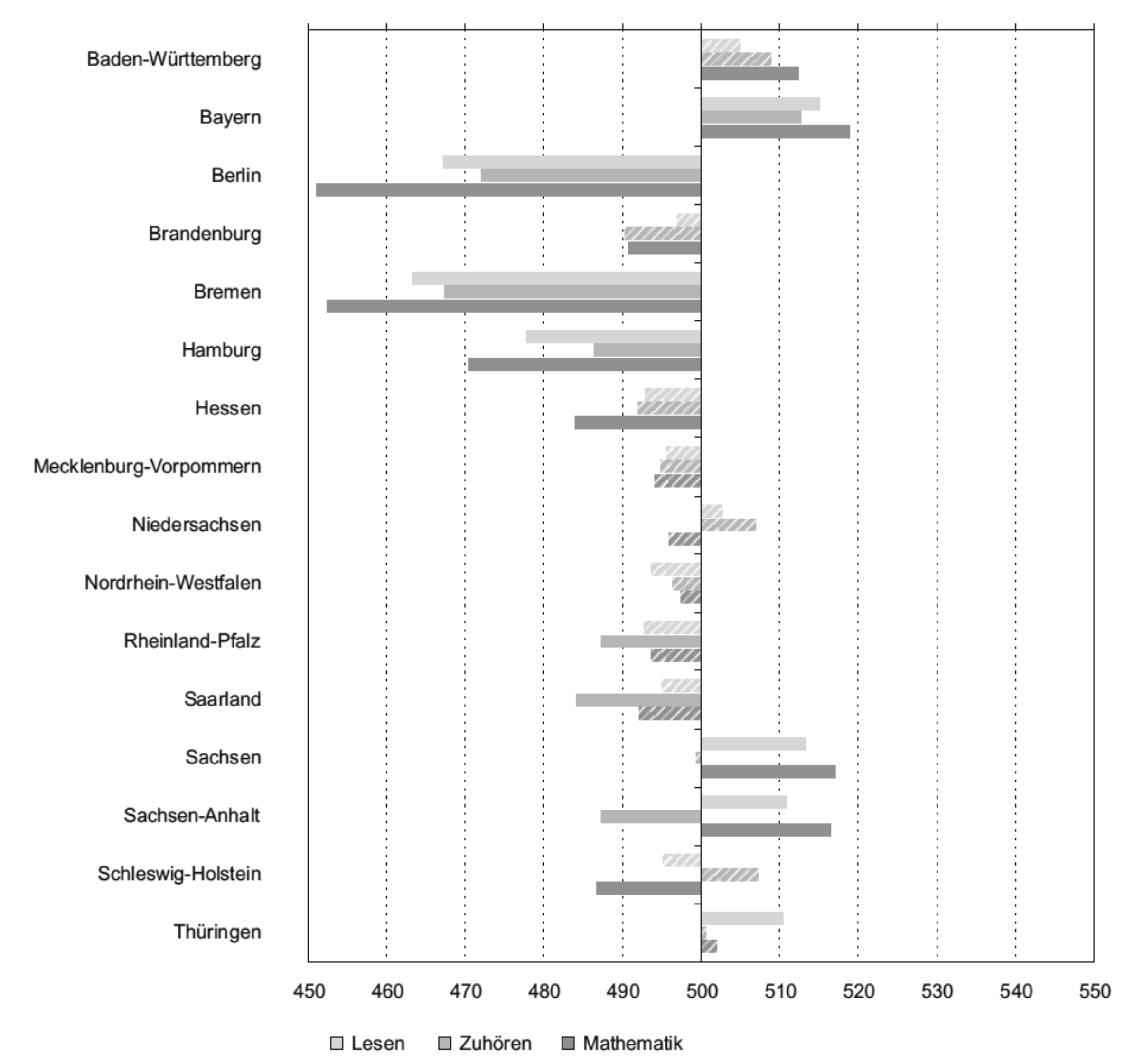
Kompetenzen in erster Fremdsprache Englisch (Leseverstehen, Hörverstehen) in der neunten Jahrgangstufe 2009 nach Ländern



Quelle Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hrsg.), Bildung in Deutschland 2012, Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zur kulturellen Bildung im Lebenslauf, Bielefeld 2012, S. 93.

Abbildung 16

Abweichen der in den Ländern erreichten Kompetenzstände in den Bereichen Lesen, Zuhören und Mathematik vom deutschen Mittelwert



Quelle: Stanat, Petra u.a. (Hrsg.), Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern am Ende der vierten Jahrgangsstufe in den Fächern Deutsch und Mathematik – Ergebnisse des IQB-Ländervergleichs 2011, Münster - New York, 2012, S. 129[33].

Auch der im Jahre 2012 durchgeführte IQB-Ländervergleich der mathematischen und naturwissenschaftlichen Kompetenzen am Ende der Sekundarstufe weist für die ostdeutschen Länder positive Werte aus. Im Fach Mathematik belegen die Neuen Länder die Plätze eins bis drei sowie fünf und sechs. In den drei Naturwissenschaften Biologie, Chemie und Physik belegen die Neuen Länder sogar durchgehend die Plätze eins bis fünf.

[33] Anmerkung der Verfasser: Schraffierte Balken unterscheiden sich im jeweiligen Kompetenzbereich nicht signifikant vom deutschen Mittelwert.

Abbildung 17

Mittelwert der von Schülerinnen und Schülern der 9. Jahrgangsstufe erreichten Kompetenzstände im Fachbereich Mathematik

Land	*M*
Sachsen	536
Thüringen	521
Brandenburg	518
Bayern	517
Sachsen-Anhalt	513
Mecklenburg-Vorpommern	505
Rheinland-Pfalz	503
Schleswig-Holstein	502
Baden-Württemberg	500
Deutschland	500
Niedersachsen	495
Hessen	495
Saarland	489
Hamburg	489
Nordrhein-Westfalen	486
Berlin	479
Bremen	471

Abbildung in Anlehnung an: Pant, Hans Anand u.a. (Hrsg.), IQB-Ländervergleich 2012 -Zusammenfassung, Berlin 2013, S. 8.

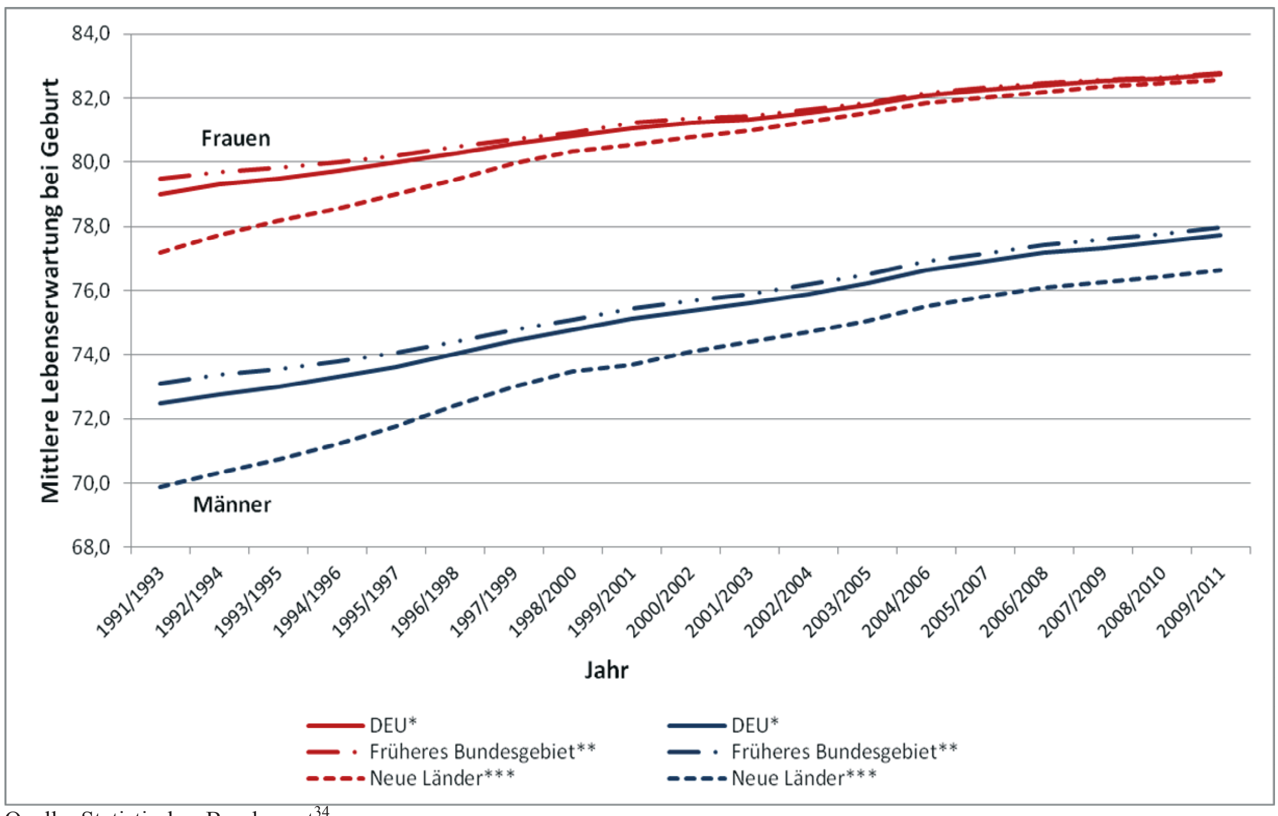
5.2 Gesundheit und Lebenserwartung

Gesundheit zählt allgemein zu den wichtigsten Voraussetzungen für die individuelle Lebenszufriedenheit. Von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) definiert als Zustand des vollständigen körperlichen geistigen und sozialen Wohlergehens ist Gesundheit allerdings schwer messbar. Die Entwicklung der Lebenserwartung in den neuen und alten Ländern kann als ein wichtiger Indikator für die Entwicklung der Gesundheit der Bevölkerung herangezogen werden.

Die Lebenserwartung in Deutschland ist nach 1990 kontinuierlich gestiegen. Die durchschnittliche Lebenserwartung bei der Geburt beträgt aktuell (2009/2011) für Frauen 82,73 und für Männer 77,72 Jahre.

Abbildung 18

Lebenserwartung bei der Geburt in Deutschland



Quelle: Statistisches Bundesamt[34]

Die Abbildung zeigt, dass sich die Lebenserwartung zwischen dem früheren Bundesgebiet (ABL) und den neuen Ländern (NBL) weiter angenähert hat. Frauen leben in beiden Regionen Deutschlands mittlerweile fast gleich lang (ABL: 82,77 gegenüber NBL: 82,58 Jahre). Bei den Männern hat die Lebenserwartung mit 76,64 Jahren in den neuen Ländern das Niveau ihrer Geschlechtsgenossen im früheren Bundesgebiet mit 77,97 Jahren noch nicht ganz erreicht. Das durchschnittlich erreichte Alter von ostdeutschen Frauen liegt damit heute 6,3 Jahre höher als 1990, das der Männer sogar 7,4 Jahre höher.[35]

5.3 Freiheit, demokratische Teilhabe, bürgerschaftliches Engagement

Lebensqualität und Wohlstand in einem weit verstandenen Sinn drücken sich auch im Grad der Freiheit und den Möglichkeiten zu demokratischer Teilhabe aus.
Deutschland hat mit seiner freiheitlich demokratischen Grundordnung, die auf der Selbstbestimmung des Volkes beruht, ein Staatssystem, das demokratische Teilhabe voraussetzt und ohne sie nicht denkbar ist. Die Grundrechte Meinungsfreiheit, Gewissensfreiheit, Glaubensfreiheit, Versammlungsfreiheit, Berufsfreiheit sind verfassungsrechtlich verbürgt, so dass der geltende Rechtsrahmen überall in Deutschland gleich ist.
Das Institut Allensbach hat im Jahr 2012 die Bevölkerung in Ost und West nach der persönlichen Wichtigkeit elf verschiedener Freiheiten befragt. Die Befragten in beiden Teilen des Landes stimmten bei den drei am wichtigsten eingeschätzten Freiheiten (freie Meinungsäußerung, freie Berufswahl und Freiheit vor staatlicher Überwachung) sowie der drei als am unwichtigsten eingeschätzten Freiheiten (freie Wahl beim Kauf von Gütern, Religionsfreiheit und Demonstrations- und Versammlungsfreiheit) überein[36]. Zwischen Ost- und Westdeutsch-

---

34 DEU*: Deutschland
Früheres Bundesgebiet**: bis 1998/2000 Früheres Bundesgebiet, ab 2001 ohne Berlin West
Neue Länder***: bis 1998/2000 Neue Länder und Berlin Ost, ab 2001 ohne Berlin Ost

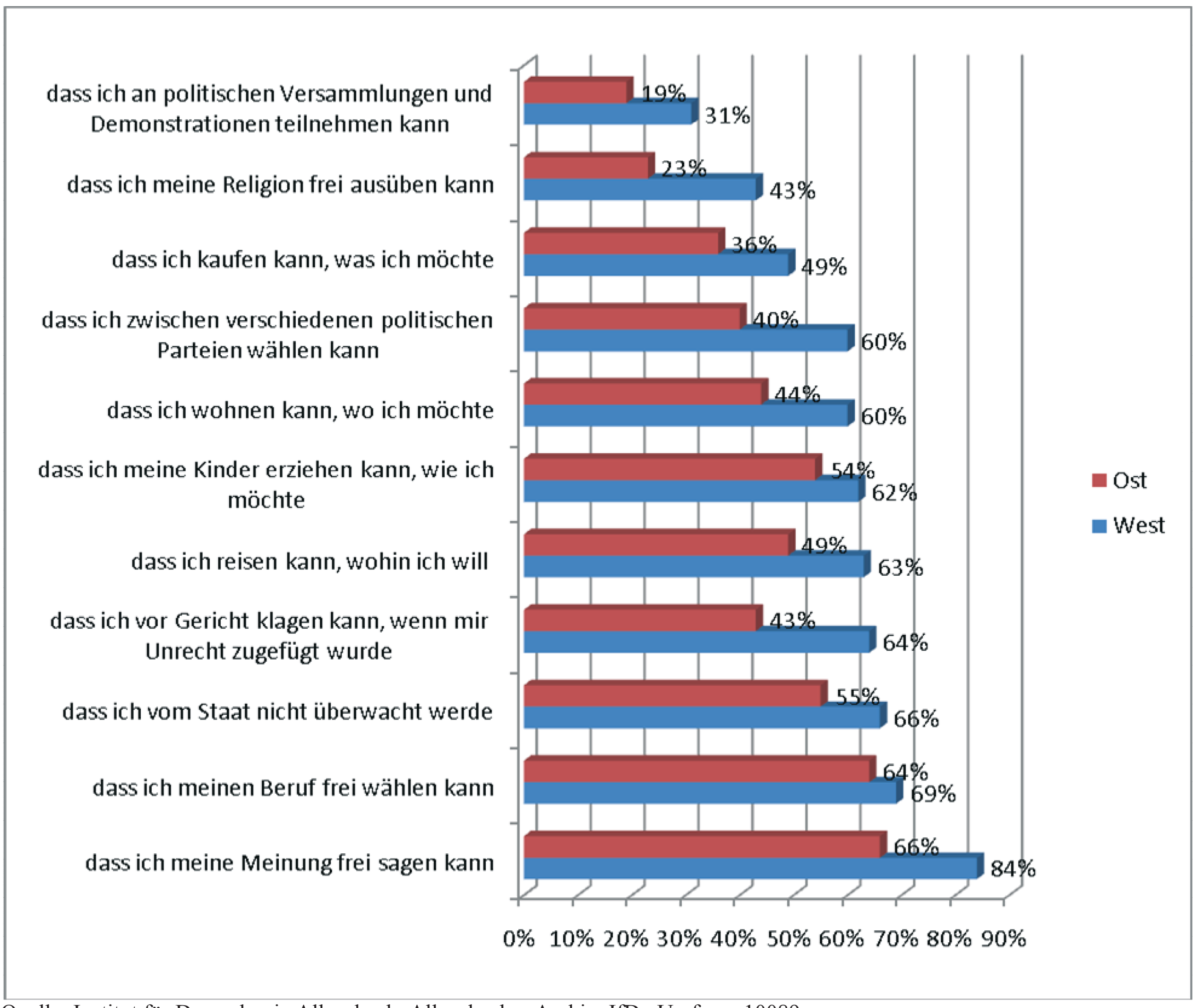
35 Vogt, Tobias, Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, Längeres Leben dank Mauerfall, S. 4.

36 Allerdings erhielten die abgefragten Freiheiten durchweg deutlich niedrigere Prozentwerte in Ostdeutschland als in Westdeutschland.

land scheint es ein gemeinsames Verständnis darüber zu geben, welche Freiheiten die größte Bedeutung für die eigene Lebensgestaltung haben.

Abbildung 19

Diese Freiheit ist mir persönlich sehr wichtig…; Gewichtung von Freiheitsspielräumen in Ost und West, Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre



Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach, Allensbacher Archiv, IfD –Umfrage 10089

Über diese Aspekte hinaus geht es bei der Frage, wie es um Freiheit und demokratische Teilhabe in beiden Teilen Deutschlands steht , darum, wie die Bevölkerung ihre Einflussmöglichkeiten in der Demokratie wertet und wie sie diese Möglichkeiten nutzt.

Eine wichtige direkte Beteiligungsmöglichkeit, die sich den Bürgerinnen und Bürgern in der Demokratie bietet, sind Wahlen, bei denen die Repräsentanten des Volkes bestimmt werden. Bei der Wahlbeteiligung zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen Ost und West. Bürgerinnen und Bürger in Ostdeutschland beteiligen sich weniger an Bundestagswahlen als in Westdeutschland. Bei der Bundestagswahl im Jahr 2009 lag die Wahlbeteiligung in den ostdeutschen Flächenländern unter dem Bundesdurchschnitt (vgl. Tabelle 2). Nach Bundesländern aufgeteilt, entwickelte sich die Wahlbeteiligung von 1990 bis zum Jahr 2009 insgesamt rückläufig, die neuen Länder wiesen bei allen Bundestagswahlen eine niedrigere Wahlbeteiligung als in den alten Ländern auf. Bei der Bundestagswahl 2013 hingegen stieg erstmals in allen ostdeutschen Ländern die Wahlbeteiligung, während sie in den westdeutschen Ländern insgesamt betrachtet etwa gleich blieb.

Tabelle 2

Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen nach Ländern,
Wähler in Prozent der Wahlberechtigten

Länder	1990	1994	1998	2002	2005	2009	2013[37]
Bundesgebiet	77,8 %	79,0	82,2%	79,1%	77,7%	70,8%	71,5%
Baden-Württemberg	77,4%	79,7%	83,1%	81,1%	78,7%	72,4%	74,3%
Bayern	74,4%	76,9%	79,2%	81,5%	77,9%	71,6%	70,2%
Berlin	80,6%	78,6%	81,1%	77,6%	77,4%	70,9%	72,4%
Brandenburg	73,8%	71,5%	78,1%	73,7%	74,9%	67,0%	68,4%
Bremen	76,5%	78,5%	82,1%	78,8%	75,5%	70,3%	68,8%
Hamburg	78,2%	79,7%	81,1%	79,6%	77,5%	71,3%	69,6%
Hessen	81,1%	82,3%	84,2%	80,1%	78,7%	73,8%	73,2%
Mecklenburg-Vorpommern	70,9%	72,8%	79,4%	70,6%	71,2%	63,0%	65,4%
Niedersachsen	80,6%	81,8%	83,9%	81,0%	79,4%	73,3%	73,4%
Nordrhein-Westfalen	78,7%	81,9%	83,9%	80,3%	78,3%	71,4%	72,5%
Rheinland-Pfalz-	81,7%	82,3%	83,9%	80,0%	78,7%	72,0%	72,8%
Saarland	85,2%	83,5%	84,8%	80,0%	79,4%	73,7%	72,5%
Sachsen	76,2%	72,0%	81,6%	73,7%	75,7%	65,0%	69,7%
Sachsen-Anhalt	72,2%	70,4%	77,1%	68,8%	71,0%	60,5%	62,0%
Schleswig-Holstein	78,6%	80,9%	82,4%	80,7%	79,1%	73,6%	73.6%
Thüringen	76,4%	74,9%	82,3%	74,8%	75,5%	65,2%	68,2%

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Über die demokratische Teilhabe hinaus bestehen weitere Einflussmöglichkeiten zur Mitgestaltung der Lebenswirklichkeit. Diese Strukturen bilden das zivilgesellschaftliche Gerüst der Demokratie: Bürgerinnen und Bürger können sich in Bürgerbündnissen, Vereinen, Verbänden und Initiativen, die sich für das Gemeinwohl einsetzen, engagieren und in diesen Strukturen Demokratie leben. Verstärktes demokratisches Engagement auf der lokalen Ebene kann Antworten auf Fragen danach geben, was die demokratische Gesellschaft in ihrem Innersten zusammen hält, was demokratische Teilhabe im Alltag attraktiv macht und was zu einem positiven Gemeinschaftsgefühl beiträgt und damit Lebensqualität steigert.

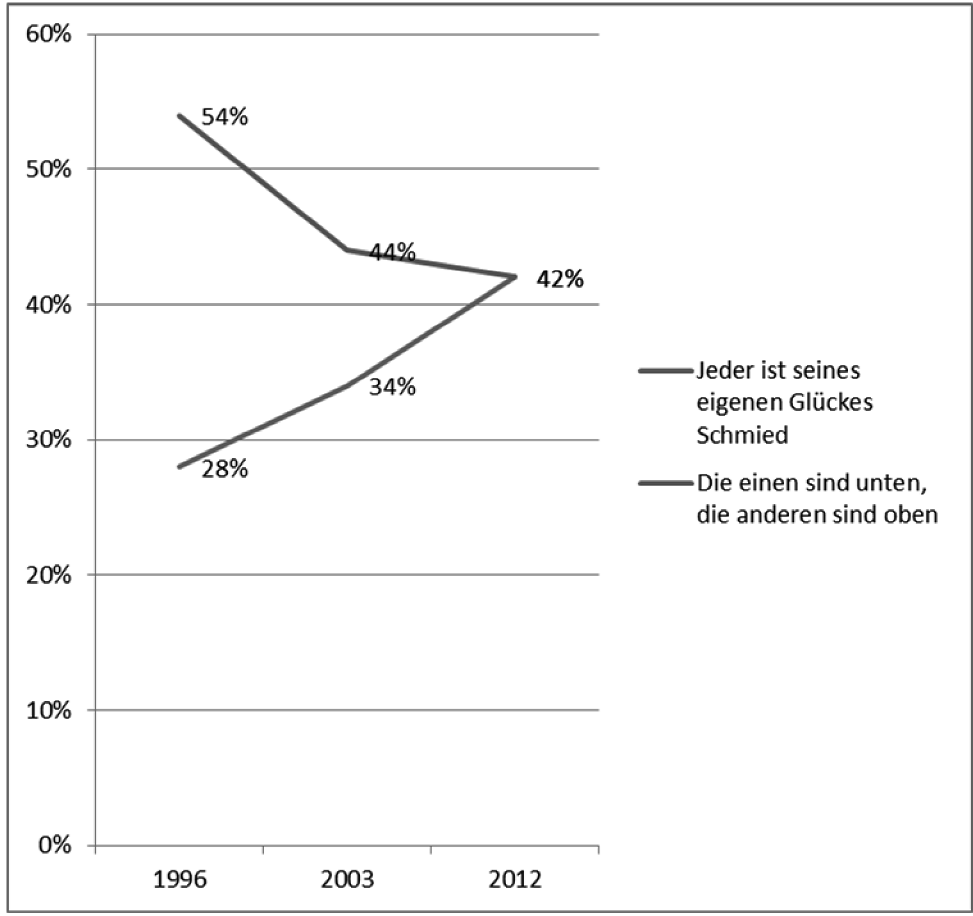
In diesem Zusammenhang ist von Interesse, wie die Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland ihre Möglichkeiten einschätzt, Einfluss zu nehmen. Das Allensbach Institut hat im Jahr 2012 - wie bereits in den Jahren 1996 und 2003 - den Befragten in beiden Landesteilen die Aussagen zweier Personen: „Jeder ist seines eigenen Glückes Schmied“ und „Die einen sind oben und die anderen sind unten“ vorgelegt. Die Befragten wurden gebeten, sich zu entscheiden, für welchen Satz sie sich persönlich aussprechen würden.

[37] Vorläufiges amtliches Ergebnis.

Abbildung 20



„Jeder ist seines Glückes eigener Schmied“[38]
Ostdeutschland

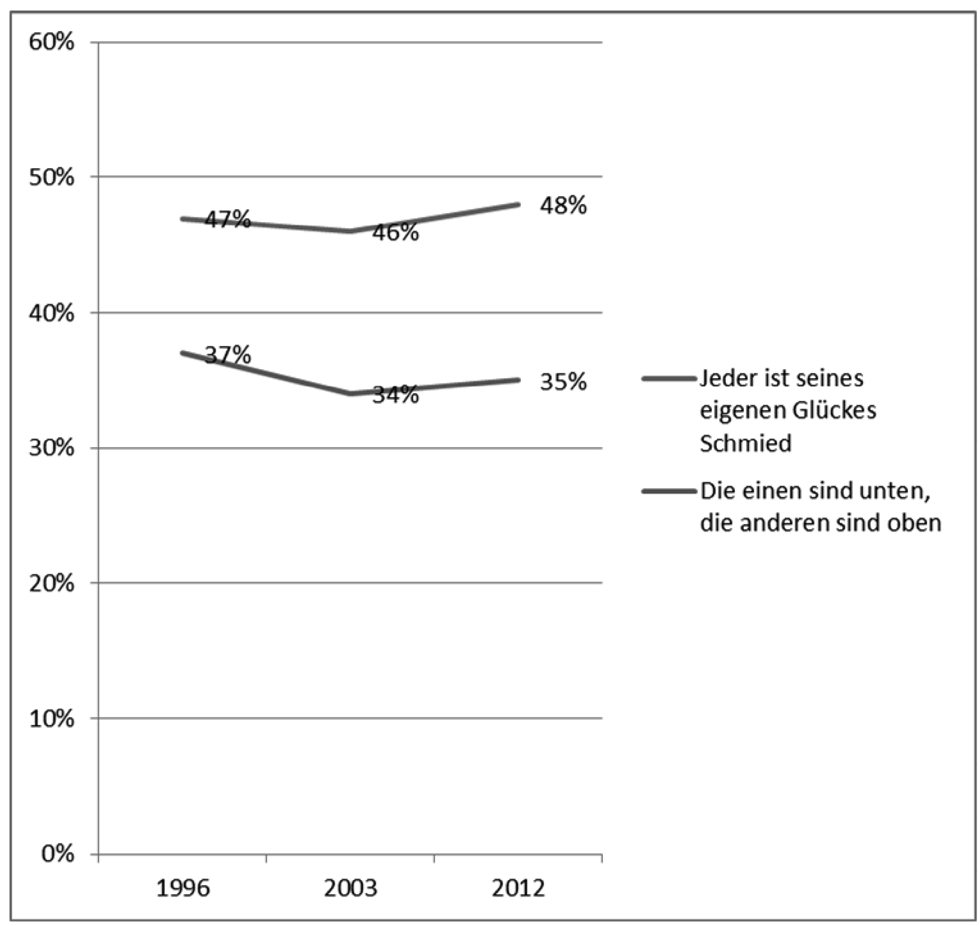


Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16. Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD- Umfragen, zuletzt 10086, Februar 2012
An 100 fehlende Prozent unentschieden

[38] Zwei Männer/ Frauen unterhalten sich über das Leben. Der/Die eine sagt: „Jeder ist seines Glückes eigener Schmied. Wer sich heute wirklich anstrengt, der kann es auch zu etwas bringen“. Der/Die andere sagt: „Tatsächlich ist es so, dass die einen oben sind und die anderen sind unten und kommen bei den heutigen Verhältnissen auch nicht hoch, so sehr sich auch anstrengen.“ Was würden Sie persönlich sagen. Wer von beiden hat eher recht- der/die erste oder der/die zweite?

Abbildung 21

„Jeder ist seines Glückes eigener Schmied“[39]
Westdeutschland



Basis: Bndesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16. Jahre.
Quelle: Alensbacher Archiv, IfD- Umfragen, zuletzt 10086, Februar 2012.
An 100 fehlende Prozent unentschieden

In Ostdeutschland betrug die Zustimmung zu beiden Sätzen im Jahr 2012 42 Prozent, in Westdeutschland 48 Prozent für „Jeder ist seines Glückes eigener Schmied“ und 35 Prozent für „Die einen sind unten und die anderen sind oben“. Die Werte für beide Sätze nähern sich in Ost und West aneinander an. Außerdem wird besonders in der grafischen Darstellung der Ergebnisse der Befragung Folgendes in Ostdeutschland deutlich:

Von 28 Prozent ausgehend, die im Jahr 1996 von ihrem persönlichen Einfluss auf das Glück überzeugt sind, sind es im Jahr 2012 bereits 42 Prozent. In Westdeutschland bleibt der Anteil dieser Personen in etwa gleich (1996: 47 Prozent, 2012: 48 Prozent). Bei dieser Gruppe ist das ehrenamtliche Engagement mit 31 Prozent höher als das der Vergleichsgruppe, die dem Satz: „Die einen sind oben, die anderen sind unten“ zustimmen (24 Prozent)“[40].

Die Überzeugung von eigenen Einflussmöglichkeiten korreliert also mit der Bereitschaft zu ehrenamtlicher Aktivität. Dass die Wahrnehmung der eigenen Einflussmöglichkeiten im Osten des Landes wächst, könnte auch Indiz für eine weitere Zunahme des Potenzials für bürgerschaftliches Engagement sein.

[39] Siehe vorhergehende Fußnote.

[40] Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16. Jahre; Quelle: Allensbacher Archiv, IfD- Umfragen, zuletzt 10086, Februar 2012 zur Frage: Haben sie ein Ehrenamt oder arbeiten sie auf andere Weise privat aktiv oder in anderer Weise in Gruppen oder Organsiationen mit?

Die Daten des Projekts „Stand und Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in Ostdeutschland“ des Bundesministeriums des Innern bestätigen diesen Trend. Das Projekt umfasste eine vergleichende Analyse der Daten des Freiwilligensurveys, der regelmäßigen großen Umfrage im Auftrag der Bundesregierung (bisher 1999, 2004 und 2009) zum freiwilligen Engagement in der gesamten Bundesrepublik sowie eine vertiefende Befragung von Verantwortlichen für die Förderung des Engagements in allen neuen Ländern in den Jahren 2010/2011. Die Daten zeigen, dass in den neuen Ländern die öffentliche Beteiligung und das freiwillige Engagement insgesamt zugenommen haben, insbesondere bei den jüngeren Menschen im Alter von bis zu 45 Jahren. Bei den unter 30-jährigen sind in dieser Hinsicht kaum noch Unterschiede zu den Altersgenossen im Westen der Republik auszumachen.

Es sind jedoch regionale Unterschiede zu beobachten: Im Vergleich der fünf ostdeutschen Länder weisen die Länder Sachsen und Brandenburg eine hohe Engagementquote, Sachsen-Anhalt die niedrigste Quote beim bürgerschaftlichen Engagement auf. Insgesamt sind allerdings weiterhin weniger Menschen in Verbänden oder Vereinen ehrenamtlich aktiv als in den westdeutschen Ländern.

Möglicherweise existieren auch spezifische Unterschiede in den freiwilligen, ehrenamtlichen Aktivitäten zwischen städtischen und ländlichen Bereichen sowie zwischen west- und ostdeutschen ländlichen Regionen. Gerade ländliche Räume sind in den fünf neuen Bundesländern von hoher Bedeutung. Aufschluss über mögliche Unterschiede geben soll eine Sonderauswertung des dritten Freiwilligensurveys „Bürgerschaftliches Engagement in den ländlichen Räumen der Bundesrepublik Deutschland – Strukturen, Chancen und Probleme“, die das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz in Auftrag gegeben hat und deren Ergebnisse im 1. Quartal 2014 veröffentlicht werden sollen.

Mit der Einführung des Bundesfreiwilligendienstes (BFD) und dem Ausbau der Jugendfreiwilligendienste zum 1. Juli 2011 ist es gelungen, freiwilliges Engagement in Deutschland zu stärken auf eine noch breitere Basis zu stellen. Freiwillige aller Altersgruppen engagieren sich für das Allgemeinwohl im sozialen, ökologischen und kulturellen Bereich oder im Bereich des Sports, der Integration sowie im Zivil- und Katastrophenschutz. Die Öffnung des BFD für die neue Zielgruppe der über 27-Jährigen wird gerade in den neuen Ländern stark nachgefragt. Insgesamt rund 100.000 Freiwillige in den genannten Diensten bedeuten einen historischen Höchststand.

Je mehr Menschen sich Freiheit und Demokratie verpflichtet fühlen und diese Werte im Zusammenwirken mit anderen teilen, desto mehr wird auch der gesellschaftliche Zusammenhalt gefestigt und eine gute Basis für die innere Einheit und eine gemeinsame Identität geschaffen. Es ist daher von besonderer Bedeutung, Bürgerinnen und Bürger für eine Beteiligung am demokratischen Prozess und zur Mitgestaltung der Lebenswirklichkeit zu gewinnen. Hierfür setzt sich die Bundesregierung mit unterschiedlichen Schwerpunkten auf vielfältige Weise ein:

Die Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) engagiert sich als Regelaufgabe dauerhaft mit verschiedenen Maßnahmen politischer Bildung insbesondere in der Extremismusprävention. Die Angebote reichen von Publikationen und Online-Dossiers über präventiv wirkende Projektförderungen von Modellvorhaben bis zu Handreichungen und Netzwerken für Multiplikatoren. Sie schließen die Arbeit mit rechtsextrem gefährdeten Jugendlichen ebenso ein wie die Trägerförderung in diesem Themenschwerpunkt. Die Tätigkeit der BpB zielt im Wesentlichen darauf ab, der Entstehung bzw. Verfestigung von rechtsextremen Einstellungen und Strukturen durch politische Bildungsarbeit entgegenzuwirken. Um diese Arbeit noch stärker als bisher zu unterstützen, sind der Bundeszentrale für politische Bildung von 2013 bis 2016 zusätzliche Mittel in Höhe von jährlich 2 Millionen Euro zur Verfügung gestellt worden. Diese Mittel sollen der Bundeszentrale ermöglichen, ihre Schwerpunkte im Bereich der präventiven Bildungsarbeit gegen Rechtsextremismus weiter zu entwickeln sowie die Arbeit der freien Träger in diesem Themenfeld zu stärken.

Mit dem Programm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ fördert die Bundesregierung seit 2010 zivilgesellschaftliches Engagement für Demokratie vor allem in ländlichen und strukturschwachen Gebieten Ostdeutschlands. Hauptziel des Programms ist, Akteure der Vereins- und Verbandsarbeit zu stärken. Dafür gibt es z.B. Qualifikationsangebote, um die Strukturen von Verbänden und Vereinen noch demokratischer zu gestalten und neue Möglichkeiten für verbandsinterne Beratung, Konfliktbearbeitung und Beteiligung zu schaffen. Von Vereinen und Verbänden, die sich auf solche Weise in ihrem Innern demokratisch stärken, werden starke Impulse für das demokratische Miteinander im jeweiligen Ort, im Sozialraum des Dorfes oder der Stadt erwartet.

Das Programm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ war zunächst (2010 – 2012) ganz auf Ostdeutschland ausgerichtet worden. Die Menschen mussten sich hier in den beiden Jahrzehnten nach der Wende großen Veränderungen stellen. Ganze Industrien wurden abgewickelt, andere sind neu entstanden. Überall, vor allem in den

ländlichen und strukturschwachen Gebieten, hat die Bevölkerung große Herausforderungen meistern müssen – sich aber auch neue Chancen erkämpft.

Mit den Folgen von Abwanderung und schrumpfender Bevölkerung umzugehen, ist mittlerweile Aufgabe vieler Engagierter in ganz Deutschland. Für Vereine und Initiativen vor Ort bedeutet dies, dass es immer weniger Freiwillige gibt, die ein Ehrenamt übernehmen, die sich engagieren und sich stark machen für andere. Vielfach stellen sich folgende Fragen: Wer organisiert die Kultur- oder Sportangebote, wer engagiert sich auf dem Land noch für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen, wer hilft bei öffentlichen Veranstaltungen?

Dementsprechend werden in der zweiten Programmphase (2013-2016) auch einige erprobte Projektkonzepte auf ausgewählte Trägerstrukturen in den westdeutschen Bundesländern übertragen und verschiedene Qualifizierungsmöglichkeiten bundesweit angeboten. Für die Fortführung des Programms „Zusammenhalt durch Teilhabe“ setzt die Bundesregierung von 2013 bis 2016 weitere 24 Millionen Euro ein.

Konkret wird die Ausbildung von sogenannten „Demokratietrainern“ in Vereinen und Verbänden in den Bereichen Sport, Feuerwehr, Wohlfahrt und Kirche finanziert. Diese unterstützen die Vereine vor Ort im Umgang mit antidemokratischen und rassistischen Verhaltensweisen. Bislang wurden rund 110 Demokratietrainer ausgebildet; in der aktuellen Förderphase sollen circa 500 dazu kommen.

Mit dem Bundesprogramm „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ fördert die Bundesregierung seit dem 1. Januar 2011 das zivile Engagement und demokratisches Verhalten sowie den Einsatz für Vielfalt und Toleranz bei Kindern und Jugendlichen. Es hat zum Ziel, Demokratie, Vielfalt und Toleranz als zentrale Werte der gesamten Gesellschaft zu festigen und gerade Kinder und Jugendliche auf präventiv-pädagogische Weise für die grundlegenden Regeln eines friedlichen und demokratischen Zusammenlebens zu begeistern. Außerdem sollen Menschen, die sich mit rechtsextremistischen Tendenzen auseinandersetzen müssen, vor Ort schnell, direkt und persönlich fachkompetente Beratung und Unterstützung erhalten.

Das Programm konzentriert sich auf drei Programmbereiche:

- Im ersten Programmbereich werden Lokale Aktionspläne aus Bundesmitteln unterstützt (bisher rund 170).
- Im zweiten Förderbereich werden Modellprojekte im Feld des Demokratielernens in einer Integrationsgesellschaft sowie präventive Projekte gegen Rechtsextremismus gefördert. Auf der Basis eines Interessenbekundungsverfahrens hat ein Expertengremium mehr als 50 Modellprojekte identifiziert und zur Förderung vorgeschlagen.
- Im dritten Förderbereich werden die im früheren Bundesprogramm „kompetent. für Demokratie“[41]erfolgreich aufgebauten 16 landesweiten Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus entsprechend den Empfehlungen der Programmevaluation fortgesetzt. Schwerpunkt der aktuellen Förderperiode, die noch bis Ende 2014 andauert, ist die Weiterentwicklung der qualitativen Beratungstätigkeit. Nach der Bestandsaufnahme und der Bedarfsanalyse nehmen die Beratungsnetzwerke seit 2012 die Qualitätsentwicklung, Falldokumentation und Erprobung in den Blick. Die Bundesregierung stellt für das Bundesprogramm „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ pro Jahr circa 24 Millionen Euro an Bundesmitteln zur Verfügung.

Zusätzlich hat die Bundesregierung zum 1. Juli 2010 das Bundesprogramm „Initiative Demokratie stärken“ ins Leben gerufen. Dieses Bundesprogramm soll junge Menschen gegen die Beeinflussung linksextremistischer und islamistischer Ideologien stark machen. Pro Jahr stellt die Bundesregierung für das Programm „Initiative Demokratie stärken“ rund 5 Millionen Euro zur Verfügung.

5.4 Aufarbeitung von SED-Unrecht

Die kommunistische Diktatur in der SBZ und der DDR zählt zum historischen Erbe des wiedervereinten Deutschlands. Dieser Teil der deutschen Nachkriegsgeschichte muss konsequent aufgearbeitet werden. Jeder Generation müssen die Lehren aus diesen Kapiteln unserer Geschichte immer wieder neu vermittelt werden. Durch den wachsenden zeitlichen Abstand zur friedlichen Überwindung der deutschen Teilung entwickeln sich insbesondere bei jungen Menschen zwei Tendenzen in der Wahrnehmung der DDR, die besorgniserregend

[41] Dieses Bundesprogramm war vom 1. Juli 2007 bis 31.Dezember 2010 ein Bundesprogramm des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, das landesweite Beratungsnetzwerke und Unterstützungsangebote nach rechtsextremen, fremdenfeindlichen und antisemitischen Vorkommnissen förderte.

sind[42]: die Verharmlosung, mitunter sogar Verklärung des Lebens unter der SED-Diktatur und das ausgeprägte Nichtwissen über die DDR und die dort herrschenden Verhältnisse.

Dieser Trend schwächt die zentrale Bedeutung der Werte, für die die Menschen in der DDR im Herbst 1989 mutig und friedlich demonstrierten: Freiheit, Demokratie und die Achtung der Menschenrechte. Einen Schlussstrich unter die Auseinandersetzung mit der kommunistischen Diktatur in Deutschland wird es auch fast 25 Jahre nach dem Ende der DDR nicht geben. Sie bleibt weiter eine gemeinsame gesamtdeutsche Aufgabe und ist ein wesentlicher Beitrag zur Gestaltung der inneren Einheit unseres Landes.

Das Bundeskabinett hat am 9. Januar 2013 den vorgelegten Bericht der Bundesregierung zum Stand der Aufarbeitung der SED-Diktatur beschlossen (Bundestagsdrucksache 17/12115). Ziel des Berichts war es, die Leistungen der letzten Jahre im Bereich der Aufarbeitung der SED-Diktatur umfassend zu dokumentieren, Bilanz zu ziehen und Perspektiven für die weitere Entwicklung darzustellen. Die Beiträge der thematisch betroffenen Ressorts der Bundesregierung, der 16 Länder, von Aufarbeitungseinrichtungen und Gedenkstätten sowie der Opferverbände dienten hierfür mit als Grundlage.

Aus der umfangreichen Bestandsaufnahme der Bundesregierung sollen hier nur einige wenige Aktivitäten der Bundesregierung sowie darüber hinaus angestoßene Maßnahmen dargestellt werden:

Seit 1. Juli 2012 besteht der vom Bund und den ostdeutschen Ländern gemeinsam errichtete Fonds „Heimerziehung in der DDR in den Jahren 1949 bis 1990“ mit einem Volumen von insgesamt 40 Millionen Euro. Daraus stehen ehemaligen DDR-Heimkindern, die in den Jahren 1949 bis 1990 in einem Heim der Jugendhilfe oder einem Dauerheim für Säuglinge und Kleinkinder untergebracht waren und denen Unrecht und Leid zugefügt wurde, Hilfen und Unterstützungsleistungen bei heute noch vorhandenen Folgeschäden und/oder bei Minderung von Rentenansprüchen zur Verfügung.

Das gilt auch für diejenigen, die im Heim sexuell missbraucht worden sind, so dass diese Gruppe bereits jetzt Entschädigungsleistungen erhalten kann.

Beim Fonds Heimerziehung in der DDR haben im ersten Jahr seit Start des Fonds am 1. Juli 2012 rund 2.400 Betroffene (Stand 30. Juni 2013) Vereinbarungen über Fondsleistungen abgeschlossen. Damit wurden rund 8,9 Millionen Euro (Stand 30. Juni 2013) an Betroffene ausgezahlt. Grundlage für die politische Entscheidung zur Würdigung und Anerkennung des Leids ehemaliger Heimkinder aus der DDR ist der Bericht „Aufarbeitung der Heimerziehung in der DDR“. Dieser Bericht baut auf drei wissenschaftlichen Expertisen zu Rechtsfragen, Erziehungsvorstellungen, Bewältigung von Traumatisierung auf, die der Beauftragte der Bundesregierung für die Neuen Bundesländer hat erstellen lassen. Da dieser Bericht zugleich weiteren akuten Forschungsbedarf aufgezeigt hat, soll das gerade laufende Anschlussprojekt „Vertiefte Aufarbeitung der Heimerziehung in der DDR“ noch offene Fragen zu den Grundlagen, der Struktur und der Praxis der Heimerziehung der DDR beantworten. Dazu gehören insbesondere die Frage nach der Begründung der in vielen Fällen politisch geprägten Heimeinweisung und der Umgang mit Säuglingen und Kleinkindern. Ziel ist, den Prozess der gesellschaftlichen Aufarbeitung dieses Teils der DDR-Geschichte fortzuführen und zu vertiefen sowie die Entscheidungs- und Handlungsgrundlage für die Mitarbeiter/innen der Anlauf- und Beratungsstellen in den Bundesländern weiter zu verbessern.

Ein von der Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Stiftung Berliner Mauer getragenes Koordinierendes Zeitzeugenbüro hat im Jahr 2012 mehr als 500 Einsätze von Zeitzeugen an Schulen und anderen Bildungseinrichtungen organisiert. Deutschlandweit fanden somit im Schnitt jede Woche zehn Gespräche mit Menschen statt, die aus eigener Erfahrung über die SED-Diktatur berichten können. Das Büro ermöglicht es Lehrern, DDR-Zeitzeugen aus ihrer Umgebung kostenlos in den Unterricht zu holen. Damit soll der wachsenden Unkenntnis vieler Jugendlicher über die jüngere deutsche Geschichte und einer Verharmlosung der SED-Diktatur entgegengewirkt werden.
Seit Start der Zeitzeugenvermittlung im Juni 2011 bis September 2013 fanden mittlerweile mehr als 1170 Veranstaltungen mit mehr als 57.000 Teilnehmern statt.
In dem an der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen angesiedelten Projekt sind über 180 Zeitzeugen aus allen Bundesländern verzeichnet. Über das Internetportal www.ddr-zeitzeuge.de können Interessierte deutschlandweit

---

[42] Vgl.: DDR-Geschichte im Unterricht. Schulbuchanalyse – Schülerbefragung – Modellcurriculum. Hrsg. von Arnswald, Ulrich; Bongertmann, Ulrich; Mählert, Ulrich; Berlin 2006; Deutz-Schroeder, Monika; Schroeder, Klaus: Soziales Paradies oder Stasi-Staat? Das DDR-Bild von Schülern – ein Ost-West-Vergleich. Stamsried 2008 und Schroeder, Klaus; Deutz-Schroeder, Monika; Quasten, Rita; Schulze Heuling, Dagmar: Später Sieg der Diktatur? Zeitgeschichtliche Kenntnisse und Urteile von Jugendlichen. Frankfurt am Main 2012.

nach Zeitzeugen recherchieren. Finanziert wird das Koordinierende Zeitzeugenbüro vom Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien.

Mit der Eröffnung der neuen Dauerausstellung im ehemaligen zentralen Untersuchungsgefängnis des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR begann am

4. Oktober 2013 für die Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen ein neuer Abschnitt ihrer Entwicklung. Erstmals haben die Besucherinnen und Besucher die Möglichkeit, sich über die sachkundige Führung durch die früheren Zellentrakte hinaus vertieft mit der Geschichte des Haftortes zwischen 1945 und 1989 auseinanderzusetzen. Über 40.000 Menschen waren dort während der kommunistischen Diktatur in verschiedenen Lagern und Gefängnissen inhaftiert. Die neue Dauerausstellung erzählt ihr bewegendes Schicksal. Die Bundesregierung und das Land Berlin haben gemeinsam die erforderlichen Mittel für die notwendigen Umbau- und Sanierungsmaßnahmen sowie die neue Präsentation zur Verfügung gestellt.

Der Beauftragte der Bundesregierung für die Neuen Bundesländer fördert das Forschungsvorhaben des Instituts für Geschichte in der Medizin an der Charité „Klinische Arzneimittelforschung in der DDR am Beispiel der Charité 1961-1989“ mit einer finanziellen Zuwendung (Fehlbedarfsfinanzierung). Ziel des Forschungsvorhabens ist es, alle in der DDR in Auftrag von Westfirmen durchgeführten Arzneimittelversuche zu erfassen und einen gesicherten Kenntnisstand über die klinische Auftragsforschung in der DDR zu gewinnen.

Die Aufarbeitung der SED-Diktatur ist ein dauerhafter Arbeitsschwerpunkt der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB). Dieser Arbeitsschwerpunkt war und ist besonders anlässlich historischer Jubiläen in der Arbeit der BpB deutlich wahrnehmbar.

Zur aktiven Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur gehört auch eine Erinnerungskultur, die sich in diesem Jahr schwerpunktmäßig dem Gedenken an 60 Jahre Volksaufstand in der der DDR am 17. Juni 1953 widmete, und für die zahlreiche Veranstaltungen wie z.B. die Internationale Konferenz „Die ostmitteleuropäischen Freiheitsbewegungen 1953- 1989. Opposition, Aufstände und Revolutionen im kommunistischen Machbereich“ der Deutschen Gesellschaft e. V. , der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und des Collegium Hungarium, den Rahmen bildeten. Mit vielen Ausstellungen und Projekten trugen die vom Bund getragenen und geförderten Einrichtungen dazu bei, die Erinnerung an die mutigen Männer und Frauen vom 17. Juni 1953 wachzuhalten.

6. Natur- und Kulturkapital in den neuen Ländern

Naturnahe Landschaften sowie viele, oft noch durch traditionelle Nutzungen geprägte Kulturlandschaften sind aufgrund ihrer Vielfalt, Eigenart und Schönheit von hoher Bedeutung für das physische und psychische Wohlbefinden der Bevölkerung und werden deshalb gern als geeignete Räume für Erholung und Freizeitaktivitäten genutzt. Eine möglichst intakte Natur und Landschaft dient in besonderem Maße der Sicherung von Leben und Gesundheit des Menschen und stellt damit ein wertvolles Kapital in einem umfassenden Wohlstandskonzept dar, das dauerhaft zu sichern ist.

Naturschutz wird dementsprechend von einer großen Mehrheit der Bevölkerung (86 Prozent) als wichtige politische Aufgabe bewertet und als menschliche Pflicht (95 Prozent) angesehen. Dies ergab die jüngste Befragung die im Auftrag des Bundesumweltministeriums (BMU) durchgeführt wurde. Das BMU lässt alle zwei Jahre, zuletzt im Jahr 2011, in einer bundesweiten Befragung ermitteln, wie sich das Naturbewusstsein in Deutschland entwickelt hat.

Deutschland verfügt über ein reichhaltiges Naturerbe. Dieses gilt es für zukünftige Generationen zu bewahren. Ostdeutschland hat viel an Naturkapital zu bieten:

Zum „Tafelsilber der deutschen Einheit“ gehören insgesamt 14 herausragende Landschaften: fünf Nationalparke (Jasmund, Vorpommersche Boddenlandschaft, Müritz, Hochharz und Sächsische Schweiz), sechs Biosphärenreservate (Südost-Rügen, Mittlere Elbe, Schorfheide-Chorin, Spreewald, Vessertal und Rhön) sowie drei Naturparke (Schaalsee, Märkische Schweiz und Drömling). Diese wurden im Rahmen des am 12. September 1990 von der letzten DDR-Regierung beschlossenen Nationalparkprogramms unter Schutz gestellt und in den Einigungsvertrag aufgenommen. Heute sind sie ein bedeutender Teil des nationalen Naturerbes. Ostdeutschland verfügt damit über eine hervorragende Grundlage für eine nachhaltige touristische Entwicklung im ländlichen Raum. Dies ist gerade in strukturschwachen Regionen der neuen Bundesländer von besonderer Bedeutung.

Die Chance, dieses Naturkapital zu sichern, haben die damals neu gegründeten Bundesländer genutzt. Die sechs Biosphärenreservate sind heute von der UNESCO als Teil des Weltnetzes von über 600 Biosphärenreservaten international anerkannt.

Flächen in den Nationalparken Jasmund und Müritz sowie im Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin wurden von der UNESCO als Teile des Weltnaturerbes Buchenwälder in die Welterbeliste aufgenommen.

Zahlreiche Schutzgebiete wurden in den Folgejahren weiterentwickelt bzw. neu ausgewiesen, darunter die Nationalparke Hainich und Unteres Odertal sowie das

UNESCO-Bioshärenreservat Oberlausitzer Heide- und Teichlandschaft sowie zahlreiche Naturparke. Das Schaalseegebiet in Mecklenburg-Vorpommern ist heute eines der beispielhaften UNESCO-Biosphärenreservate in Deutschland. Die Mittlere Elbe gehört jetzt zum länderübergreifenden UNESCO-Biosphärenreservat Flusslandschaft Elbe, an dem zwischen Boizenburg und dem Dessau-Wörlitzer Gartenreich die Bundesländer Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen-Anhalt Anteil haben.

Die Wiedervereinigung setzte in der aktiven Naturschutzpolitik zunächst in den neuen Bundesländern, in den folgenden Jahren auch in den alten Bundesländern wichtige Impulse. Diese ließen unter anderem länderübergreifende Schutzgebiete in der Rhön und im Harz entstehen und führten zur Etablierung weiterer Schutzgebiete wie der Biosphärenreservate Bliesgau und Schwäbische Alb sowie der Nationalparke Eifel und Kellerwald-Edersee.

Die Bundesregierung hat diese Entwicklung von Anfang an politisch und finanziell unterstützt, zum Beispiel im Rahmen der Umsetzung des Übereinkommens über die biologische Vielfalt und seit 2007 der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt. Allein im Rahmen von chance.natur, der Bundesförderung für Naturschutz, sind seit dem Jahr 1990 über 20 Naturschutzgroßprojekte in den neuen Bundesländern durchgeführt worden. Das sind überproportional viele Projekte, gemessen an der Gesamtzahl der durchgeführten Projekte. Sie trugen auf einer Fläche von rund 200 000 Hektar zum Erhalt der Landschafts- und Artenvielfalt bei. Insgesamt fließen mehr als 270 Millionen Euro in diese Projekte. Rund 197 Millionen Euro stellt allein die Bundesregierung zur Verfügung.

Die Bundesregierung hat in der 16. Legislaturperiode beschlossen, insgesamt 125.000 Hektar wertvolle Naturflächen in Bundesbesitz einschließlich der Flächen entlang der innerdeutschen Grenze (Grünes Band) von der Privatisierung auszunehmen. Ziel war, sie an Länder, Naturschutzstiftungen und Naturschutzverbände zu übertragen, um sie als Nationales Naturerbe langfristig zu sichern. Die Flächen des Nationalen Naturerbes liegen schwerpunktmäßig in den neuen Ländern. Dies ist vor allem bedingt durch die dortige Lage zahlreicher großflächiger ehemaliger militärischer Liegenschaften. Die größten Flächen entfallen auf Mecklenburg-Vorpommern mit rund 35.400 Hektar, Brandenburg mit rund 28.600 Hektar und Sachsen-Anhalt mit rund 20.600 Hektar

Zwischen 2005 und 2009 wurde eine erste Tranche von 100.000 Hektar und zwischen 2009 bis 2013 eine zweite Tranche von 25.000 Hektar von der Privatisierung ausgenommen. Für die Flächen der ersten Tranche sind die Vereinbarungen mit den neuen Eigentümern weitgehend abgeschlossen. Die zweite Tranche befindet sich mitten im Übertragungsprozess. 16.000 Hektar aus dieser Tranche wurden im Mai 2013 an die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) übertragen. Die DBU hat mit insgesamt 62.000 Hektar den größten Teil der Flächen des Nationalen Naturerbes übernommen, hauptsächlich handelt es sich dabei um großflächige, ehemalige militärisch genutzte Liegenschaften. Mit der Übertragung geht die Verantwortung für die Entwicklung der Naturerbe-Flächen an die neuen Eigentümer über. Die Vertragswerke für die Übertragung sichern den Naturschutzzweck langfristig ab. Für jede einzelne Fläche werden naturschutzfachliche Leitbilder und konkrete Managementpläne festgelegt. In den Waldbereichen der Übertragungsflächen ist vorrangiges Ziel die Naturwaldentwicklung.

Naturerleben ist als wichtiger Faktor für die Erholung auch für die Wirtschaftskraft einer Region von Bedeutung. Der Tourismus entlang der gesamten Dienstleistungskette erbringt in den meisten Schutzgebieten den größten Anteil an der lokalen Wertschöpfung vor Ort. Davon profitieren alle Schutzgebiete. Die Universität Würzburg hat im Auftrag des BMU ermittelt, dass über 50 Millionen Menschen jährlich allein die 14 deutschen Nationalparke besuchen, und die Schutzgebiete damit einen Bruttoumsatz von rund 2,1 Milliarden Euro pro Jahr erbringen. Dies entspricht rund 70.000 Arbeitsplätzen, die der Tourismus in den Nationalparken schafft oder sichert. Rund jeder fünfte Besucher fährt gezielt in einen der deutschen Nationalparke.

Die Bundesregierung hat sich angesichts der Wiedervereinigung 1990 besonders den damit verbundenen Herausforderungen gestellt, Natur und Landschaft zu erhalten und die touristische Entwicklung voranzubringen.

Mit Unterstützung der Bundesregierung wurde seit 2005 eine deutschlandweite Dachmarke Nationale Naturlandschaften bei EUROPARC Deutschland, dem Interessenverband der deutschen Schutzgebiete, aufgebaut. Die Dachmarke ist als Kommunikations- und Marketingplattform für deutsche Schutzgebiete angelegt und hat insbesondere die Aufgabe, konkrete touristische Naturerlebnisangebote und die Gebiete selbst in einem einheit-

lichen Design attraktiv und vielfältig touristisch zu vermarkten, was gerade für die Entwicklung ländlicher Räume, die in den neuen Bundesländern vier Fünftel der Fläche einnehmen, von besonderer Bedeutung ist.

Die Entwicklung eines nachhaltigen Tourismus stand auch im Mittelpunkt des Vorhabens „Erlebnis Grünes Band“. Entlang des Grünen Bandes zwischen Schleswig-Holstein und Bayern/Thüringen konnte sich über vier Jahrzehnte ungestört der heute längste Biotopverbund Deutschlands entwickeln. Das Vorhaben hatte das Ziel, diese biologische Vielfalt des Grünen Bandes zu erhalten, Geschichte und Kultur der verschiedenen Regionen erlebbar zu machen und die touristische Vermarktung zu verbessern. In den Modellregionen Elbe-Altmark-Wendland, Harz sowie Thüringer Wald und Schiefergebirge/Frankenwald wurden touristische Angebote auf der Grundlage eines touristischen Leitbilds entwickelt und umgesetzt. Unter anderem wurden neue Wander- und Radwege geschaffen sowie interaktive Erlebnistouren angeboten. Im Frühjahr 2009 wurde das neue Nationalparkhaus Torfhaus im Harz der Öffentlichkeit übergeben. Zudem wurde erstmals das nördliche Harzvorland touristisch erschlossen. Vor allem ist es gelungen, ein regionales und überregionales Netzwerk zur Entwicklung des Grünen Bandes zu schaffen, das von verschiedenen Vereinen und Verbänden unterstützt und getragen wird. Das Grüne Band ist damit ein Modell für überregionale Vermarktungsstrategien im deutschen Tourismus.

Die Bundesregierung hat erstmals 2012/13 einen Bundeswettbewerb Nachhaltige Tourismusregionen gemeinsam mit dem Deutschen Tourismusverband e.V. und dem Bundesamt für Naturschutz durchgeführt. 34 Tourismusregionen aus 12 Bundesländern haben am Wettbewerb teilgenommen. Eine Expertenjury hatte nach Auswertung der Bewerbungen anhand von 50 Kriterien aus allen drei Bereichen der Nachhaltigkeit (Ökonomie, Ökologie und Sozialverträglichkeit) die fünf besten Regionen ermittelt und besucht. Siegerregion wurde die Uckermark im Land Brandenburg mit ihren Schutzgebieten Schorfheide-Chorin, Unteres Odertal sowie der Naturpark Uckermärkische Seen.

Auch die Kultur hat herausragende Bedeutung für die Lebensqualität. Die neuen Bundesländer verfügen über eine reichhaltige und wertvolle Kulturlandschaft mit zahlreichen Kultureinrichtungen von herausragender oder gesamtstaatlicher Bedeutung.

In den neuen Bundesländern finden sich auch zahlreiche von der UNESCO als Weltkulturerbe anerkannte Stätten (zum Beispiel die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten, die Luthergedenkstätten in Eisleben und Wittenberg oder zum Beispiel die Wartburg in Eisenach und das Dessau-Wörlitzer Gartenreich).

Der Bund unterstützt die Kulturförderung in den neuen Ländern. Er setzt zudem mit zielgerichteten Programmen eigene Akzente und fördert gemeinsam mit den Sitzländern national bedeutsame Einrichtungen, etwa die Klassik-Stiftung Weimar, die Franckeschen Stiftungen zu Halle oder die Fürst-Pückler-Parks in Bad Muskau und Branitz. Für die herausragenden Kultureinrichtungen wendet die Bundesregierung jährlich rund 33 Millionen Euro auf.

Über 400 Millionen Euro zahlt sie jährlich für Kultureinrichtungen von gesamtstaatlicher Bedeutung in Berlin. Dazu gehören zum Beispiel das Jüdische Museum, die Internationalen Filmfestspiele und die Akademie der Künste. Auch die Sanierung der Berliner Museumsinsel wird in vollem Umfang vom Bund finanziert. An der Sanierung und Modernisierung der „Staatsoper Unter den Linden“ beteiligt er sich mit 200 Millionen Euro.

Die 2002 ins Leben gerufene Kulturstiftung des Bundes mit Sitz in Halle an der Saale, die jährlich 35 Millionen Euro Fördergelder vergibt, fördert auch Initiativen, die sich auf lokaler und regionaler Ebene kulturell engagieren; sie entwickelt Fördermaßnahmen, um Kunst und Kultur in den neuen Ländern zu unterstützen.

In diesem Zusammenhang gibt es seit 2002 den „Fonds Neue Länder“, der bürgerschaftlich getragene Initiativen fördert, die Kunst- und Kulturprogramme mit lokaler und regionaler Ausstrahlungskraft umsetzen und sich durch ein deutliches Engagement von Bürgerinnen und Bürgern auszeichnen. Bislang wurden in diesem Fonds über 160 Kulturvereine und Projekte aus den Sparten Bildende und Darstellende Kunst, Literatur, Musik, Film, Fotografie, Architektur und Neue Medien gefördert. Die Gesamtsumme der seit der Gründung des Fonds zur Verfügung stehenden Mittel beträgt 5,3 Millionen Euro.

Im BKM-Programm „Investitionen für nationale Kultureinrichtungen in Ostdeutschland" (zum Beispiel Museen, Burgen Schlösser und andere herausgehobene Kultureinrichtungen), werden diese zurzeit mit einem Volumen von 4 Millionen Euro pro Jahr gefördert. In den Jahren 2004 bis einschließlich 2013 sind vom Bund annähernd 63 Millionen Euro für herausragende Kultureinrichtungen und -projekte bereitgestellt worden. Das Bundesprogramm dient in erster Linie der Sanierung und Modernisierung von Kultureinrichtungen mit gesamtstaatlicher Bedeutung und steigert deren Attraktivität und überregionale Ausstrahlung. Im Jahr 2013 wurden zum Beispiel die Staatlichen Museen in Schwerin, die Klosteranlage „Stift Neuzelle“ und die Erweiterung des Mendelssohn-Hauses in Leipzig unterstützt.

Die Bundesregierung unterstützt die Maßnahmen der „Luther-Dekade“ zur Vorbereitung des Reformationsjubiläums 2017. Hierfür sind insgesamt 35 Millionen Euro bis 2017 vorgesehen. Aus dem bundesweit angelegten Förderprogramm „Reformationsjubiläum 2017“ werden seit dem Jahr 2011 Restaurierungen und Ertüchtigungen an den authentischen Stätten der Reformation gefördert. Daneben werden zahlreiche kulturelle Projekte von niederschwelligen Angeboten bis hin zu bedeutsamen Ausstellungen in Vorbereitung auf das Jubiläum gefördert. Hierbei stehen insbesondere die Kernländer der Reformation (Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen) im Fokus; zunehmend nehmen auch Projektträger aus den anderen neuen Bundesländern dieses Programm in Anspruch.

7. Demografie

Für Deutschland und insbesondere für die ostdeutschen Bundesländer ergeben sich aus dem demografischen Wandel große Herausforderungen. Die niedrigen Geburtenraten in den 90er Jahren und die Abwanderung seit dem Mauerfall haben in Ostdeutschland tiefe Spuren hinterlassen und werden die Bevölkerungsentwicklung auch in den nächsten Jahren maßgeblich prägen. Es zeichnen sich jedoch auch positive Trends ab.

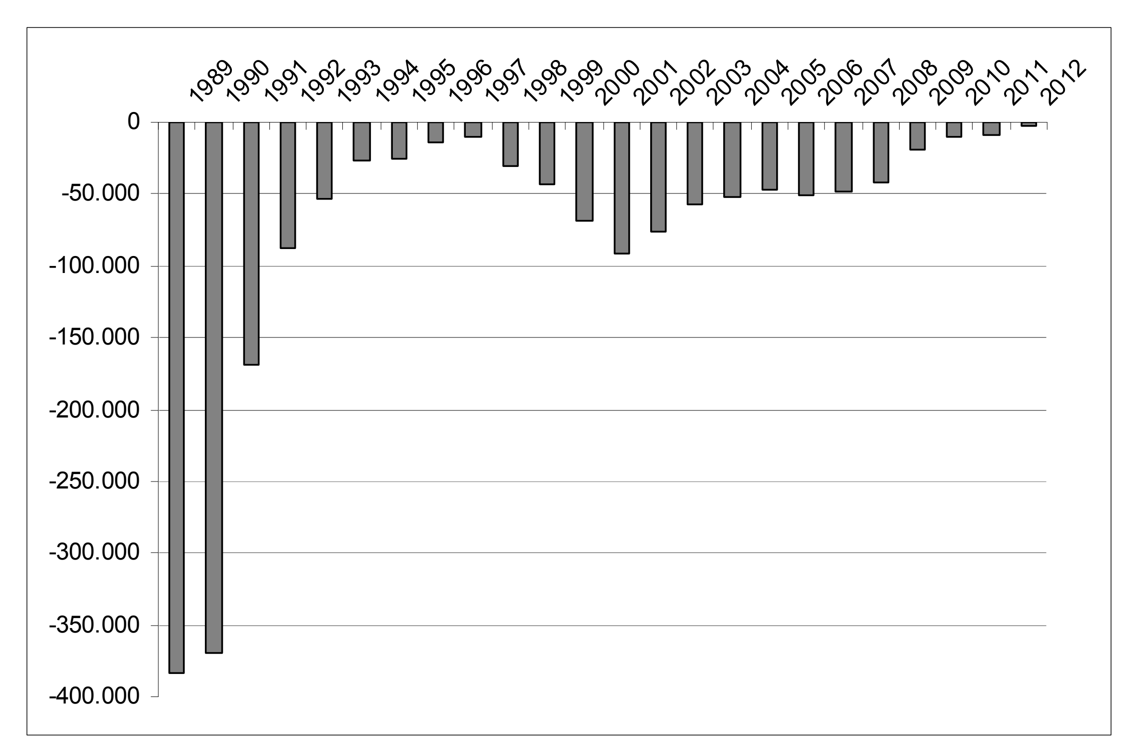
7.1 Abwanderung weitgehend gestoppt, Geburtenrate im Aufwind, Lebenserwartung angeglichen

Die deutlich verbesserte Lage auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt und die insgesamt gute wirtschaftliche Situation haben dazu beigetragen, dass die Abwanderung aus Ostdeutschland in den letzten Jahren zurückgegangen und weitgehend gestoppt ist. Der Saldo der Binnenwanderung zwischen Ost- und Westdeutschland war 2012 erstmals seit der Wiedervereinigung nahezu ausgeglichen. Der Wanderungsverlust belief sich auf nur noch gut 2.000 Personen. In den Jahren 2000 bis 2005 lag er noch bei durchschnittlich 66.000 Personen pro Jahr. Insgesamt zogen seit 1990 knapp 1,8 Millionen Menschen in die westdeutschen Bundesländer.

Abbildung 22



Wanderungssaldo zwischen Ost- und Westdeutschland (Personen)



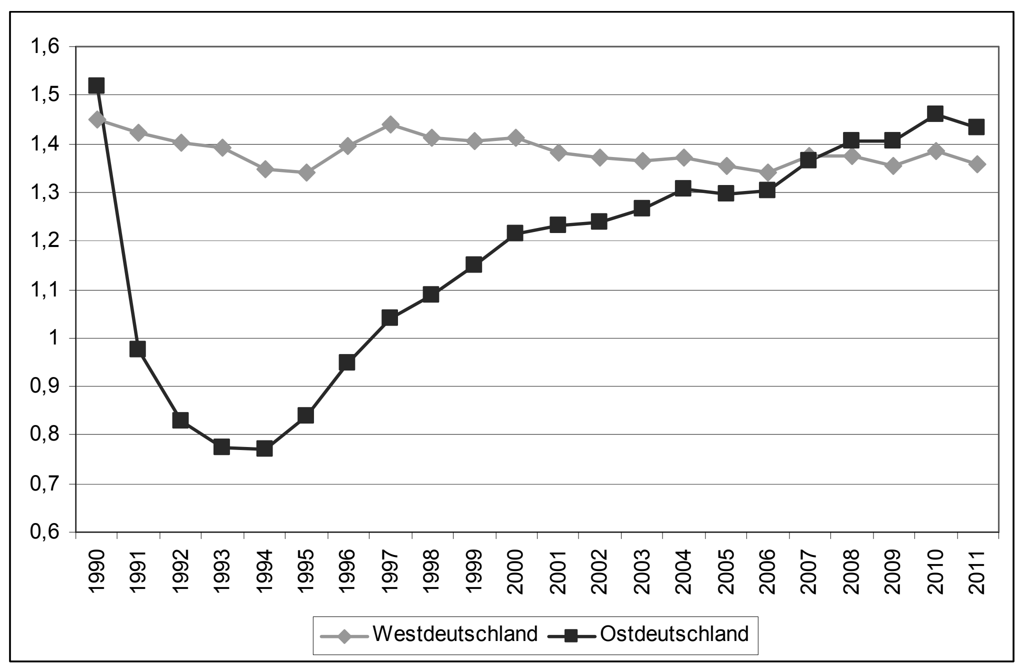
Quelle: Statistisches Bundesamt

Eine positive Entwicklung zeigt auch die Geburtenrate.1994 war die Geburtenrate in Ostdeutschland im Zuge des für viele Menschen schwierigen Transformationsprozesses auf ein international fast beispiellos niedriges Niveau von 0,77 gefallen. Seither ist sie wieder deutlich gestiegen. Seit 2008 liegt sie in Ostdeutschland über

dem westdeutschen Niveau. 2012 lag die zusammengefasste Geburtenziffer bei gut 1,4 Kindern pro Frau im gebärfähigen Alter (Westdeutschland: 1,37).

Abbildung 23

Entwicklung der zusammengefassten Geburtenziffer in Ost- und Westdeutschland



Quelle: Statistisches Bundesamt

7.2 Die spezifische Bevölkerungsentwicklung in Ostdeutschland und ihre Auswirkungen

Der nach der Wiedervereinigung erfolgte Geburteneinbruch und die lang anhaltende Abwanderung werden jedoch die demografischen Bilanzen und die Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Regionen noch lange Zeit prägen. Die demografischen und wirtschaftlichen Ausgangslagen sowie Entwicklungslinien stellen Ostdeutschland heute und in Zukunft vor gewaltige Herausforderungen, die in Ausmaß und Intensität so in den westlichen Bundesländern (noch) nicht anzutreffen sind.

Im Zeitraum von 1990 bis 2012 wuchs die Bevölkerungszahl in Deutschland um 2,8 Prozent.[43] Vom Bevölkerungswachstum profitierte allein das frühere Bundesgebiet (ohne Berlin + 6,7 Prozent). In Ostdeutschland sank die Einwohnerzahl in diesem Zeitraum um 13,5 Prozent. Bis 2030 wird die Einwohnerzahl in Ostdeutschland voraussichtlich um weitere 14 Prozent zurückgehen. In Westdeutschland fällt der Bevölkerungsrückgang mit rund 4 Prozent deutlich geringer aus. Für die neuen Bundesländer bedeutet das, dass ihre Einwohnerzahl in den nächsten 18 Jahren noch etwas stärker sinken wird als in den 22 vorangegangenen Jahren. Dabei sind einzelne Bundesländer und Regionen von diesem generellen Trend noch stärker betroffen.

Auch der Alterungsprozess schreitet in den ostdeutschen Ländern schneller voran als im früheren Bundesgebiet. Der Altenquotient[44] ist im Zeitraum von 2000 bis 2012 von 27 auf 38 gestiegen (im früheren Bundesgebiet von 27 auf 33). Genau in umgekehrter Richtung hat sich der Jugendquotient[45] entwickelt, in Ostdeutschland von 32 im Jahr 2000 auf 24 im Jahr 2012, in Westdeutschland von 35 auf 31.

Die beschriebenen Trends – Schrumpfung und Alterung – werden sich in der weiteren Zukunft fortsetzen. Der Altenquotient wird in Ostdeutschland bis zum Jahr 2030 einen Wert von 68 erreichen, in den westdeutschen

---

43 Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2011.

44 Im Altenquotienten wird die ältere (typischerweise nicht mehr erwerbsfähige) Bevölkerung auf die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter bezogen.

45 Im Jugendquotienten (bzw. eigentlich Kinder- und Jugendquotienten) wird die jüngere (typischerweise noch nicht erwerbsfähige) Bevölkerung auf die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter bezogen.

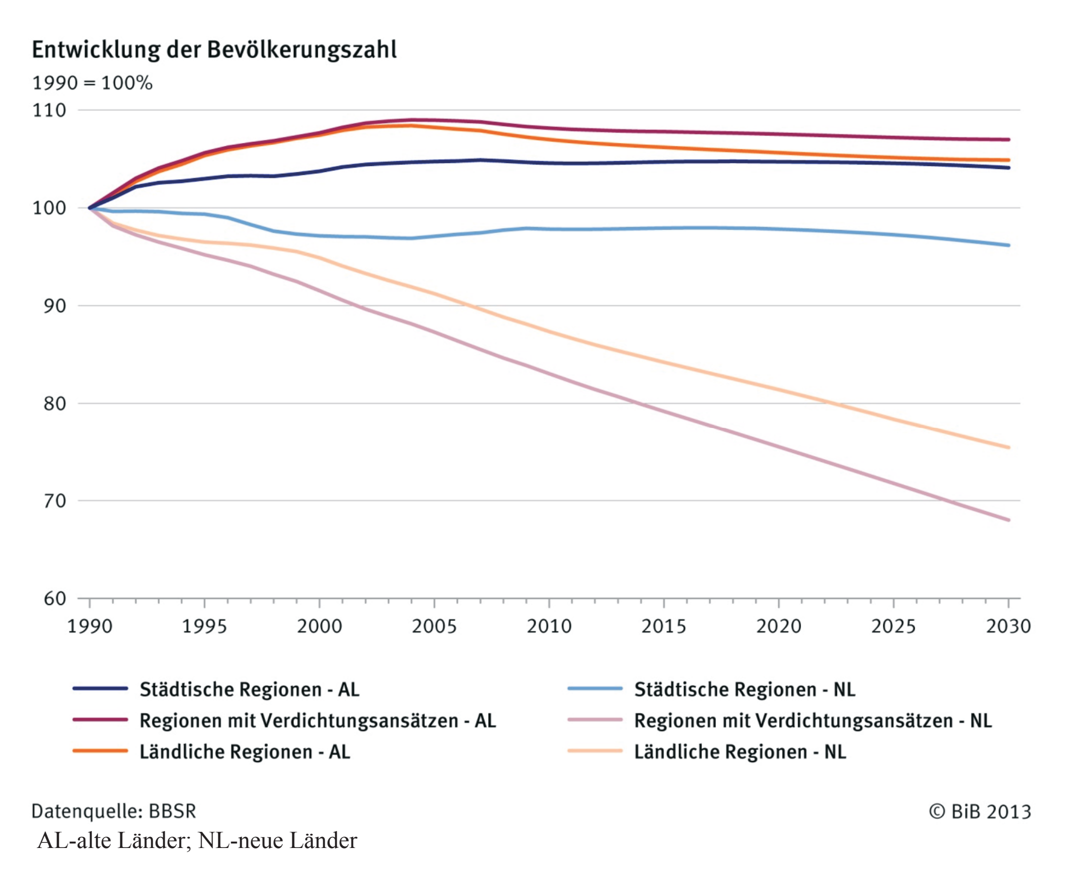
Bundesländern wird der Altenquotient auf 51 steigen[46]. Der Jugendquotient wird in den neuen Ländern bis zum Jahr 2030 auf 29 ansteigen, in den alten Ländern den Wert aus dem Jahr 2012 (31) beibehalten.

Die oben aufgezeigten demografischen Trends wirken sich in einem erheblichen Maß auf die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (hier definiert als die 15- bis unter 65-Jährigen). Im Zeitraum zwischen 2000 und 2012 ist im früheren Bundesgebiet ein leichter Rückgang festzuhalten (unter -1 Prozent), wohingegen im gleichen Zeitraum in den ostdeutschen Ländern der Rückgang mit fast 15 Prozent viel stärker ausgeprägt war. In Bezug auf die künftige Entwicklung sind weitere - und relativ betrachtet - stärkere Rückgänge zu erwarten. In den ostdeutschen Bundesländern wird die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter bis zum Jahr 2030 um weitere 27 Prozent schrumpfen, in den alten Bundesländern um weitere 18 Prozent[47].

Die Siedlungsstruktur und Bevölkerungsverteilung und -entwicklung tragen in Ostdeutschland spezifische Züge. Der Flächenanteil der verstädterten Räume (Städte und Umland) umfasst etwa 40 Prozent der Gesamtfläche der Bundesrepublik, während die ländlichen Kreise knapp 60 Prozent erreichen. In den westdeutschen Ländern ist das Verhältnis zwischen verstädterten und ländlichen Gebieten etwa eins zu eins. In den ostdeutschen Ländern sind nahezu vier Fünftel der Fläche ländlich geprägt. In diesen Räumen lebt fast die Hälfte der Einwohner Ostdeutschlands, in Westdeutschland hingegen etwa nur ein Fünftel. Betrachtet man die Entwicklung der Bevölkerung in den städtischen und ländlichen Regionen bis 2030, so zeichnet sich für Ostdeutschland ein klares Bild ab: Städtische Regionen weisen seit 2004 eine stabile Einwohnerzahl auf, die ländlichen Regionen und Regionen mit Verdichtungsansätzen[48] hingegen werden auch in den nächsten Jahren weitere Bevölkerungsverluste zu verzeichnen haben. Im Vergleich dazu wachsen die Städteregionen im früheren Bundesgebiet noch leicht. Nur die ländlichen Regionen in den alten Bundesländern müssen mit Bevölkerungsverlusten rechnen, die aber deutlich niedriger als in den neuen Bundesländern ausfallen werden.

Abbildung 24

Entwicklung der Bevölkerung nach Regionstypen bis 2030



AL-alte Länder; NL-neue Länder

---

46 Statistisches Bundesamt, Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, Variante Untergrenze der „mittleren" Bevölkerung.

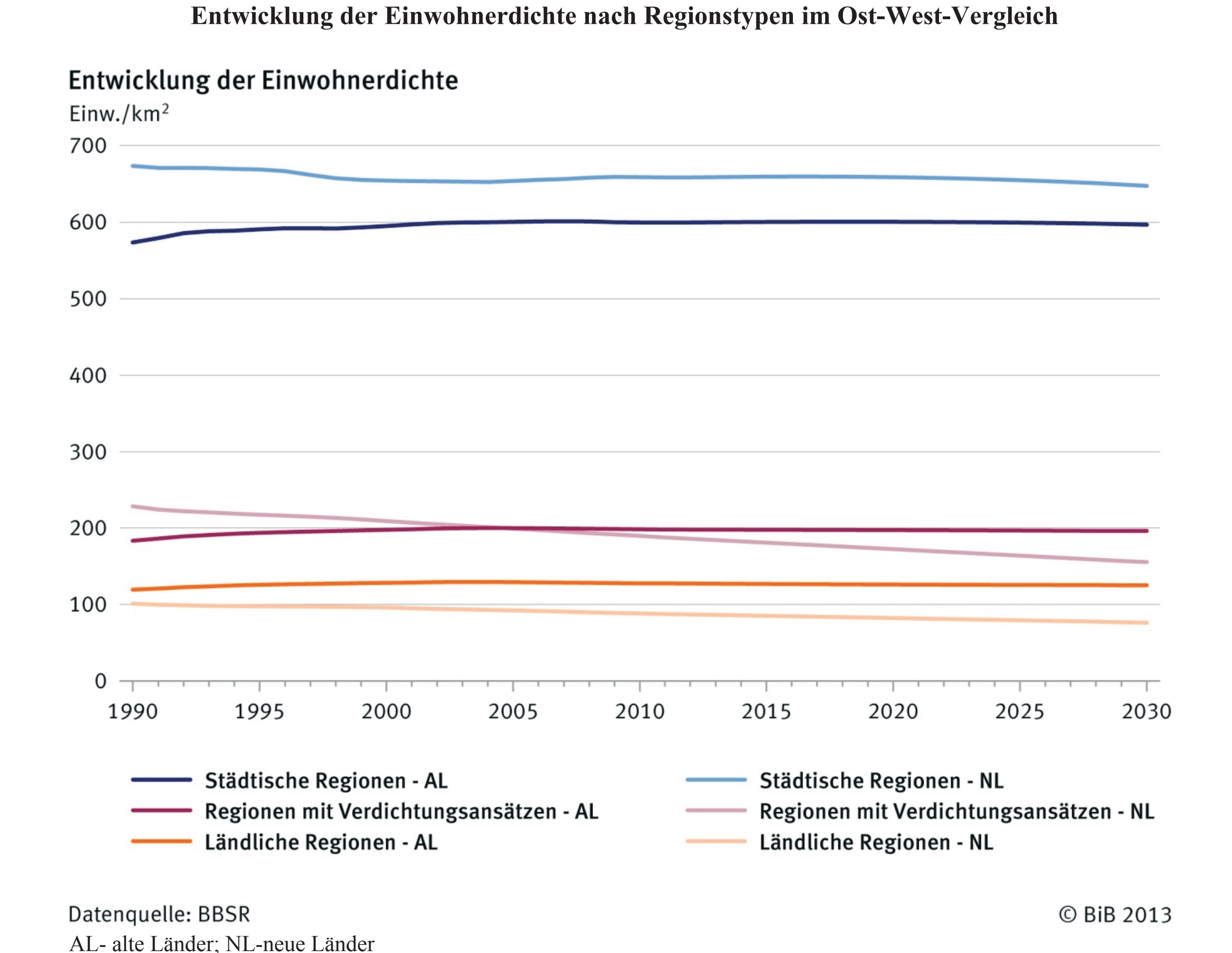
47 Statistisches Bundesamt.

48 Regionstyp der Siedlungsstruktur in der Raumordnung.

Die geografische Lage der kleinen Städte und Gemeinden ist für ihre Entwicklungsfähigkeit mit entscheidend. Gemeinden in der Umgebung von Städten und Metropolregionen haben in der Regel günstigere Entwicklungschancen. Im Vergleich zum früheren Bundesgebiet gibt es in Ostdeutschland weniger Großstädte und Metropolregionen. Von 109 Städten mit einer Bevölkerungszahl von 50.000 bis 100.000 Einwohnern liegen 97 in den alten und nur zwölf in den neuen Bundesländern. Ähnlich sieht es bei Städten über 100.000 Einwohnern aus. Hier befinden sich in Westdeutschland 69 und in Ostdeutschland lediglich elf Metropolen. Von der Strahlkraft der Großstädte können die ländlichen ostdeutschen Regionen anders als viele westdeutsche Regionen nicht bzw. nur wenig profitieren.

Abbildung 25

Entwicklung der Einwohnerdichte nach Regionstypen im Ost-West-Vergleich



AL- alte Länder; NL-neue Länder

Der demografische Wandel betrifft Ostdeutschland nahezu flächendeckend, gleichwohl nehmen die regionalen Disparitäten zu. Die gute Entwicklung der Wirtschaft und die Verbesserung der Lage am Arbeitsmarkt haben die demografische Bilanz einiger Städte stabilisiert und sogar verbessert. Die Abwanderung aus Ostdeutschland ist nahezu gestoppt. Hingegen ist eine verstärkte Wanderung aus den ländlichen Regionen in die Städte zu beobachten.

Mit guten Bildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten sowie attraktiven Lebensbedingungen üben größere Städte eine besondere Anziehungskraft auf junge und gut qualifizierte Menschen aus. So konnten Städte wie Potsdam, Leipzig, Dresden und Jena in den letzten Jahren ein Bevölkerungsplus erzielen. Auch das Umland von Berlin verzeichnet weitere Bevölkerungszuwächse. Diese positive Entwicklung geht jedoch zu Lasten der ländlichen und peripheren Regionen, die auch in den nächsten Jahren erheblichen Schrumpfungs- und Alterungsprozessen ausgesetzt sein werden.

Die mit dem Bevölkerungsrückgang einhergehende Abnahme der Siedlungsdichte und die ungünstige Entwicklung der Altersstruktur stellen die dünn besiedelten Regionen vor enorme Herausforderungen bei der Gewährleistung der Daseinsvorsorge. Ländliche Gebiete sind für Dienstleistungsanbieter und Versorgungsunternehmen von jeher eine besondere Herausforderung. Kleine Nutzerzahlen und lange Versorgungswege erschweren das wirtschaftliche Betreiben von Infrastruktureinrichtungen. Der demografische Wandel verstärkt diese Anforderungen noch. Dieses Grundproblem betrifft private Anbieter genauso wie die öffentlichen Träger. Deshalb ist es wichtig, alle vorhandenen Potenziale vor Ort effektiv zu nutzen, um die Lebensqualität in den Dörfern und Kleinstädten zu erhalten. Hier kommt, wie eine Studie[49] im Auftrag des Bundesministeriums des Innern zeigt, auch der Land- und Forstwirtschaft zunehmend eine wichtige Rolle zu. Die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe verfügen über einen umfangreichen Fuhrpark und Gerätschaften, die zum Beispiel für die Straßenreinigung und Schneeräumung, aber auch für Aufgaben des Katastrophenschutzes und der Feuerwehr eingesetzt werden können. Das darf keinesfalls als selbstverständlich vorausgesetzt werden; die Leistungen der landwirtschaftlichen Unternehmen gehen hier weit über die Sozialpflichtigkeit des Eigentums hinaus. Zudem bieten sie nicht mehr benötigte betriebliche Räumlichkeiten für Kinder- und Jugendeinrichtungen an. Damit unterstützen diese Betriebe die Kommune bei deren Aufgaben zur technischen und sozialen Daseinsvorsorge.

Zur Unterstützung der Kommunen bei der Bewältigung der demografischen Herausforderungen hat die Bundesregierung, auch im Rahmen der Demografiestrategie, im letzten Jahr ein Bündel von verschiedenen Maßnahmen ergriffen. Von diesen Regelungen profitieren die ostdeutschen Länder aufgrund der starken Betroffenheit durch den demografischen Wandel in besonderem Maße.

7.3 Maßnahmen der Bundesregierung

Zur Sicherung der Gesundheitsversorgung wird das am 1. Januar 2012 in Kraft getretene GKV-Versorgungsstrukturgesetz umgesetzt:

- Die gesetzlichen Voraussetzungen für eine zielgenaue und regional ausgerichtete Bedarfsplanung (insbesondere Flexibilisierung der Planungsbereiche und Anpassung der Arzt-Einwohner-Verhältniszahlen) wurden inzwischen vom Gemeinsamen Bundesausschuss (GBA) in der zum 1. Januar 2013 geltenden Bedarfsplanungsrichtlinie neu gefasst. Es zeigt sich, dass sich durch die neue Bedarfsplanung auch in den ostdeutschen Ländern in großem Maße neue Zulassungsmöglichkeiten für ärztliche Psychotherapeuten, Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten sowie Psychologische Psychotherapeuten ergeben und damit die Voraussetzungen für eine bessere Versorgung geschaffen werden.
- Der Prozess einer besseren Verzahnung der Sektoren durch die stufenweise Einführung eines neuen ambulanten spezialfachärztlichen Versorgungsbereichs (§116b SGB V) wird fortgesetzt. Der GBA hat zwischenzeitlich eine Richtlinie über die ambulante spezialfachärztliche Versorgung beschlossen. Niedergelassene Vertragsärzte können unter gleichen Rahmenbedingungen wie Krankenhäuser an der ambulanten spezialfachärztlichen Versorgung teilnehmen.
- Die Regionalisierung und höhere Flexibilität innerhalb des Honorarsystems überträgt den Kassenärztlichen Vereinigungen die Kompetenz für die konkrete Höhe der Steigerungsrate. Dadurch können Veränderungen der Morbiditätsstruktur bei den zu versorgenden Versicherten berücksichtigt und regional ausgehandelt werden. Der relativ höheren Morbidität der Versicherten in Ostdeutschland wird somit durch überproportionale Gesamtvergütungszuwächse ab dem Jahr 2013 Rechnung getragen. Zudem wird bundesweit gezielt in die medizinische haus- und fachärztliche Grundversorgung investiert. Zuschläge für die sachgerechte Berücksichtigung regionaler Besonderheiten bei den Kosten-, Versorgungs- und Morbiditätsstrukturen sind möglich. Bei der haus- und fachärztlichen Grundversorgung wird die morbiditätsbedingte Gesamtvergütung um bundesweit 250 Millionen Euro erhöht. Alle Leistungen von Ärztinnen und Ärzten in strukturschwachen Gebieten werden von Maßnahmen der Mengenbegrenzung (z.B. Abstaffelung) ausgenommen.

---

[49] Potenziale in Ostdeutschland nutzen und Akteure der ländlichen Räume stärken: Der Schwellenwert der Land- und Forstwirtschaft für die Bewältigung des demographischen Wandels in peripheren ländlichen Räumen.

Im hausärztlichen Versorgungsbereich wird die palliativmedizinische und geriatrische Versorgung gestärkt.

- Mit dem Gesetz zur Förderung der Sicherstellung des Notdienstes von Apotheken (Apothekennotdienstsicherstellungsgesetz, ASNG) das am 1. August 2013 in Kraft getreten ist, wird gewährleistet, dass die Apotheken unabhängig von der Inanspruchnahme für jeden zwischen 20 Uhr und 6 Uhr des Folgetages vollständig erbrachten Notdienst einen pauschalen Zuschuss erhalten. Hiervon profitieren insbesondere die ländlichen Apotheken, die besonders häufig Notdienst leisten müssen.

Mit der Novelle des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) wurden ab Januar 2013 die ÖPNV-Aufgabenträger gestärkt. Die genehmigungsrechtlichen Anforderungen für flexible Bedienungsformen im öffentlichen Personennahverkehr und die Freistellung nichtgewerblicher Verkehre von der Genehmigungspflicht (wie Bürgerbusse, ehrenamtliche und nachbarschaftliche Beförderungen) wurden erleichtert.

Bei der Versorgung mit hochleistungsfähigen Breitbandanschlüssen(≥ 50 Mbit/s) gilt es, noch stärkere Investitionsanreize zu prüfen und die Nutzung von Synergien (Zugang zur Hausverkabelung, Hausstich, verpflichtende Zulieferung zum Infrastrukturatlas, Regelungen zur Nutzung privater und öffentlicher Infrastrukturen, Minitrenching) zu intensivieren. Dies wird schon heute durch entsprechende Öffentlichkeitsarbeit des Bundes unterstützt. Außerdem sollen Finanzierungs-bedingungen und Voraussetzungen bestehender Förderprogramme weiter optimiert werden.

Die Gemeinschaftsaufgaben (GRW und GAK) sowie die EU-Programme werden ab der nächsten Förderperiode stärker auf den demografischen Wandel ausgerichtet und enger miteinander abgestimmt, um weitere Synergieeffekte zu erschließen. In der GRW werden ab 2014 alle Maßnahmen im Rahmen der wirtschaftsnahen Infrastruktur auf ihre Demografierelevanz geprüft. Zudem wird das Regionalbudget zur Stärkung der regionalen Potenziale in den regulären Förderkatalog aufgenommen. Aus der GAK werden künftig stärker integrierte fachübergreifende Ansätze und Entwicklungskonzepte für eine Region gefördert. Damit soll ein effizienterer Einsatz der Mittel erreicht werden.

Auch die Städtebauförderung nimmt sich mit ihren fünf Programmen der Bewältigung des demografischen, wirtschaftlichen und sozialen Wandels an, mit dem Ziel, nachhaltige städtebauliche Strukturen zu schaffen. Insbesondere das Programm „Stadtumbau Ost“ leistet einen wichtigen Beitrag zur Aufwertung der Kommunen. Städte und Gemeinden nutzen dieses Programm, um die Innenstädte zu stärken und die Stadtquartiere aufzuwerten. Wie im Bund-Länder-Bericht zum Programm „Stadtumbau Ost“ an den Deutschen Bundestag dargestellt, konnte auch der Wohnungsleerstand insgesamt gesenkt werden. Mit dem Programm „Kleinere Städte und Gemeinden – überörtliche Zusammenarbeit und Netzwerke“ werden insbesondere Klein- und Mittelstädte in ländlichen und dünn besiedelten Regionen bei der Entwicklung von Konzepten zur bedarfsgerechten Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge und interkommunalen Zusammenarbeit unterstützt.

Für viele Regionen in den neuen Ländern ist es angesichts der Bevölkerungsabnahme von größter Bedeutung, gute Bedingungen für Familien zu erhalten bzw. zu schaffen. Familie ist der Ort, wo Kinder aufwachsen, wo Zusammenhalt zwischen Generationen gelebt wird und Familienangehörige betreut und gepflegt werden. Um auf lokaler Ebene die Lebens- und Arbeitsbedingungen für Familien zu verbessern, wurde die bundesweite Initiative Lokale Bündnisse für Familie ins Leben gerufen. Lokale Bündnisse für Familie sind Netzwerke aus Kommunen, Unternehmen, Trägern der Kinder- und Jugendhilfe und anderen, die sich dafür engagieren, die lokalen Gegebenheiten mit den Bedürfnissen von Familien vor Ort in Einklang zu bringen. Von den derzeit rund 670 Lokalen Bündnissen sind 126 in Ostdeutschland aktiv.

Darüber hinaus sind im demografischen Wandel gut erreichbare Anlaufstellen sowie Hilfe- und Unterstützungsangebote für Menschen aller Altersgruppen wichtig, um den Zusammenhalt in der Gesellschaft zu erhalten, die Eigenverantwortung der Menschen für ihr direktes Umfeld zu stärken und zum freiwilligen Engagement zu motivieren. Ein gutes Beispiel für die entsprechend erforderliche soziale Infrastruktur sind die 450 Mehrgenerationshäuser, die im Rahmen der Aktionsprogramme Mehrgenerationenhäuser I und II seit 2006 entstanden sind. In den neuen Ländern begegnen sich Jung und Alt in 122 dieser Mehrgenerationenhäuser und profitieren von ihren unterschiedlichen Kompetenzen, Erfahrungen und Interessen. Die Mehrgenerationenhäuser arbeiten eng mit der Kommune zusammen, initiieren und vernetzen Angebote, bilden Kooperationen und stärken so die soziale Infrastruktur.

7.4 Demografiestrategie, Dialogprozess und Demografieportal

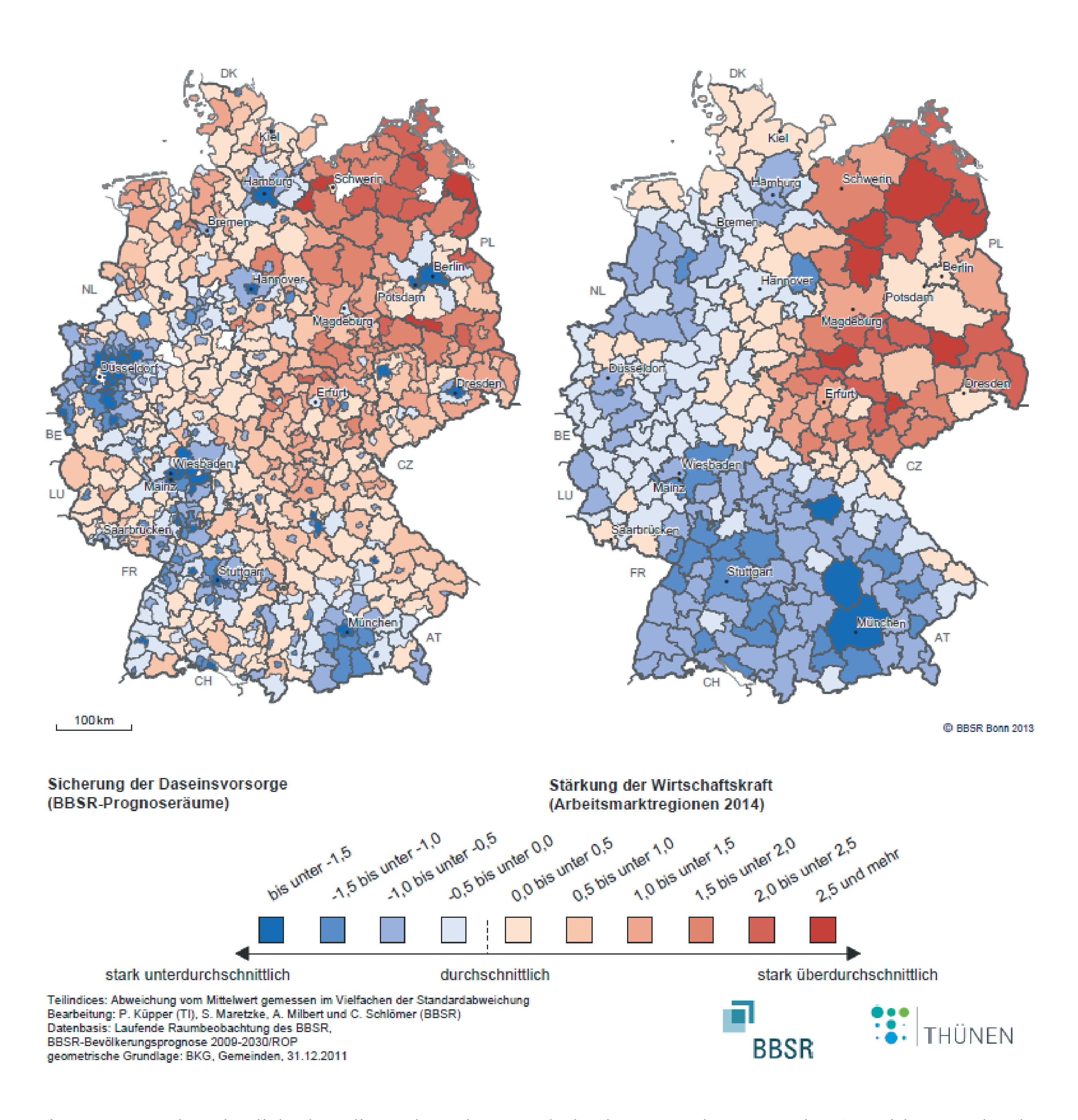
Die Gestaltung des demografischen Wandels und seiner Auswirkungen ist eine der den zentralen Aufgaben der kommenden Jahre. Mit der Vorstellung ihrer Demografiestrategie „Jedes Alter zählt" im April 2012 hat die Bundesregierung einen übergreifenden Dialogprozess zur Gestaltung des demografischen Wandels eingeleitet. An diesem Prozess haben sich Vertreterinnen und Vertreter der Länder und Kommunen, der Sozialpartner und Verbände, der Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft sowie die Bürgerinnen und Bürger beteiligt. Ziel ist es, die auf den unterschiedlichen Ebenen und in verschiedensten Themenfeldern bestehenden Initiativen und Aktivitäten zur Gestaltung des demografischen Wandels in einem Gesamtansatz zusammenzuführen und gemeinsame Lösungsideen zu entwickeln. Erste Ergebnisse der Zusammenarbeit wurden auf dem zweiten Demografiegipfel der Bundesregierung am 14. Mai 2013 präsentiert. Sie zeigen, dass durch gemeinsames Handeln vor allem auf der lokalen Ebene die Herausforderungen des demografischen Wandels erfolgreich zu meistern sind.

Mit dem Demografieportal des Bundes und der Länder (www.demografie-portal.de) wurde erstmalig ein zentrales Informations-, Dialog- und Serviceinstrument für die Demografiepolitik zur Verfügung gestellt. Das Portal macht den Arbeitsgruppen- und Gipfelprozess der Bundesregierung transparent und bündelt das Wissen und Können auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene. Mit aufbereiteten Fakten und Daten sowie Handlungsleitfäden und Best-Practice-Beispielen stellt das Portal umfangreiche Informationen aus Wissenschaft und Praxis bereit und lädt Expertinnen und Experten sowie Bürgerinnen und Bürger ein, sich in den breiten Dialog für eine Demografiestrategie für ganz Deutschland einzubringen.

Die in Ostdeutschland im Umgang mit dem demografischen Wandel gewonnenen Erkenntnisse sind in den Dialogprozess der Bundesregierung eingeflossen und haben ihm wichtige Impulse gegeben. In einer Arbeitsgruppe ist im Zusammenwirken von Bund, Ländern und den kommunalen Spitzenverbänden, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) und Thünen-Institut eine Methode zur Identifizierung von demografisch besonders betroffenen Regionen entwickelt worden.

Abbildung 26

Regionen im demografischen Wandel – Herausforderungen bei der Daseinsvorsorge bzw. Wirtschaftskraft



Die Karten machen deutlich, dass die ostdeutschen Bundesländer am stärksten von den Auswirkungen des demografischen Wandels auf Wirtschaftskraft und Daseinsvorsorge betroffen sind, es aber zunehmend auch westdeutsche Regionen mit demografischen Herausforderungen gibt.

7.5 Vorreiterrolle der neuen Länder bei der Entwicklung neuer Lösungen

Den ostdeutschen Ländern kommt bei der Bewältigung der demografischen Herausforderungen eine besondere Rolle zu. Aufgrund der frühen Betroffenheit sind sie nicht nur Vorreiter bei der demografischen Entwicklung, sondern sie haben auch einen Vorsprung bei der Entwicklung und Erprobung neuer Konzepte und Lösungsansätze. Mit dem am 6. Oktober 2011 in Leipzig verabschiedeten Handlungskonzept haben sich die Bundesregierung und die ostdeutschen Länder erstmalig auf gemeinsame Strategieansätze und Handlungsoptionen zur Neugestaltung der Daseinsvorsorge in ländlichen vom demografischen Wandelbetroffenen Regionen verständigt.

Das Handlungskonzept ist auch aktuell für die Arbeitsgruppe „Regionen im demografischen Wandel stärken“ ein wichtiges Instrument, auf dem aufbauend weitere Maßnahmen entwickelt werden können.

Im Rahmen verschiedener Modellvorhaben konnten die ostdeutschen Länder verschiedene und zum Teil auch ganz neue Konzepte im Bereich der Daseinsvorsorge, des Zusammenlebens der Generationen und der Stärkung der regionalen Wirtschaftskraft entwickeln und in der Praxis erproben. Daraus haben sie wichtige Erkenntnisse gewinnen können, die es gilt für die gesamte Bundesrepublik nutzbar zu machen.

Beispielgebend für den „Pioniergeist“ Ostdeutschlands ist das Modellvorhaben des Beauftragten der Bundesregierung für die Neuen Länder „Daseinsvorsorge 2030 - modern und innovativ - eine Antwort auf den demografischen Wandel“. Die Uckermärkische Verkehrsgesellschaft hat das Modell des KombiBusses für den ländlichen und dünn besiedelten Raum entwickelt. Seit September 2012 befördert die Gesellschaft nicht nur Personen, sondern transportiert auch Güter. Dadurch lässt sich die Auslastung der Busse erhöhen und das Verkehrsangebot im ländlichen Raum attraktiver gestalten. Auch das Interesse der regionalen Wirtschaft und Tourismusbranche ist hoch, denn der KombiBus transportiert zuverlässig auch kleinere Frachtmengen. Möglich wurde das Projekt durch das ebenenübergreifende Zusammenwirken der Bundesregierung, des Landes Brandenburg und des Landkreises Uckermark.

Einen Schritt in eine mobile Zukunft auf dem Lande geht auch die Verbandsgemeinde Beetzendorf-Diesdorf in der Altmark mit dem KitaMobil. Gemeinsam mit der Personenbeförderungsgesellschaft Salzwedel befördert sie – ähnlich wie der Schulverkehr – Kleinkinder von der Haustür zur Kindertagesstätte. Ein Kita-Lotse begleitet die Kinder im dafür eigens hergerichteten Bus. Die Beförderung von Kleinkindern im Rahmen eines Bring- und Abholservice ist in dieser Form bisher einzigartig. Ziel des Projekts ist es, die Kinderbetreuung der Verbandsgemeinde in der dünn besiedelten Altmark langfristig zu sichern und den Eltern damit eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu ermöglichen.

Beide Projekte (KombiBus und Kitamobil) sind auch Modellvorhaben der Arbeitsgruppe „Demografie“, die vom Beauftragten der Bundesregierung für die Neuen Bundesländer einberufen wurde. Die Arbeitsgruppe hat das von der Bundesregierung und den ostdeutschen Regierungschefs im Herbst 2011 verabschiedete Handlungskonzept zur Sicherung der Daseinsvorsorge entwickelt und erprobt nun innovative Ansätze im Bereich der Daseinsvorsorge wie Nahverkehr, Jugendmobilität, Kinderbetreuung und Aktivierung und Integrierung älterer Menschen. In allen Modellprojekten geht es darum, zukunftsfähige Lösungsansätze zu entwickeln, die auch für andere Regionen mit vergleichbaren Herausforderungen beispielgebend sein können.

Eine wichtige Aufgabe von Bund und Ländern wird es künftig sein, die Ergebnisse aus den verschiedenen Modellprogrammen auszuwerten, die fördernden und hemmenden Faktoren zu identifizieren und daraus weitere Erkenntnisse abzuleiten. Ziel ist es, neue Formen der Leistungserbringungen in der Daseinsvorsorge durch technische, technologische und organisatorische Innovationen zu verknüpfen und dafür den notwendigen Rechtsrahmen zu schaffen.

III. Ausblick

Auf Grund der Wirtschaftsschwäche und des enormen Investitionsbedarfs zur Modernisierung der maroden Infrastruktur war bereits unmittelbar nach der Wiedervereinigung von Anfang an klar, dass der wirtschaftliche Aufbau in den neuen Ländern nur längerfristig zu leisten war. Für den „Aufbau Ost“ bedeutete dies, dass zunächst einmal die Basis für den materiellen Wohlstand auch im Osten des Landes zu schaffen war. Jetzt, im 24. Jahr nach der Wiederherstellung der deutschen Einheit und zur Halbzeit des seit 2005 laufenden Solidarpaktes II weisen die ostdeutschen Länder insgesamt eine gute Lebensqualität auf:

Der Angleichungsprozess bei der Wirtschaftskraft je Einwohner, ein wichtiger Aspekt für den materiellen Wohlstand der Bevölkerung ist auch in den letzten Jahren vorangekommen, wenn auch langsam. Im Jahr 2012 ist das BIP pro Einwohner in den neuen Bundesländern einschließlich Berlin um 0,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr gewachsen. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten hat auch im Jahr 2012 weiter zugenommen. Seit 2006 beträgt der Zuwachs damit insgesamt etwa 450 000 Beschäftigte. Erfreulich ist, dass

diese Entwicklung fast alle Bundesländer betrifft und für nahezu alle Branchen gilt. Auch die Abwanderung der Bevölkerung von Ost- nach Westdeutschland ist weitgehend zum Stillstand gekommen. Und zum zweiten Mal nach der Wiedervereinigung weist Deutschland im Jahr 2012 einen gesamtstaatlichen strukturellen Finanzierungsüberschuss auf. Zu diesem Ergebnis tragen auch die ostdeutschen Länder mit ihren Haushaltsüberschüssen bei.

Trotz dieser in der Gesamtbetrachtung positiven Entwicklung bleibt in puncto Wirtschaftskraft ein deutlicher Abstand zu Westdeutschland bestehen. Die Konvergenzlücke ist zu einem großen Teil durch wirtschafts- und siedlungsstrukturelle Faktoren bedingt. Dazu zählt die dünnere Siedlungsstruktur mit nur wenigen ausstrahlenden Wachstumszentren. Hinzu kommt eine Wirtschaft, die durch eine kleinteilige Betriebsgrößenstruktur, das weitgehende Fehlen von Firmenzentralen größerer Unternehmen und Unternehmen mit eigenen FuE-Einheiten gekennzeichnet ist.

Im Interesse der wirtschaftlich schwächeren Regionen und zum Abbau von Standortnachteilen bleiben der bis 2019 laufende Solidarpakt II und die EU-Strukturfonds eine wichtige Säule für die Finanzausstattung der ostdeutschen Länder. Die Bundesregierung hat sich zudem im europäischen Kontext für den Erhalt eines wirksamen Förderrahmens für die EU-Strukturfonds eingesetzt und zur Begrenzung finanzieller Einbußen für die bisherigen Höchstförderregionen ein Sicherheitsnetz erreicht. Dabei muss im Blick behalten werden, dass sich die ostdeutschen Länder nicht nur auf rückläufige Finanzmittel einstellen, sondern zusätzlich der Verpflichtung zur Haushaltskonsolidierung Rechnung tragen müssen.

Unter dieser Prämisse müssen Wachstumsdynamik, Innovationskraft und Internationalisierung der Wirtschaft weiterhin deutlich gestärkt werden. Die kleinteilige Unternehmerlandschaft braucht weiterhin Unterstützung, damit ihre Wirtschaftskraft und Wettbewerbsfähigkeit wachsen kann. Die Investitionsförderung durch die Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW) ist hierzu unverzichtbar, ebenso beispielsweise die weitere Förderung von Clustern und Netzwerken zwischen Unternehmen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie die Vermarktung des Investitionsstandortes Ostdeutschland. Auch die im Vergleich zu Westdeutschland immer noch zu hohe Arbeitslosigkeit gilt es zurückzuführen. Schulabbrecher und Langzeitarbeitslose bedürfen gerade im Hinblick auf den schon jetzt bestehenden Fachkräftemangel in den neuen Ländern eines besonderen Augenmerks. Dies gilt umso mehr, je stärker sich der Mangel an Fachkräften auch aus den Konsequenzen des demografischen Wandels verschärfen wird. Handlungsbedarf besteht ferner bei der Infrastruktur, insbesondere beim Ausbau der Breitbandversorgung, die für die ländlichen Regionen Ostdeutschlands essenziell ist.

Neben dem klaren Handlungsschwerpunkt der weiteren Verbesserung der ökonomischen Situation in den neuen Ländern muss aber auch Aspekten wie Bildung, Gesundheitsversorgung und Naturschutz Rechnung getragen werden, die wesentlich dazu beitragen, die Lebenswirklichkeit der Menschen positiv zu beeinflussen. Gleiches gilt für das Engagement der Menschen, sich für die Gemeinschaft einzusetzen. Hier können unterstützende Maßnahmen der Bundesregierung einen wichtigen Beitrag leisten. Insgesamt sind Fortschritte bei der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse sichtbar. Dabei besteht kein Anspruch auf ein an jedem Ort in Deutschland gleiches, identisches Angebot. Das gilt insbesondere auch für die Leistungen der Daseinsvorsorge. Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse erlaubt und ermöglicht Diversität in allen Regionen des Landes.

Teil B

Aktuelle Maßnahmen/Initiativen und laufende Programme der Bundesregierung für die neuen Länder

Name der Maßnahme	Beschreibung	Ziel/erwartete Wirkung	Status/Zeitplan
1 Förderung der Wirtschaftskraft und Standortentwicklung			
Investitionszulagengesetz 2010	Förderung von bis zum 1. Januar 2014 begonnenen Erstinvestitionsvorhaben in Betrieben des verarbeitenden Gewerbes, der produktionsnahen Dienstleistungen sowie des Beherbergungsgewerbes. Gesamtfördervolumen rd. 2,5 Mrd. Euro.	Stärkung der industriell-gewerblichen Basis der neuen Länder und des Beherbergungsgewerbes	Artikel 1 des Gesetzes zur Schaffung einer Nachfolgeregelung und Änderung des Investitionszulagengesetzes 2007 vom 7. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2350) Geltung: bis zum 1.Januar 2014 begonnene Erstinvestitionsvorhaben
Sonderbedarfs- Bundesergänzungszuweisungen (SO-BEZ) für die neuen Länder (einschl. Berlin); Solidarpakt II, Korb I	SO-BEZ zur Deckung teilungsbedingter Sonderlasten aus dem bestehenden starken infrastrukturellen Nachholbedarf und zum Ausgleich unterproportionaler kommunaler Finanzkraft	Abschließender Abbau teilungsbedingter Sonderlasten innerhalb einer Generation, hier insbes. durch Schließung der ostdeutschen Infrastrukturlücke in den neuen Ländern (einschl. Berlin) bis zum Jahr 2019	Festschreibung des degressiven Verlaufs und der Befristung bis 2019 in § 11 Abs. 3 Finanzausgleichsgesetz
Überproportionale Leistungen des Bundes, Solidarpakt II, Korb II	Verpflichtung des Bundes zu rd. 51. Mrd. Euro als Zielgröße in Form von überproportionalen Leistungen für den Aufbau Ost.	Als Beitrag zur Entwicklung einer selbsttragenden Wirtschaft in Ostdeutschland: Abschließender gezielter Abbau noch bestehender struktureller Schwächen und Altlasten	Gesamtzeitraum: 2005 bis 2019. Ende 2012 nahezu 78 Prozent (40,3 Mrd. Euro) verausgabt.
Bund-Länder Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW)	Die GRW fördert gewerbliche Investitionen, wirtschaftsnahe Infrastrukturmaßnahmen und nicht-investive Fördertatbestände wie Regionalmanagement und Kooperationsnetzwerke in strukturschwachen Regionen. Dazu gehören insbesondere die Regionen in den neuen, aber auch strukturschwache Regionen in den alten Bundesländern. Die Fördersätze sind je nach Unternehmensgröße und Strukturschwäche der Region unterschiedlich ausgestaltet. Die finanziellen Mittel werden von Bund und Ländern zu gleichen Teilen erbracht.	Die GRW dient dem in Art. 72 Abs. 2 GG erwähnten Ziel der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Deutschland. Die konkrete Zielsetzung der GRW ist es, strukturschwachen Regionen durch den Ausgleich ihrer Standortnachteile den Anschluss an die allgemeine Wirtschaftsentwicklung zu ermöglichen und regionale Entwicklungsunterschiede abzubauen.	Die Bundesmittel betrugen im Jahr 2012 597 Mio. Euro, wovon ca. 6/7 in die neuen Länder flossen. Im Jahr 2013 stehen Bundesmittel in Höhe von. 583 Mio. Euro. zur Verfügung, wovon ca. 6/7 in die neuen Länder fließen. Der Haushaltsansatz wird jedes Jahr neu vom Bundestag verabschiedet. Der Fördergebietsstatus und die Höhe der Fördersätze werden der wirtschaftlichen Entwicklung einer Region angepasst.
Standortmarketing, Anwerbung von Auslandsinvestoren für die neuen Länder einschl. Ber-	Intensivierung des Marketings für den Wirtschafts-, Investitions- und Technologiestandort	Stärkung von Wachstum und Beschäftigung	Die Maßnahme wird fortgesetzt.

lins; Außenwirtschaftsförderung	einschließlich Investorenanwerbung und der Unterstützung von Unternehmen bei der Erschließung ausländischer Märkte durch die Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Bundes Germany Trade and Invest GmbH.		
Turn Around Beratung	Beratungsförderung für KMU (kleine und mittlere Unternehmen) in wirtschaftlichen Schwierigkeiten, anteilige Finanzierung durch ESF-Mittel (bis zu 75 Prozent in den neuen Ländern; in Berlin bis zu 50 Prozent)	Wiederherstellung der Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit von KMU in wirtschaftlichen Schwierigkeiten	In Kraft. Laufzeit bis 2013, Verlängerung bis Mitte 2014 in Vorbereitung. 2012 in den neuen Ländern 449 sowie in Berlin 13 Förderzusagen bewilligt.
Programm „Maßnahmen zur Erschließung von Auslandsmärkten für kleine und mittlere Unternehmen des produzierenden Gewerbes und für Dienstleister“ (Markterschließung KMU)	Das Programm unterstützt deutsche KMU beim Eintritt in Auslandsmärkte. Es wurde ein einheitliches Modulsystem von Grundangeboten entwickelt, das verschiedene Maßnahmen der Bundesregierung (BMWi) zur Auslandsmarkterschließung für interessierte Unternehmen enthält. Zum Programmangebot gehören Markterkundungs- bzw. Markterschließungsreisen deutscher Unternehmen ins Ausland, Informationsreisen ausländischer Multiplikatoren nach Deutschland sowie Informationsveranstaltungen zu den verschiedensten Zielmärkten und Themenschwerpunkten in Deutschland.	Ziel des Programms ist die Verbesserung des Absatzes von Produkten und Dienstleistungen deutscher KMU auf ausgewählten Auslandsmärkten. Bei der Auswahl der Zielländer werden die Belange der KMU aus den neuen Bundesländern mit berücksichtigt. Eine Quotierung der Teilnehmer nach alten und neuen Bundesländern ist nicht vorgesehen. Weitere Informationen zu den einzelnen Programmangeboten können unter www.ixpos.de/markterschliessung eingesehen werden.	Das Programm ist am 1.Januar 2012 gestartet und soll in den kommenden Jahren fortgeführt werden.
2 Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik			
Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (Förderung nach SGB II)	Zusätzliche, wettbewerbsneutrale und im öffentlichen Interesse liegende Arbeiten für erwerbsfähige arbeitsmarktferne Leistungsberechtigte.	Erhaltung bzw. Wiedererlangung der Beschäftigungsfähigkeit erwerbsfähiger Leistungsberechtigter zur Heranführung an den allgemeinen Arbeitsmarkt. Im Jahr 2012 wurden durchschnittlich rund 130.000 Teilnehmer/innen gefördert.	Gesetzliche Regelung seit: 1. Januar 2005
Förderung von Arbeitsverhältnissen (SGB II)	Schaffung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse für langzeitarbeitslose erwerbsfähige Leistungsberechtigte mit besonders schwerwiegenden Vermittlungshemmnissen	Teilhabe am Erwerbsleben und Wiederheranführung an den Arbeitsmarkt. Eine Zuweisung ist längstens 24 Monate innerhalb eines Zeitraums von 5 Jahren möglich. Im Dezember 2012 wurden rund 3.400 Personen gefördert	Gesetzliche Regelung ab 1. April 2012
Bundesprogramm Perspektive 50plus	Das Bundesprogramm zielt auf die Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit und Beschäftigungschancen älterer Menschen. 78 regionale Beschäftigungspakte unterstützen ältere Langzeitarbeitslose bei der Wiedereingliederung in den allgemeinen Arbeitsmarkt. In den Beschäftigungspakten werden Integrationsstrategien entwickelt, die an die regionalen Bedürfnisse angepasst sind. Während den ersten beiden Programmphasen	Das Bundesprogramm wurde nochmals vom 1. Januar 2011 bis 31. Dezember 2015 verlängert. Das Ziel der dritten Programmphase, die regionale Ausweitung des Bundesprogramms auf möglichst alle Grundsicherungsstellen auszudehnen, ist mit derzeit über 400 beteiligten Jobcentern annähernd erreicht. Ein weiteres wichtiges Ziel der dritten Programmphase ist die Identifizierung besonders erfolgreicher innovativer Ansätze der Beschäftigungspakte, die ins Regelgeschäft übernommen werden	1. Programmphase lief von Oktober 2005 bis Ende Dezember 2007 2. Programmphase lief von Anfang 2008 bis Ende 2010 3. Programmphase läuft von Anfang 2011 bis Ende 2015

	(2005-2010) wurden rund 470.000 ältere Langzeitarbeitslose aktiviert und hieraus rund 130.000 Integrationen erzielt.	können. Seit Beginn der dritten Programmphase im Januar 2011 bis Ende Juli 2013 wurden ca. 168.000 Integrationen erreicht.	
Initiative Inklusion Maßnahmen zur Förderung der Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt	Die Initiative Inklusion zielt mit ihren Handlungsfeldern 2 bis 4 auf die Verbesserung der Ausbildungs- und Beschäftigungssituation schwerbehinderter Menschen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt. In enger Kooperation von Bundesregierung, Bundesländern, Trägern der Arbeitsvermittlung und Kammern werden Mittel aus dem Ausgleichsfonds zur Verfügung gestellt, um für mehr schwerbehinderte Menschen betriebliche Ausbildungs- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen oder zu erhalten.	Geschaffen werden sollen: • 1300 zusätzliche betriebliche Ausbildungsplätze für schwerbehinderte Jugendliche und • 4000 zusätzliche betriebliche Arbeitsplätze für über 50jährige arbeitslose oder arbeitssuchende schwerbehinderte Männer und Frauen. Darüber hinaus sollen bei bis zu 50 Handwerks-, Industrie- und Handelskammern sowie Landwirtschaftskammern Maßnahmen durchgeführt und Arbeitsverhältnisse geschaffen oder erhalten werden.	Die Handlungsfelder 2 bis 4 werden im Zeitraum 2012 bis 2018 umgesetzt. Mit den Förderungen neuer betrieblicher Ausbildungs- und Arbeitsplätze haben die hierfür verantwortlichen Bundesländer begonnen. Bis Ende 2013 werden ca. 25 Kammern mit ihren Maßnahmen zur Implementierung von Inklusionskompetenz begonnen haben.
Modellprojekte „Bürgerarbeit“	Die Modellprojekte bestehen aus zwei Phasen: einer mindestens 6 Monate dauernden Aktivierungsphase (Beratung / Standortbestimmung, Vermittlungsaktivitäten, Qualifizierung / Förderung) sowie einer bis zu 36 Monaten dauernden Beschäftigungsphase (sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse ohne Arbeitslosenversicherung) im Bereich von zusätzlicher und im öffentlichen Interesse liegender Arbeiten (mit begleitendem Coaching).	Ziel des Projekts ist, einen möglichst hohen Anteil der Langzeitarbeitslosen durch gute und konsequente Aktivierung in den allgemeinen Arbeitsmarkt zu integrieren und nur die Langzeitarbeitslosen in die Beschäftigungsphase zu übernehmen, bei denen eine Integration in den allgemeinen Arbeitsmarkt nicht möglich ist. Es wurden insg. 33.169 Stellen bewilligt. Bundesweit waren bis Juli 2013 rund 42.500 Personen auf einem Bürgerarbeitsplatz beschäftigt.	Beginn der Aktivierungsphase: ab 15. Juli 2010 Beginn der Beschäftigungsphase: ab 15. Januar 2011. Das Programm endet am 31.Dezember 2014.
Innovationsbüro „Fachkräfte für die Region“	Auf- bzw. Ausbau und Bekanntmachung regionaler Netzwerke zur Fachkräftesicherung und deren Unterstützung bei der Netzwerkarbeit.	Verbesserung der regionalen Kooperationsstrukturen zur Fachkräftesicherung; Entwicklung bzw. Weiterentwicklung und Bekanntmachung von Maßnahmen und Strategien zur Fachkräftesicherung	Innovationsbüro wurde 2011 eingerichtet und 2012 ausgebaut.
Fachkräfte-Offensive des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie, des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales und der Bundesagentur für Arbeit	Die Fachkräfte-Offensive begleitet das Konzept der Bundesregierung. Teil der Offensive ist das Willkommensportal „Make it in Germany“. Es flankiert die inländischen Maßnahmen der Fachkräfte-Offensive durch ein mehrsprachiges Internetportal für internationale Fachkräfte. Denn schon heute ist klar: Um den Fachkräftebedarf in Deutschland mittel- und langfristig zu sichern, ist neben der Ausschöpfung aller Inlandspotenziale eine gezielte Fachkräftezuwanderung notwendig, um die Bedarfe zu decken. Insbesondere auch aus Drittstaaten, da andere EU-Länder vor ähnli-	Die Fachkräfte-Offensive informiert und sensibilisiert die Öffentlichkeit, Unternehmen sowie Fachkräfte über Ursachen und Auswirkungen zum Thema Fachkräftemangel. Sie bündelt Beratungs- und Unterstützungsangebote der beteiligten Partner und zeigt, wie bestehende und bisher vernachlässigte Potenziale im In- und Ausland besser erkannt und aktiviert werden können. Ziel des Willkommensportals www.make-it-in-germany.com ist, internationale Fachkräfte für Deutschland zu begeistern und die Attrak-	Die Fachkräfte-Offensive und das Willkommensportal wurden im Juni 2012 gestartet. Seit Januar 2013 unterstützen Pilotprojekte in Indien, Indonesien und Vietnam das Willkommensportal. Für eine nachhaltige Steigerung der Attraktivität Deutschlands sowie der Zahl zugewanderter Fachkräfte wird die Fortführung der Fachkräfte-Offensive angestrebt.

	chen demografischen Entwicklungen stehen wie Deutschland. Zur Unterstützung des Willkommensportals wurden Pilotprojekte in Indien, Indonesien und Vietnam gestartet.	tivität Deutschlands im Wettbewerb um kluge Köpfe zu steigern - insbesondere im Vergleich zu den klassischen Einwanderungsländern. „Make it in Germany“-Berater bewerben vor Ort das Portal und die neuen rechtlichen Rahmenbedingungen (u.a. Blaue Karte EU) bei zuwanderungsinteressierten Fachkräften vor allem im MINT-Bereich, beraten und unterstützen bei der Arbeitssuche und Ausreisevorbereitung.	
Kompetenzzentrum Fachkräftesicherung	Das Kompetenzzentrum Fachkräftesicherung wird von der Bundesregierung (BMWi) gefördert um KMU in ihrer Personalarbeit zu unterstützen. KMU finden auf der Website (www.kompetenzzentrum-fachkraeftesicherung.de) praxisnahe Tipps und nützliche Hinweise, wie sie Fachkräfte für ihr Unternehmen finden, binden und qualifizieren können und ihre Position im Wettbewerb um Fachkräfte stärken können.	KMU sind von Fachkräfteengpässen stärker bedroht, beispielsweise weil sie häufiger außerhalb von Metropolen angesiedelt sind oder über keine eigene Personalabteilung verfügen. Das Kompetenzzentrum Fachkräftesicherung unterstützt KMU durch einfach umzusetzende Tipps und das Aufzeigen von Best Practice-Beispielen anderer KMU.	Das Kompetenzzentrum Fachkräftesicherung wird von KMU gut angenommen. Es läuft derzeit noch bis Ende Mai 2014. Eine Fortführung ist angestrebt.
Gründercoaching Deutschland - Gründungen aus Arbeitslosigkeit	Unterstützung von Existenzgründern/innen bei der Finanzierung von externen Beratungsleistungen.	Ziel ist es, den Gründer/innen eine Möglichkeit zu geben, Coaching Leistungen rechtzeitig in Anspruch zu nehmen, um erfolgreich in den Markt zu starten. Gefördert werden Coaching Maßnahmen zu allen wirtschaftlichen, finanziellen und organisatorischen Fragen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit von Existenzgründungen im Bereich der gewerblichen Wirtschaft und von Angehörigen der Freien Berufe. Gefördert werden Gründer/innen aus Arbeitslosigkeit, die einen Gründungszuschuss nach SGB III oder Leistungen nach SGB II erhalten. Die Förderung besteht in der Gewährung eines anteiligen Zuschusses zum Beratungshonorar. Existenzgründer/innen erhalten bundesweit einen Zuschuss in Höhe von 90 Prozent des Beratungshonorars bei einer maximalen Bemessungsgrundlage von 4.000 Euro.	In Kraft: Laufzeit 2008 bis Ende 2013 Zusagenstand 30. Juni 2013: im Ziel 1: 20.004 (inkl. Übergangsregion) im Ziel 2: 54.644 Zusagen; Gesamt: 74.648 Zusagen
3 Bildung und Ausbildung			
Ausbildungsplatzprogramm Ost (APO)	Die Bundesregierung (BMBF) engagiert sich für die Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze in den neuen Ländern.	Mit dem Programm soll der Übergang von außerbetrieblichen in reguläre betriebliche Ausbildungsverhältnisse verbessert werden.	Mit dem Ausbildungsplatzprogramm Ost wurden von Bund und Ländern zusätzliche Ausbildungsstellen in Ostdeutschland gefördert. Wie mit den Ländern vereinbart, läuft das Programm 2013 aus.
Jobstarter	Mit diesem Ausbildungsstrukturprogramm	Schaffung und Besetzung zusätzlicher Ausbil-	Programm läuft in mehreren Bekanntmachungs-

	konzentriert sich die Bundesregierung (BMBF) auf Ausbildungsproblemregionen oder auch Ausbildungsbranchen und ermöglicht bundesweit eine maßgeschneiderte, bedarfsorientierte und „ganzheitliche" Ausbildungsförderung.	dungsplätze insbesondere in innovativen Branchen, qualitative Verbesserung der Ausbildungssituation und der Ausbildungsmöglichkeiten	runden; im Herbst 2013 wird die 7. Förderbekanntmachung veröffentlicht.
Passgenaue Vermittlung Auszubildender an ausbildungswillige Unternehmen	Die Bundesregierung (BMWi) unterstützt mit seinem Förderprogramm „Passgenaue Vermittlung von Auszubildenden an ausbildungswillige Unternehmen" kleine und mittlere Unternehmen dabei, passende Auszubildende zu finden und in den Betrieb zu integrieren.	Die Beraterinnen und Berater des Förderprogramms unterstützen die passgenaue Besetzung von Ausbildungsplätzen: Sie fertigen Qualifikationsprofile von Jugendlichen an und stehen im Kontakt zu ausbildungswilligen Unternehmen, denen sie geeignete Jugendliche für die Ausbildung vorschlagen. Seit 2013 unterstützen sie KMU zudem bei der Förderung einer Willkommenskultur im Betrieb und bei der Ausbildung und Integration europäischer Jugendlicher.	Derzeit sind bundesweit rund 185 Beraterinnen und Berater regional tätig. Das Programm wird vorerst bis Ende 2014 verlängert. Eine Fortführung bis mindestens 2020 wird angestrebt.
Berufliche Bildung für den Mittelstand - Überbetrieblichen Berufsbildungsstätten (ÜBS)	Förderung der Einrichtung, Modernisierung und Ausstattung von überbetrieblichen Berufsbildungsstätten.	Aufbau einer Infrastruktur für berufliche Aus- und Fortbildung im Mittelstand; flächendeckendes Angebot an überbetrieblichen Ausbildungsplätzen.	Von Bundesseite wurden im Jahr 2012 vom BMWi insgesamt 5,4 Mio. Euro für Bau-und Ausstattungsprojekte im Fortbildungsbereich in den neuen Ländern gefördert sowie vom BMBF ebenfalls über 5 Mio. Euro für den Bereich überbetriebliche Ausbildung.
Berufliche Bildung für den Mittelstand - Lehrlingsunterweisung	Die Bundesregierung (BMWi) gewährt Zuschüsse zu überbetrieblichen Lehrgängen für Auszubildende der Fachstufen.	Durch eine Verbilligung der von den Ausbildungsbetrieben zu tragenden Lehrgangsgebühren soll die Ausbildungsbereitschaft im Handwerk gestärkt werden; die Ausbildung soll auf hohem technischem und fachlichem Niveau erfolgen.	
Nationaler Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland (2010-2014)	Der Ausbildungspakt wurde am 26. Oktober 2010 für den Zeitraum 2010 bis 2014 mit neuen Schwerpunkten verlängert. Er beinhaltet quantitative sowie qualitative Verpflichtungen der Paktpartner (Bundesregierung, Wirtschaft, Integrationsbeauftragte, Kultusministerkonferenz).	Zielsetzung ist, solche Jugendliche in Ausbildung zu bringen, die es bisher schwer gehabt haben, einen Ausbildungsplatz zu finden (z.B. Altbewerber, Jugendliche mit Migrationshintergrund, lernbeeinträchtigte Jugendliche). Aber auch die leistungsstarken Jugendlichen sollen für eine duale Ausbildung gewonnen werden.	Der Ausbildungspakt läuft bis 2014. Um vermehrt leistungsstarke Jugendliche für eine berufliche Ausbildung zu gewinnen, startete die Informationskampagne „Berufliche Bildung - praktisch unschlagbar" im Rahmen des Paktes am 8. November 2011. Die Kampagne läuft mindestens bis 31. Dezember 2013.
Berufsorientierungsprogramm in überbetrieblichen und vergleichbaren Berufsbildungsstätten (BOP)	Jugendliche erhalten in Jahrgangsstufe 7 eine Potenzialanalyse zur Feststellung ihrer Stärken und Neigungen und können in der Stufe 8 drei Berufsfelder in der Werkstatt einer Berufsbildungsstätte kennenlernen.	Verbesserung der Berufswahlkompetenz; Erreichung eines nahtlosen Übergangs von der Schule in eine duale Berufsausbildung.	Richtlinien für die Förderung der Berufsorientierung in überbetrieblichen und vergleichbaren Berufsbildungsstätten (Berufsorientierungsprogramm des BMBF-BOP) vom 6. Dezember 2011 (Bundesanzeiger vom 16. Dezember 2011). Laufzeit: unbefristet
4 Innovationskraft stärken			
Gründercoaching Deutschland	Unterstützung von Existenzgründerinnen und Existenzgründern bei der Finanzierung von externen Beratungsleistungen; Förderung für Existenzgründerinnen und -	Erhöhung der Erfolgsaussichten und Sicherung von Existenzgründungen.	In Kraft Laufzeit bis 2013; Verlängerung in Vorbereitung. Evaluierung in 2013 vorgesehen.

	gründern sowie junge Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft und der Freien Berufe in den ersten 5 Jahren nach Gründung für externe Beratungsleistungen zu wirtschaftlichen, finanziellen und organisatorischen Fragen; anteilige Finanzierung durch ESF-Mittel (bis zu 75 Prozent in den neuen Ländern; in Berlin bis zu 50 Prozent)		2012 in den neuen Ländern 4.276 sowie in Berlin 480 Förderzusagen bewilligt.
Programm „Runder Tisch“ der KfW	Unternehmenschecks zur Krisenbewältigung und zur Identifizierung von Schwachstellen in KMU; in Kooperation mit den Kammern	Analyse, Strategien, Lösungsvorschläge und Gegenmaßnahmen zur Abwendung von wirtschaftlichen Schieflagen in KMU	2012 in den neuen Ländern 766 sowie in Berlin 43 Förderzusagen bewilligt.
High-Tech Gründerfonds	Der High-Tech Gründerfonds II (HTGF II) wurde im Oktober 2011 als Public-Private Partnership der Bundesregierung (BMWi), der KfW und 17 Industrieunternehmen aufgelegt. Nach der zweiten Zeichnungsrunde, die zum 31.Dezember 2012 endete, beträgt das Fondsvolumen nun 301, 5 Mio. Euro. Der Bund bringt Haushaltsmittel von 220 Mio. Euro ein, die KfW 40 Mio. Euro und die 17 Industrieunternehmen zusammen 41,5 Mio. Euro. Der High-Tech Gründerfonds stellt neu gegründeten Technologieunternehmen eine erste Finanzierung bereit. Junge Gründer erhalten im Schnitt 500 Tsd. Euro Beteiligungskapital pro Unternehmen. Gründer in den Neuen Ländern müssen dabei nur halb so viel eigene Mittel in das Unternehmen einbringen im Vergleich zu den in den alten Ländern geltenden Konditionen. Der HTGF II knüpft an die guten Erfahrungen des ersten Fonds an, dessen Investitionsphase im Herbst 2011 endete.	Der High-Tech Gründerfonds investiert Risikokapital in neu gegründete deutsche Technologieunternehmen und schließt damit eine für dieses Gründersegment bestehende Finanzierungslücke. Der High-Tech Gründerfonds wurde im Osten Deutschlands besonders gut angenommen. Mit bislang 122 von insgesamt 403 Zusagen (Stand: 9. September 2013) entfallen rund 30 Prozent der Engagements auf die neuen Bundesländer und Berlin. Ab dem BHH 2013 erfolgt die Förderung des Bundes über Zuweisungen an das ERP-Sondervermögen für den High-Tech-Gründerfonds.	HTGF I: Investitionsphase 2005-2011; HTGF II: 2011-2016
Investitionszuschuss Wagniskapital	Erwerben natürliche Personen (Privatinvestoren) normale, voll risikotragende Anteile an einem Unternehmen, das unabhängig, innovativ, klein und jünger als 10 Jahre ist und sind sie nicht mit dem Unternehmen verbunden sowie halten sie die Beteiligung für mindestens drei Jahre, so erhalten sie 20 Prozent der Investitionssumme zurückerstattet. Der Investor muss dem Unternehmen mindestens 10.000 Euro zur Verfügung stellen. Jeder Investor kann pro Jahr Zuschüsse für Anteilskäufe in Höhe von bis zu 250.000 Euro beantragen.	Verbesserung der Finanzierungsbedingungen von jungen, innovativen Unternehmen durch die Mobilisierung von privatem Wagniskapital.	Start der Maßnahme: 15. Mai 2013: Förderrichtlinie des BMWi vom 24. April 2013. Für die Jahre 2013-2016 stehen aus dem Bundeshaushalt 150 Mio. Euro zur Verfügung.
Zentrales Innovationsprogramm Mittelstand - ZIM	Mittelständische Unternehmen und mit ihnen kooperierende Forschungseinrichtungen erhalten Zuschüsse für anspruchsvolle technologische	Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von KMU, Know-How-Transfer von Forschungseinrichtungen zu Unternehmen und umgekehrt,	Juli 2008 bis Ende 2014

	Forschungs- und Entwicklungsprojekte, die zu marktfähigen Produkten und Dienstleistungen oder verbesserten Produktionsverfahren führen. Förderung von Forschungskooperationen und Unternehmensnetzwerken	Steigerung der Innovationskompetenz von Unternehmen und technologischen Kompetenz in Deutschland. Ostdeutsche Unternehmen beteiligen sich mit 40 Prozent überproportional an dem Programm.	
Förderung von Forschung und Entwicklung gemeinnütziger externer Industrieforschungseinrichtungen in Ostdeutschland – Innovationskompetenz Ost (INNO-KOM-Ost)	Förderung von qualitativ hochwertigen, risikoreichen Forschungs- und Entwicklungsprojekten von gemeinnützigen externen Industrieforschungseinrichtungen in Ostdeutschland. Gefördert werden Projekte der Vorlaufforschung und der marktorientierten Forschung sowie investive Maßnahmen zur Verbesserung der wissenschaftlich- technischen Infrastruktur.	Erhaltung und Verbesserung der Leistungsfähigkeit der externen Industrieforschungseinrichtungen und damit Stimulierung des wirtschaftlichen Aufholprozesses in Ostdeutschland. Durch konsequenten Transfer der FuE-Ergebnisse dieser Einrichtungen in die Unternehmen der neuen Bundesländer sollen deren Wettbewerbsfähigkeit erhöht und Arbeitsplätze gesichert und geschaffen werden.	Laufzeit: Januar 2009 bis Dezember 2014
Innovationsinitiative Unternehmen Region	Neben der Förderung von Forschung und Entwicklung in spezifischen Fachprogrammen startete die Bundesregierung (BMBF) 1999 eine an Regionen orientierte, themenoffene Innovationsinitiative mit Bottom-up-Ansatz. Die derzeit sechs Programmlinien des Programms „Unternehmen Region“ – Innovative Regionale Wachstumskerne (WK) mit Modul WK Potenzial, Innovationsforen, Forschung für den Markt im Team (ForMaT), InnoProfile mit InnoProfile-Transfer, Zentren für Innovationskompetenz (ZIK) – und der im Jahr 2012 gestarteten Maßnahme „Zwanzig20 - Partnerschaft für Innovation“ verbessern die Rahmenbedingungen für Innovationen und stellen die Weichen für langfristig erfolgreiche Regionen in den neuen Ländern.	Ziele der umfassenden innovationspolitischen Förderstrategie der Innovationsinitiative für die neuen Länder „Unternehmen Region“ sind der Aus- und Aufbau einer besonderen technologischen Kompetenz von Regionen und ihre Umsetzung in Innovationen. Grundlage hierfür ist eine fundierte Innovationsstrategie, die darauf abzielt, die regionale Kernkompetenz auszubauen und im Markt zum Erfolg zu führen [Fördervolumen jährlich rund 100 Mio. Euro bzw. insgesamt rund 1.010 Mio. Euro (1999-2016).	Im Rahmen von „Unternehmen Region“ wurden 2012 u. a. folgende Förderschwerpunkte gezielt ausgebaut: 7 Nachwuchsforschungsgruppen starteten im Förderprogramm Inno-Profile-Transfer, die durch eine durch Unternehmen finanzierte Stiftungsprofessur geleitet werden. Neu in die Förderung aufgenommen wurden 5 Wachstumskerne und 4 WKP-Initiativen. Eine Zusage für eine Innovationsforenförderung erhielten 17 Initiativen. Bisher wurden in über 400 regionalen Innovationsbündnissen rund 2.800 Vorhaben gefördert.
Spitzencluster-Wettbewerb	Der 2007 gestartete Spitzencluster-Wettbewerb ist eine zentrale Maßnahme der Hightech-Strategie, von der auch die neuen Länder stark profitieren. Der Wettbewerb stärkt die leistungsfähigsten Cluster Deutschlands durch die Förderung einer von allen Clusterpartnern getragenen Clusterstrategie für zukünftige Märkte. Unter 15 Spitzenclustern sind drei Cluster aus Ostdeutschland: „Solarvalley Mitteldeutschland“ im Bereich der erneuerbaren Energien, „Cool Silicon – Energy Efficiency Innovations from Silicon Saxony“ zu energieeffizienter Mikroelektronik und „BioEconomy“ in der Region um Leuna, der sich mit nachwachsenden Rohstoffen für die Industrieproduktion befasst. Insgesamt werden die Cluster mit jeweils bis zu 40 Mio. Euro über einen Zeitraum von fünf Jahren gefördert. Die beteiligten Unternehmen steuern für die Projekte	Ziel ist die intensive Zusammenarbeit von Wirtschaft, Wissenschaft und weiteren Akteuren einer Region, um Innovationsprozesse zu beschleunigen. Der Wettbewerb zielt dabei auf regionale Entwicklungspotenziale mit volkswirtschaftlicher Relevanz. Für die teilnehmenden Regionen bedeutet der Cluster die Etablierung langfristiger Forschungskooperationen und eine Schärfung des Technologieprofils im nationalen und internationalen Wettbewerb.	Nach der abschließenden dritten Wettbewerbsrunde werden 15 Spitzencluster von der Bundesregierung (BMBF) gefördert. Die zwei ostdeutschen Cluster aus der 1. Wettbewerbsrunde haben die Zwischenevaluation erfolgreich bestanden. Für das noch junge ostdeutsche Spitzencluster der dritten Wettbewerbsrunde steht diese Bewertung Mitte 2014 an. Die genannten Cluster der 1. Runde laufen mit Ende 2013 bzw. Anfang 2014 aus. Sie sind weiterhin in den Informations- und Know-how-Austausch bis zum Ende des Spitzencluster-Wettbewerbs eingebunden. Bisher sind im Rahmen der Förderung der Spitzencluster Mittel in Höhe von 66 Mio. Euro in die neuen Länder geflossen.

	Beträge in gleicher Höhe bei.		
Forschungscampus: öffentlich-private Partnerschaft für Innovationen	Die 2011 ausgeschriebene Förderinitiative Forschungscampus ist ein weiteres Instrument der Hightech-Strategie der Bundesregierung. Gefördert werden mittel- bis langfristig angelegte Forschungskooperationen von Wissenschaft und Wirtschaft zur Erschließung, Bündelung und Verwertung von Forschungsergebnissen. Die Partner dieser öffentlich-privaten Partnerschaften müssen sich zur Forschung unter einem Dach zusammenfinden und ihre Partnerschaft auf Augenhöhe umsetzen. Jeder ausgewählte Forschungscampus erhält in einem Zeitraum von maximal 15 Jahren Fördermittel von bis zu zwei Millionen Euro pro Jahr. Die beteiligten Partner bringen ihrerseits maßgebliche Eigenbeiträge ein. Der angestrebte Förderzeitraum wird in Förderphasen unterteilt, deren Länge von den Forschungscampi selbst festgelegt wird.	Die Kompetenzen von Wissenschaft und Wirtschaft sollen gebündelt werden zur Intensivierung und Verbesserung des Wissens- und Technologietransfers. In den strategisch angelegten Forschungscampi werden Zukunftsthemen von morgen und übermorgen interdisziplinär bearbeitet. Die Forschungscampi werden hierbei allein durch eine FuE-Förderung im präkompetitiven Bereich gefördert und müssen einen Forschungscampus im Wesentlichen durch Eigenbeiträge aufbauen. Ziel ist die Erschließung neuer Technologie- und Know-how-Führerschaften.	Die im September 2012 ausgewählten zehn Forschungscampi haben mit Beginn 2013 mit der ersten Förderphase begonnen. Die Hälfte der Wettbewerbsgewinner ist in Ostdeutschland angesiedelt, davon drei in Berlin „Connected Technologies“ zu Technologien der nächsten Generation des Smart Home, der EUREF-Forschungscampus: Nachhaltige Energie- und Mobilitätsentwicklung durch Kopplung intelligenter Netze und Elektromobilität "Mobility2Grid" und der Forschungscampus „Mathematical Optimization and Data Analysis Laboratory - MODAL AG“ zur Prozessoptimierung sowie der medizintechnische Forschungscampus „STIMULATE - Solution Centre for Image Guided Local Therapies“ in Magdeburg und der Forschungscampus *INFECTOGNOSTICS* zu neuen Methoden der Diagnose von Infektionen in Jena. Die genannten Forschungscampi sind jeweils in einer einjährigen Vorphase gestartet. Bisher sind im Rahmen der Förderung der Forschungscampi Mittel in Höhe von 1,6 Mio. € in die neuen Länder geflossen.
Cleantech-Initiative Ostdeutschland (CIO)	Um die Wachstumschancen der ostdeutschen Cleantech-Unternehmen zu unterstützen, wurde vom Beauftragten der Bundesregierung für die Neuen Bundesländer die „Cleantech-Initiative Ostdeutschland“ (CIO) ins Leben gerufen. Im Rahmen der CIO werden drei Ansatzpunkte verfolgt: Vernetzung: Ideen, Projekte und Kompetenzen werden länderübergreifend vernetzt, und bestehende regionale Netzwerke unterstützt. Strukturbildung: Im Rahmen der CIO soll ein Strukturbildungsprozess unterstützt werden, mit dem die kleinteilige und wenig kooperierende Cleantech-Wirtschaft in den neuen Ländern zu einer international wettbewerbsfähigen Struktur zusammenfindet. Bewusstseinsbildung: Vor Ort soll die Identität als „Cleantech-Region Ostdeutschland“ unterstützt werden. Cleantech soll auf diese Weise zur Leitidee bei vielen Neugründungen und Weiterentwicklungen bestehender Unternehmen werden. Nach außen soll dies zugleich die Bekanntheit als Standort	Cleantech umfasst grundsätzlich alle Technologien und Fertigkeiten, die dazu beitragen, Umwelt und Klima zu schonen oder zu verbessern und mit den Ressourcen (Material und Energien) effizient und nachhaltig zu wirtschaften. Die „Cleantech-Branchen“ sind in den letzten Jahren weltweit überdurchschnittlich stark gewachsen. Dabei bieten Wachstumsmärkte, die noch nicht aufgeteilt sind, besonders für ostdeutsche KMU große Chancen, Marktanteile zu sichern und selber zu wachsen. Unternehmen mit Cleantech-Bezug sind in Ostdeutschland überdurchschnittlich stark ausgeprägt. Der Entwicklung von Cleantech kommt daher eine Schlüsselrolle für die weitere wirtschaftliche Entwicklung der neuen Länder zu.	Die CIO wird weitergeführt. Der Baustein „Verbundprojekte“ läuft bis Ende 2014.

	für innovative Umwelttechnologien erhöhen.		
5 Hochschul- und Forschungsstandort Ostdeutschland			
Spitzenforschung und Innovation in den neuen Ländern	Das Programm „Spitzenforschung und Innovation in den Neuen Ländern“ ist Bestandteil der Hightech-Strategie für Deutschland. Gefördert werden Verbünde, denen Hochschulen, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen und Unternehmen angehören. Die Verbünde verfügen über innovative Modelle, strategische Konzepte und betreiben Grundlagenforschung mit internationaler Reputation bzw. stark anwendungsorientierte Forschung mit großem Markteintrittspotenzial.	Ziel ist die weiträumige, organisationsübergreifende und themenorientierte Kompetenzbündelung und Stärkung der Innovationsfähigkeit in den neuen Ländern. Langfristig sollen sich durch das Programm international sichtbare, themenorientierte und wettbewerbsfähige Forschungsstandorte in den neuen Ländern etablieren. Der Transfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft ist ein besonderer Schwerpunkt des Programms neben der gezielten Nachwuchsförderung.	Die Bundesregierung (BMBF) fördert in zwei Förderrunden (2008 bis 2014) 17 Verbünde mit insgesamt 225 Mio. Euro.
Salzwassermonitoring mit LE-Geoelektrik (SAMOLEG) im Bundesland Brandenburg	Entwicklung einer geoelektrischen Methode zur großräumigen Überwachung von Grundwasserversalzung (z.B. CO2-Speicherstandorten) bei der große Erkundungstiefen erreicht werden können	Durch Messung des elektrischen Widerstandes im Untergrund kann der Salzgehalt des Grundwassers großräumig erfasst werden. Erstmalig soll für die Grundwasserüberwachung das Verfahren der langen Elektroden (LE) erprobt werden.	Förderung im Zeitraum von 09/2011 bis 08/2014.
Fortführung der Forschungs- und Entwicklungsarbeiten zur CO2-Speicherung am Pilotstandort in Ketzin (CO2MAN) im Bundesland Brandenburg	CO2-Speicherung in einem tiefliegenden Grundwasserleiter. Begleitung der Speicherung durch ein umfangreiches Monitoringprogramm, mit dessen Hilfe die CO2-Ausbreitung im Untergrund verfolgt und die Speicherüberwachung gewährleistet wird. Es handelt sich um den ersten europäischen Festland-Forschungsspeicher.	Untersuchungen der Auswirkungen einer CO2-Speicherung in tiefe Grundwasserleiter. Neu- bzw. Weiterentwicklung von Überwachungstechnologien zum Nachweis der CO2-Ausbreitung im Untergrund.	Förderung im Zeitraum von 09/2010 bis 12/2013.
CO2-Speicherung in Ost-Brandenburg: Implikationen für geothermische Wärmebereitstellung und Konzipierung eines Frühwarnsystems gegen Grundwasserversalzung (Brine) im Bundesland Brandenburg	Auswirkungen einer CO2-induzierten Salzwasserverdrängung auf trinkwasserführende Grundwasserleiter. Evaluierung des geothermischen Potenzials des Salzwassers.	Entwicklung eines Frühwarnsystems zur Erkennung aufwärtsgerichteter Salzwassermigrationsprozesse infolge von CO2-Speicherung.	Förderung im Zeitraum von 05/2010 bis 04/2013. Abgeschlossen.
Hochschulpakt 2020	Der Hochschulpakt 2020 besteht aus einem Programm zur Aufnahme zusätzlicher Studienanfänger, denen insbesondere durch zusätzliches Personal ein bedarfsgerechtes und qualitativ hochwertiges Studienangebot ermöglicht wird, und einer Programmkostenpauschale für erfolgreiche Hochschulforschung, die sich im Wettbewerb um Fördermittel der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) durchsetzt. Der Bund beteiligt sich an den Kosten für den Ausbau des Studienangebots in Deutschland in den Jahren 2011 bis 2015 mit insgesamt gut 7,5 Mrd. Euro. Davon sind für die neuen Länder rund 950 Mio. Euro vorgesehen. Sie haben den Erhalt ihrer bisherigen Studienkapazitäten zugesagt und	Bei der ersten Säule des Hochschulpakts geht es um eine bis 2020 reichende Grundsatzverpflichtung von Bund und Ländern für ein bedarfsgerechtes Studienangebot. Dadurch soll der notwendige wissenschaftliche Nachwuchs gesichert und die Innovationskraft in Deutschland erhöht werden. Mit der zweiten Säule erfolgt im Bereich der Forschungsförderung ein Einstieg in die Vollfinanzierung von Forschungsprojekten durch Programmpauschalen (sog. „Overhead“). Durch die Overhead-Finanzierung wird die Strategiefähigkeit und damit die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen gestärkt.	Der Hochschulpakt ist 2007 in Kraft getreten und ist bis zum Jahr 2020 angelegt. In der zweiten Säule werden Programmpauschalen für Sonderforschungsbereiche, Graduiertenkollegs und Forschungszentren sowie für sonstige neu bewilligte Forschungsprojekte gewährt. Im Juni 2009 haben die Regierungschefs von Bund und Ländern die Fortschreibung des Hochschulpakts für die Jahre 2011 bis 2015 beschlossen. Über eine dritte Phase für die Jahre 2016 bis 2020 wird beraten werden.

	profitieren zudem von der Aufnahme zusätzlicher Studienanfänger. Darüber hinaus hat der Bund seine Unterstützung der Marketingkampagne für den Studienstandort Ostdeutschland verlängert und stellt bis 2018 weitere 6 Mio. Euro zur Verfügung. Während der Laufzeit 2011 bis 2015 stellt der Bund für DFG- Programmpauschalen rund 1, 6 Mrd. Euro zur Verfügung.		
Bund-Länder-Programm für bessere Studienbedingungen und mehr Qualität in der Lehre (Qualitätspakt Lehre)	In dem vom Bund mit rd. 2 Mrd. Euro bis 2020 finanzierten Qualitätspakt Lehre werden Maßnahmen zur Verbesserung der Personalausstattung von Hochschulen, zur Unterstützung bei der Qualifizierung des Lehrpersonals und zur Sicherung und Weiterentwicklung einer qualitativ hochwertigen Hochschullehre gefördert. Die gemäß Art. 91b GG geschlossene Bund-Länder-Vereinbarung gilt bis Ende 2020.	Ergänzung des quantitativen Ausbaus von Studienmöglichkeiten um eine Initiative zur qualitativen Verbesserung der Studienbedingungen Verbesserung von Lehrqualität, Betreuung und Beratung von Studierenden in der Breite der Hochschullandschaft Sicherung der Erfolge der Studienreform, Beitrag zu höheren Abschlussquoten	Der Qualitätspakt Lehre ist im Jahr 2010 in Kraft getreten. In zwei Auswahlrunden wurden 2011 insgesamt 186 Hochschulen aus allen 16 Ländern mit ihren Einzel- und Verbundanträgen zur Förderung ausgewählt. Darunter sind 42 Hochschulen aus den neuen Ländern (16 Universitäten, 20 Fachhochschulen, 6 Kunst- und Musikhochschulen). Die Förderung begann im Wintersemester 2011/12 bzw. im Sommersemester 2012 und ist zunächst bis Ende 2016 zugesagt. Über eine mögliche Anschlussförderung bis Ende 2020 wird auf Grundlage einer Zwischenbegutachtung entschieden.
Existenzgründungen aus der Wissenschaft (EXIST)	1. Weiterentwicklung und dreijährige Fortführung des Moduls EXIST-Forschungstransfer zur Unterstützung herausragender forschungsbasierter Gründungsvorhaben; Stärkung der betriebswirtschaftlichen Kompetenz des Gründungsteams. Weiterführung von EXIST-Gründerstipendium 2. Wettbewerb „EXIST-Gründungskultur – Die Gründerhochschule“, um exzellente Strategien zur Stärkung der Gründungskultur an Hochschulen zu prämieren	1.+ 2. Etablierung einer Gründungskultur an Hochschulen, dadurch verbesserte Verwertung von Forschungsergebnissen durch Ausgründungen aus Hochschulen und Forschungseinrichtungen und Stärkung der Marktchancen wissenschaftlicher Spin-offs; verbesserte Sensibilisierung von Studierenden, Absolventinnen und Absolventen und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern für den Schritt in die Selbständigkeit; verbesserte Qualifizierung von Gründerinnen und Gründern aus der Wissenschaft.	1. Inkrafttreten der neugefassten Förderrichtlinie zum 15. März 2012 2. Start des Wettbewerbs im April 2010 Auswahl der zehn geförderten Hochschulen und Auszeichnung der drei „Gründerhochschulen“ im Sommer 2011 Start der zweiten Wettbewerbsrunde im Herbst 2011 Auswahl der zwölf geförderten Hochschulen am 9. Januar 2013. Umsetzungsbeginn: April 2013
Fortschreibung Exzellenzinitiative	Mit der Exzellenzinitiative setzen Bund und Länder einen besonderen Fokus auf die Stärkung der Spitzenforschung an den Universitäten. In der dritten und letzten Förderrunde werden insgesamt 45 Graduiertenschulen und 43 Exzellenzcluster ausgewählt. Neben den Universitäten wie Bremen, Köln, LMU München, TU München, Konstanz, Heidelberg, RWTH Aachen und Tübingen haben auch die TU Dresden sowie die FU und die HU Berlin in der dritten Förderlinie mit ihren Zukunftskonzepten überzeugt. Bis 2017 stellen Bund und Länder insgesamt 2,7 Mrd. Euro zur Verfügung.	Ausbau der forschungsstärksten Universitäten in Deutschland zu international herausragenden Spitzenzentren Die DFG und der Wissenschaftsrat werden der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) bis zum 30. Juni 2015 einen datengestützten Bericht über den Verlauf der Exzellenzinitiative vorlegen. Zusätzlich wird die GWK eine externe Kommission unter Beteiligung internationaler Expertinnen und Experten mit einer Evaluation des Programms und seiner Auswirkungen auf das deutsche Wissenschaftssystem beauftragen. Dabei sollen Auswirkungen sowohl auf geförderte als auch auf nicht geförderte Hochschulen dargestellt	Am 15. Juni 2012 fiel die Entscheidung im Bewilligungsausschuss Exzellenzinitiative. Im November 2012 startete die Förderung der einzelnen Projekte.

		werden. Die Ergebnisse dieser Evaluation werden der GWK im Januar 2016 vorgelegt werden.	
Translation in der regenerativen Medizin	Translationszentren für regenerative Medizin: Leipziger Translationszentrum für Regenerative Medizin (TRM) und Berlin-Brandenburger Center for regenerative Therapies (BCRT)	Ersatz erkrankter oder verletzter Gewebe und Organe durch Züchtung von Geweben und Entwicklung von Biomaterialien; beschleunigte Entwicklung klinischer Anwendungen und Produkte durch interdisziplinäre Zusammenarbeit von Forschungszentren, Universitäten, Kliniken und Unternehmen	2006 gestartet
Gesundheitsregionen der Zukunft	Gesundheitsregion der Zukunft Nordbrandenburg: Fokussiert auf die Verbesserung der Versorgung in strukturschwachen Gebieten insbesondere durch den Einsatz der Telemedizin	Vernetzung von Akteuren der Gesundheitswirtschaft von der Forschung bis hin zur Versorgung und Dienstleistung zur Profilbildung und damit der besseren Nutzung der regionalen Potenziale	2009 gestartet
Bioökonomie	Bioraffinerie- Forschungszentrum CBP in Leuna: Entwicklung von Methoden und deren industrielle Umsetzung zur Gewinnung von Ausgangsstoffen für die energetische und stoffliche Nutzung aus Pflanzenmaterial	Ersatz fossiler durch erneuerbare Ressourcen Strukturwandel hin zu einer bio-basierten Industrie	Aufbau des Bioraffinerie-Forschungszentrums Leuna seit 2009 mit 50 Mio. Euro von Bund und Land Sachsen-Anhalt (Einweihung im Oktober 2012)
6 Stadtentwicklung			
Städtebauförderung	Gewährung von Bundesfinanzhilfen an die neuen Länder im Rahmen der Programme „Soziale Stadt - Investitionen im Quartier“, „Stadtumbau Ost“, „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“, „Städtebaulicher Denkmalschutz“ sowie „Kleinere Städte und Gemeinden“	Stärkung von Innenstädten und Ortszentren im Rahmen städtebaulicher Erneuerung und Entwicklung. Unterstützung der Städte und Gemeinden insbesondere bei wirtschaftlichem und demografischem Strukturwandel, Reduzierung von Wohnungsleerstand (Stabilisierung der Wohnungswirtschaft). Erhaltung des baukulturellen Erbes, auch als Anziehungskraft für Wirtschaftsentwicklung und als touristisches Potenzial.	Im Programmjahr 2013 stehen den neuen Ländern Städtebaufördermittel von rund 195 Mio. Euro Programmmittel (Verpflichtungsrahmen) zur Verfügung.
ESF-Bundesprogramm „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier (BIWAQ)“	Das ESF-Bundesprogramm BIWAQ unterstützt mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds (124 Mio. Euro) und des Bundes (60 Mio. Euro) sozialraumorientierte Arbeitsmarktprojekte für Langzeitarbeitslose, Jugendliche und Projekte zur Stärkung der lokalen Ökonomie. Das Programm wird in zwei Förderrunden umgesetzt. Die längerfristig angelegten BIWAQ-Projekte sind eng an die integrierten Entwicklungskonzepte der benachteiligten Stadtquartiere aus dem Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt - Investitionen im Quartier“ geknüpft und so passgenau auf die Zielgruppen und die konkrete Situation im Quartier abgestimmt.	Die Qualifikation und soziale Situation der Bewohnerinnen und Bewohner und damit auch ihre Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt sowie die Stärkung der lokalen Ökonomie insbesondere in benachteiligten Stadtquartieren sollen verbessert werden. BIWAQ soll stabilisierend auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt im Stadtquartier wirken und zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund vor Ort beitragen.	Mit dem Start der zweiten Förderrunde im Dezember 2010 wurde das Programm um das Handlungsfeld „Quartiersarbeit“ erweitert. Die BIWAQ-Projekte der zweiten Förderrunde sind Anfang 2012 gestartet. Insgesamt werden mit BIWAQ bundesweit rund 225 Projekte, davon 94 in den neuen Ländern und Berlin gefördert.
Förderung von Investitionen in nationale UNESCO-Welterbestätten	Mit dem 2009 zum ersten Mal aufgelegten Sonderförderprogramm für „Investitionen in	Schutz und Pflege der UNESCO-Welterbe Stätten in Deutschland	Programmfortführung bis 2010; im Bundeshaushalt 2010 standen weitere rd. 70 Mio. Euro Pro-

	nationale UNESCO-Weltkultur-erbestätten“ werden Gelder bereit gestellt, um die dringend notwendigen Investitionen in den Erhalt der historischen Orte von Weltrang zu tätigen.	Unterstützung von dringend notwendigen Investitionen für den Erhalt der historischen Orte von Weltrang	grammmittel zur Verfügung; davon rd. 29 Mio. Euro für Projekte in den neuen Ländern und Berlin (Umsetzung der Maßnahmen bis 2014)
Altschuldenhilfe für Wohnungsunternehmen nach Altschuldenhilfe-Verordnung (AHGV)	Bereitstellung von zusätzlichen Altschuldenentlastungen in Höhe von rd. 1,1 Mrd. Euro Programmmittel bei Abriss von Wohnflächen (Antragstellung nach AHGV bis 2003). Seit 2008 werden in Einzelfällen anstelle der Entlastungshilfen auch Sanierungsmittel gewährt, wenn Altbauten unter Berücksichtigung städtebaulicher Aspekte saniert und somit erhalten werden. Die Abrissfrist wurde von 2010 auf 2013 verlängert.	Flankiert Stadtumbau und stärkt Wohnungswirtschaft	Seit Januar 2001 erhalten Unternehmen bei Abriss von Wohnfläche bis zu 77 Euro/qm Entlastungen für Altverbindlichkeiten bis 2013. Von den 1,1 Mrd. Euro Bewilligungen sind bereits rd. 90 Prozent ausgezahlt worden.
KfW-Förderprogramm „Energetische Stadtsanierung“ (Energiekonzept der Bundesregierung vom 28. September 2010)	Mit dem KfW-Programm werden neue Impulse für mehr Energieeffizienz im kommunalen Bereich gesetzt. Damit wird der Sanierungsprozess auf eine breitere städtebauliche Basis gestellt: vom Einzelgebäude zum Quartier. Unterstützt werden hierbei die Entwicklung und Umsetzung integrierter Quartierskonzepte, der Einsatz eines Sanierungsmanagers sowie investive Maßnahmen zur nachhaltigen Verbesserung der Energieeffizienz der kommunalen Versorgungssysteme.	Mit dem KfW-Programm werden im Quartier umfassende Maßnahmen für die Energieeffizienz der Gebäude und der Infrastruktur angestoßen, u.a. um erneuerbaren Energien breitere Einsatzmöglichkeiten in innerstädtischen Altbauquartieren zu bieten und weitere Investorengruppen in den Sanierungsprozess einzubeziehen. Seit Programmstart 2011 konnten 303 Projekte unterstützt werden, davon 88 in den neuen Ländern.	Im Jahr 2012 wurden rd. 70 Mio. Euro Programmmittel für das Förderprogramm aus dem Energie- und Klimafonds zur Verfügung gestellt. 2013 stehen 50 Mio. Euro zur Verfügung und 2014 stehen nach der Finanzplanung des Bundeshaushaltes Mittel in gleicher Höhe bereit.
Förderprogramm „Richtlinie zur Förderung von Klimaschutzprojekten in sozialen, kulturellen und öffentlichen Einrichtungen“ (Kommunalrichtlinie)	Das Förderprogramm unterstützt Kommunen in der Erstellung von Klimaschutzkonzepten und deren Umsetzung durch eine beratende Begleitung. Darüber hinaus wird der Einsatz von klimafreundlichen Beleuchtungs- und Lüftungstechnologien gefördert.	Um die bundesweiten Emissionseinsparziele erreichen zu können, muss insbesondere auch auf kommunaler Ebene der Einsatz von erneuerbaren Energien und die Energieeffizienz erhöht werden. Dazu leistet das Förderprogramm konzeptionelle, personelle und technologische Unterstützung.	Das Programm existiert seit 2008 und ist Teil der Nationalen Klimaschutzinitiative. Auch in 2013 wurde es auf Grund der jährlichen Novellierung der Kommunalrichtlinie weitergeführt. Es wurden im Jahr 2013 bundesweit bisher rd. 3000 Anträge eingereicht (Stand: 5/2013)
7 Perspektiven für ländliche Räume			
Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (GAK)	Förderung investiver und konsumtiver Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur und integrierten ländlichen Entwicklung (Bund/Länder 60 : 40) sowie des Küstenschutzes (Bund/Länder 70 : 30) Aufteilung der Bundesmittel auf alte und neue Bundesländer im Verhältnis 67 : 33	Die Gemeinschaftsaufgabe dient dazu, eine leistungsfähige, auf künftige Anforderungen ausgerichtete Land- und Forstwirtschaft zu gewährleisten und ihre Wettbewerbsfähigkeit im Gemeinsamen Markt der Europäischen Gemeinschaft zu ermöglichen sowie den Küstenschutz zu verbessern. Dabei sind die Ziele und Erfordernisse der Raumordnung, Landesplanung sowie des Umweltschutzes und des Tierschutzes zu beachten (§ 2 (1) GAK-Gesetz). Art der Förderung: Gewährung von Zuschüssen, Darlehen, Zinszuschüssen und Bürgschaf-	unbefristet

		ten	
Initiative Ländliche Infrastruktur	Die Initiative setzt auf regionale Stärken, auf die Ideen und die Mitwirkung der Menschen vor Ort. Kernelemente sind das Städtebauförderungsprogramm „Kleinere Städte und Gemeinden – überörtliche Zusammenarbeit und Netzwerke“, der Wettbewerb „Menschen und Erfolge“, das Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge sowie das Modellvorhaben der Raumordnung „Stadt-Land-Partnerschaften: großräumig – innovativ – vielfältig“.	Durch diese Maßnahmen wird der ländliche Raum mit seinen Kleinstädten und vielen kleinen Ortschaften wichtige Impulse erhalten und deren Stärken gefördert. Mit dem Städtebauförderungsprogramm werden kleinere Städte und Gemeinden als Ankerpunkte der Daseinsvorsorge in der Region gestärkt und Investitionen in bedarfsgerechte Infrastruktur gefördert (s. Punkt 6 Stadtentwicklung). Mit dem Wettbewerb werden beispielhafte Lösungen für eine nachhaltige Infrastrukturversorgung, die zur Lebensqualität in ländlichen Räumen beiträgt sowie ihre Attraktivität und Zukunftsfähigkeit steigert, ausgezeichnet. Zentrales Anliegen des Wettbewerbs ist es, vorbildliche Ideen zu sammeln und wertvolle Lösungsansätze einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen. Das Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge unterstützt Planungsregionen, Landkreise und Gemeindeverbünde fachlich und finanziell bei der Erarbeitung und Umsetzung interkommunal abgestimmter Maßnahmenbündel zur Sicherung der Daseinsvorsorge. Das Modellvorhaben „Stadt-Land-Partnerschaften“ greift den strategischen Ansatz der „Großräumigen Verantwortungsgemeinschaften“ auf, mit dem durch das partnerschaftliche Miteinander unterschiedlich strukturierter, d. h. städtischer und ländlicher Teilräume die Wettbewerbsfähigkeit der jeweiligen Gesamtregion gefördert und gleichwertige Lebensbedingungen in allen Teilen des Kooperationsgebietes geschaffen werden sollen.	Die ersten drei Wettbewerbsrunden „Menschen und Erfolge“ sind abgeschlossen. Es liegt eine Dokumentation „Menschen und Erfolge“ Wettbewerb 2011 bis 2013 - Aktiv für ländliche Infrastruktur vor. Das Aktionsprogramm unterstützt mit einem Gesamtvolumen von 6,5 Mio. Euro bis 2014 21 Modellregionen, davon 9 in den neuen Ländern Im Rahmen des Modellvorhabens Stadt-Land-Partnerschaften werden aktuell fünf Modellprojekte, darunter zwei mit Projektpartnern aus den neuen Ländern, gefördert
8 Familien-, Gleichstellungs- und Jugendpolitik und Politik für ältere Menschen			
Ausbau der Kindertagesbetreuung	Bund, Länder und kommunale Spitzenverbände haben sich auf dem so genannten „Krippengipfel“ am 2. April 2007 darauf verständigt, bis zum Jahr 2013 schrittweise ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot für bundesweit durchschnittlich 35 Prozent der Kinder unter drei Jahren aufzubauen. Auf dieser Basis wird für Kinder ab dem ersten Lebensjahr ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem Kindergartenjahr 2013/14 wirksam. Der Bund beteiligt sich an den	Der Ausbau der Kinderbetreuungsplätze schreitet weiter voran. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes befanden sich im März 2013 596.300 Kinder unter drei Jahren (29,3 Prozent) bundesweit in Tagesbetreuung. Die von den Bundesländern zuletzt genannten Betreuungsplatzzahlen entsprechen im deutschlandweiten Durchschnitt einer Betreuungsquote von 40,3 Prozent. Seit 1. August 2013 hat jedes Kind ab Vollendung des ersten	2008 bis 2013

	bis 2013 entstehenden Kosten mit 4 Milliarden Euro, darunter 2,15 Mrd. für Investitionskosten, darunter 387,6 Mio. für die neuen Länder und 1,85 Mrd. für zusätzliche Betriebskosten. Ab 2014 beteiligt er sich an zusätzlichen Betriebskosten mit jährlich 770 Mio. Euro. Zur Errichtung weiterer 30.000 Betreuungsplätze wurden weitere 580,5 Mio. Euro Bundesmittel für Investitionen zur Verfügung gestellt. Außerdem erhöht der Bund seine finanzielle Beteiligung um 18,75 Mio Euro in 2013, um 37,5 Mio Euo in 2014 und beteiligt sich anschließend dauerhaft jährlich mit 75 Mio. Euro an den Kosten zur Verbessung und Sicherung der Qualität in Kitas.	Lebensjahres einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz. Nach wie vor bestehen noch Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. .	
„Offensive Frühe Chancen“ – Schwerpunktkitas Sprache und Integration	Materielle Hilfen, eine familienunterstützende Infrastruktur und frühkindliche Bildungsangebote sind für das Aufwachsen gerade von Kindern aus schwierigen sozialen Verhältnissen unabdingbar. Deshalb investiert die Bundesregierung rund 400 Mio. Euro in bis zu 4.000 Schwerpunkt-Kitas zur Sprach- und Integrationsförderung. Die Quote der Kinder mit Sprachförderbedarf ist in den alten und neuen Ländern vergleichbar.	Mit der „Offensive Frühe Chancen“ möchte die Bundesregierung durch eine frühe Hilfestellung die Zukunftschancen sozial benachteiligter Kinder verbessern. Hierbei sollen speziell im Bereich der sprachlichen Förderung neue Stellen für qualifizierte Erzieherinnen und Erzieher entstehen. Von den insgesamt 4.000 Schwerpunkt-Kitas sind 575 in Ostdeutschland (ohne Berlin) errichtet. Diese Zahl beschränkt sich auf die Anzahl der geförderten halben Stellen. Diese setzen sich aus 517 Einzelkitas und 29 Verbünden zusammen. Die Anzahl der Schwerpunkt-Kitas im Ostteil der Stadt Berlin beläuft sich auf 12 Einrichtungen.	2011 bis 2014
Programm „Anschwung für frühe Chancen“	Alle Kinder in Deutschland sollen die Chance haben, von klein auf ihre Potenziale zu entfalten. Damit dies gelingt, müssen viele Akteure zusammenarbeiten: Eltern, kommunal Verantwortliche wie Jugend- oder Sozialamt, die Fachkräfte aus Kindergärten, Grundschulen und anderen sozialen Einrichtungen. Durch das Programm sollen bis 2014 in 600 Kommunen Initiativen für den Ausbau und die qualitative Weiterentwicklung der Kinderbetreuung vor Ort entstehen.	Für das Programm, das mit 60 lokalen Zukunftskonferenzen startet, wurden insgesamt 6 regionale Servicebüros eingerichtet, von denen aus die Initiativen in den Ländern eng begleitet werden können. Jede Initiative wird über einen Zeitraum von 12 bis 18 Monaten von Prozess- und Fachexperten unterstützt. Kindertageseinrichtungen, Elterninitiativen, die Kommunen und Verbände sowie weitere betroffene Stellen sind eingeladen, mit Unterstützung von "Anschwung für frühe Chancen" die Betreuungssituation zu analysieren und sich eine Agenda zu geben. Es ist geplant, bis 2014 120 Initiativen in den neuen Bundesländern zu errichten, d.h. in jedem Jahr 40. Bisher werden 18 aktive Initiativen im Osten Deutschlands durch „An-	2012 bis 2014

		schwung für frühe Chancen“ begleitet.	
Förderprogramm „Betriebliche Kinderbetreuung“	Um Unternehmen bei der Einrichtung betrieblicher Betreuungsplätze zu unterstützen, wurde das Förderprogramm „Betriebliche Kinderbetreuung“ aufgelegt. Arbeitgeber erhalten einen Zuschuss zu den Betriebskosten neu geschaffener Kitaplätze für Mitarbeiterkinder unter drei Jahren. Das Programm richtet sich ausdrücklich auch an kleine und mittlere Unternehmen, die sich zur Schaffung betrieblicher Betreuungsangebote zusammenschließen.	Ziel des Förderprogramms ist es, Unternehmen zu einem dauerhaften Engagement für die Kinderbetreuung zu gewinnen. Betrieblich unterstützte Kinderbetreuungsangebote leisten einen wesentlichen Beitrag zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. So ermöglichen die Öffnungszeiten betrieblich unterstützter Einrichtungen eine besonders gute Abstimmung von Arbeits- und Betreuungszeiten, ohne dabei das Kindeswohl aus den Augen zu verlieren.	November 2012 bis Juni 2015
Initiative „Lokale Bündnisse für Familie“	Lokale Bündnisse für Familien sind lokale und regionale Zusammenschlüsse verschiedener zivilgesellschaftlicher Gruppen, die sich für die Verbesserung der Familienfreundlichkeit engagieren. Im Rahmen dieser Netzwerke werden zur Verbesserung familienbewusster Lebens- und Arbeitsbedingungen konkrete Projekte und Dienstleistungen entwickelt und umgesetzt. Derzeit gibt es rund 670 Lokale Bündnisse für Familie, davon 126 in den neuen Ländern.	Ostdeutschland gilt weltweit zunehmend als wettbewerbsfähiger Standort für zukunftsorientierte Branchen und Technologiefelder. Die Lokalen Bündnisse in den neuen Bundesländern tragen mit ihren Angeboten dazu bei, den Standort Ostdeutschland für qualifizierte Fachkräfte und ihre Familien – und damit auch für Unternehmen – noch attraktiver zu machen, sie an den Standort zu binden und damit insbesondere der Abwanderung junger Menschen entgegen zu wirken.	Fortlaufend
Unternehmensnetzwerk Erfolgsfaktor Familie	Mit dem Unternehmensprogramm „Erfolgsfaktor Familie“ setzt sich die Bundesregierung in enger Kooperation mit den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft (BDA, DIHK, ZDH) und dem Deutschen Gewerkschaftsbund dafür ein, eine familienbewusste Arbeitswelt in Deutschland zu etablieren. Schon 4.882 Arbeitgeber sind Mitglied im zugehörigen Unternehmensnetzwerk und bekennen sich öffentlich zu einer familienbewussten Personalpolitik, davon 843 in den neuen Ländern.	Der demografische Wandel ist in Ostdeutschland schon heute am Ausbildungsmarkt deutlich sichtbar. Auch geht dort das Arbeitskräftepotenzial früher und stärker zurück als andernorts: Gute Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf tragen dazu bei, Vorsorge gegen den Fachkräftemangel zu treffen und Arbeitskräfte zu gewinnen, zu mobilisieren und zu halten.	Fortlaufend
Aktionsprogramm Perspektive Wiedereinstieg	Das Aktionsprogramm will seit März 2008 mit unterschiedlichen Maßnahmen – auch in den neuen Ländern - • Frauen nach mehrjähriger familienbedingter Berufsunterbrechung beim beruflichen Wiedereinstieg unterstützen, • Unternehmen und Betriebe ansprechen und durch lokale Netzwerke die Rahmenbedingungen für diesen Wiedereinstieg verbessern. Kern des Aktionsprogramms ist das gleichnamige ESF-Modellprogramm mit einem Gesamtvolumen von 30 Mio. Euro ESF- und Bundesmitteln. Zusätzlich berät das Lotsenportal www.perspektive-wiedereinstieg.de rund um das	Förderung von Initiativen und Maßnahmen, die Frauen den Wiedereinstieg in den Beruf erleichtern; Stärkung des Bewusstseins der Arbeitgeber, mit Wiedereinsteigerinnen leistungsbereite und -fähige Beschäftigte mit (Berufs- und) Lebenserfahrung zu gewinnen, die nach abgeschlossener Familiengründung noch über 2 Jahrzehnte dem Unternehmen zur Verfügung stehen und mit denen sie auch den Fachkräftemangel abdecken können; Männer dazu zu gewinnen, ihre (Ehe-)Partnerinnen im Prozess des Wiedereinstiegs aktiv zu unterstützen.	Die erste Förderphase des ESF-Modellprogramms lief Ende Februar 2012 aus. Das Programm wird von Begleitforschung flankiert. Der Abschlussbericht des IAB zur ersten Programmphase wurde inzwischen auf der Homepage des BMFSFJ und dem Lotsenportal veröffentlicht. Erfolgreiche Ansätze des Modellprogramms wurden in der Zwischenzeit von der Bundesagentur für Arbeit bundesweit in die Fläche übertragen und können seit Januar 2013 auch in den Arbeitsagenturbezirken der neuen Länder angeboten werden. Die zweite Förderphase begann am 1. März 2012 und wird voraussichtlich bis 2014 fortgesetzt. An

	Thema Wiedereinstieg und ein Wiedereinstiegsrechner schafft Transparenz für verschiedene Wiedereinstiegsoptionen. In der XING-Gruppe: Perspektive Wiedereinstieg: Klick Dich rein - für neue Wege“ können sich Wiedereinsteigerinnen untereinander austauschen und Kontakt auch zu Personalverantwortlichen von Unternehmen aufnehmen.		10 Standorten mit 18 Trägern werden unter dem Stichwort „Zeit für Wiedereinstieg“ insbesondere die Einbeziehung der Partner und haushaltsnaher Dienstleistungen zur Entlastung beim Wiedereinstieg erprobt. Seit Juni 2013 werden insbes. für Akademikerinnen in Kooperation mit der Bundesagentur für Arbeit auch Module der Online-Qualifizierung an einigen Modellstandorten angeboten („PWE-Online“).
Freiwilligendienste (BFD)	Über 100.000 Freiwillige im Bundesfreiwilligendienst (BFD) und in den Jugendfreiwilligendiensten FSJ und FÖJ sind ein historischer Höchststand an gleichzeitig aktiven Freiwilligen in den Diensten. Die Einführung des neuen Bundesfreiwilligendienstes hat dabei alle Erwartungen übertroffen. Mit den über 27jährigen, die derzeit rund 40 Prozent der Freiwilligen in BFD-stellen, wurde eine neue Zielgruppe für die Freiwilligendienste erschlossen, welche gerade in den Neuen Ländern besonders stark vertreten ist. Auch die Jugendfreiwilligendienste sind deutlich gestärkt worden: Mehr Jugendliche als je zuvor nutzen derzeit die Möglichkeit eines Freiwilligen Sozialen Jahres oder Freiwilligen Ökologischen Jahres. Das sind mehr als je zuvor. Diese Entwicklungen zeigen, dass es generationenübergreifend eine hohe Bereitschaft zum Engagement in unserer Gesellschaft gibt.	Die Bundesregierung stärkt die hohe Bereitschaft zum Engagement in der Gesellschaft; die Öffnung für die über 27-Jährigen bietet damit allen Altersgruppen die Möglichkeit, einen geregelten Freiwilligendienst zu leisten. Der Freiwilligendienst kann Perspektiven in einer Umbruchsituationen eröffnen.	gesetzliche Regelung zum Bundesfreiwilligendienst seit 1. Juli 2011
Aktionsprogramm „Mehrgenerationenhäuser II“	Mehrgenerationenhäuser bilden eine Brücke zwischen den Generationen und bieten Angebote für alle Altersgruppen und Menschen jeder Herkunft. Das Bundesfamilienministerium hat zur Weiterentwicklung der Mehrgenerationenhäuser das Aktionsprogramm „Mehrgenerationenhäuser II“ gestartet. Ziel ist es, die Häuser als Knotenpunkte für bürgerschaftliches Engagement zu etablieren und nachhaltig in die lokale Infrastruktur einzubetten.	Das neue Programm konzentriert sich insbesondere auf die vier Schwerpunktthemen Alter und Pflege, Haushaltsnahe Dienstleistungen, Freiwilliges Engagement sowie Integration und Bildung. Der generationenübergreifende Ansatz bleibt Querschnittsthema. Mit dem Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser II soll dabei auch der demografischen Entwicklung in den neuen Bundesländern Rechnung getragen werden.	Das dreijährige „Aktionsprogramm „Mehrgenerationenhäuser II“ ist Anfang 2012 mit bundesweit rund 450 Standorten gestartet. Jedes Mehrgenerationenhaus erhält jährlich 30.000 Euro aus Bundes- und ESF-Mitteln. Kommune bzw. Landkreis übernehmen einen jährlichen Kofinanzierungsbetrag in Höhe von 10.000 Euro.
Bundesmodellprogramm „Lokale Allianzen für Menschen mit Demenz“	Mit den Lokalen Allianzen fördert das Bundesministerium für Familie und Senioren Hilfenetzwerke auf kommunaler Ebene, die vorhandene Initiativen für Menschen mit Demenz und ihre Angehörigen im Lebensumfeld bündeln und weiterentwickeln. Lokale Allianzen sollen gemeinsam Verantwortung übernehmen und so dazu beitragen, dass Menschen mit Demenz und ihre Angehörigen den Folgen der Demenzerkrankung zum Trotz in ihrem gewohnten sozialen Umfeld weiterhin ein möglichst normales	Erwartet wird eine nachhaltige gesellschaftliche Wirkung im Sinne einer Enttabuisierung der Demenz, der Umsetzung von Inklusion entsprechend der UN-BRK und eine Steigerung der Lebensqualität für Menschen mit Demenz.	Bis 2016 sollen in jährlichen Förderwellen insgesamt bis zu 500 Lokale Allianzen entstehen. Nach 23 Mehrgenerationenhäusern, die als Piloten im September 1012 starteten, sind in der 2. Welle ab September 2013 120 neue Standorte hinzugekommen. Davon liegen 8 in Brandenburg, 8 in Berlin, 1 in Mecklenburg-Vorpommern, 7 in Sachsen, 7 in Sachsen-Anhalt und 2 in Thüringen. Für Vernetzungsarbeit erhält jeder Standort 10 T Euro über 2 Jahre.

	und selbstbestimmtes Leben führen können.		
Initiative „Wirtschaftsfaktor Alter“	Die gemeinsam vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie getragene Initiative verbindet Senioren-, Wirtschafts- und Verbraucherpolitik. Die Initiative soll Ansätze für generationengerechte Produkte und Dienstleistungen verstärken. Im Hinblick auf den Arbeitsmarkt werden die Potenziale älterer Beschäftigter thematisiert.	Die Initiative „Wirtschaftsfaktor Alter“ zielt sowohl auf die Erhöhung von Lebensqualität älterer Menschen als auch auf die Stärkung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung. Da sich die Folgen der Alterung unserer Gesellschaft in den neuen Ländern früher und stärker zeigen als in anderen Landesteilen, kann die Initiative dort besondere Wirkung entfalten.	Die Programmlaufzeit vom 1.Januar 2008 bis 31. März 2011 wurde für den Zuständigkeitsbereich des BMFSFJ bis 31.Dezember 2013 verlängert.
Beratungsgestützte Einführung von Logib-D	Logib-D ist ein Angebot der Bundesregierung, mit dem die Personalverantwortlichen Entgeltunterschiede zwischen Männern und Frauen in ihrem Betrieb identifizieren können. Mit der beratungsgestützten Einführung von Logib-D erhalten Personalverantwortliche ein Instrument, das ihnen die Analyse der Entgeltstruktur entscheidend erleichtert, Beratung vermittelt und zu betrieblichen Lösungen führt.	Bei fairer Bezahlung müssten Frauen in Ostdeutschland aufgrund ihrer besseren Qualifikation höhere Löhne und Gehälter erhalten als Männer – tatsächlich bekommen sie aber weniger. Daher ist es wichtig ist, dass Logib-D in der gesamten Bundesrepublik angewandt wird, um auch in den neuen Bundesländern die betrieblichen Ursachen von Verdienstunterschieden zu überwinden.	Maßnahme in der Umsetzung
Initiative JUGEND STÄRKEN	Die Initiative „JUGEND STÄRKEN“ verknüpft verschiedene Programme. Dazu gehören die ESF-finanzierten Programme "JUGEND STÄRKEN: Aktiv in der Region", „Schulverweigerung - Die 2. Chance“, die Förderung der „Kompetenzagenturen“, die aus nationalen Mitteln finanzierten Jugendmigrationsdienste, und das Modellprojekt „JUGEND STÄRKEN: Junge Wirtschaft macht mit“. Die Initiative „JUGEND STÄRKEN“ umfasst bundesweit über 800 Standorte (davon rund 200 in den neuen Ländern).	Durch Bündelung und Schärfung der BMFSFJ Programme sowie eine rechtskreisübergreifende Verzahnung der Angebote soll die Integration junger Menschen mit individuellem Unterstützungsbedarf am Übergang Schule/ Beruf verbessert werden.	Aktuelle Förderperiode der ESF-Programme: 2011 bis 2013
Verstetigungsprojekt 2011 „Perspektiven gegen die Abwanderung junger Menschen“	Die in der Koordinierungsstelle „Perspektiven für junge Menschen“ (Stiftung Demokratische Jugend) von 2005 bis 2010 entwickelten Maßnahmen und Projektideen, die der Verhinderung der Abwanderung junger Menschen aus den neuen Bundesländern dienten, werden verstetigt und weitergetragen.	Ziel ist die Verbreitung und Bündelung von Projektideen sowie die Sicherung der Beständigkeit durch Verankerung in bestehende Strukturen.	Das Projekt wurde in 2011 gefördert und erfolgreich abgeschlossen. Einzelne Projektbausteine konnten in bestehende Strukturen verankert und damit nachhaltig gesichert werden.
Bundesprogramm TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN	Mit dem Bundesprogramm fördert die Bundesregierung in vielfältiger Weise Aktivitäten, die die Demokratie stärken und Zeichen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus setzen. Das Bundesprogramm besteht aus drei zentralen Bestandteilen: • Lokale Aktionspläne (davon über 90 in den neuen Ländern und Berlin),	In diesem Bundesprogramm sollen insbesondere Kinder und Jugendliche für die grundlegenden Regeln eines friedlichen und demokratischen Zusammenlebens gewonnen werden. Dies geschieht durch die Förderung von vor Ort entwickelten Strategien in Lokalen Aktionsplänen und durch die Erprobung neuer Ideen und Methoden in der Präventionsarbeit mit Kindern und Jugendlichen.	Die Bundesprogramme laufen von 2011 bis 2013. Einzelne Maßnahmen laufen bis 2014.

	• Modellprojekte (davon über 30 in den neuen Ländern und Berlin), • Beratungsnetzwerke in allen 16 Ländern (damit auch in allen neuen Ländern u. Berlin).	Zudem sollen Betroffene bei rechtsextremistischen Vorfällen schnell, direkt und fachlich kompetent unterstützt werden. Dazu werden Beratungsangebote zur Verfügung gestellt. Die Beratungsangebote in den 16 Ländern werden 2012 durch ein Qualifizierungsprojekt gestärkt.	
Bundesprogramm „Initiative Demokratie stärken“	Die Bundesregierung (BMFSFJ) hat seine Aktivitäten im Bereich der Extremismusprävention auf die Felder Linksextremismus und islamistischen Extremismus ausgeweitet und diese unter der Initiative „Demokratie Stärken“ gebündelt. Die Initiative setzt vorrangig im präventiv-pädagogischen, integrativen und bildungsorientierten Bereich an. Insgesamt werden 41 Modellprojekte gefördert. Darunter befinden sich auch Projekte, die sich u.a. mit der Aufarbeitung der DDR-Diktatur befassen. Darüber hinaus werden drei Forschungsvorhaben und eine Studie in den beiden Themenbereichen vergeben.	Junge Menschen sollen auch gegen die Verführung durch linksextremistisches und islamistisches Gedankengut stark gemacht werden, damit sie extremistische Agitationen erkennen und sich diesen widersetzen können, sich nicht radikalisieren oder abschotten, sondern sich offen und gewaltfrei für Menschenwürde, Demokratie und Toleranz in der Gesellschaft einsetzen.	Aktuelle Förderperiode Mitte 2010 bis Ende 2013, einzelne Maßnahmen laufen bis 2014.
Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt (BfDT)	Das BfDT fördert ein von gegenseitiger Anerkennung getragenes Zusammenleben aller in Deutschland lebenden Menschen.	Die Bundesministerien des Innern und der Justiz haben das BfDT mit dem Auftrag gegründet, das zivilgesellschaftliche Engagement für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt zu sammeln, zu bündeln, zu vernetzen und ihm eine größere Resonanz in der Öffentlichkeit zu schaffen.	Seit 2000
9 Gesellschaftliche Stärkung der Deutschen Einheit			
„Bürgerstiftungswerkstatt“ und “Die Regionen stärken – Stiftungsinitiative Ost“	Es handelt sich um eine Maßnahme der Initiative Bürgerstiftungen, dem einzigen unabhängigen Kompetenzzentrum für alle Fragen zum Thema Bürgerstiftungen. Schwerpunktmäßig werden Gründungsinitiativen von Bürger- und Gemeinschaftsstiftungen betreut, die Professionalisierung und der Erfahrungsaustausch, die Vernetzung sowie das gegenseitige Lernen unter Bürgerstiftungen gefördert sowie das Konzept der Bürgerstiftungen in der Öffentlichkeit beworben.	Ziele der Maßnahme sind die Neugründungen und das Kapital der Bürgerstiftungen in Deutschland zu steigern, die Bürgerstiftungen durch Qualifizierungen zu stärken sowie andere Akteure einzubinden, die auf dem Gebiet der Bürgerstiftungen engagiert sind. Neue modellhafte Strukturen in Form von Bürger- und Gemeinschaftsstiftungen sollen im Osten Deutschlands geschaffen werden, insbesondere dort, wo extremistische Organisationen und Parteien die Lücken der Zivilgesellschaft zu füllen drohen.	Aktuelle Förderperiode: 2011 bis 2013
Zusammenhalt durch Teilhabe	Das Programm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ fördert in den ländlichen und strukturschwachen Gegenden Projekte für demokratische Teilhabe und gegen Extremismus und stärkt dabei bestehende Strukturen. Grundlage der Förderung ist die Überzeugung, dass erfolgreiches Engagement gegen Extremismus aktive und verantwortungs-	Ziele sind die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements von Bürgerinnen und Bürgern, sowie die Kompetenz zur Konfliktbewältigung und Demokratiestärkung in Verbänden und Vereinen. Das Programm soll vor allem im Vorfeld möglicher extremistischer Gefährdungen wirken und somit grundlegende Bedin-	Start des Programms im September 2010 mit der Programmlaufzeit bis 2013 (Fördervolumen 18 Mio. Euro). Zweite Programmlaufzeit von 2013 bis 2016 mit einem Gesamtvolumen von 24 Mio. Euro

	bewusste Arbeit in den Institutionen vor Ort benötigt. Das Programm richtet sich daher insbesondere an Hauptamtliche und Ehrenamtliche in Vereinen und Verbänden.	gungen für ein gleichwertiges und gewaltfreies Zusammenleben stärken.	
10 Kunst, Kultur und Sport			
Sonderinvestitionsprogramm (Masterplan) der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg	Die Stiftung wird vom Bund institutionell gefördert (14,528 Mio. Euro) und erhält bis 2017 zusätzlich 77,5 Mio. Euro zur Rettung bedrohter Welterbe-Schlösser und zur Sanierung der Bau- und Gartendenkmale.	Schwerpunkte: Sanierung besonders schwer geschädigter Schlösser (Neues Palais, Schloss Babelsberg, Schloss Charlottenburg), die Beseitigung von Brandschutzgefährdungen sowie Maßnahmen zur Steigerung von Einnahmen und zur Verbesserung des Besucherservices (u.a. Neubau von Besucherzentren).	Laufzeit: 2008-2017 Gesamtvolumen: 155 Mio. Euro, Bundesanteil: 77,5 Mio. Euro über die gesamte Laufzeit
Sanierung der Staatsoper Unter den Linden	Die Bundesregierung unterstützt das Land Berlin auf der Grundlage des Hauptstadtfinanzierungsvertrages vom 30. November 2007 bei der dringend erforderlichen Sanierung und Modernisierung der Staatsoper Unter den Linden.	Schwerpunkte: denkmalgerechte Wiederherstellung des Zuschauerraums mit Verbesserung der Akustik, komplette Modernisierung der Bühnentechnik, Schaffung moderner Proberäume und eines neuen Transport- und Lagersystems für Dekorationen, Steigerung der Wirtschaftlichkeit, Gewährleistung der sicherheitstechnischen Anforderungen	Bauzeit 2010 bis 2015 Finanzierung: An den Gesamtbaukosten von 296 Mio. Euro beteiligt sich der Bund mit einem Festbetrag von 200 Mio. Euro, die übrigen Kosten werden vom Land Berlin unter Einbeziehung von Spenden eines Fördervereins getragen.
Investitionen für nationale Kultureinrichtungen in Ostdeutschland	Mit dem Programm werden die seit 1990 unternommenen Anstrengungen des Bundes zum Erhalt, zur Wiedergewinnung und Entwicklung der Kultureinrichtungen in den neuen Ländern fortgeführt. Mit den 2013 zur Verfügung stehenden Bundesmitteln werden u.a. gefördert: Umbau / Modernisierung von Schloss und Staatlichem Museum in Schwerin, die Sanierung / Erweiterung des Klosterstifts Neuzelle in Brandenburg, die Ausstattung der Veste Heldburg in Thüringen, die Neugestaltung des Mendelssohn-Hauses in Leipzig sowie die weitere Herrichtung der Rüstkammer im Residenzschloss der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden sowie Herrichtungsmaßnahmen am Bauhaus-Gebäude in Dessau.	Der Bund unterstützt die Länder und Kommunen in ihrem Bestreben, die nach wie vor bestehenden erheblichen Defizite bei Kultureinrichtungen von gesamtstaatlicher Bedeutung und europäischem Rang zielgerichtet abzubauen (auf der Grundlage von Art. 35 Abs. 7 des Einigungsvertrages). Ziel ist der Erhalt und die Modernisierung von wichtigen Kulturgebäuden sowie die Verbesserung der Attraktivität und überregionalen Ausstrahlung von nationalen Kultureinrichtungen.	Seit 2004
Kleine Leuchttürme	Förderung von einzelnen Projekten und Investitionsmaßnahmen in den neuen Ländern mit herausragender kulturpolitischer Bedeutung (insges. etwa 600 T. Euro pro Jahr).	Gefördert werden insbesondere Maßnahmen von kulturellen Leuchttürmen, die keine kontinuierliche Unterstützung des Bundes erhalten. Ziel ist eine schnelle Unterstützung durch den Bund bei dringend erforderlichen Projekten, um die kulturelle Substanz in den neuen Ländern zu erhalten.	Langjähriges Förderprogramm
Förderung von kulturellen Projekten und Institutionen	Der Bund unterstützt eine Vielzahl von Projekten mit Schwerpunkt bzw. national bedeutsamen Institutionen mit Sitz in den neuen Ländern, z.B.: • UNESCO-Welterbe-Stätten in Ostdeutschland wie Klassik Stiftung Weimar (instituti-		

	onell: 10,06 Mio. Euro; zusätzliche Projektmittel zur Sicherung der Bestände sowie zur Erhaltung der baulichen Substanz: 2,159 Mio. Euro); Kulturstiftung Dessau-Wörlitz (jähr. Förderung: 485 T. Euro; zusätzliche Projektmittel für baulichen Erhalt / Herrichtung: 1,240 Mio. Euro), Stiftung Bauhaus Dessau (institutionell: 1,324 Mio. Euro), Wartburg-Stiftung Eisenach (248 T. Euro für baulichen Erhalt / Herrichtung), Betrieb und Erhalt des Fürst-Pückler-Parks in Bad Muskau (institutionell 531 T. Euro, Bauprojektmittel 482 T. Euro), Stiftung Luthergedenkstätten in Sachsen-Anhalt (institutionell 916 T. Euro • Deutsches Meeresmuseum in Stralsund (institutionell 1,019 Mio. Euro) • Franckesche Stiftungen zu Halle (institutionell 822 T. Euro) • Arbeitsstelle für Lessing-Rezeption (Kamenz) (paritätische Förderung mit dem Land Sachsen; BKM-Anteil 2013: 65 T. Euro) • Institutionelle Förderung des Bach-Archivs Leipzig (2013: 661 T. Euro) • Die Mitteldeutsche Barockmusik e.V. (MBM) wird durch den Bund und die Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen getragen. Die Förderung der MBM als länderübergreifendes Projekt dient zur Pflege des Musikerbes von gesamtstaatlicher Bedeutung in den Ländern Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Dies gilt gleichermaßen für die durch die MBM geförderten landesbedeutenden und überregionalen Projekte (2013: 308 T. Euro). • Deutsche Nationalbibliothek: Die DNB wird allein vom Bund getragen. Sie verfügt über die Standorte Leipzig und Frankfurt am Main. Die DNB beheimatet in Leipzig u. a. das Deutsche Buch- und Schriftmuseum und seit 2010 auch das Deutsche Musikarchiv. BKM hat für die DNB in 2013 insgesamt 51,4 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. • Deutschlandweite Förderung von Modell- und Vorzeigeprojekten zum Erhalt schriftlichen Kulturguts in Archiven und Bibliotheken durch die Koordinierungsstelle für den Erhalt schriftlichen Kulturguts (Fördersumme in den neuen Ländern 2010 bis 2013:		

	624 T. Euro)		
Kultur- und Wissenschaftsförderung in den neuen Ländern auf der Grundlage von § 96 BVFG	• Institutionelle Förderung der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung in Berlin • Institutionelle Förderung des Pommerschen Landesmuseums in Greifswald (paritätisch mit dem Land Mecklenburg-Vorpommern und der Stadt Greifswald) • Institutionelle Förderung des Schlesischen Museums zu Görlitz (paritätisch mit dem Freistaat Sachsen) • Institutionelle Förderung des Deutschen Kulturforums östliches Europa in Potsdam • projektbezogene Förderungen von Maßnahmen zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa		Insgesamt hat die Bundesregierung (BKM) 2013 mit Stand August 2013 etwa 7,9 Mio. Euro für Maßnahmen nach § 96 BVFG zur Verfügung gestellt
Fonds zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements für die Kultur in den neuen Bundesländern (kurz: Fonds Neue Länder)	Die Kulturstiftung des Bundes unterstützt mit dem Fonds Neue Länder seit 2002 bürgerschaftlich getragene Initiativen, die sich auf lokaler und regionaler Ebene - besonders in strukturschwachen Gebieten - kulturell engagieren und in besonderem Maße zur Aktivierung der Bevölkerung in ihrem lokalen Umfeld beitragen. Bislang wurden 161 Kulturvereine und Projekte aus den Sparten Bildende und Darstellende Kunst, Literatur, Musik, Film, Fotografie, Architektur und Neue Medien gefördert (Stand: August 2013).	Ziel des Fonds Neue Länder ist die strukturelle Weiterentwicklung und Professionalisierung der Kulturarbeit in Ostdeutschland und die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements.	Programmzeit: 2002 bis 2015 Gesamtvolumen: 5,3 Mio. Euro
Förderprogramm „Reformationsjubiläum 2017“	In dem Förderprogramm sollen bis einschließlich 2017 jährlich 5 Mio. Euro, insgesamt also 35 Mio. Euro für die Sanierung authentischer Stätten der Reformation sowie für kulturelle Projekte im Rahmen des Reformationsjubiläums zur Verfügung gestellt werden. Viele dieser Förderungen kommen dabei den neuen Ländern zugute, zum Beispiel: • Sanierung der Reformationsstätten Schlosskirche Wittenberg, Wartburg Eisenach, Melanchthonhaus Wittenberg, Schloss Hartenfels Torgau, Lutherhaus Eisenach • Kulturelle Projekte wie Tagungen, Ausstellungen, Konzerte, z.B. die Nationale Sonderausstellung „Luther und die Fürsten“ in Torgau, die Neukonzeption der Dauerausstellung der Frankeschen Stiftungen Halle, das Luther-Musical im Landestheater Eisenach.		Insgesamt wurden bislang (Stand August 2013) positive Förderentscheidungen mit einem Gesamtvolumen von rd. 16,2 Mio. Euro für Maßnahmen in den neuen Ländern getroffen.

	• Projekte zur kulturellen Vermittlung wie z.B. die „Denkwege zu Luther“ in Sachsen-Anhalt und Thüringen.		
Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung	Der Bund (BKM) fördert außerschulische Maßnahmen der kulturellen Bildung für Bildungsbenachteiligte Kinder und Jugendliche im Alter von 3 bis 18 Jahren. Die Maßnahmen werden als Bildungskooperationen mit wenigstens drei Partnern auf lokaler Ebene durchgeführt. Bis 2017 werden dafür bis zu 230 Mio. Euro zur Verfügung stehen.	Ziel ist es, den in Deutschland noch immer ausgeprägten Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungschancen durch Maßnahmen der kulturellen Bildung außerhalb des Schulunterrichts aufzubrechen. Junge Menschen können hier neue Ausdrucksformen finden, die ihnen sonst verschlossen bleiben. Zudem sollen bürgerschaftlich getragene Netzwerke gestärkt werden.	Die ersten Maßnahmen sind in 2013 gestartet.
Spitzensportförderung durch die Bundespolizei	Förderung von jungen hochtalentierten Sportlerinnen und Sportlern in der Ausübung des Spitzensports (Sommersportarten) an der Bundespolizeisportschule Kienbaum und gleichzeitige Ausbildung zur Polizeivollzugsbeamtin/zum Polizeivollzugsbeamten.	Internationale sportliche Erfolge Schaffung einer beruflichen Perspektive für Spitzensportlerinnen und -sportler nach Beendigung der sportlichen Karriere	
Spitzensportförderung durch die Bundeswehr	Die Bundeswehr fördert bis zu 744 Bundeskaderangehörige Spitzensportlerinnen und -sportler in 15 Sportfördergruppen der Bundeswehr. Mit Frankenberg, Frankfurt (Oder) und Oberhof liegen drei davon in den neuen Ländern. Zusammen mit der Sportfördergruppe in Berlin werden derzeit rd. 250 Athletinnen und Athleten sowie Trainer mit Bundesaufgaben aus olympischen Sommer- und Wintersportarten an diesen Standorten gefördert.	Internationale Erfolge Schaffung einer beruflichen Perspektive für Spitzensportlerinnen und -sportler nach Beendigung der sportlichen Karriere	

Teil C Wirtschaftsdaten Neue Bundesländer (Hrsg. BMWi: Okt. 2013)

Inhaltsverzeichnis

Seite

1. Regionaldaten

1.1 Ausgewählte Wirtschaftsdaten zur Lage in den neuen Ländern

	Berlin	Branden-burg	Meckl.-Vorp.	Sachsen-Anhalt	Sachsen	Thüringen	Neue Länder ohne Berlin
Fläche (km²)	892	29.481	23.186	20.448	18.419	16.172	107.707
Einwohner (in 1.000) [1]	3.326	2.453	1.607	2.277	4.054	2.182	12.573
Anteil der Länder in %		19,5	12,8	18,1	32,2	17,4	100,0
Bevölkerungsdichte (Personen/km²) [1]	3.731	83	69	111	220	135	117
Bruttoinlandsprodukt 2012 [2] *preisbereinigt, verkettet (Veränderung ggü. Vorjahr in %)*	**1,2**	**0,5**	**1,9**	**0,5**	**-0,3**	**-0,3**	**0,3**
BIP in jeweiligen Preisen in Mrd. Euro	103,6	57,8	36,9	52,8	96,6	49,3	293,3
BIP je Einwohner (in jeweiligen Preisen) in Euro	29.455	23.179	22.620	22.933	23.400	22.241	22.972
BIP je Erwerbstätigen (in jeweiligen Preisen) in Euro	58.892	53.805	50.598	52.613	48.946	47.472	50.420
BWS im Verarbeitenden Gewerbe 2012 [2] *preisbereinigt, verkettet (Veränderung ggü. Vorjahr in %)*	0,1	-3,4	0,7	1,0	-3,0	-1,5	-1,7
Bruttowertschöpfung 2012 [2] *(in jeweiligen Preisen) in Mrd. Euro*	92,7	51,7	33,0	47,2	86,4	44,0	262,3
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	0,0	1,2	1,3	1,2	1,1	0,8	5,7
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	12,7	10,9	4,7	12,1	21,0	12,0	60,7
*darunter Verarbeitendes Gewerbe	9,6	7,0	3,5	9,3	16,7	10,4	46,7
Baugewerbe	3,4	3,4	2,0	3,3	6,0	3,1	17,8
Dienstleistungsbereiche	76,5	36,1	25,0	30,6	58,3	28,1	178,1
Erwerbsquote 2012 [3]	**76,1**	**80,3**	**78,7**	**79,8**	**79,9**	**80,2**	**79,0**
Erwerbstätige 2012 am Arbeitsort in Tsd. [2]	1.759	1.074	729	1.004	1.974	1.037	5.818
Arbeitslose [4 5]	**204.534**	**122.814**	**88.193**	**121.611**	**186.488**	**87.968**	**811.608**
Arbeitslosenquote [4 5]							
Berichtsmonat	11,3	9,2	10,4	10,3	8,8	7,6	9,6
Vorjahresmonat	11,8	9,4	10,7	10,8	9,0	8,0	9,9
Gemeldete Arbeitsstellen [4 5]	17.114	11.926	8.889	11.146	19.608	14.925	83.608
Unterbeschäftigtenquote (ohne Kurzarbeit)	15,3	12,0	14,1	14,8	11,8	10,2	13,0
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte [4 5]	1.221.200	772.000	534.700	755.700	1.467.500	760.500	5.511.500
unversorgte **Bewerber f. Berufsausbildungsstellen** [4 5]	6.401	3.307	2.065	2.699	4.212	1.994	20.678
unbesetzte **Berufsausbildungsstellen** [4 5]	3.520	3.278	3.429	2.811	4.783	3.748	21.569
Gewerbeanmeldungen 2012 [6]	**48.072**	**18.260**	**11.330**	**13.378**	**32.364**	**14.037**	**137.441**
dar.: Neugründungen 2012	44.086	14.321	9.207	11.172	26.822	11.445	117.053
Gewerbeabmeldungen 2012	36.600	18.893	11.610	15.321	32.611	15.861	130.896
Förderprogramme							
ERP-/EKH-Kredite [7] Zusagebetrag (in Mio. Euro)	2.070	9.067	8.200	9.158	14.769	10.227	53.490
Regionalförderung [8] (gewerbliche Wirtschaft) Zusagebetrag (in Mio. Euro)	1.707	7.643	4.076	8.322	11.014	6.409	39.170

1 Bevölkerungsfortschreibung zum 31.12.2011 auf der Grundlage des Zensus 2011
2 Statistisches Landesamt Baden-Württemberg; Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder"; Berechnungsstand: August 2012/ Februar 2013 (WZ 2008)
3 Stat. Bundesamt, Mikrozensuserhebung 2012, Anteil der Erwerbspersonen an der Wohnbevölkerung jew. im Alter von 15 – 65 Jahren. Neue Länder einschl. Berlin
4 Bundesagentur für Arbeit, Stand September 2013 (Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte: Hochrechnung Juli 2013; Ausbildungsmarkt 2012/13: August 2013)
5 Neue Bundesländer einschließl. Berlin. Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen.
6 Statistisches Bundesamt, Neue Länder einschl. Berlin
7 BMWi, Stand 31.12.2012, ERP- und EKH-Zusagen seit 1990 (Zusagebeträge netto nach Abzug von Verzichten, Kürzungen, Storni), ab 2004 Angaben für Gesamt-Berlin
Neue Länder einschl. Berlin. Zur Information: ERP-Kredite Neue Länder, einschl. EKH ab 1997: rd. 317.000 Zusagen, Kreditvolumen rd. 39 Mrd. €
8 Neue Länder einschl. Berlin. Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle, Zeitraum Januar 1991 bis Dezember 2012 einschl. EFRE-Kofinanzierung (Berlin: Gesamtstadt)

Quellen: Statistisches Bundesamt, Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder", Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung", Bundesagentur für Arbeit, Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle

1.2 Wirtschafts- und Strukturdaten der neuen Länder im Vergleich zu den alten Ländern

Bundesland	Bevölkerung* am 31.12.2011 in 1.000	Erwerbspersonen			Arbeitslose 2012[4]		Bruttoinlandsprodukt 2012[5]			Industrieumsätze 2012[6]		Industriebetriebe[9]	Beschäftigte[9]	Exportquote[6 7 9]	Steuerdeckungsquote[8]	Personalausgabenquote[8]	Investitionsquote[8]	Zinsausgabenquote[8]
		Erwerbspersonen[2] 2012 in 1.000	Erwerbsquote[2] 2012 in %	Erwerbstätige[3] 2012 in 1.000	in 1.000	Quote in % bez. auf alle zivilen Erwerbspers.	in jeweil. Preisen Mrd. Euro	in jeweil. Preisen je Einwohner in Euro	preisbereinigt, verkettet Veränd. zum VJ	in Mrd. Euro	Veränderung 2012/2011 in %	2012 je 100.000 Einwohner	2012 je Industriebetrieb	2012 in %	Vorl. IST 2012 in %	Vorl. IST 2012 in %	Vorl. IST 2012 in %	Vorl. IST 2012 in %
Mecklenb.-Vorp.	1.607	849	78,7	729	102	12,0	36,9	22.620	1,9	12,7	-1,9	42	84	28,8	53,5	24,6	17,8	5,2
Brandenburg	2.453	1.330	80,3	1.074	136	10,2	57,8	23.179	0,5	25,4	-1,4	49	82	28,5	57,1	22,1	13,5	5,7
Sachsen-Anhalt	2.277	1.183	79,8	1.004	137	11,5	52,8	22.933	0,5	42,4	-0,8	63	92	26,5	55,0	24,5	13,1	7,2
Thüringen	2.182	1.167	80,2	1.037	99	8,5	49,3	22.241	-0,3	31,5	-1,9	84	92	30,2	58,4	26,5	13,0	7,1
Sachsen	4.054	2.086	79,9	1.974	208	9,8	96,6	23.400	-0,3	59,5	-2,2	75	86	35,7	60,1	23,0	17,2	2,0
Neue Länder[1]	**12.573**	**8.441**	**79,0**	**5.818**	**897**	**10,7**	**293,3**	**22.972**	**0,3**	**194,9**	**-2,2**	**56**	**91**	**33,5**	**57,5**	**24,0**	**15,1**	**5,0**
Schleswig-Holst.	2.802	1.418	77,1	1.311	100	6,9	77,3	27.220	0,9	36,1	4,1	44	99	39,3	72,9	37,1	8,4	9,8
Hamburg	1.718	949	77,4	1.162	70	7,5	95,8	53.091	1,2	88,4	3,9	26	187	22,1	75,6	31,1	7,9	7,0
Niedersachsen	7.774	3.934	76,0	3.819	265	6,6	230,0	29.032	0,9	195,4	1,7	48	139	44,6	71,2	37,4	8,3	7,1
Bremen	652	317	72,8	414	37	11,2	27,7	41.897	1,2	24,9	5,9	44	178	52,8	48,6	30,5	10,7	13,9
Nordrhein-Westf.	17.545	8.696	73,9	8.903	733	8,1	582,1	32.631	0,4	342,5	-1,6	57	123	41,9	74,4	37,3	8,4	7,1
Hessen	5.994	3.110	76,7	3.229	178	5,7	229,7	37.656	0,9	110,6	-1,7	47	141	50,2	73,7	37,0	9,3	6,3
Rheinland-Pfalz	3.990	2.007	76,1	1.926	111	5,3	117,7	29.431	0,9	89,7	1,2	56	129	51,9	67,0	37,2	9,0	6,7
Baden-Württemb.	10.512	5.620	78,0	5.808	222	3,9	389,5	36.019	0,6	309,0	1,4	77	149	51,2	76,0	38,0	8,6	4,3
Bayern	12.443	6.662	78,8	6.946	249	3,7	465,5	36.865	0,7	336,8	0,9	57	170	51,3	80,4	41,2	11,1	2,4
Saarland	998	491	73,3	518	34	6,7	31,7	31.364	-0,4	27,1	-0,9	51	184	48,5	58,7	34,4	9,7	12,8
Alte Länder[1]	**64.429**	**33.203**	**76,4**	**34.036**	**2.000**	**5,9**	**2.247,0**	**34.244**	**0,7**	**1.560,6**	**0,6**	**56**	**142**	**46,4**	**74,8**	**38,0**	**9,2**	**6,0**
Berlin	3.326	1.827	76,1	1.759	215	12,3	103,6	29.455	1,2	23,3	-6,0	22	126	52,8	52,9	30,8	6,5	9,6
Deutschland	**80.328**	**41.644**	**76,9**	**41.613**	**2.897**	**6,8**	**2.643,9**	**32.281**	**0,7**	**1.755,5**	**0,3**	**56**	**132**	**44,9**	**71,8**	**35,9**	**10,2**	**6,2**

* Bevölkerungsfortschreibung zum 31.12.2011 auf der Grundlage des Zensus 2011

1 Neue Länder: ohne Berlin; Alte Länder: ohne Berlin (bei Arbeitslosenzahlen, Erwerbspersonen, Erwerbsquote, Industrieumsätzen, -betrieben, Beschäftigten, Exportquote: Neue Länder mit Berlin)

2 Angaben zu den Erwerbstätigen und den Erwerbsquoten beruhen auf den Ergebnissen der Mikrozensuserhebung 2012. Neue Länder incl. Berlin, Alte Länder ohne Berlin
Erwerbspersonen (= Erwerbstätige+ Erwerbslose) im Alter von 15-65 Jahren (Inländerkonzept); Erwerbsquote = Anteil der Erwerbspersonen an der Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 65 Jahre)

3 Erwerbstätige im Inland:= Erwerbstätige, die unabhängig von ihrem Wohnort ihren Arbeitsplatz im Bundesland / -gebiet haben (einschl. Einpendler); Neue Länder: ohne Berlin; Alte Länder: ohne Berlin.
Jahresdurchschnittsergebnisse des Akr. Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder; Berechnungsstand: Februar 2013

4 neue Länder: einschließlich Berlin, alte Länder: ohne Berlin; Jahresdurchschnitt; Stand: Juni 2013

5 Berlin:=Gesamtberlin; neue Länder:=ohne Berlin; alte Länder:=ohne Berlin (Stand: Februar 2013)

6 in Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes und Bergbaus mit 20 und mehr Beschäftigten, Neue Länder: mit Berlin; Alte Länder: ohne Berlin; WZ 2008

7 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz

8 Anteil an Gesamtausgaben im Länderhaushalt; Neue Länder: ohne Berlin; Alte Länder: ohne Berlin; statt Deutschland: Länder zusammen; Stand: Mai 2013

9 Bezogen auf Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten, Jahresdurchschnittswerte

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder", Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung", Bundesministerium der Finanzen und eig. Berechnungen

2. Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

2.1 Wichtige gesamtwirtschaftliche Daten im Ost-West-Vergleich [1]

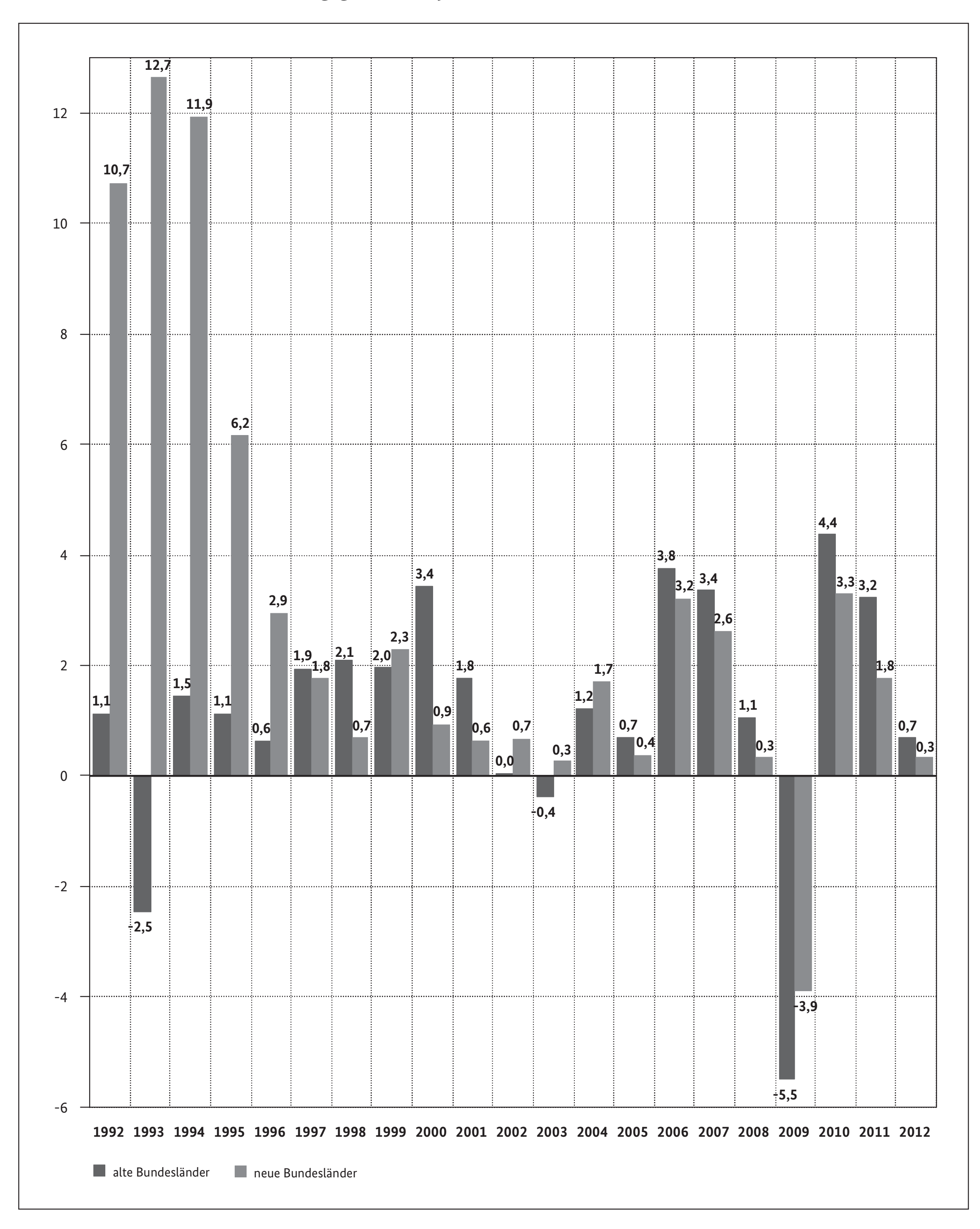
		alte Länder [2]		**neue Länder** [2]		**Verhältnis neue zu alten Ländern** [2] **in %**		**Anteil neue Länder** [2] **an Deutschland insgesamt in %**	
		1991	**2012**	**1991**	**2012**	**1991**	**2012**	**1991**	**2012**
Wohnbevölkerung [3]	Tsd.	61.914	65.617	18.071	16.286	.	.	22,6	19,9
Erwerbstätige (Inland) [1]	Tsd.	30.233	34.036	8.479	7.577	.	.	21,9	18,2
Arbeitnehmer (Inland) [1]	Tsd.	27.142	30.400	8.006	6.667	.	.	22,8	18,0
Arbeitslose [4]	Tsd.	1.594	2.000	1.023	897	.	.	39,1	31,0
Bruttoinlandsprodukt (BIP) ***in jeweiligen Preisen*** [1]	**Mrd. Euro**	**1.362,4**	**2.247,0**	**172,2**	**396,9**	**.**	**.**	**11,1**	**15,0**
BIP je Einwohner *in jeweiligen Preisen*	Euro	22.004	34.244	9.531	24.372	43,3	71,2	.	.
BIP je Erwerbstätigen *in jeweiligen Preisen*	Euro	45.062	66.017	20.313	52.387	45,1	79,4	.	.
BIP je Arbeitsstunde der Erwerbstätigen *in jeweiligen Preisen* [8]	EURO	37,62	47,92	26,40	35,37	70,2	73,8		
BWS je Arbeitsstunde der Erwerbstätigen *in jeweiligen Preisen* [8]	EURO	33,84	42,85	23,74	31,64	70,2	73,8		
Arbeitnehmerentgelt [1]	**Mrd. Euro**	**735,2**	**1.166,8**	**123,6**	**208,7**	**.**	**.**	**14,4**	**15,2**
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer [1]	Euro	27.088	38.382	15.439	31.305	57,0	81,6	.	.
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerstunde [1]	Euro	24,28	29,57	17,61	22,30	72,5	75,4		
Bruttolöhne und Gehälter [1]	Mrd. Euro	602,1	951,7	103,4	172,6			14,7	15,4
Bruttolöhne und Gehälter je Arbeitnehmer [1]	Euro	22.183	31.305	12.920	25.889	58,2	82,7		
Brutto-Anlageinvestitionen je Einwohner [5]	**Euro**	**4.800**	**5.600**	**3.300**	**4.200**	**69**	**76**	**.**	**.**
Kapitalstock je Erwerbstätigen [2 6]	Euro	241.000	301.000	110.000	256.000	46	85		
Kapitalstock je Einwohner [2 6]	Euro	114.000	151.000	51.000	115.000	45	76	.	.
						neue Länder über alte Länder in %			
Lohnstückkosten [1 7]	**%**	**71,75**	**69,01**	**74,18**	**70,48**	**3,4**	**2,1**	**.**	**.**

1 Basis ESVG 1995, Berechnungsstand August 2012/Februar 2013
2 Neue Länder mit Berlin, alte Länder ohne Berlin
3 1991: Jahresdurchschnitt; 2012: Jahresmitte (Quelle: Akr. VGRdL)
4 Jahresdurchschnitt; neue Länder mit Berlin, alte Länder ohne Berlin (Datenstand Juni 2013)
5 Ausgangszahlen für 1991 und 2010: Arbeitskreis VGRdL (Berechnungsstand August 2010), Herleitung der Kennzahl eig. Berechnung Anlageinvestitionen: = neue Bauten sowie neue Ausrüstungen und sonstige Anlagen (in jeweiligen Preisen), Neue Länder: mit Berlin; alte Länder: ohne Berlin
6 1991, 2008 (Berechnungsstand August 2010, WZ 2003)
7 Arbeitnehmerentgelt je Arbeitsstunde in Relation zur Bruttowertschöpfung (BWS) je Arbeitsstunde der Erwerbstätigen in jeweiligen Preisen

Quellen: Arbeitskreise „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder“ und „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“; Bundesagentur für Arbeit; Statistisches Bundesamt, Kennzahlen und Relationen: eigene Berechnungen

2.2 Bruttoinlandsprodukt (BIP) – alte und neue Bundesländer

2.2.1 Wachstumsraten des BIP (real) gegenüber Vorjahr in % [1]



1 Neue und alte Bundesländer: jeweils ohne Berlin
ESVG 1995, preisbereinigt, verkettet. WZ 2008 (Stand: August 2012 / Februar 2013)

Quelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

2.2.2 Anstieg des realen BIP je Erwerbstätigen (Produktivität) gegenüber dem Vorjahr in Prozent[1]

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
alte Länder	0,5	1,7	0,6	0,1	1,2	1,1	0,3	0,4	0,9	0,7	3,2	1,6	-0,2	-5,5	3,8	1,6	-0,5
neue Länder	3,8	3,1	0,6	1,8	2,0	2,4	2,5	1,4	1,6	1,3	2,5	1,1	-0,3	-3,8	2,8	1,6	0,2

1 Basis: ESVG 1995, preisbereinigt, verkettet. Neue und alte Bundesländer: jeweils ohne Berlin
Berechnungsstand: August 2012/Februar 2013

Quelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder"

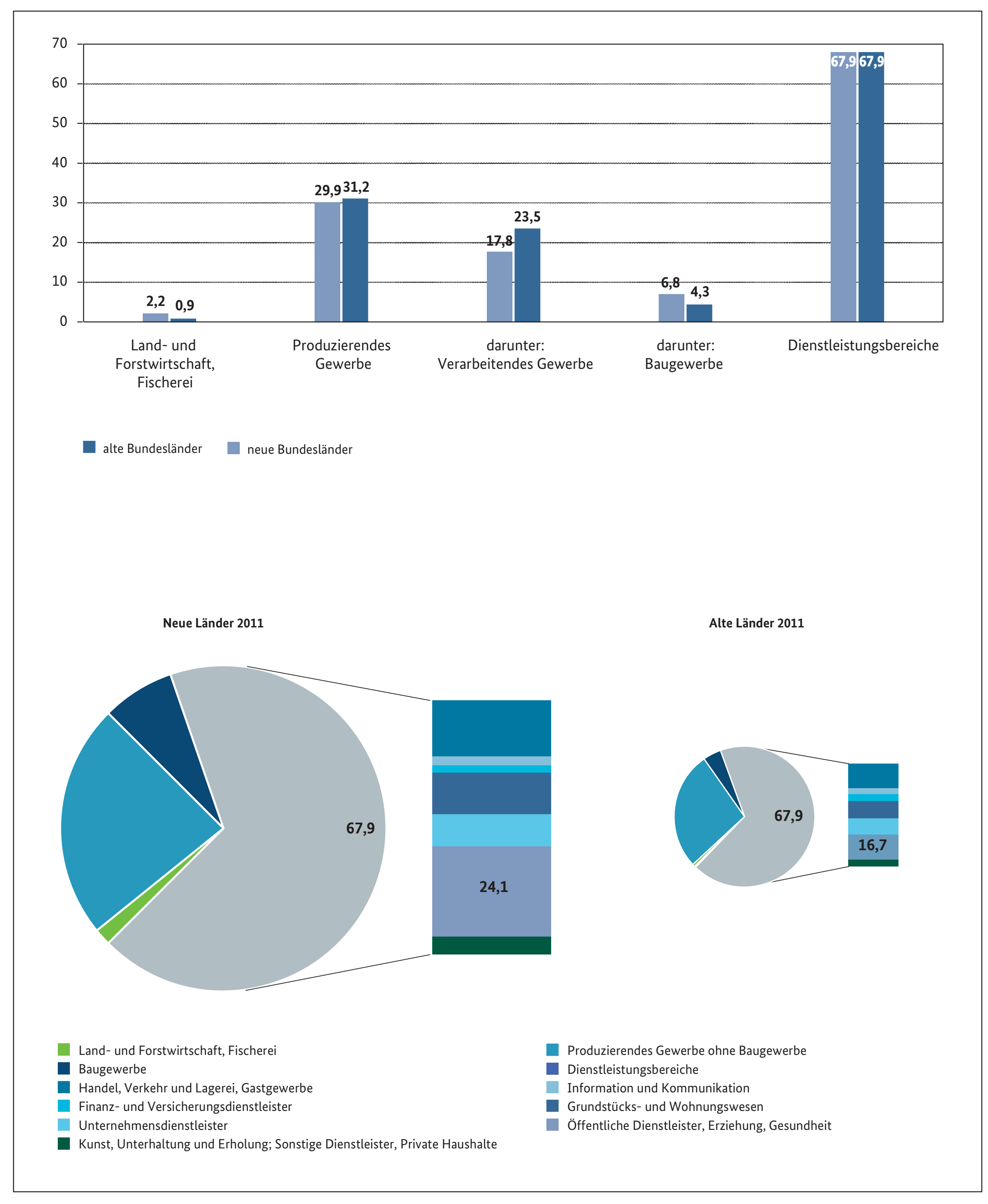
2.3 Wachstumsraten der Bruttowertschöpfung einzelner Wirtschaftsbereiche in den neuen Ländern[1] gegenüber dem Vorjahreszeitraum in % (preisbereinigt, verkettet)

	1992	1993	1994	1995	2000	2005	2008	2009	2010	2011	2012
Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche	**9,7**	**12,5**	**11,6**	**6,5**	**1,3**	**0,5**	**0,5**	**-4,4**	**3,7**	**1,7**	**0,4**
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	-3,6	18,5	-35,6	9,1	-7,9	-18,5	7,7	1,4	-9,8	-14,1	7,5
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	**-9,0**	**14,0**	**14,1**	**5,6**	**9,7**	**4,6**	**-2,1**	**-15,0**	**12,2**	**3,3**	**-1,2**
* dar.: Verarbeitendes Gewerbe	-5,1	19,2	22,0	8,4	13,7	5,9	-1,1	-22,1	16,8	4,8	-1,7
Baugewerbe	27,0	17,5	22,5	2,3	-11,1	-7,3	-1,1	-5,6	5,7	6,5	-4,1
Dienstleistungsbereiche	**13,7**	**10,9**	**10,3**	**7,7**	**1,3**	**0,6**	**1,4**	**-0,8**	**1,2**	**1,1**	**1,1**
* dar.: Handel, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe								-1,9	0,8	3,9	
Information und Kommunikation								8,8	5,4	2,3	
Finanz- und Versicherungsdienstleister								-9,4	-0,0	-2,9	
Grundstücks- und Wohnungswesen								2,6	0,4	0,6	
Unternehmensdienstleister								-7,4	7,5	3,9	
Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit								0,5	-0,4	-0,5	
Kunst, Unterhaltung und Erholung; Sonst. Dienstleister, Private Haushalte								-0,8	0,2	-1,5	

1 nach ESVG 1995 (WZ 2008). Berechnungsstand: August 2012/Februar 2013. Neue Länder ohne Berlin.

Quelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder"

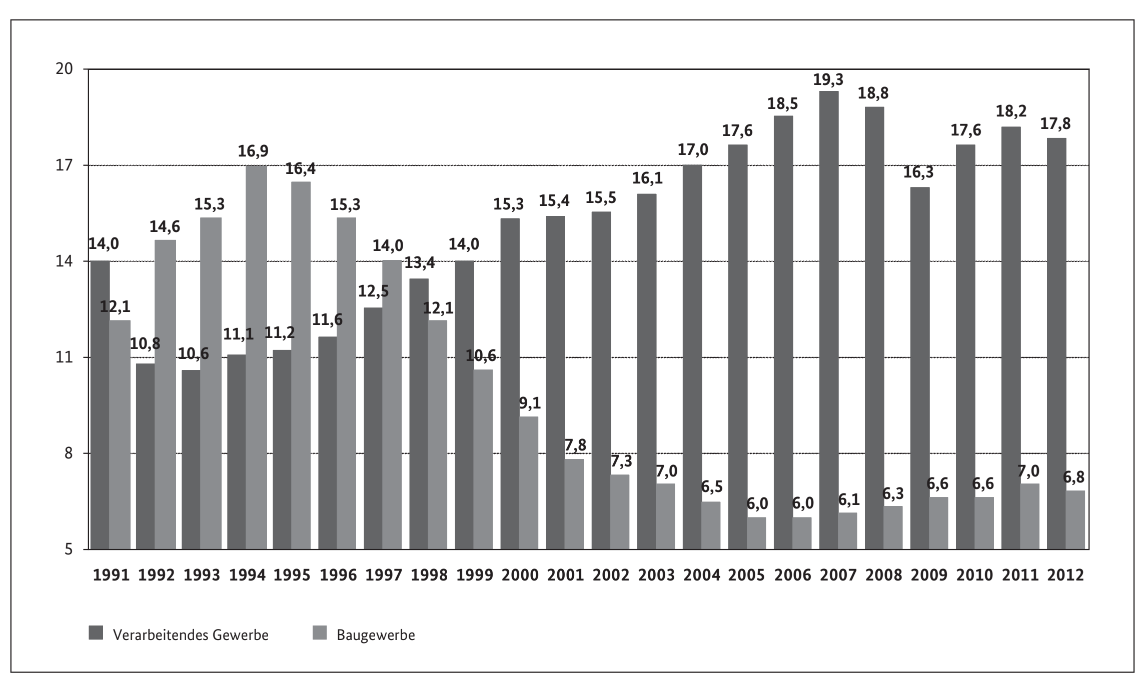
2.4 Anteil der Bruttowertschöpfung verschiedener Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen im Jahr 2012 in Prozent[1]



1 nach ESVG 1995, WZ 2008. Berechnungsstand: Februar 2013. Neue und alte Länder jeweils ohne Berlin.

Quelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

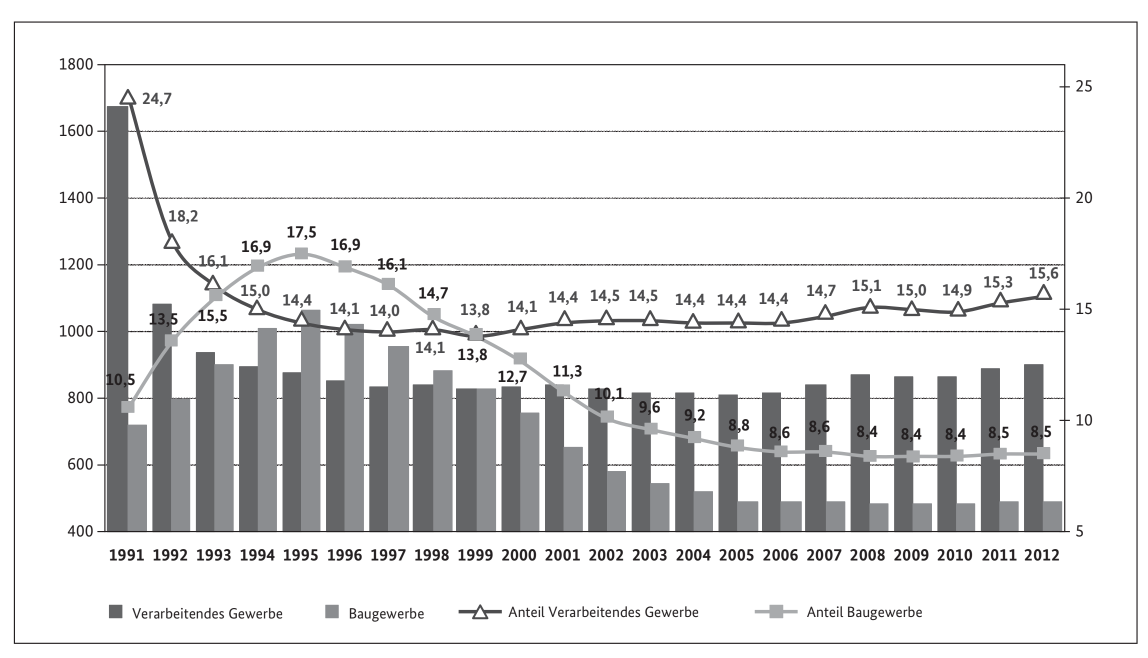
2.5 Anteil der Bruttowertschöpfung (BWS) im Verarbeitenden Gewerbe sowie der BWS im Baugewerbe der neuen Länder an der BWS der neuen Länder insgesamt [1] (in jeweiligen Preisen) in %



1 Nach ESVG 1995. Berechnungsstand August 2012 / Februar 2013. Neue Länder ohne Berlin.

Quelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

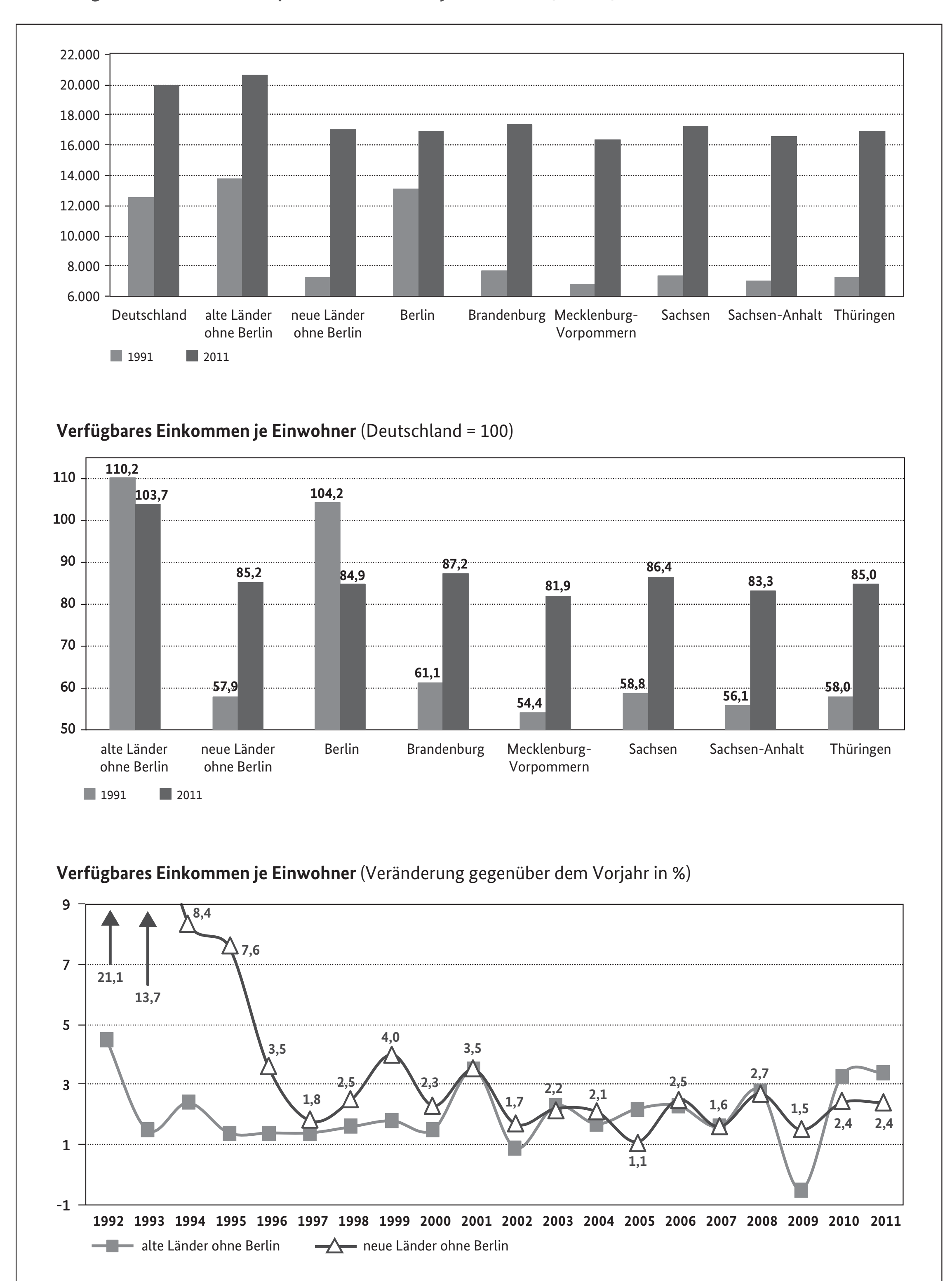
2.6 Erwerbstätige im Verarbeitenden Gewerbe und Baugewerbe in den neuen Ländern [1]



1 Nach ESVG 1995. Berechnungsstand August 2012 / Februar 2013. Neue Länder ohne Berlin.
Linke Skala: Arbeitnehmer in Tausend. Rechte Skala: Anteil an den Erwerbstätigen insgesamt in %

Quelle: Arbeitskreise „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder“ und „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“

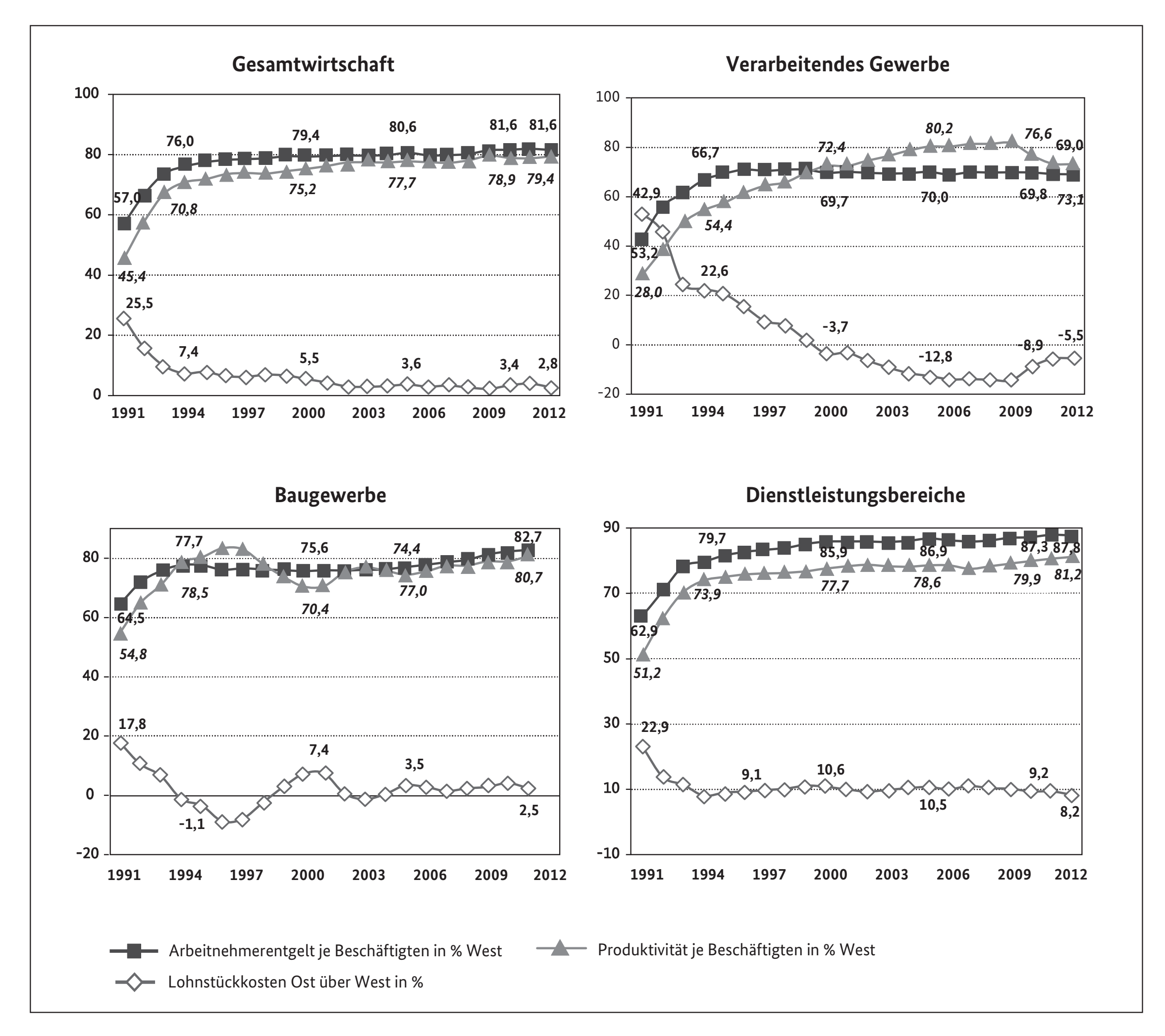
2.7 Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte [1] je Einwohner (in Euro)



1 Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte einschl. privater Organisationen ohne Erwerbszweck, Ausgabenkonzept.

Quelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“, WZ 2008, Berechnungsstand: August 2012/Februar 2013

2.8 Lohnkosten, Produktivität[1] und Lohnstückkosten[2] im Ost-West-Vergleich



Neue Länder mit Berlin, alte Länder ohne Berlin.
1 hier: Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen in jeweiligen Preisen
2 = Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer in Relation zur Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen in jeweiligen Preisen

Quelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (WZ 2008, Berechnungsstand: August 2012/Februar 2013)

3. Konjunkturindikatoren

3.1 Entwicklung der Produktion in den neuen und alten Bundesländern (Produktionsindex 2005=100 – Originalwert –)

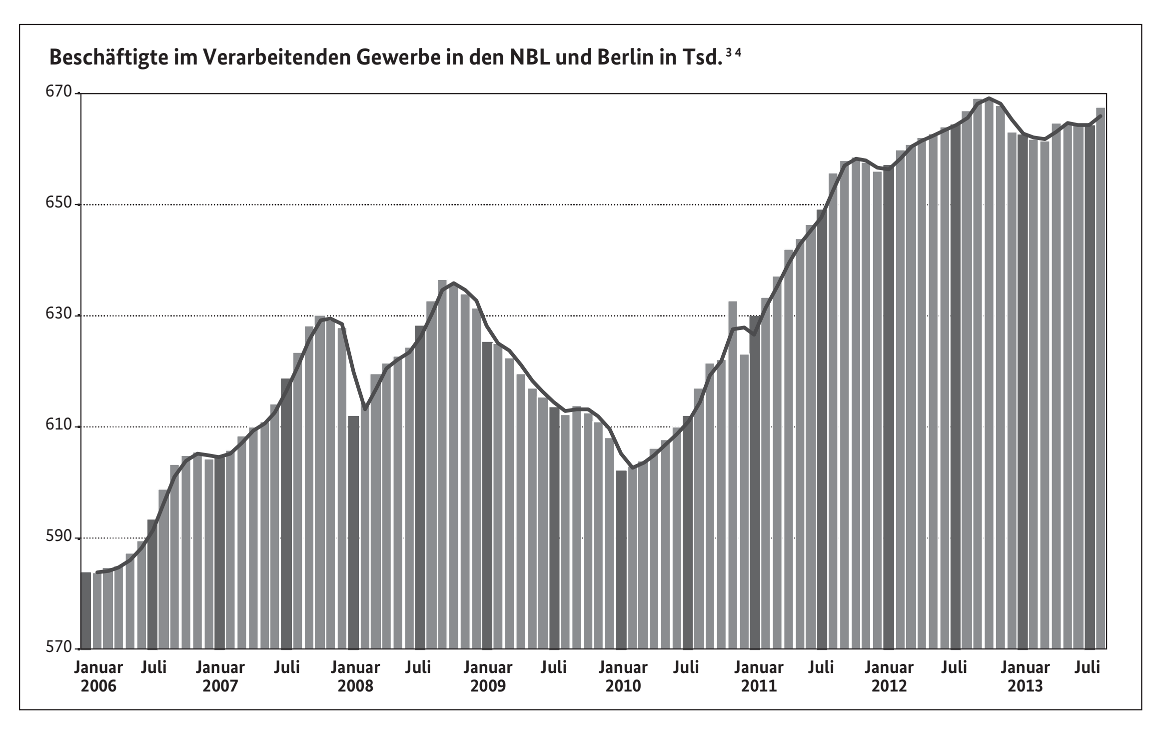
	Neue Bundesländer mit Berlin							Alte Bundesländer ohne Berlin						
	2005	2006	2007	2008	2009	2011	2012	2005	2006	2007	2008	2009	2011	2012
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	**85,2**	**92,7**	**100,2**	**100,8**	**91,3**	**108,7**	**106,8**	**95,8**	**102,8**	**108,8**	**109,5**	**89,4**	**107,3**	**106,1**
Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauhauptgewerbe)	**84,2**	**92,3**	**100,3**	**101,3**	**90,8**	**108,9**	**106,9**	**95,6**	**102,6**	**108,7**	**109,4**	**89,3**	**107,5**	**106,3**
Vorleistungsgüter	84,0	93,2	99,4	100,9	88,9	111,0	108,3	94,5	105,2	110,4	109,3	86,6	105,6	102,8
Investitionsgüter	74,7	84,2	98,0	102,9	86,5	111,4	111,0	96,0	101,6	109,8	112,6	88,8	111,6	112,4
Gebrauchsgüter	95,2	101,6	99,8	100,1	96,5	110,1	104,5	104,1	111,6	111,7	108,0	90,6	103,7	99,8
Verbrauchsgüter	99,5	103,3	105,9	99,7	100,8	101,0	98,4	95,4	96,8	100,4	101,4	97,3	100,9	98,7
Konsumgüter	99,1	103,2	105,4	99,8	100,4	102,0	99,1	96,8	99,3	102,3	102,5	96,3	101,4	98,9
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	108,4	110,8	104,6	106,3	100,6	104,3	101,1	117,5	111,6	148,4	130,9	109,2	99,0	92,6
Verarbeitendes Gewerbe	**84,9**	**92,4**	**100,2**	**100,7**	**91,2**	**108,8**	**106,9**	**95,5**	**102,7**	**108,3**	**109,2**	**89,2**	**107,4**	**106,3**
Kohlenbergbau	102,6	102,6	104,1	102,6	99,0	103,2	106,4	134,6	122,9	128,6	114,5	104,0	96,8	88,0
Gewinnung von Erdöl und Erdgas	147,3	126,2	103,5	108,7	103,6	96,6	89,9	174,2	172,0	192,9	129,3	118,1	99,0	91,7
Gewinnung von Steinen und Erden, sonst. Bergbau	108,2	115,6	105,2	109,2	101,7	107,8	96,7	97,1	103,4	98,6	96,9	91,1	106,1	102,8
Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln	95,6	101,8	105,7	98,3	101,0	99,1	98,8	92,7	93,7	96,7	98,4	97,3	99,5	99,5
Getränkeherstellung	105,8	110,5	107,0	106,3	102,2	104,4	103,5	108,3	109,6	104,4	102,5	98,0	102,8	102,5
Tabakverarbeitung	203,0	187,5	188,7	94,4	93,5	72,6	29,3	159,7	155,2	147,5	139,8	136,0	110,1	116,5
Herstellung von Textilien	104,9	104,8	111,3	107,8	89,5	102,7	97,0	116,9	115,5	116,1	111,1	89,5	99,8	92,2
Herstellung von Bekleidung	166,0	146,8	132,2	126,7	115,2	98,5	88,6	170,2	146,0	134,6	114,3	99,6	98,6	89,6
Herstellung von Leder, Lederwaren und Schuhen	92,4	94,4	104,5	101,3	79,8	117,2	114,6	95,5	91,2	102,5	94,4	94,1	103,3	93,1
Herstellung von Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren (ohne Möbel)	97,2	106,1	103,3	98,7	90,9	104,3	105,9	103,7	109,7	108,7	107,6	94,6	114,2	113,4
Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus	85,2	95,0	99,3	101,2	95,6	101,6	101,2	92,5	95,4	100,0	100,1	92,0	97,6	95,0
Herstellung von Druckerzeugnissen; Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern	67,3	72,6	76,6	78,4	95,6	107,2	108,4	103,6	105,0	106,6	107,3	99,7	101,5	97,4
Kokerei und Mineralölverarbeitung	102,4	98,5	98,9	90,1	100,6	102,8	103,0	114,0	113,8	112,9	114,1	101,0	97,1	98,9
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	90,4	94,2	100,4	99,9	88,3	106,1	101,0	99,0	101,6	103,6	99,1	84,5	98,8	96,3
Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen	77,8	79,5	89,5	113,7	109,6	106,4	107,1	80,9	86,0	94,6	100,6	98,4	103,7	100,7
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	79,4	88,1	94,5	97,7	88,5	102,4	100,0	94,9	98,3	104,0	100,4	88,3	104,5	102,7
Herstellung von Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen u. Erden	86,9	94,7	97,7	94,8	89,5	109,7	106,8	101,0	105,8	108,5	105,3	94,5	108,6	103,4
Metallerzeugung und -bearbeitung	82,5	93,4	97,5	96,5	83,4	106,1	103,9	105,5	113,3	117,4	116,0	82,5	101,5	97,2
Herstellung von Metallerzeugnissen	78,8	85,8	97,1	104,9	90,0	115,3	114,5	97,7	103,9	110,7	112,3	86,9	110,4	108,8
Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	62,4	74,9	88,3	90,3	90,9	130,0	125,9	77,9	91,9	102,6	112,1	85,4	112,7	112,0
Herstellung von elektrischen Ausrüstungen	97,8	108,4	113,2	115,6	93,2	111,5	110,4	94,4	129,4	129,5	125,1	84,5	107,7	103,4
Maschinenbau	77,5	98,0	122,3	127,3	87,0	114,3	117,6	97,6	104,5	115,7	120,9	90,0	113,0	114,3
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	68,4	79,1	92,0	89,8	76,6	111,6	105,2	100,4	102,3	108,2	103,8	80,8	112,0	111,2
Sonstiger Fahrzeugbau	78,2	78,7	88,9	98,0	94,4	106,9	112,1	88,3	96,2	99,8	107,3	106,8	114,2	120,3
Herstellung von Möbeln	103,0	108,5	106,1	101,8	102,7	106,3	103,9	106,4	114,6	114,5	113,6	97,5	102,8	101,2
Herstellung von sonstigen Waren	86,5	90,2	89,3	92,1	93,1	102,4	103,2	88,4	94,7	99,1	100,1	92,8	104,1	108,0
Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen	58,3	57,7	65,1	79,9	80,8	104,3	103,1	78,8	83,9	93,6	108,0	99,4	106,1	107,7
Bauhauptgewerbe	**97,4**	**99,8**	**101,7**	**100,1**	**100,2**	**114,3**	**108,9**	**89,7**	**95,3**	**98,4**	**99,8**	**99,2**	**112,7**	**111,9**
Hochbau	95,5	98,6	101,2	99,2	99,7	114,5	111,7	89,0	95,3	98,3	98,7	97,7	113,3	113,5
Tiefbau	100,1	101,4	102,4	101,3	100,8	114,0	105,5	91,0	95,4	98,6	101,8	101,9	111,8	109,0

Anmerkungen: Wirtschaftszweige gemäß WZ 2008, Basisjahr: 2010; Daten für Betriebe mit mehr als 50 Beschäftigten

Quelle: Statistisches Bundesamt

3.2 Entwicklung der Zahl der Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

Jahr	Deutschland	Alte Bundesländer	Neue Länder und Berlin	Deutschland	Alte Bundesländer	Neue Länder und Berlin
	Beschäftigte in 1.000			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
1997 [1]	6.416	5.834	581	-1,6	-1,7	-1,1
1998 [1]	6.405	5.817	588	-0,2	-0,3	1,1
1999 [1]	6.368	5.773	596	-0,6	-0,8	1,3
2000 [1]	6.376	5.764	613	0,1	-0,2	2,9
2001 [1]	6.390	5.764	627	0,2	0,0	2,3
2002 [1]	6.209	5.584	624	-2,9	-3,2	-0,4
2003 [1]	6.133	5.500	633	-2,6	-2,9	0,2
2004 [1]	6.015	5.376	640	-1,9	-2,3	1,1
2005 [2]	5.928	5.208	720	-1,4	-1,6	-0,3
2006 [2]	5.893	5.164	730	-0,6	-0,8	1,3
2006 [3]	5.221	4.627	594	.	.	.
2007 [3]	5.305	4.687	617	1,6	1,3	4,0
2008 [3]	5.428	4.781	647	2,3	2,0	4,8
2008 [3 4]	5.279	4.653	626	.	.	.
2009 [3 4]	5.124	4.508	616	-2,9	-3,1	-1,5
2010 [3 4]	4.999	4.386	613	-2,4	-2,7	-0,6
2011 [3 4]	5.142	4.495	647	2,9	2,5	5,6
2012 [3 4]	5.261	4.597	664	2,3	2,3	2,6



1 Neue Länder mit Berlin-Ost, alte Länder: mit Berlin-West; Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten
2 Neue Länder mit Berlin, alte Länder: ohne Berlin; Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten
3 Neue Länder mit Berlin, alte Länder: ohne Berlin; Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten,
4 ab 2008 gem. WZ 2008

Quelle: Statistisches Bundesamt (Monatsbericht im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe)

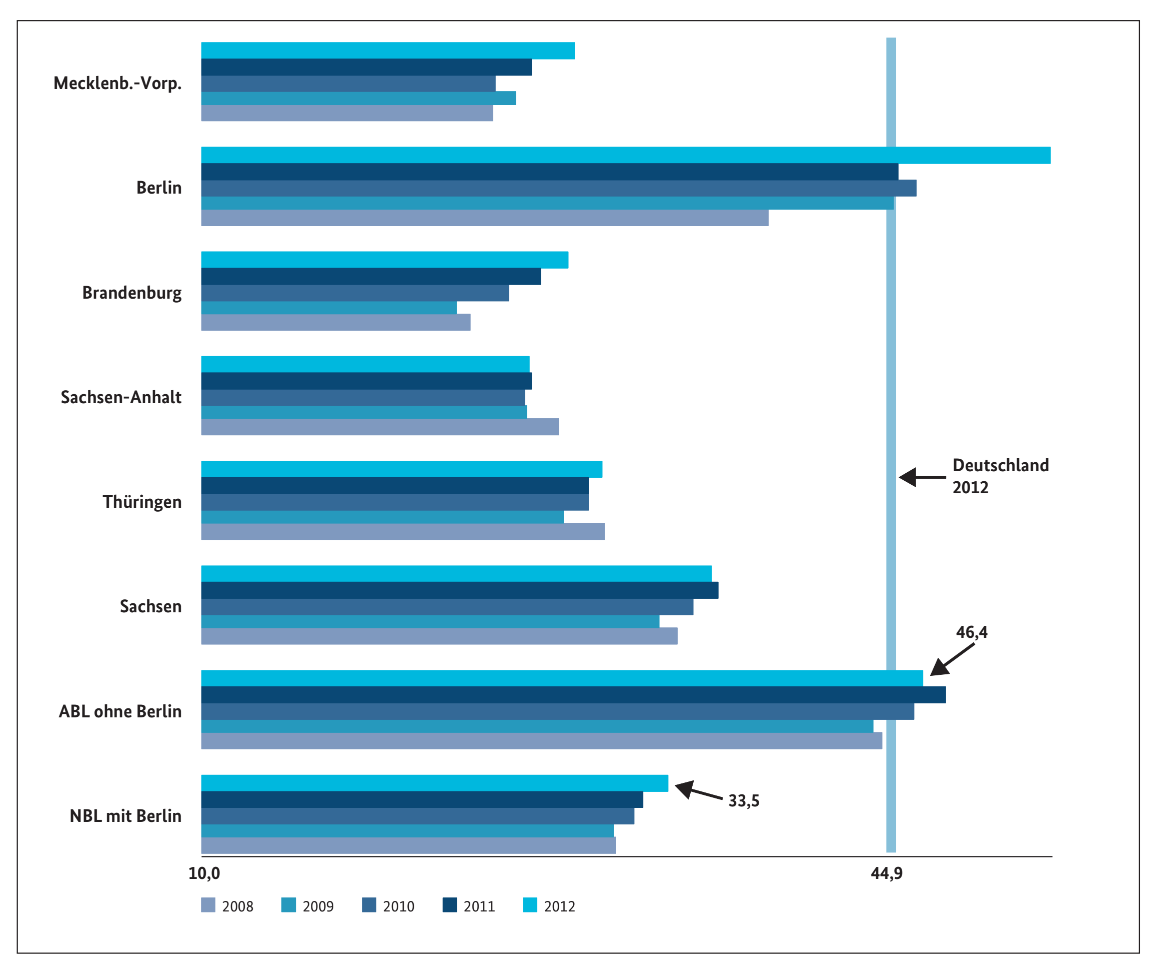
3.3 Anzahl der Baugenehmigungen und Baufertigstellungen im Wohnungsbau[1] in den neuen Ländern und Berlin[2]

Jahr	Baugenehmigungen[3]	dar. Neubauten	Baufertigstellungen[3]	dar. Neubauten
1991	5.484	5.144	16.670	16.430
1992	26.525	24.640	11.477	11.302
1993	82.529	77.138	23.598	21.879
1994	126.088	116.561	67.704	62.495
1995	180.011	164.010	104.214	95.872
1996	186.155	165.074	143.366	130.421
1997	155.368	133.606	177.829	160.783
1998	113.973	91.693	128.447	110.748
1999	91.874	73.267	102.865	82.963
2000	66.104	54.886	86.284	70.533
2001	50.036	42.719	58.254	48.558
2002	42.103	36.368	49.007	41.339
2003	44.568	39.434	41.836	36.222
2004	38.680	33.723	39.718	35.263
2005	33.025	29.383	35.544	31.170
2006	35.449	30.501	33.695	29.461
2007	27.549	22.343	26.931	23.258
2008	31.286	23.480	25.705	21.135
2009	29.119	23.326	24.232	19.107
2010	27.113	22.480	23.134	19.544
2011	34.378	28.613	25.531	21.433
2012	36.423	30.405	29.296	25.178

1 Wohn- u. Nichtwohngebäude.
2 Bis Berichtsjahr 2004: Neue Länder und Berlin-Ost
3 Einschl. Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden.

Quelle: Statistisches Bundesamt

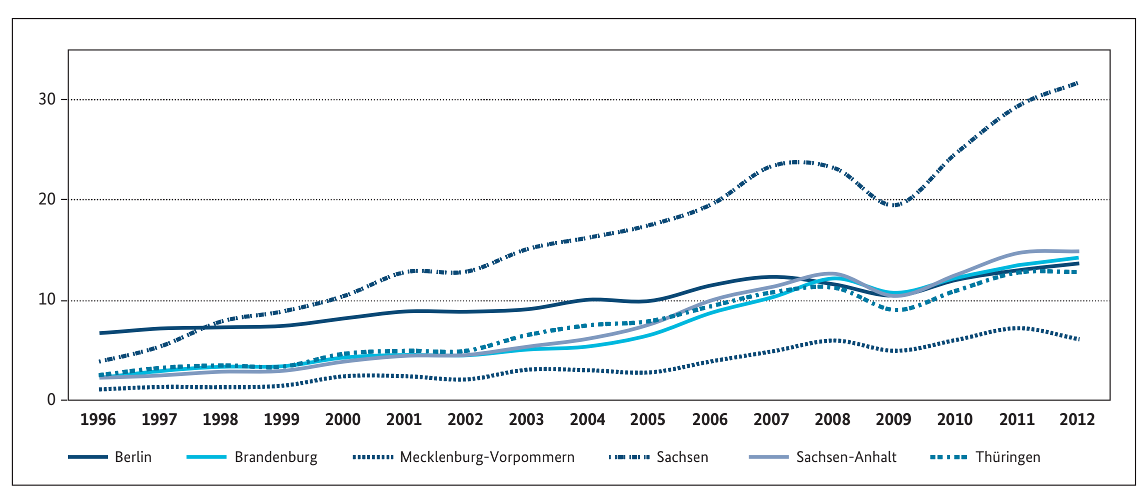
3.4 Exportquote [1] im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe (in %)



1 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz; Betrieben mit 20 und mehr Beschäftigten, WZ 2008

Quelle: Statistisches Bundesamt

3.5 Ausfuhr nach Bundesländern (Spezialhandel – in Mrd. Euro)



Quelle: Statistisches Bundesamt (Bundesländer ohne Restposten). Vergleichbarkeit der Daten ab 2009 zu Vorjahren ist eingeschränkt.

4. Arbeitsmarktdaten

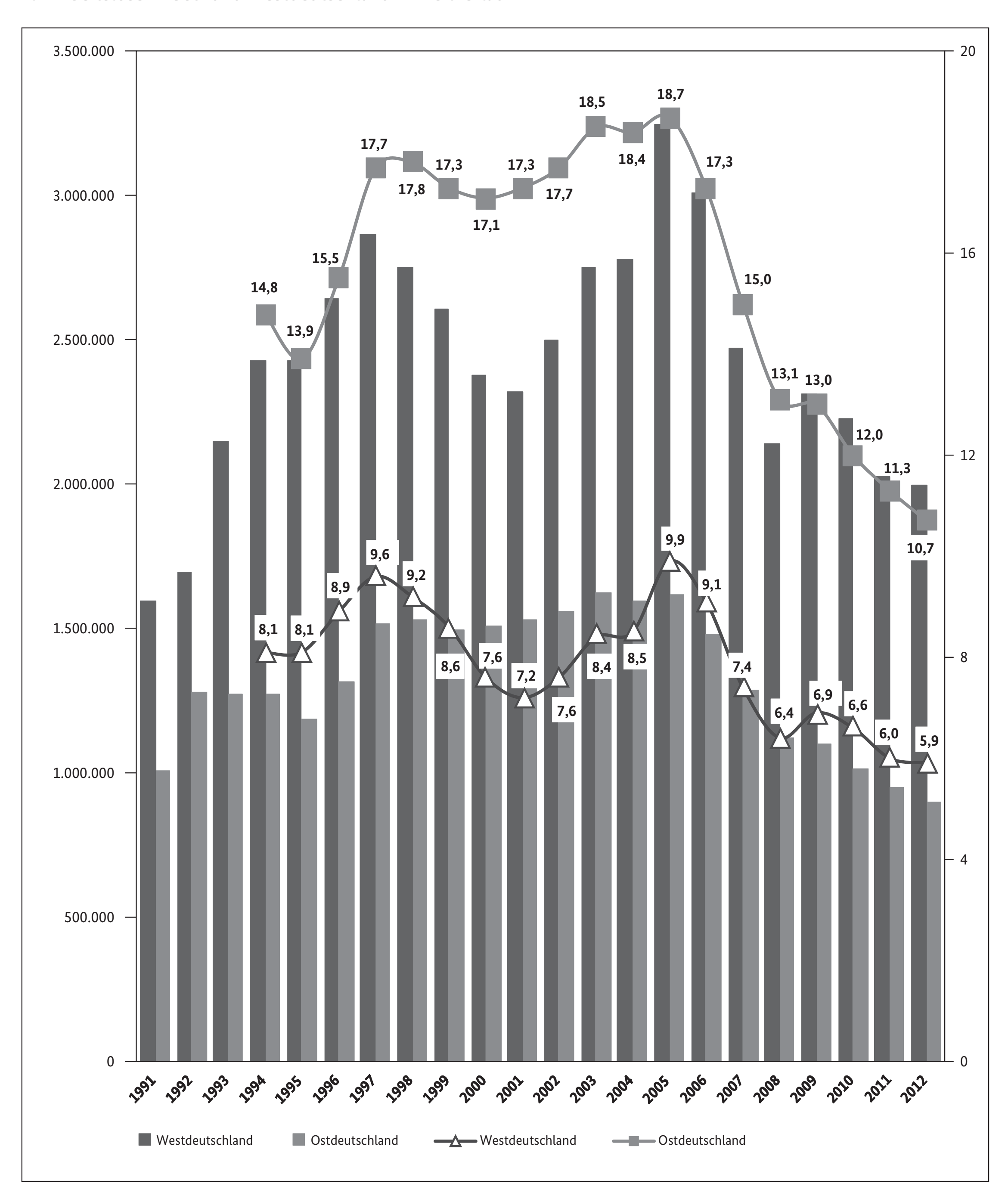
4.1 Eckwerte des Arbeitsmarktes für die neuen Länder[1] – September 2013 –

Merkmal	2013				Veränderung gegenüber Vorjahresmonat (Arbeitslosenquote Vorjahreswerte)			
	Sept.	August	Juli	Juni	Sept.		August	Juli
					absolut	in %	in %	in %
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte[2]			**5.511.500**	**5.506.600**			-	**0,9**
Arbeitslose	**811.608**	**838.771**	**837.704**	**835.979**	**-23.877**	**-2,9**	**-3,5**	**-3,7**
26,6 % Rechtskreis SGB III	215.785	224.768	224.681	221.644	-5.527	-2,5	-1,8	-0,1
73,4 % Rechtskreis SGB II	595.823	614.003	613.023	614.335	-18.350	-3,0	-4,1	-5,0
dar.: 53,5 % Männer	434.515	447.722	451.234	456.624	-10.261	-2,3	-2,9	-2,9
46,5 % Frauen	377.093	391.049	386.470	379.355	-13.616	-3,5	-4,1	-4,7
8,9 % 15 bis unter 25 Jahre	71.857	77.957	75.604	69.070	-9.222	-11,4	-12,1	-9,8
(1,5 % dar.: 15 bis unter 20 Jahre)	11.830	13.893	12.370	10.370	-1.078	-8,4	-11,7	-6,0
35,1 % 50 Jahre und älter[3]	284.515	290.469	291.454	295.826	(1224)	(0,4)	(0,0)	(-0,6)
(21,4 % 55 Jahre und älter)[3]	174.077	177.205	177.462	179.855	(4557)	(2,7)	(2,5)	(2,0)
Arbeitslosenquoten bezogen auf								
alle zivilen Erwerbspersonen insgesamt	9,6	9,9	9,9	9,9	9,9	-	10,3	10,3
Männer	9,7	10,0	10,1	10,2	10,0	-	10,4	10,5
Frauen	9,4	9,8	9,7	9,5	9,8	-	10,2	10,2
15 bis unter 25 Jahre	9,7	10,5	10,2	9,3	10,2	-	11,2	10,6
15 bis unter 20 Jahre	8,8	10,3	9,2	7,7	9,2	-	11,2	9,4
50 bis unter 65 Jahre	10,5	10,7	10,8	10,9	10,9		11,2	11,3
55 bis unter 65 Jahre	11,2	11,4	11,4	11,6	11,4		11,7	11,7
abhängige zivile Erwerbspersonen insgesamt	10,8	11,1	11,1	11,1	11,1	-	11,5	11,8
Unterbeschäftigungsquote (ohne Kurzarbeit)	**13,0**	**13,3**	**13,3**	**13,3**				
Leistungsempfänger[4]								
Arbeitslosengeld bei Arbeitslosigkeit	203.445	209.034	210.491	207.683	1.319	0,7	1,1	2,4
erwerbsfähige Leistungsberechtigte	**1.396.835**	**1.413.028**	1.424.146	**1.429.429**	-33.635	-2,4	-2,6	-2,2
nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte	475.491	478.564	479.977	480.544	-5.402	-1,1	-1,4	-0,9
Hilfequote erwerbsfähige Leistungsberechtigte	13,4	13,6	13,7	13,6	13,6	-	13,8	13,8
Gemeldete Arbeitsstellen								
Zugang im Monat	32.207	33.249	33.948	32.552	-1.872	-5,5	-3,2	4,7
Zugang seit Jahresbeginn	280.953	248.746	215.497	181.549	-28.988	-9,4	-9,8	-10,8
Bestand[5]	83.608	83.314	82.628	81.099	-1.006	-1,2	-2,6	-5,0
Teilnehmer an Maßnahmen aktiver Arbeitsmarktpolitik								
Bestand insgesamt	272.334	268.264	277.234	283.447	-27.768	-9,3	-5,8	-5,5
dar.: Aktivierung und berufliche Eingliederung	40.365	40.303	41.764	42.738	4.075	11,2	24,7	30,0
Berufswahl und Berufsausbildung	28.279	28.281	34.845	39.240	-8.528	-23,2	-11,1	-10,8
Berufliche Weiterbildung	47.123	44.895	47.086	50.236	1.753	3,9	6,2	8,5
Aufnahme einer Erwerbstätigkeit	45.883	46.286	46.632	46.094	-13.351	-22,5	-24,3	-28,2
bsd. Maßnahmen zur Teilhabe beh. Menschen	17.370	15.728	15.996	16.603	-1.404	-7,5	-5,7	-7,3
Beschäftigung schaffende Maßnahmen	88.824	88.057	86.888	84.308	-9.009	-9,2	-7,4	-4,8
Freie Förderung/Sonstige Förderung	4.490	4.714	4.023	4.228	-1.304	-22,5	-14,1	-25,0
			Veränderung gegenüber dem Vormonat					
Saisonbereinigte Entwicklung[6]	**Sep. 13**	**Aug. 13**	**Juli 13**	**Juni 13**	**Mai 13**	**April 13**	**März 13**	**Feb. 13**
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte			7.000	2.000	2.000	8.000	-6.000	9.000
Arbeitslose	4.000	2.000	-6.000	-6.000	-1.000	0	1.000	-6.000
Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit)	-4.000	-4.000	-7.000	-6.000	-7.000	1.000	-1.000	-6.000
gemeldete Arbeitsstellen	1.000	1.000	1.000	0	0	-1.000	-1.000	-1.000
Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen	10,2	10,2	10,2	10,2	10,3	10,4	10,4	10,4

1 Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen;
2 Bestand, vorläufige hochgerechnete Werte
3 Einschließlich Arbeitsloser über 65 Jahre gem. § 235 SGB VI (Anhebung der Regelaltersgrenze), Vorjahresvergleich eingeschränkt
4 Endgültige Werte stehen erst mit einer Wartezeit fest. Am aktuellen Rand können die Daten aufgrund von Erfahrungswerten überwiegend hochgerechnet werden.
5 Den Arbeitsagenturen waren im 2. Quartal 2013 lt. Umfrage bei Betrieben 54 Prozent des gesamten Stellenangebots gemeldet.
6 Datengrundlage: Statistik der BA und Saisonbereinigungsverfahren durch die Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

4.2 Arbeitslose in Ost- und Westdeutschland im Zeitverlauf



linke Skala: Arbeitslose Personen
rechte Skala: Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

4.3 Ausgewählte arbeitsmarktpolitische Instrumente in den neuen Ländern (mit Förderinformationen der zkT) – durchschnittlicher Bestand in Tausend –

Instrumente der Arbeitsmarktpolitik[2]	Bestand							
	2012	2011	2010	2009	2008	2007	2006	2005[1]
nachrichtlich: Arbeitslose	**897**	**950**	**1.011**	**1.101**	**1.120**	**1.285**	**1.480**	**1.614**
Aktivierung und berufliche Eingliederung	***34***	***40***	***51***	***64***	***33***	***22***	***37***	***50***
Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung	34	39	50	32	-	-	-	-
dar. Maßnahme bei einem Arbeitgeber	4	4	5	5	-	-	-	-
Probebeschäftigung behinderter Menschen	0	0	0	0	0	0	0	0
Beauftragung Dritter mit der Vermittlung	-	-	0	31	30	15	34	47
Beauftragung vonTräger mit Eingliederungsmaßnahmen	-	-	0	1	3	7	3	3
Berufswahl und Berufsausbildung[7]	***48***	***72***	***83***	***82***	***78***	***77***	***81***	***84***
Berufsorientierungsmaßnahmen	5	19	23	15	8	1	0	0
Berufseinstiegsbegleitung[5]	8	7	5	3	-	-	-	-
Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen	9	11	13	14	16	19	20	23
Ausbildungsbegleitende Hilfen	5	5	5	6	6	6	7	9
Außerbetriebliche Berufsausbildung	16	23	30	35	40	42	44	46
Zuschüsse zur Ausbildungsvergütung für behinderte und schwerbehinderte Menschen	1	1	1	2	2	2	2	2
Zuschuss für Schwerbehinderte im Anschluss an Aus- und Weiterbildung	0	0	0	0	0	0	0	0
Einstiegsqualifizierung	2	2	2	2	3	0	-	-
Ausbildungsbonus	2	3	4	3	1	-	-	-
sozialpädagogische Begleitung, Ausbildungsmanagement	0	0	0	0	0	0	0	0
Übergangshilfen/Aktivierungshilfen	-	0	0	2	2	3	3	1
Einstiegsqualifizierung Jugendlicher (Nationaler Ausbildungspakt)	-	-	0	0	0	3	4	3
Berufliche Weiterbildung	***47***	***55***	***66***	***77***	***75***	***65***	***62***	***60***
Maßnahmen zur beruflichen Weiterbildung	43	51	61	61	49	42	39	38
allgemeine Maßnaßnahmen zur Weiterbildung Reha	2	2	2	2	0	0	0	-
Arbeitsentgeltzuschuss zur beruflichen Weiterbildung Beschäftigter	1	1	2	2	1	1	1	1
ESF-Qualifizierung während Kurzarbeit	0	0	1	2	0	-	-	-
Eignungsfeststellung/Trainingsmaßn.	-	-	0	10	24	23	22	21
Eignungsfeststellung/Trainingsmaßnahmen Reha	-	-	0	0	0	0	0	0
Aufnahme einer Erwerbstätigkeit	***66***	***94***	***118***	***125***	***129***	***143***	***156***	***156***
Förderung abhängiger Beschäftigung	**46**	**61**	**81**	**86**	**73**	**60**	**52**	**49**
Eingliederungszuschuss	32	40	53	58	53	44	36	32
Eingliederungszuschuss für besonders betroffene Schwerbehinderte	4	5	5	4	4	4	5	8
Einstiegsgeld bei abhängiger sv-pflichtiger Erwerbstätigkeit	2	3	4	4	4	4	4	1
Beschäftigungszuschuss	2	5	12	12	4	0	-	-
Entgeltsicherung für Ältere	5	7	6	5	4	3	1	-
Personal-Service-Agenturen	-	0	0	0	1	1	2	4
Einstellungszuschuss für Neugründungen	-	-	0	1	2	3	3	4
Einstellungszuschuss bei Vertretung (Job-Rotation)	-	-	-	0	0	0	0	0
Qualifizierungszuschuss für jüngere Arbeitnehmer	0	0	0	0	0	0	-	-
Eingliederungsgutschein	1	1	2	1	0	-	-	-
Beschäftigung begleitende Eingliederungshilfen	-	-	0	0	1	1	1	0
Förderung der Selbständigkeit	**21**	**33**	**37**	**39**	**56**	**83**	**105**	**107**
Einstiegsgeld bei selbständiger Erwerbstätigkeit	3	4	5	6	8	9	8	2
Leistungen zur Eingliederung von Selbständigen[5]	1	-	-	-	-	-	-	-
Gründungszuschuss	17	29	32	30	31	22	2	-
Überbrückungsgeld für Selbständige	-	-	-	-	-	1	15	20
Existenzgründerzuschuss (Ich-AG)	-	-	-	3	17	51	80	85



Instrumente der Arbeitsmarktpolitik [2]	Bestand							
	2012	2011	2010	2009	2008	2007	2006	2005 [1]
Besondere Maßnahmen zur Teilhabe behinderter Menschen	***18***	***20***	***22***	***23***	***25***	***26***	***27***	***28***
besondere Maßnahmen zur Weiterbildung Reha	3	3	3	3	4	4	5	7
Eignungsabklärung/Berufsfindung Reha	0	0	0	0	0	0	0	0
besondere Maßnahmen zur Ausbildungsförderung Reha	10	10	12	13	14	14	15	15
Einzelfallförderung Reha	0	0	0	0	-	0	0	0
individuelle rehaspezifische Maßnahmen	5	5	6	7	7	7	7	6
unterstützte Beschäftigung Reha	1	1	0	0	-	-	-	-
Beschäftigung schaffende Maßnahmen	***83***	***92***	***152***	***165***	***181***	***181***	***201***	***168***
Arbeitsgelegenheiten	66	86	150	152	148	147	159	102
dar. Variante Mehraufwand	60	70	116	124	135	136	147	96
Förderung von Arbeitsverhältnissen	0	-	-	-	-	-	-	-
Beschäftigungsphase Bürgerarbeit	16	6	-	-	-	-	-	-
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	0	0	2	13	32	31	36	36
traditionelle Strukturanpassungsmaßnahmen	-	-	-	-	1	2	6	12
Beschäftigung schaffende Infrastrukturmaßn.	-	-	-	-	0	1	1	1
Sopro Arbeit für Langzeitarbeitslose	-	-	-	-	-	-	-	2
Arbeitsgelegenheiten d. Alhi-Initiative	-	-	-	-	-	-	-	14
Sonderprogramm 'Jump Plus'	-	-	-	-	-	-	-	1
Freie Förderung/Sonstige Förderung	***6***	***6***	***8***	***11***	***38***	***49***	***35***	***17***
Freie Förderung SGB II	6	6	7	3	-	-	-	-
Freie Förderung SGBIII	0	0	0	2	4	6	7	8
sonstige weitere Leistungen	0	0	1	6	34	44	27	7
Deutsch-Sprachförderung	-	-	-	-	-	-	-	1
Europäischer Globalisierungsfonds [4]	0	0	0	-	-	-	-	-
Summe der Instrumente	***301***	***378***	***500***	***547***	***558***	***563***	***599***	***563***
Altersteilzeit (nur BA-Förderfälle)	14	14	15	15	16	17	17	16
Teilnehmer insgesamt	***315***	***392***	***515***	***563***	***574***	***580***	***616***	***579***
nachrichtlich:								
kommunale Eingliederungsleistungen [3]		8	8	9	8	5	1	0
Kurzarbeiter (Summe aller Anspruchsgrundlagen)	...	37	90	151	21	16	13	25

1 ohne Daten der zugelassenen kommunalen Träger (zkT).
2 Durch Revisionen in den vergangenen Jahren können sich Unterschiede zu Auswertungen mit früherem Datenstand ergeben.
3 Es ist von einer Untererfassung auszugehen, so haben bundesweit für Jan. – Dez. 2012 (Datenstand März 2013) nur ca. 67 % der Träger Daten zum Einsatz der komm. Eingliederungsleist. erfasst.
4 Aufgrund verspäteter Erfassung der vom 01.11.2009 bis 30.06.2010 durchgef. Maßnahmen werden 1740 Eintritte von Teilnehmern in der Statistik nicht nachgewiesen. Die Statistik zu EGF-Teilnahmen bildet ab BM Aug. 2010 das Fördergeschehen vollständig ab.
5 Aus technischen Gründen werden nicht alle Teilnahmen erfasst. Es ist von einer Untererfassung der Teilnahmen auszugehen.
6 Zum gesamten Umfang der Förderung der Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben sind Erläuterungen in den methodischen Hinweisen enthalten.
7 Entgegen der Standardtabellen zu arbeitsmarktpolitischen Instrumneten der Statistik der BA mit Ergebnissen zu Teilnahmen an Berufsorientierungsmaßnahmen nach § 48 SGB III.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

5. Hauptförderinstrumente

5.1 Inanspruchnahme ausgewählter Förderinstrumente für die neuen Länder (Stand: Dezember 2012)

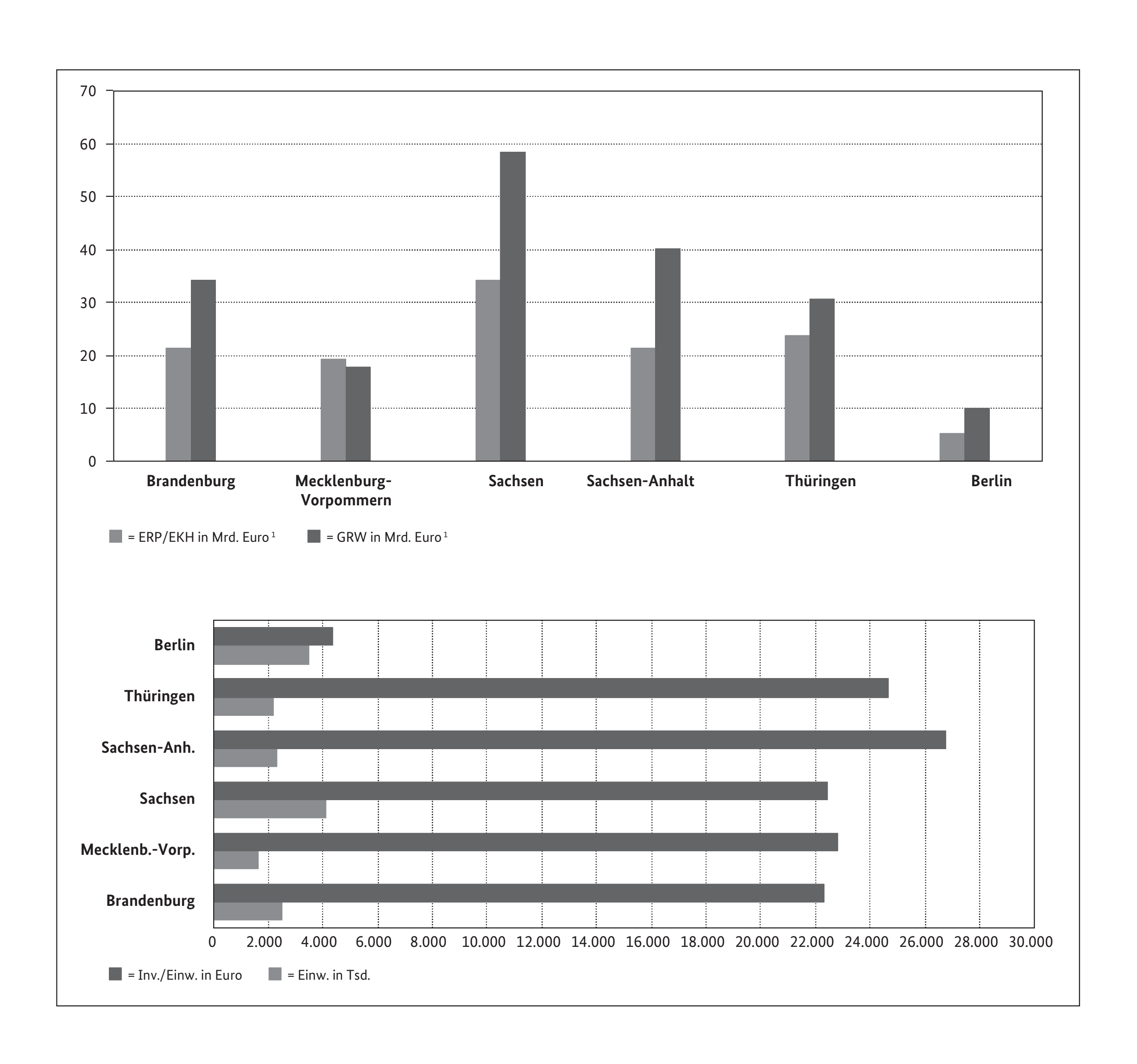
	1995		2000		2005		2006		2007		2008		2009		2010		2011		2012		Kumuliert seit […]	
	Anz.	Mio €	Anz.	Mio. €	Anz.	Mio. €	Anz.	Mio. €	Anz.	Mio €	Anz.	Mio. €	Anz.	Mio €	Anz.	Mio. €	Anz.	Mio. €	Anz.	Mio. €	Anzahl	Mio. €
																					[März 1990]	
ERP-Kredite für Existenzgründungen und Investitionen (einschl. EKH)																						
Zusagen	15.386	3.520	7.539	1.522	1.098	1.242	1.252	1.247	1.537	1.323	6.916	961	1.957	566	1.206	652	266	199	179	29	481.897	53.490
Investitionsvolumen	-	8.700		4.179	-	2.400	-	2.200		2.323		1.687		993		1.144		349		51		125.315
																					[Oktober 1990]	
Wohnraum-Modernisierungsprogramm[1] zugesagte Kredite (Teil I und II)	53.900	4.880	8.643	1.299	2.890	310	7.014	620	5.706	579	12.280	626									763.215	45.738
																					[Januar 1991]	
Regionalförderung (GRW und EFRE)																						
gewerbliche Wirtschaft																						
Zusagen	4.549	4.302	3.848	3.336	1.910	1.091	2.420	1.555	2.309	1.169	2.229	1.212	2.156	1.104	2.301	1.290	1.823	985	1.453	1.030	75.024	39.170
Investitionsvolumen	-	10.016		7.339	-	5.481	-	8.657		6.390		6.957		5.504		5.892		4.930		6.234	-	191.794
wirtschaftsnahe Infrastruktur																						
Zusagen	896	4.007	424	1.235	362	517	307	250	241	332	342	640	355	467	283	357	178	175	205	191	13.088	19.954
Investitionsvolumen	-	3.064		938	-	711	-	321		403		845		625		474		286		280	-	29.199

1 Ergänzungsprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau, aus Haushaltsmitteln des Bundes im Zins verbilligt. Das Programm wurde zum Jahresende 2008 geschlossen.
Differenzen in den Summen sind rundungsbedingt.

Quelle: BMWi, BAFA

5.2 Regionale Aufteilung der durch GRW-Mittel (gewerbl. Wirtschaft) und ERP-Mittel (einschl. EKH-Mittel) geförderten Investitionen in den neuen Ländern (1990 bis Dezember 2012)

	ERP/EKH[1] in Mrd. Euro	GRW[1] in Mrd. Euro	Einwohner[2] in Tsd.	Investitionen/Einwohner Euro
Brandenburg	21,3	34,4	2.493	22.300
Mecklenburg-Vorpommern	19,4	17,8	1.631	22.800
Sachsen	34,1	58,5	4.128	22.400
Sachsen-Anhalt	21,4	40,2	2.303	26.700
Thüringen	23,9	30,8	2.214	24.700
Berlin	5,2	10,1	3.517	4.400
Gesamt	**125,3**	**191,8**	**16.286**	**19.500**



1 Nur in unter 5 % der Fälle werden Investitionen sowohl mit ERP/EKH-Mitteln als auch mit GRW-Mitteln gefördert.
2 am 30.06.2012

Quellen: BMWi, BAFA

6. Unternehmensgründungen und -liquidationen sowie Unternehmensinsolvenzen in den neuen Ländern seit 1991[1]

	1991	1993	1995	1997	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Unternehmensgründungen [2]	140.000	79.000	76.000	96.900	94.400	86.000	81.900	79.500	100.200	122.200	97.500	89.700	76.000	70.700	71.700	72.500	70.400	60.800
Unternehmensliquidationen [2]	11.000	41.000	49.000	76.300	81.300	78.000	75.600	74.200	80.200	78.500	83.500	79.100	76.300	75.500	69.800	65.400	65.700	65.400
Saldo Unternehmensneugründungen	**129.000**	**38.000**	**27.000**	**20.600**	**13.100**	**8.000**	**6.300**	**5.300**	**20.000**	**43.600**	**14.000**	**10.600**	**-300**	**-4.800**	**1.800**	**7.000**	**4.600**	**-4.600**
nachrichtlich:																		
Unternehmensinsolvenzen [3]	**392**	**2.327**	**5.874**	**8.126**	**7.567**	**8.047**	**8.506**	**8.847**	**7.575**	**7.296**	**7.104**	**5.736**	**4.471**	**4.392**	**4.812**	**4.273**	**3.902**	**3.546**
Verarbeitendes Gewerbe	131	423	776	998	836	788	856	869	887	783	665	527	386	345	457	394	344	347
Baugewerbe	27	461	1.893	3.137	3.078	3.253	3.360	3.176	2.347	2.275	2.086	1.559	1.209	1.088	1.108	872	845	731
Handel	57	682	1.438	1.532	1.278	1.379	1.345	1.610	1.306	1.247	1.257	1.003	766	809	843	746	589	567
Verkehr und Lagerei, Kommunikation	13	188	414	363	260	367	410	411	430	310	395	301	217	324	456	384	353	287
andere Dienstleistungen	53	484	1.224	1.914	1.904	2.067	2.340	2.587	2.411	2.492	2.545	2.211	1.797	1.732	1.858	1.780	1.677	1.541
sonstige Wirtschaftsbereiche [4]	111	89	129	182	211	193	195	194	194	189	156	135	96	94	90	97	94	73

1 Insolvenzen: vor 1999 neue Bundesländer incl. Berlin-Ost; ab 1999 neue Länder ohne Berlin
2 Gründungen, Liquidationen und Saldo (ohne Freie Berufe; neue Länder mit Berlin), Vergleichbarkeit der Daten durch Änderungen der IfM-Berechnungsmethode in 1997 und 2003 eingeschränkt
3 Vergleichbarkeit der Daten wegen Neuregelung der Insolvenzordnung 1999, Novellierung 2001 sowie Umstellung der Systematik der Wirtschaftszweige in 1995, 2003 und 2008 eingeschränkt
4 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei; Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden; Energieversorgung; Wasserversorgung, Entsorgung u.Ä.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Insolvenzen); Institut für Mittelstandsforschung, Bonn (Unternehmensgründungen und -liquidationen); nachrichtlich Gründungssaldo 1990: 110.000

7. FuE-Personal im Wirtschaftssektor

Jahr		insgesamt [1]	Anteil nBl an Deutschland gesamt in %	FuE-Personal		FuE-Potenziallücke der nBl bezogen auf Erwerbstätige in %
				je 10.000 der Bevölkerung	je 10.000 der Erwerbstätigen	
1995	alte Bundesländer	250.704		40	87	
	neue Bundesländer einschl. Berlin	32.612	11,5	18	43	-51
1997	alte Bundesländer	250.545		39	87	
	neue Bundesländer einschl. Berlin	35.725	12,5	20	47	-46
1999	alte Bundesländer	271.148		42	94	
	neue Bundesländer einschl. Berlin	35.545	11,6	20	47	-50
2001	alte Bundesländer	270.354		42	92	
	neue Bundesländer einschl. Berlin	36.903	12,0	21	50	-46
2003	alte Bundesländer	267.610		41	86	
	neue Bundesländer einschl. Berlin	30.463	10,2	18	42	-49
2005	alte Bundesländer	274.978		42	87	
	neue Bundesländer einschl. Berlin	29.525	9,7	18	41	-52
2007	alte Bundesländer	290.343		44	90	
	neue Bundesländer einschl. Berlin	31.510	9,8	19	43	-52
2009	alte Bundesländer	299.301		46	89	
	neue Bundesländer einschl. Berlin	33.190	10,0	20	44	-50
2011	alte Bundesländer	321.003		49	97	
	neue Bundesländer einschl. Berlin	36.126	10,1	22	49	-50

1 FuE-Personal in Vollzeitäquivalenten

Quelle: Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft (FuE-Datenreport 2013 und Vorgängerreports), Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“, eigene Berechnungen

8. Investitionstätigkeit

8.1 Anlageinvestitionen in den neuen Ländern [1] (in jeweiligen Preisen) in Mrd. Euro

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Bruttoanlageinvestitionen insg.	45,3	64,1	78,6	96,5	99,1	94,5	90,2	86,4	83,3	78,7	65,1	56,5	55,2	54,8	52,9	54,6	58,3	58,9	52,6	58,0
Investitionen in neue Ausrüstungen und sonstige Anlagen	19,5	22,4	24,0	26,6	27,6	28,1	27,1	29,0	30,3	31,3	26,1	21,3	20,3	22,5	22,4	25,0	27,3	27,9	22,0	25,9
Investitionen in Neue Bauten	26,6	42,7	55,9	71,2	72,9	68,1	64,8	59,1	54,9	48,9	40,6	36,7	36,2	33,9	32,1	31,4	32,8	32,8	32,3	32,1
Anteil der Bauinvestitionen an den Anlageinvestitionen insges. (in %)	58,8	66,7	71,1	73,8	73,6	72,0	71,8	68,4	65,9	62,2	62,4	64,9	65,7	61,9	60,6	57,4	56,3	55,8	61,4	55,3

1 Neue Länder ohne Berlin

Quelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“, Berechnungsstand: August 2012

8.2 Anlageinvestitionen [1] und Kapitalstock in den neuen Ländern [2] je Einwohner sowie Kapitalintensität [4] – alte Länder = 100 –

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Investitionen in neue Ausrüstungen und sonstige Anlagen [1]	55,7	67,3	85,8	99,4	103,7	103,2	94,1	92,4	90,1	85,7	71,6	62,5	61,7	67,2	64,4	66,5	67,0	67,3	65,9	71,8
Investitionen in Neue Baute [1]	72,1	108,6	145,1	179,7	185,7	181,6	177,2	155,6	140,3	124,7	106,1	102,0	0,1	100,3	98,4	87,5	88,0	85,9	86,9	82,5
Kapitalstock [3]	34,8	37,5	40,6	44,2	48,0	51,6	55,1	58,2	61,1	63,7	65,8	67,3	68,4	69,6	70,7	71,6	72,4	73,2		
Kapitalintensität [4]	36,5	44,2	47,9	50,0	52,6	56,5	60,9	64,8	68,5	73,1	76,6	78,3	79,0	80,0	81,4	81,8	82,2	83,0		

1 nach ESVG 1995; in jeweiligen Preisen nach Inlandskonzept
2 neue Länder und alte Länder jeweils ohne Berlin
3 alle Wirtschaftsbereiche, in Preisen von 2000 (WZ 2003)
4 definiert als Kapitalstock je Erwerbstätigen

Quelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“; Berechnungsstand: August 2012 (Kapitalstock, Kapitalintensität: Berechnungsstand: August 2010; Revision noch nicht erfolgt)

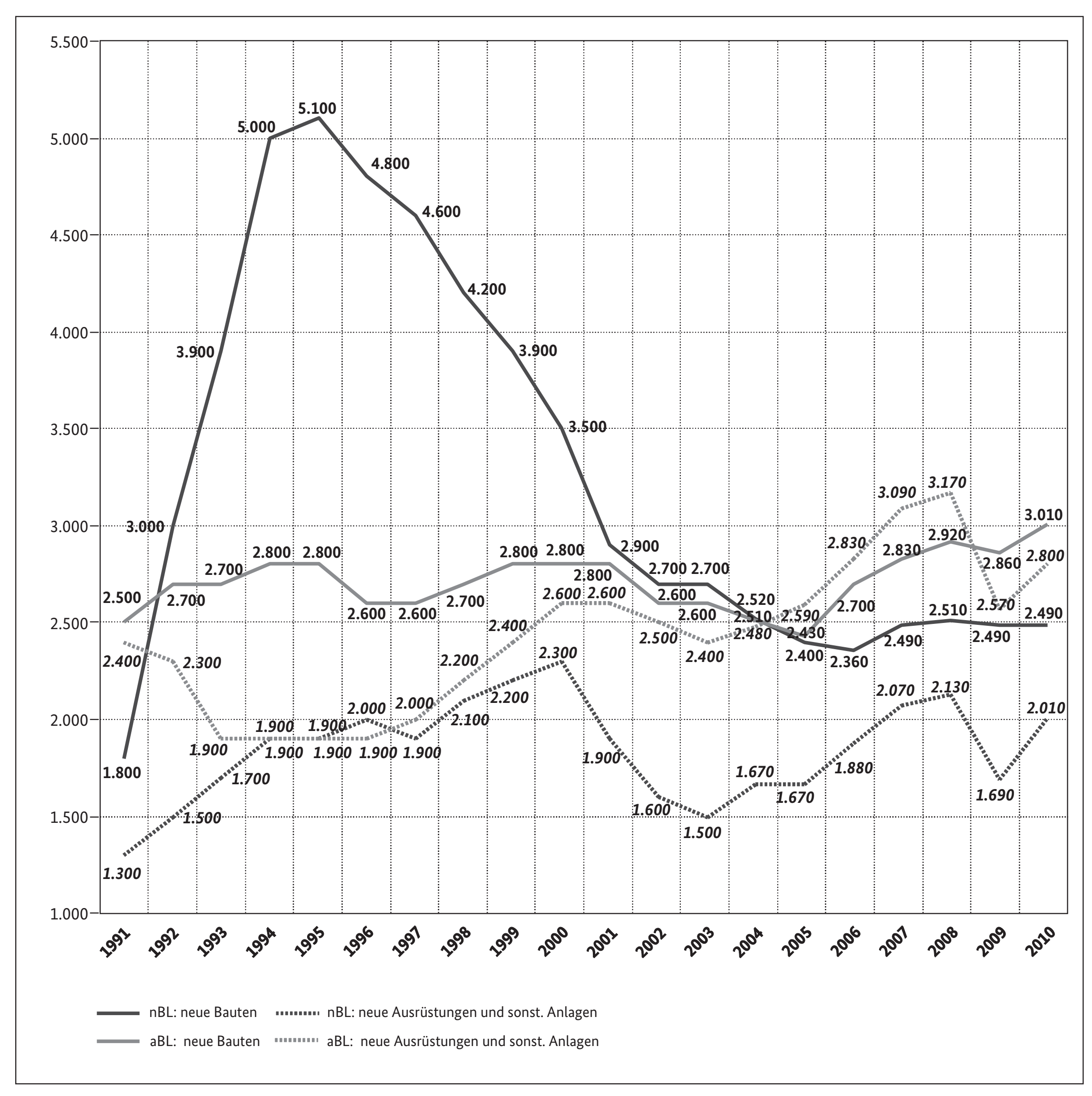
8.3 Sektorale Entwicklung der Investitionen in den neuen Ländern[1]

Sektoren	Investitionen in neue Anlagen in Mrd. Euro																			
	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Alle Wirtschaftsbereiche	**46,1**	**65,1**	**79,9**	**97,9**	**100,6**	**96,2**	**91,9**	**88,1**	**85,2**	**80,2**	**66,7**	**58,0**	**56,5**	**56,4**	**54,4**	**56,4**	**60,1**	**60,7**	**54,3**	**58,0**
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	**0,6**	**0,9**	**1,0**	**1,3**	**1,5**	**1,2**	**1,1**	**1,3**	**1,4**	**1,3**	**1,3**	**1,3**	**1,1**	**1,3**	**1,5**	**1,7**	**2,1**	**2,3**	**1,8**	**1,7**
Produzierendes Gewerbe[3]	**13,3**	**21,3**	**23,9**	**25,2**	**24,5**	**22,7**	**19,2**	**17,6**	**17,1**	**15,8**	**16,2**	**13,3**	**12,5**	**14,4**	**13,3**	**14,3**	**15,2**	**15,8**	**12,5**	**13,7**
Verarbeitendes Gewerbe					8,9	8,9	8,2	8,0	7,9	8,1	9,5	7,2	6,8	8,6	7,7	8,7	9,3	9,8	7,6	8,4
Baugewerbe					2,4	2,2	1,7	1,5	1,5	1,3	1,0	0,8	0,8	0,8	0,7	0,8	0,9	0,9	0,7	1,0
Dienstleistungsbereiche	**32,3**	**42,9**	**55,0**	**71,3**	**74,6**	**72,2**	**71,6**	**69,2**	**66,7**	**63,1**	**49,3**	**43,4**	**43,0**	**40,7**	**39,6**	**40,4**	**42,8**	**42,7**	**40,1**	**42,6**
Grundstücks- und Wohnungswesen					34,7	37,7	39,2	34,8	31,9	28,0	21,7	19,0	17,9	16,5	15,4	15,1	15,3	16,4	15,9	16,1
Handel, Verkehr+Lagerei, Gastgewerbe, IuK					12,9	9,8	8,7	8,5	9,0	8,6	7,1	5,9	6,2	6,5	7,5	8,8	9,2	8,7	7,6	9,5
Finanz.-, Versich., Unternehmensdienstlst., Grundstücks-/Wohnungswesen					41,8	45,1	47,2	44,1	41,3	38,2	27,1	22,5	20,9	19,8	18,6	18,3	19,2	20,3	19,8	21,0
Öffentliche und sonst. Dienstlst., Erziehung und Gesundheit, private Haushalte					19,9	17,3	15,6	16,6	16,7	16,3	15,0	15,0	15,8	14,4	13,6	13,3	14,3	13,6	12,7	12,1
	Veränderungen zum Vorjahr in %																			
	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Alle Wirtschaftsbereiche	.	**41,2**	**22,7**	**22,5**	**2,8**	**-4,4**	**-4,5**	**-4,1**	**-3,4**	**-5,8**	**-16,8**	**-13,0**	**-2,5**	**-0,3**	**-3,5**	**3,6**	**6,6**	**1,1**	**-10,6**	**6,8**
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	.	**56,6**	**13,1**	**31,2**	**9,9**	**-14,4**	**-8,6**	**12,8**	**5,0**	**-6,8**	**3,3**	**-1,1**	**-16,1**	**17,7**	**17,0**	**13,7**	**23,9**	**8,6**	**-22,0**	**-6,5**
Produzierendes Gewerbe	.	**60,4**	**12,3**	**5,4**	**-2,8**	**-7,3**	**-15,4**	**-8,1**	**-3,2**	**-7,2**	**2,0**	**-17,7**	**-6,2**	**15,3**	**-7,6**	**7,5**	**6,6**	**3,4**	**-20,9**	**10,0**
Verarbeitendes Gewerbe	.					0,0	-7,7	-1,9	-2,0	3,0	17,4	-24,5	-5,9	26,8	-10,1	12,5	7,8	5,0	-22,4	10,6
Baugewerbe	.					-10,5	-22,0	-11,0	-0,7	-12,1	-26,3	-18,5	4,5	-7,8	-8,2	8,5	22,1	-6,7	-18,5	38,2
Dienstleistungsbereiche	.	**33,0**	**28,0**	**29,8**	**4,7**	**-3,2**	**-0,9**	**-3,3**	**-3,6**	**-5,4**	**-22,0**	**-11,8**	**-1,0**	**-5,2**	**-2,7**	**1,9**	**5,9**	**-0,1**	**-6,2**	**6,3**
Grundstücks- und Wohnungswesen						8,6	4,0	-11,2	-8,4	-12,0	-22,6	-12,7	-5,7	-7,5	-7,1	-1,7	1,5	7,4	-3,3	1,2
Handel, Verkehr+Lagerei, Gastgewerbe, IuK	.					-23,8	-11,6	-2,4	6,4	-4,4	-17,8	-16,3	4,9	4,8	14,4	17,1	5,5	-5,6	-13,1	25,4
Finanz.-,Versich., Unternehmensdienstlst., Grundstücks-/Wohnungswesen	.					7,9	4,7	-6,7	-6,3	-7,5	-28,9	-17,3	-6,7	-5,3	-6,4	-1,3	5,0	5,7	-2,9	6,1
Öffentliche und sonst. Dienstlst., Erziehung und Gesundheit, private Haushalte	.					-13,2	-9,5	6,4	0,2	-2,2	-7,9	-0,0	5,3	-9,0	-5,4	-2,2	7,2	-4,4	-6,8	-4,6

1 Nach ESVG 95, WZ 2008, in jeweiligen Preisen, Neue Länder ohne Berlin

Quelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“; Berechnungsstand: August 2012

8.4 Investitionen aller Wirtschaftsbereiche je Einwohner (Ost-West-Vergleich in Euro)



Neue und alte Bundesländer jeweils ohne Berlin
Investitionen: in jeweiligen Preisen; WZ 2008; Einwohner: Jahresdurchschnitt

Quelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (Berechnungsstand: August 2012), eigene Berechnungen



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333